

Theorie des Kapitalismus als Sozialwissenschaft



Prolegomena einer sozialen Zinstheorie

Renée Menéndez

Theorie des Kapitalismus als Sozialwissenschaft

Prolegomena
einer sozialen Zinstheorie

Inhaltsverzeichnis

	I. Teil: Überlegungen zur Ökonomie als gesellschaftsrelevante Wissenschaft	1
1	Die systemtheoretischen Grundlagen der Ökonomie	1
1.1	Der Reduktionismus einer Wissenschaft	1
1.2	Die Affinität der Ökonomie zur modernen Systemtheorie	3
1.2.1	Die systemtheoretischen Aspekte einer Orthodoxie	3
1.2.2	Ökonomie als Kommunikationsnetzwerk	7
2	Ökonomie zwischen institutionenorientierter Gesellschaftstheorie und Aggregationsprodukt	11
2.1	Der kommunikative Charakter von Geld	11
2.1.1	Das System der Zahlungen	11
2.1.2	Aspekte zur Bipolarität des Kreditgeldes	16
2.1.3	Geld als zentraler Begrenzungsfaktor ökonomischen Handelns	19
2.2	Der institutionentheoretische Charakter des Kreditgeldes	21
2.2.1	Private Allokation und staatliches Geld	21
2.2.2	Die gesellschaftliche Anreizkompatibilität des Kreditvertrages	24
2.3	Probleme der Institutionenanalyse	27
2.3.1	Die Notwendigkeit einer ökonomischen Ordnung	27

2.3.2	Die Zielfunktion von Institutionen	29
	II. Teil Die Mikroökonomie der Arbeitsteilung	35
3	Adam Smith und die Reduktion der politischen Ökonomie	35
3.1	Tausch als individualistische Basisinstitution	36
3.2	Mikro- vs. makroökonomische Aspekte von Arbeitsteilung	39
3.2.1	Technologische Arbeitsteilung als Marktbeziehung	39
3.2.2	Die Beziehung von Informationsmärkten zur gesellschaftlichen Superstruktur	41
3.3	Kohärenz als Funktionsbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung	44
4	Zur sozialen Dimension von Arbeitsteilung und Wirtschaftskreislauf	47
4.1	Die Probleme der Konzeptionalisierung des Geldes als Tauschmittel	47
4.2	Affinitäten zwischen konkreten Gebrauchs- und abstrakten Tauschwerten	50
5	Die Unabhängigkeit der Vermögensallokation der Banken von Haushalten als gesellschaftliche Delegationsbeziehung	57
5.1	Die Effizienzaspekte mikroökonomischer Delegationsverhältnisse	57
5.2	Zentralbank als Agent zur Delegation von Verantwortung	60

5.2.1	Das soziale Selbstverständnis der Theorie exogener Geldmengen	61
5.2.2	Zur Stellung der Zentralbank in einem sozialen Kontext	63
5.3	Auf der Suche nach dem Träger von Allokationsentscheidungen	69
5.3.1	Zur Lokalisation wirtschaftspolitischer Verantwortung	69
5.3.2	Die Unternehmer als Verantwortungsträger realer vs. Banken als Verantwortungsträger monetärer Allokation	71
5.3.3	Die Schumpeter'sche Unternehmerökonomie	74

III. Teil Die Makroökonomie des Kreditgeldes **77**

6 Präliminarien zur Makroökonomie **77**

6.1	Die <i>ceteris paribus</i> Mikrofundierung der Makroökonomie	77
6.2	Zum makroökonomischen Problem des Zinses	81
6.3	Die Knappheitstheorie als monetäre Allokationstheorie	82
6.4	Makroökonomie und Nettogeldvermögen	83
6.5	Zur Kontroverse zwischen Außengeld und Innengeld Positionen	83
6.6	Zur Methodik sozialer vs. individualistischer Geldtheorien	84
6.7	Die Fundamente einer sozialen Geld- und Zinstheorie	87
6.7.1	Der Ansatz des monetären Keynesianismus	87
6.7.2	Die Liquiditätspräferenz als Basis einer Makroökonomie	89

6.7.3	Die Stellung der Zentralbank in einer monetären Ökonomie	93
6.7.4	Die Qualitätstheorie des Geldes: eine Verknüpfung von individueller und sozialer Theorie des Geldes	95
7	Kreditvergabe der Banken vs. Kreditnachfrage der Unternehmen	96
7.1	Markttheoretische Probleme einer monetären Ökonomie	96
7.2	Die Eigenschaft des Kreditgeldes zur Konsolidierung von Schuldverhältnissen	98
7.3	Kreditgeld als Mittel zur Vermögensallokation	100
7.3.1	Affinitäten zwischen Theorien absoluter und relativer Preise	100
7.3.2	Kreditmarkt vs. Kreditvergabe	102
8	Das Delegationsproblem im Bankengeschäft	115
8.1	Das Problem schöpfbaren Geldes	116
8.2	Delegation und Allokationseffizienz	119
8.3	Die Liquiditätsausgleichsfunktion des Geldes	123
8.4	Kreislauftheoretische Implikationen von Zinspolitik	125

	IV. Teil Kreditgeld als soziales Element ökonomischer Organisation	129
9	Zum Entwurf einer sozialen Ökonomie des Geldes	129
9.1	Die Kreditgeldintegration	131
9.1.1	Die Inhalte von Geldnachfrage und Güternachfrage	131
9.1.2	Genesis und Katharsis des Kreditgeldes	134
9.1.3	Die Transformation des liberalen Staats zum Steuerstaat	138
9.2	Die Steuerung der Kreditgeldökonomie	139
9.2.1	Die Begrenzung des Kreditvolumens als Setzung von Bonitätsstandards	141
9.2.2	Die Gefährdungen der Autonomie des Kreditgeldsystems	146
9.2.3	Die Konsequenzen des Autonomieverlusts	147
10	Die soziale Funktion des Zinses	150
10.1	Q-Zinsen und Risikoprämien	150
10.2	Das assignment Problem	155
10.3	Zur Unvereinbarkeit sozialer und individualistischer Zinstheorie	103
	V. Teil Kreislauf und Gleichgewicht	105
11	Das kreditgeldkapitalistische Gleichgewichtsmodell	161
11.1	Zusammenfassung	161
11.2	Einige Aspekte der Systemtheorie	162

11.3	Das Basisproblem sozialer Organisation: Arbeitsteilung	164
11.3.1	Grundbedingungen monetärer Organisation	164
11.3.2	Die Relativität absoluter Preise	166
11.4	Das dynamische Gleichgewicht des Kapitalismus oder: Warum sieht es so aus, als würde M zu M'?	169
11.4.1	Modellentwurf für ein kapitalistisches Gleichgewichtsmodell	169
11.4.2	Investition	176
11.4.3	Löhne	177
11.4.4	Die ökonomische Geldnachfrage	177
11.4.5	Effektive Nachfrage	178
11.4.6	"Kapitalwert"	181
11.4.7	Fazit	182
11.5	Das Lautenbach (Kalecki) Schema	183
11.6	Finanzsystem und die reale Welt	185
12	Literaturverzeichnis	187

I. TEIL

ÜBERLEGUNGEN ZUR ÖKONOMIE

ALS GESELLSCHAFTSRELEVANTE WISSENSCHAFT

1 Die systemtheoretischen Grundlagen der Ökonomie

1.1 Der Reduktionismus einer Wissenschaft

Die Ökonomie, als Wissenschaft rational gefällter Entscheidungen souveräner Individuen, ist als Nationalökonomie in die Phalanx der Sozialwissenschaften eingebunden. Doch trotz ihrer Nähe zur Soziologie und Politologie, deren soziales Selbstverständnis bereits zu einer Einsicht in die systemische Struktur ihres Erkenntnisobjekts geführt hat, ist die Immunisierung der ökonomischen Theorie gegenüber der Systemtheorie ein bemerkenswertes Faktum. Obwohl es naheliegt, die Erkenntnisse der Systemtheorie für die Gewinnung ökonomischer Einsichten nutzbar zu machen, muß der *benign neglect* der Ökonomie als Indiz der Selbstisolation¹ sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber durchaus ernstgenommen werden. Dies kann nicht darauf zurückgeführt werden, daß sich die Fragestellung der Ökonomie nicht fruchtbar als systemtheoretische Fragestellung formulieren ließe, und so liegt es nahe zu fragen, ob spezifische Gründe für diese fast vollkommene Immunität gegenüber einem durchaus etablierten Forschungsgebiet vorliegen.

Die Gründe für dieses Desinteresse lassen sich in der spezifischen Methodologie der Wirtschaftswissenschaften finden, da die spezifische Ausprägung und allgemeine Akzeptanz von Ökonomie als individualistische Entscheidungstheorie ein gesellschaftliches - und

¹"The rise of the Math-Econ seems to be associated with the previously noted trend among all the Econ towards more ornate, ceremonial modls, while the low rank of the Devlops is due to the fact that this caste, in recent times, has not strictly enforced the taboos against association with the Polscis, Sociogs, and other tribes. Other Econ look upon this with considerable apprehension as endangering the moral fiber of the tribe and suspect the Develops even of relinquishing modl-making." (Leijonhufvud 1981, S. 350)

damit außerökonomisches - Paradigma überflüssig zu machen scheint. Wenn man also das Erkenntnisobjekt der Ökonomie auf die Analyse der Entscheidungen von Individuen reduziert, die (unterstelltermaßen) auf Märkten miteinander interagieren, muß eine Theorie überflüssig werden, welche die spezifischen Implikationen institutioneller Natur zum Gegenstand hat, die aus Interaktionen von Individuen resultieren. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie als maßgeblicher Vertreter der Orthodoxie blendet diesen Aspekt dadurch aus, daß die unterstellte vollkommene Information der Wirtschaftssubjekte historische Erfahrung für die aktuelle Entscheidung entbehrlich macht und somit das System der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gewissermaßen ohne Gedächtnis² funktionieren kann. Die Gleichschaltung einer Wissenschaft auf die Behandlung werttheoretischer Sachverhalte läßt denn auch unabhängig von der spezifischen ideologischen Richtung selbst einen eventuellen expliziten Rekurs auf systemtheoretische Inhalte zu einer bloßen Übung in angewandter Rhetorik werden, so daß die allgemeine Akzeptanz des als entscheidungstheoretisch definierten werttheoretischen Problems als Erkenntnisgegenstand, die kollektive Indifferenz der Ökonomie in Bezug auf die Systemtheorie hinreichend zu begründen vermag.

Offenbar bezieht diese methodologische Konsequenz und die damit einhergehende Kompromißlosigkeit gegenüber gesellschaftstheoretisch orientierten Ansätzen ihre Fundierung aus der traditionellen Interpretation des Verhältnisses des Teils zum Ganzen: es gehört seit dem Zeitalter der wissenschaftlichen Aufklärung mit dem Aufkommen der wissenschaftlichen Methode stets zum guten Ton, Wissenschaft als Laboranalytik zu definieren, um, gerüstet mit dem Glauben an eine reduktionistische Weltsicht, durch die

²Das gilt zwar auch für eine Geldwirtschaft und deren absolute Preise, jedoch ist die Kommunikationsform über den Gebrauch von Geld an ein institutionelles Verhaltensschema gekoppelt, welches seinerseits überhaupt erst durch Erfahrung gewonnen werden kann. (vgl. Luhmann 1988, S. 19)

Aufspaltung der natürlichen Phänomene in ihre Bestandteile, die wahre Natur der Dinge ergründen zu wollen³.

Dieses methodologische *a priori* der Wirtschaftswissenschaft liefert denn im Gegenzug auch gleich die Beschränkungen für die mit diesem methodologischen Instrumentarium zu gewinnenden Erkenntnisse. Diese sind darin begründet, daß der vermeintliche Allgemeinheitsanspruch der individualistischen Werttheorie das Spannungsverhältnis zwischen dem Teil und dem Ganzen als nicht existierend ansehen kann, indem er davon ausgeht, daß das Universum mit der Aggregation von Elementarbestandteilen⁴ hinreichend erklärt sei. Sobald man jedoch die Existenz höherer Systemebenen als die der individualistischen nicht nur für einen semantischen Kunstgriff hält, wird die Differenz zwischen einer werttheoretischen Philosophie und einer steuerungstheoretischen und damit systemtheoretischen Analytik dann auch zur Scheidelinie zwischen einer Individualpsychologie und einer sozialen Theorie, in der die Funktionsweisen sozialer Gebilde nicht mehr aus der Hypostasierung fiktiver Identitäten abgeleitet werden müssen.

1.2 Die Affinität der Ökonomie zur modernen Systemtheorie

1.2.1 Die systemtheoretischen Aspekte einer Orthodoxie

Eine grundsätzliche Betrachtung darüber, welche Charakteristika ein ökonomisches System aufzuweisen hat, um mit den Normen der modernen Systemtheorie als System akzeptierbar zu sein, läßt

³Mit anderen (Goethes) Worten (Faust I):

Wer will was Lebendigs erkennen und beschreiben,
Sucht erst den Geist herauszutreiben,
Dann hat er die Teile in seiner Hand,
Fehlt leider! nur das geistige Band.
ENCHEIRESIN NATURAE nennt's die Chemie,
Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie.

⁴Das ist denn auch das Prinzip Wagners (Faust II):

Es wird! die Masse regt sich klarer!
Die Überzeugung wahrer, wahrer:
Was man an der Natur Geheimnisvolles pries,
Das wagen wir verständig zu probieren,
Und was sie sonst organisieren ließ,
Das lassen wir kristallisieren.

sich anhand der entgegengesetzten These aufzeigen, zur Ableitung gesamtwirtschaftlicher Strukturen sei lediglich eine Aggregation von Elementarereignissen durchzuführen, die auf einer individuellen Ebene generiert worden sind. Für die Einschätzung des neoklassischen Paradigmas wird dabei der Umstand relevant, daß die Differenzierung der modernen Systemtheorie zwischen System und Quasi-System gerade an der Differenz von Teil und Gesamtheit - also am Aggregationsproblem - ansetzt. Wird diese Differenzierung unterschiedlicher Systemebenen ökonomisch interpretiert, erweist sich das Modell der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts (auch erklärtermaßen) als bloßes Aggregationsprodukt, dessen soziale Komponente aufgrund der fehlenden Systemidentität ungenügend bleiben muß. Die inhaltliche Charakterisierung von Quasi-Systemen drückt denn auch das Defizit - d.h. den präsozialen Charakter der allgemeinen Gleichgewichtstheorie - aus:

„Quasi-Systeme entstehen aus der elementaren Interaktion von Anwesenden.“ (Willke 1987, S. 51)

Als vermeintlich elementares Interaktionsmuster der Neoklassik figuriert der Tausch von Erstausrüstungen, als die entscheidende, Ökonomie konstituierende Interaktion von Individuen, weil die Fixierung der Tauschrelationen durch eine hypothetische Koordinationsinstanz, die Fiktion des Auktionators, etabliert werden muß. Die mathematische Geschlossenheit des neoklassischen Modells erweist sich also bei näherem Hinsehen nur in formal - mathematischer Hinsicht gegeben, ohne daß damit die Erfüllung systemtheoretischer Kriterien an systemische Interaktionen impliziert wäre, weil der Träger des präsozialen Gebildes (neoklassische) Ökonomie nur als personifizierte Fiktion in die Modellformulierung Eingang finden kann. Dies ist für eine Theorie, die sich die Lösung einer gesellschaftspolitisch brisanten Frage zur Aufgabe macht keine Trivialität, da der Nachweis der Existenz der Gleichgewichtslösung daran gebunden ist, daß die Möglichkeit des *recontracting* während der Phase der Ermittlung des Gleichgewichtspreisvektors jedes verbindliche Geschäft unmöglich macht. Der Ausschluß von *false trading* berührt also die vermeintliche Funktion des Marktes als Koordinationsinstanz individueller Pläne, weil ein Tausch gar nicht stattfinden kann, mithin jegliche Interaktion eine Kommunikation über Tauschverhältnisse darstellen muß. Das allgemeine

Gleichgewicht als zentrales Ergebnis aller Individualegoismen reflektiert daher vor allem einen gigantischen Kommunikationsprozeß, dessen Existenz die Frage nach effizienten Koordinationsmechanismen provoziert, welche die Konsistenz aller Einzelpläne zuwege bringen.

So gesehen ist der durch die allgemeine Gleichgewichtstheorie vorgelegte Entwurf zur Erfassung ökonomischer Interaktionsbeziehungen deswegen zu kurz geraten, weil ausschließlich eine Verfügung über *a priori* gegebene Güterbestände als Erstausstattungen der Haushalte als ökonomisch bedeutsam thematisiert wird. Der Fokus der Systemtheorie ist dagegen auf einer anderen Ebene angesiedelt, denn soziale Systeme werden von ihr als durch Kommunikationen definierte Gesellschaften konzipiert. Folgt man dieser Vorstellung von Systemen, besteht die Auslassung der Orthodoxie darin, die mit der Aggregation individueller Haushalte einhergehenden Kommunikationsprobleme zu ignorieren, die sich aus der Potenzierung der Informationserfordernisse in größeren Gemeinschaften notwendigerweise ergeben. Die formale Aggregation von individuellen Marktangebots- und -nachfragekurven zu Gesamtnachfrage- und -angebotskurven bleibt zwar formal mathematisch korrekt, kann aber gerade deswegen nicht erfassen, daß die Verfügung über physische Güter nicht nur an ein zusätzliches Gut Information gekoppelt ist, dessen Marktfähigkeit durch das reale Güterkonzept notwendigerweise an dieser Stelle negiert wird. Darüber hinaus wird zusätzlich die Existenz eines Kommunikationssystems notwendig, dessen Pragmatik zwar durch den Auktionator eingefangen wird, ohne daß jedoch dessen Syntax in irgendeiner Weise reflektiert würde.

Der prominenteste Ausdruck der Einsicht in die entstehenden Informationsprobleme ist die Fiktion des Auktionators, an der sich zeigt, daß die Notwendigkeit der Informationsbeschaffung über Kommunikationen am Markt von der Orthodoxie zwar erkannt wird, sie jedoch diese Erkenntnis deswegen nicht angemessen akzeptieren kann, weil damit ihre eigenen Grundlagen brüchig werden. Es ist auch kein Zufall, daß die durch den Auktionator bereitgestellten Informationen nicht als Gut angeboten, sondern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen, weil die Konsis-

tenzerfordernisse⁵ der Gütertheorie keinen Raum für ein Kommunikationssystem eröffnen.

Das bedeutet jedoch, daß eine Ökonomisierung von Informationen das Problem, auf welche Weise die Kohärenz einer Ökonomie hergestellt wird, nicht lösen kann. Denn die Ökonomisierung von Informationen kann erst dann stattfinden, wenn Individuen auf Märkten agieren, d.h. notwendigerweise kommunizieren können, ein Aspekt der mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie noch weniger vereinbar ist als das Informationsproblem, welches im Rahmen der Informationsökonomie zumindest auf mikroökonomischer Ebene eine angemessene Behandlung gefunden hat. Informationen werden erst dann für ökonomischen Handeln relevant, wenn deren Transmission gewährleistet ist, mithin ein Kommunikationscode existiert. Ein Hinweis darauf wird, wenn auch rudimentär, durch die Maßzahlen des Auktionators, der die relativen Preise ausruft, gegeben, so daß für die Belange einer Allokationstheorie das Kommunikationsproblem ausreichend Berücksichtigung gefunden hat.

Die Kluft zwischen Anspruch und Bedürfnis nach Geschlossenheit läßt sich jedoch durch *ad-hoc* Annahmen wie die *hidden hand* oder *the law of supply and demand*⁶ nicht letztgültig überbrücken, und verweist eher darauf, daß zur Koordinierung ökonomischer Handlungen mehr vonnöten ist, als die nachträgliche Postulierung einer fiktiven Systemidentität. Dies läßt sich ohne Übertreibung als Kapitulation vor einem durchaus erkannten Problem interpretieren, weil als Konsequenz der Entscheidung für eine konsequente Beibehaltung der mikroökonomischen Gesellschaftstheorie nicht nur alle Informationen kostenlos bereitgestellt werden, sondern ein

⁵Die Aporie der Orthodoxie ist somit deutlich: Entweder wird die mikroökonomische Basis zur Formulierung einer Gesellschaftstheorie herangezogen, was allerdings die Opportunitätskosten besitzt, einen Nachweis der Kohärenzfähigkeit dieser Ökonomie schuldig zu bleiben, weil die Frage des sozialen Zusammenhalts durch den Existenzsatz über eine Gleichgewichtslösung in keiner Weise behandelt wird. Oder es wird die Emergenz eines Informationsproblems, dessen Transmission ein gesellschaftliches Kommunikationssystem erfordert, anerkannt, was wiederum das Güterkonzept als Basis einer Gesellschaftstheorie hinfällig macht.

⁶(vgl. dazu Hahn, Seite: 22)

Verbot existieren muß, (private) Informationen über potentielle oder aktuelle Marktpreise als Ware anzubieten. Die Emergenz eines Kommunikationssystems macht also das Zentralproblem der Tauschtheorie aus und verweist darauf, daß die Produktion und Distribution von Informationen als ökonomisches Meta-Problem, von einer systemtheoretisch argumentierenden ökonomischen Theorie thematisiert, die entscheidende Auslassung der Gütertheorie aufgreift.

1.2.2 Ökonomie als Kommunikationsnetzwerk

Eine Theorie, die sich auf die Ebene elementarer Aktionsmuster beschränkt, bleibt notwendigerweise auf einer untergeordneten evolutionären Stufe der Modellbildung stehen, da die Herausbildung komplexer Systemzusammenhänge zusätzlicher Elemente bedarf. Denn erst eine Identifikation von Interaktions- bzw. Handlungsmustern, welche sich nicht aus der Aggregation von Individualhandlungen, d.h. von Elementarereignissen, ableiten lassen, kann als Grundlage dafür angesehen werden, eine separate Gesellschaftsanalyse zu formulieren. Das bedeutet die Frage nach den Sachzusammenhängen der ökonomischen Metaebene, die sich herauskristallisieren, wenn aus der Erfahrung rekurrenter Entscheidungssituationen ein Verhaltensstereotyp entsteht, welches geeignet ist, die (aufwendigen) rationalen Entscheidungssituationen durch eine approximierende Daumenregel zu substituieren.

Die Erfassung dessen, was emergente Eigenschaften von Systemen *in concreto* ausmacht, ist jedoch ihrerseits noch im Vorstadium des Entstehens begriffen. Auch wenn definiert wird: „Selbstorganisation ist die Einrichtung von Wechselwirkungen zwischen Ordnungen oder Mustern, die aus einer Mikrowelt entstehen.“ (Küppers/ Krohn 1992, S. 14) wird damit in keiner Weise bestimmt, welche Regeln und Kriterien die Herausbildung der Systemwelt bestimmen. Für den vorliegenden Fall der Ökonomie läßt sich mit dem Kommunikationssystem jedoch immerhin schemenhaft der Inhalt dessen bestimmen, was als Meta-System die Verfügung über Gütermengen ermöglicht. Dies entspricht in gewisser Weise der orthodoxen Auffassung ökonomische Handlungen an die Verfügung über Erstausrüstungen zu binden. Der Unterschied besteht offenbar darin, daß die von ihr für nicht relevant gehaltene

Auslassung, die Herstellung gesellschaftlich konsistenter Interaktionsbeziehungen, gerade den Gegenstand einer systemorientierten Ökonomie ausmacht, indem die Funktionsbedingungen des Netzes kommunikativer Interaktionen das zu erklärende theoretische Phänomen ausmachen, während die Verfügung über Mengen nur einen davon abgeleiteten Aspekt darstellt.

Das aber bedeutet, daß das kommunikative Interaktionsnetz eine spezielle Semantik aufbauen muß, da dort die Kommunikationen über Gütermengen nicht auf einer konkreten, sondern einer abstrakten Ebene erfolgen und daher Gütermengen kein valides Kommunikationsmittel darstellen. Die Ausbildung einer Spezialsemantik, als allgemeines Merkmal systemischer Entwicklung erfordert die Ausbildung eines Interaktionscode, dessen Verwendung oder Nichtverwendung darüber entscheidet, ob es sich um eine soziale Interaktion, welche die Verfügung von Gütern zum Gegenstand hat, handelt. Dieser Code läßt sich als Kriterium heranziehen, um die Systemgrenze⁷ des Systems Ökonomie zu bestimmen, da alles was außerhalb dieses Code erfolgt, anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen zugerechnet werden muß.

Soweit die Identifikation eines Kommunikationscode und einer entsprechenden Syntax als gegeben vorausgesetzt werden kann, stellt sich unmittelbar die Frage nach den Funktionsbedingungen und Konsistenzerfordernissen, die erfüllt sein müssen, um eine vom Realen abstrahierte Kommunikationsform als verbindlich für die zugrunde liegende reale Güterwelt akzeptieren zu können. Offenbar stellt sich auch auf einer Metaebene die Frage nach den Verhaltensmustern bzw. den Handlungskriterien, so daß es unmittelbar naheliegt, die Richtschnur gesellschaftlichen Handelns in einer kommunikationsspezifischen Präferenzordnung zu vermuten, die einerseits den systemspezifischen Sinn bewahrt und dadurch die reale Präferenzordnung in geeigneter Weise widerspiegelt.

⁷"Die Systemgrenze sozialer Systeme kann verstanden werden als der Zusammenhang selektiver Mechanismen, die auf einer ersten Stufe der Differenzierung von System und Umwelt die Kriterien setzen, nach denen zwischen dazugehörigen und nichtdazugehörigen Interaktionen unterschieden wird." (Willke 1987, S. 30)

„Die Präferenzordnung eines sozialen Systems bezeichnet den Zusammenhang sinnhaft-symbolisch konstituierter regulativer Mechanismen, welche die Transaktionen zwischen System und Umwelt steuern. ... Denn erst die Leistung spezifischer Selektionen aus den überkomplexen Möglichkeiten der Umwelt erzeugt die Differenz zwischen System und Umwelt, die das System zum System macht. Diese Selektionsleistung ist funktional bezogen auf das Problem der Ausbildung und Erhaltung einer bestimmten Systemidentität angesichts bestehender Zwänge und Zufälle der relevanten Umwelt. Die Steuerung der Selektion von Umweltdaten durch eine nach Sinnkriterien gebildete Präferenzordnung ist Bedingung der Möglichkeit der Systembildung.“ (Willke 1987, S. 31)

Damit jedoch ein Maß dafür existiert, wie hoch der Grad der Präferenzenerfüllung ist, muß ökonomische Kommunikation, die in arbeitsteiligen Gesellschaften nicht mehr auf einer persönlichen Beziehungsebene angesiedelt sein kann, an ein Medium gebunden werden, welches als Proxy für die persönliche Nutzenschätzung fungiert. Denn die Konstituierung von Systemzusammenhängen kann erst dann erfolgen, wenn die Frage des Mediums, eines äußeren Ausdrucksmittels, d.h. die Wahl eines systemspezifischen Interaktionscodes, gelöst ist, so daß jedes einzelne Mitglied entscheiden kann, ob ein Ereignis die Zugehörigkeit zu dem jeweiligen Systemzusammenhang beanspruchen kann.

„Soziale Interaktionen sind sinnhaft orientiert, wenn ihr Bedeutungsgehalt durch ein Repertoire verbindlicher Symbole (Symbole hier verstanden als generalisierte Interaktions- und Zurechnungsregeln) gesteuert und sie mithin aufeinander bezogen und dadurch in zeitlich offene, verstehbare Handlungsketten verwoben werden können. Die Frage nach dem Sinngehalt von Interaktionen erlaubt dann die Unterscheidung von solchen, die in Bezug auf ein bestimmtes Symbolrepertoire dazugehören und solchen, die nicht dazugehören. Sinnhaft konstituierte Symbole sind die - inhaltsanalytisch und hermeneutisch zu erfassenden - Merkmale, die für einen bestimmten Handlungszusammenhang stehen und auf ihn verweisen.“ (Willke 1987, S. 35)

Wenn man ein ökonomisches Meta-System durch die Faktoren Kommunikationscode, eine darauf definierte Präferenzordnung, die gemäß der sozialen Sinngebung die Interaktionen mit der Umwelt steuert, sowie ein dingliches aber abstraktes Medium zur Grenzziehung charakterisiert sieht, wird deutlich, warum eine Gütertheo-

rie so wenig Aussagen über gesellschaftliche Beziehungszusammenhänge machen kann. Es ist auf einer elementaren Objektebene lediglich möglich die Effekte effizienter Güterallokationen zu beschreiben, deren Ursachen zwar in realen Präferenzstrukturen geortet werden können, ohne daß jedoch der Vermittlungsprozeß, dessen Existenz die operative Realisierung des Allokationsgleichgewichts erst ermöglicht, analysiert würde. Das eigentliche ökonomische System, welches als Kommunikationsnetz, über die damit verbundene Institutionalisierung sowie der Abgrenzung der individuellen Handlungsoptionen, eine Verfügung über Gütermengen erst erlaubt, wird auf eine effiziente (und kostenlose) Auktionsatorfunktion reduziert, so daß in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie hauptsächlich eine Beschreibung der **Umweltwirkungen** ökonomischen Handelns existiert, die sich damit zu Unrecht als Prototyp systemtheoretisch orientierter Ökonomie⁸ deklariert.

Die **Innenwelt** ökonomischer Aktivität besteht dagegen aus Interaktionen innerhalb eines sozialen Kommunikationsnetzes, welches nicht nur Informationen transmittiert, in dem Sinne, daß eine gegebene Informationsmenge an verschiedene informationsverarbeitende Entscheidungseinheiten gesendet würden, sondern auch seinerseits den Informationsstatus der betroffenen Individuen verändert, und so auch ein pragmatischer Aspekt ökonomischer Kommunikationen identifiziert werden kann. Denn jenseits syntaktisch korrekter Ermittlung und semantischer Angemessenheit von Verfügungsanträgen wird durch die Übermittlung von z.B. Preisinformationen der Systemstatus⁹ des kommunikativen Netzwerks selbst verändert. Wenn von den Akteuren ein Vollzugsvorbehalt

⁸"G.S.T. [General Systems Theory], then, looks for, and finds, many structural similarities among fields of scientific analysis. To the extent that G.S.T. is a constructive approach to inquiry, general equilibrium theory in economics becomes rooted not just in the particular traditions that have generated the multi-fold extensions of the Arrow-Debreu-McKenzie model, but in the very structural unities of science itself. To argue that G.S.T. is inapplicable to economics is to negate claims that economics is a science." (Weintraub 1979, S. 72)

⁹Diesem Zweck dienen gerade die in der Finanzierungstheorie diskutierten *screening* Methoden, deren Design darauf ausgerichtet ist, die Qualitätsinformationen, die wegen asymmetrisch verteilter Informationen einen strategischen Verhandlungsvorteil für einen Kreditantragsteller darstellen, indirekt zu ermitteln um damit das Informationsdefizit (teilweise) zu kompensieren.

auf die potentiellen Transaktionen bis zur abschließenden Revision sämtlicher potentieller Tauschgewinne kontrahiert würde (*re-contracting*), bliebe ein derartiges System auf einer absurden prozessualen Ebene stehen. Offenbar muß als Konsequenz die Funktionsfähigkeit des autoregressiv operierenden Netzwerks dadurch erkauft werden, daß Interaktionen keiner dinglichen gesellschaftlichen Kontextbezogenheit bedürfen und so eine übermittelte Preisinformation ihren pragmatischen Gehalt bewahren kann:

„Die Komplexität, die das System erreichen kann, wird also nicht durch Anforderungen an Memorierleistungen eingeschränkt.“ (Luhmann 1988, S. 19).

Diese Verengung ökonomischer Kommunikation entkleidet in der Aktualität der Auseinandersetzung das individuelle Entscheidungsfeld von der inhaltlichen gesellschaftlichen Tiefendimension und reduziert damit dessen Komplexitätsgrad auf ein handhabbares Maß. Die reduzierte Kontingenz der Umweltinformationen gewinnt dann dadurch ein spezifisches Eigenleben, daß die reziproke Einschränkung von Kontingenz bei anderen Individuen eine Erwartungshaltung begründet, daß zukünftige und damit institutionalisierte Interaktionen auf derselben syntaktischen Ebene stattfinden. Offenbar geht die Konstituierung der syntaktischen Struktur mit einer internen Differenzbildung einher, die innerhalb des primitivsten Systems zumindest eine Bipolarität erfordert, die sich im ökonomischen Kontext unschwer als Differenz von Forderungen und Verbindlichkeiten erkennen läßt. Der Rekurs auf diesen fundamentalen Dualismus, dessen Bedeutung darin besteht, alles als unbedeutend zu klassifizieren, was diesem Kriterium nicht gerecht wird, macht die Analyse des finanziellen Netzwerks zum zentralen Thema einer Ökonomie, die aus den angeführten Aspekten heraus als Qualitätstheorie des Kreditgeldes begründet werden muß.

2 Ökonomie zwischen institutionenorientierter Gesellschaftstheorie und Aggregationsprodukt

2.1 Der kommunikative Charakter von Geld

2.1.1 Das System der Zahlungen

Unter Berücksichtigung der Anforderungen, welche die moderne Systemtheorie an soziale Systeme stellt, ist im wesentlichen be-

reits vorgezeichnet, durch welche Elemente eine ökonomische Theorie, welche die durch die moderne Systemforschung gestellten Normen erfüllen will, charakterisiert sein muß.

Werden soziale Systeme anhand der Prozessierungsform von Sinn unterschieden, so läßt sich die These aufstellen, daß auf gesellschaftlicher, makroökonomischer Ebene die Sinnggebung des ökonomischen Systems durch diejenige Zielfunktion gesteuert wird, die die Modalitäten des Güterverkehrs zu gestalten in der Lage ist. Insofern ist mit der Transaktionstechnologie nicht nur die Übertragung von Eigentums- und Verfügungsrechten verbunden, sondern ein gesamtes gesellschaftliches Netzwerk, das durch seine Operationsweise die Gleichgewichtsposition der Güterallokation beeinflußt. Mit der Fokussierung auf die systemischen kontextbezogenen Interaktionen als Basiselemente eines sozialen Systems gewinnt die als laienhaft diskreditierte Vermutung, in der Wirtschaft drehe sich alles um Geld, durch die systemtheoretischen Betrachtungsweise unmittelbar an Relevanz. Im Gegensatz zu einer 200-jährigen Tradition, welche die Irrelevanz des Geldes behauptet, wird damit die bislang modelltheoretisch redundante Geldsphäre auf einmal zum Konstitutivum des ökonomischen Sinnzusammenhangs.

Die einer (Kredit-) Geldwirtschaft angemessene Kommunikationsform kann nur über einen Vektor von Geldpreisen vermittelt sein, weil die für dieses System relevanten Interaktionen - die Zahlungen - ausschließlich über ein wohldefiniertes Medium zu vermitteln sind, um sinnhaftes von nicht-sinnhaftem Handeln abzugrenzen¹⁰. Mit dieser These wird in gewisser Weise die klassische Vision über das Wesen des kapitalistischen Produktionsprozesses bestätigt, indem das Grundkonzept der orthodoxen Ökonomie, repräsentiert durch die W-G-W Formel einer Tauschtheorie, zugunsten eines

¹⁰Um Mißverständnissen vorzubeugen sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß ökonomische Handlungen, die außerhalb dieses spezifischen Verweisungskontextes stehen, selbstverständlich sinnvoll im moralischen Sinne sind und natürlich auch auf Interaktionen beruhen. Die Fassung von Ökonomie als kreditgeldvermitteltes Netzwerk definiert dagegen für sich eine Systemgrenze, die verhindert, daß Handlungen, die diesem Kriterium nicht genügen, für das System keinerlei Rückwirkung besitzen. Insofern ist Sinn lediglich systemspezifisch definiert und schließt keineswegs alternative Sinnzusammenhänge aus.

geldwirtschaftlichen G-W-G Schemas abgelehnt und auf eine systemtheoretische Präebene relativiert wird.

Der Fundamentalsatz der Nationalökonomie, Konsum als Endzweck allen ökonomischen Handelns aufzufassen, steht gleichwohl nicht zur Disposition, weil die Frage der Interaktionsform nur als Formalziel, nicht als Materialziel¹¹ aufgefaßt werden muß. Denn die Abstraktheit der Interaktionsbeziehungen, die durch Geld vermittelbar sind, läßt nicht den Schluß zu, daß die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte ausschließlich in Richtung auf abstrakte Rechenheiten orientiert wären. Der realwirtschaftliche Charakter ökonomischer Aktivität bleibt - nicht nur für die Orthodoxie - dann gewahrt, wenn nachgewiesen werden kann, daß die traditionelle Fundierung der Ökonomie als Wissenschaft über die Knappheit von Gütern, nicht mit der hier vertretenen Konzeption, das ökonomische System als durch Finanzbeziehungen charakterisiert zu sehen, kollidieren muß.

Das geldwirtschaftliche Postulat, Ökonomie über die Disposition von Geld interpretieren zu können weist bereits auf einen entscheidenden Sachverhalt hin, auf den das oben angesprochene Autopoiese-Konzept sinnvoll angewandt werden kann, um das ökonomische System in seiner strukturellen Gesamtheit zu erfassen.

„Die Ausdifferenzierung von sozialen Systemen erfordert die Schließung eines selbstreferentiellen Verweisungszusammenhangs für alle Operationen des entsprechenden Systems. Bei allem, was wirtschaftlich geschieht, also der Wirtschaft als System zurechenbar ist, muß demnach Selbstreferenz mitlaufen.“ (Luhmann 1988, S. 15)

In Anwendung auf eine Theorie der Geldwirtschaft bedeutet dies zunächst nur, daß sich eine ökonomische Handlung im systemtheoretisch verstandenen Sinne von Ökonomie durch die unmittelbare

¹¹Die Trennung zwischen formaler und materialer Rationalität ist homomorph zu dem systemtheoretischen Dualismus von Selbstreferenz und Fremdreferenz. Während die Kohärenz des Systems auf autoregressiven Ereignissen aufgebaut ist, sind die erzeugten Umweltwirkungen als der eigentliche Zweck des Systems aufzufassen, ohne daß damit eine teleologische Komponente impliziert wäre.

Verknüpfung mit einer Zahlung ausweist¹². Die Zirkularität des Geldes, welche die Schließung eines autoregressiven Zusammenhanges konstituieren würde ist jedoch durch die Phänomenologie des Tauschverkehrs nicht gegeben. Die Zirkulation eines Warengeldes, welches auch für Marx zentrales Element seiner spezifischen Sinnwelt gewesen ist, wird durch Zahlungstransaktionen in keiner Weise auf rekursive Bahnen gelenkt, da die Willkürlichkeit des Tauschmediums jederzeit einen Wechsel des Tauschmediums möglich machen würde. Rekursivität im zahlungstheoretischen Sinne bedeutet, daß die Existenz von positivem Nettogeldvermögen voraussetzt, daß ein anderes Wirtschaftssubjekt ein negatives Nettogeldvermögen besitzt. Dieser Dualismus von Forderungen und Verbindlichkeiten impliziert, daß Geld eine eigene Sinnwelt konstituieren kann, indem für dieses fiktive Medium ein Markt existiert, auf dem Geld (aus Beständen) angeboten und (aufgrund negativer Geldbestände) nachgefragt wird. Die am Gütermarkt beobachtbare Transaktion Ware gegen Geld, deren „wahrer“ Kern von der Tauschtheorie in einem Tausch Gut gegen Gut¹³ erblickt wird, reflektiert also nur auf der phänomenologischen Ebene das, was die (fremdreferentielle) Interaktion der Geldsphäre mit der Gütersphäre ausmacht, und ist damit der allfällige Ausdruck der externen Interaktion¹⁴ des Finanzsystems mit seiner Umwelt. Insofern bleibt die Fixierung einer Geldtheorie auf die Tauschmittelaufgabe des Geldes lediglich eine oberflächliche Betrachtungsweise, die sich mit dieser Annäherung an das Geldproblem letztlich immer an die Tauschökonomie, und damit an die Quantitätstheorie, d.h. an die Vorgabe einer exogenen Geldmenge, bindet.

¹²Wie bereits angedeutet weisen sich damit unentgeltliche Leistungen (z.B. Hausarbeit), auch wenn sie unter wohlfahrtstheoretischen Gesichtspunkten für eine Gesellschaft eine unermessliche Bedeutung genießen, als (kreditgeld-)ökonomisch nicht relevant aus.

¹³Wie im folgenden noch ausgeführt wird, definieren sich die Interaktionen zwischen Individuen einer monetären Ökonomie als monetär fundierte Handlungen, bei denen Geldwert gegen Geldwert getauscht wird.

¹⁴Die neuere ökologische Diskussion betrachtet nicht umsonst Umweltschäden als externen Effekt eines kapitalistischen, d.h. monetär organisierten Wirtschaftssystems.

Die Verkettung mit einer Zahlung liefert einer systemtheoretisch fundierten Kreditgeldtheorie allerdings nur das notwendige Kriterium; daher ist zu fragen, was als hinreichendes Kriterium die Autoregressivität des Finanzsystems ausmacht. Die Betrachtung der selbstreferentiellen Tiefenebene ergibt, daß im Umsatzprozeß nicht Geld gegen Ware, sondern Geld gegen (kalkulierten) Geldwert getauscht wird, es also bildlich gesprochen bei der Erreichung eines Umsatzziels¹⁵ in letzter Konsequenz nicht darauf ankommt was verkauft wird, sondern welche Menge zu welchem Preis. Eine Zahlung ist also nicht schon deswegen als ökonomisch im kreditgeldtheoretischen Sinne zu interpretieren, weil dabei ein Gut oder Geld den Besitzer wechselt, sondern ist erst dann eine ökonomische Kategorie, wenn dabei das Geldsystem auf sich selbst verweist, d.h. wenn eine Zahlung eine Bilanzverlängerung bzw. -verkürzung bewirkt, also eine Verbindlichkeit des betreffenden Wirtschaftssubjektes abbaut oder begründet. Die Öffnung des internen Verweisungszusammenhangs besteht somit in einer Bilanzverlängerung, die typischerweise in einer Verbindlichkeit eines Unternehmers besteht, während die Schließung dementsprechend durch den Rückfluß der Auszahlungen im Umsatzprozeß erfolgt.

Genauer formuliert: die Sicherheit der Selbstverweisung des Geldes auf sich selbst ist deswegen nicht selbstverständlich, weil eine Zahlung nur dann für Ökonomie relevant ist, wenn sie auf diesen Verweisungszusammenhang trifft. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn aktivisches Geldvermögen und passivisches Geldvermögen zusammentreffen, wenn also Geld zu seinem Entstehungsort, d.h. zu einem Verbindlichkeiten haltenden Wirtschaftssubjekt, zurückfließt. Aus diesem Grund sind reine Zahlungsmittelumschichtungen zwischen Haushalten, deren charakteristisches Merkmal Nettogeldvermögensbestände¹⁶ sind und deren Passivseite daher ein

¹⁵Daß der tiefere Grund für die Erwirtschaftung von Geld in einer notwendig werdenden Finanzierung des Schuldendienstes besteht, mag auf den ersten Blick trivial erscheinen. Wie später noch ausgeführt wird, beruhen die Funktionsmechanismen einer Kreditgeldökonomie jedoch gerade auf der Koinzidenz von Chance und Verpflichtung, die sich im Gläubiger-Schuldner Verhältnis kristallisiert.

¹⁶Stützel folgend, werden Nettogeldvermögensbestände durch die Formel: $NGV := \text{Kasse} + \text{Forderungen} - \text{Verbindlichkeiten}$ definiert.

Reinvermögen ausweist, für den ökonomisch relevanten autoregressiven Verweisungszusammenhang irrelevant. Etwas vertrauter formuliert kann ein Ausgreifen des Finanzsystems in die Umwelt durch die Neugestaltung von Schuldverhältnissen nur dann erwartet werden, wenn die monetäre Rentabilität von Investitionen erwartet werden und damit die Expansion des Kreditgeldsystems über eine gesteigerte Krediteinräumung erfolgen kann.

2.1.2 Aspekte zur Bipolarität des Kreditgeldes

Mit Rücksicht auf den Dualismus von Forderungen und Verbindlichkeiten kann dann das Wirtschaftssystem, als Kombination einer der Verfügung unterliegenden Objektebene und einem diese Objektebene steuernden Finanzsystem, als autopoietisches System interpretiert werden:

„Ein System, das auf der Basis von Zahlungen als letzten, nicht weiter auflösbaren Elementen errichtet ist, muß daher vor allem für immer neue Zahlungen sorgen. Es würde sonst von einem Moment zum anderen schlicht aufhören zu existieren. ... Die Wirtschaft ist demnach ein 'autopoietisches System', das die Elemente, aus denen es besteht, selbst produzieren und reproduzieren muß.“ (Luhmann 1988, S. 17)¹⁷

Ob die Erwirtschaftung des negativen Nettogeldvermögens durch einen Unternehmer für eine gegebene Investition zu einer Reproduktion des Gläubiger-Schuldner Verhältnisses führt, wird dabei nicht durch die erfolgreiche Ableistung des Kapitaldienstes determiniert, sondern ist an die Erwartung über die Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Erwirtschaftung von Nettogeldvermögen¹⁸ gebunden. Für die Wahrung der Funktionsbedingungen des Finanzsystems insgesamt bleibt jedoch die Höhe der Rückflüsse eines indi-

¹⁷Obwohl diese Sätze einen richtigen Kern beinhalten, verbleiben sie jedoch auf der phänomenologischen Ebene, denn wären Zahlungen allein schon konstitutiv für die Selbstreferenz des Finanzsystems, so wäre die allgemeine Gleichgewichtstheorie als autopoietische Theorie zu verteidigen, da auch die Bereitstellung von Außengeld über Staatsverschuldung den Haushalten dasjenige Kommunikationsinstrument zur Verfügung stellt, welches den autopoietischen Charakter des Finanzsystems bereits sicherstellen soll. In der Tauschtheorie bleibt Geld jedoch stets der Reflex der auktionatorgesteuerten Gleichgewichtslösung.

¹⁸Das damit verbundene Konzept der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wird bei der Diskussion der Investitionsentscheidung zur zentralen Entscheidungsvariablen einer monetären Ökonomie (vgl. Seite: 105).

viduellen Gläubiger-Schuldner Verhältnisses zweitrangig, da die Mechanismen, die die Kohärenz des Finanzsystems garantieren nicht individueller, sondern sozialer Natur sind. Wenn für die Operationsweise des Finanzsystems die Autoregressivität des Kreditgeldes das entscheidende Kriterium abgibt und sich diese in der (notwendigen aber nicht hinreichenden) Verknüpfung mit einer Zahlung manifestiert ist zu fragen, was im Fall einer nicht erfolgenden Kreditrückzahlung als korrespondierender Zahlungsvorgang identifizierbar ist. Der Umstand, daß die Autopoiese des Finanzsystems ökonomisches Handeln an Zahlungen bindet bedeutet, daß im Fall einer individuellen Nichterfüllung des Kapitaldienstes fiktive Zahlungen erzeugt werden müssen, um den autopoietischen Systemcharakter zu bewahren.

Saldenmechanisch interpretiert impliziert dies, daß die unbedienbaren Forderungen einzelner Wirtschaftssubjekte als bedient interpretiert werden müssen, so daß die den Verbindlichkeiten entsprechenden Forderungen als getilgt bewertet werden können, wodurch der gesellschaftliche Zusammenhang von Forderungen und Verbindlichkeiten wiederhergestellt ist. Die Verfahrensregeln des Konkursrechts, welche die Kohärenz des Finanzsystems bewahren, gewinnen somit eine systemerhaltende Bedeutung in dem Sinne, daß durch das Instrument der Forderungsabschreibung der gesellschaftliche Produktionsprozeß nicht durch die Aufrechterhaltung wertloser Forderungen blockiert wird¹⁹.

Die Notwendigkeit der Entschuldung ist vor dem Hintergrund einer Kreditgeldtheorie noch deutlicher als unter dem Regime einer Goldwährung²⁰, in der gesellschaftliche Entschuldungsregeln als Mittel zur Vermeidung sozialer Mißstände und Härten bzw. zur Stabilisierung herrschender Gesellschaftsformationen konzipiert worden sind. Wird Kreditgeld jedoch unter dem Aspekt interpre-

¹⁹Im internationalen Kontext gewinnt dieser Umstand deswegen an Bedeutung, weil der Kapitaldienst der Schuldnerländer jeden noch so geringen wirtschaftlichen Erfolg der Entwicklungsländer neutralisiert. Die Zögerlichkeit der Großbanken ist ja auch darin begründet, daß frisch entschuldete Schuldner die besten Kreditnachfrager sind und damit kreditvergabewillige Banken ein (zunächst) sicheres Geschäft machen können.

²⁰Gold sei hier nur als Prototyp einer Warengeldwährung verstanden.

tiert, daß mit dessen Hilfe arbeitsteilige **soziale** Produktion organisiert wird, gewinnt die Existenz von unbedienbaren **individuellen** Schulden einen anderen Charakter. Es geht nun nicht mehr nur um den individuellen Vermögensverlust, welcher in einer Warengeldwährung prinzipiell auch durch die Institution der Schuldknechtschaft gelöst werden könnte, sondern um den zentralen Aspekt arbeitsteilig organisierter Gesellschaften, daß die Vermögensverwalter, d.h. die Unternehmer²¹, regelmäßig mit Fremdkapital arbeiten. Unter dem Eindruck der möglichen persönlichen Rechenschaftspflicht wird es dann zu einer Blockade unternehmerischer Potenzen kommen, wenn aus Gründen der Risikovermeidung ein unternehmerisches Wagnis gar nicht mehr eingegangen wird.

Nach diesen skizzenhaften Bemerkungen zu den Grundsatzdimensionen einer Kreditgeldökonomie kann der kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang als über die finanzielle Sphäre vermittelt interpretiert werden, so daß Geld als das relevante Kommunikationsmedium erscheint, welches es ermöglicht, gesellschaftlichen Konsens über die Kriterien der Güterallokation herzustellen. Dieser Konsens ist aber nur dann herstellbar, wenn die Schaffung von Kredit die Verpflichtung beinhaltet, ein Güter- oder Leistungsangebot zu machen, und damit die Frage der Durchsetzung von Geldforderungen als weitere Fundamentalbedingung des Kreditgeldsystems erscheint.

Die Interpretation von Geld als Nettovermögen aus individueller Perspektive erweist sich dann als der eigentliche Grund für die Dominanz des Gewinnmaximierungskalküls der Unternehmen über das Nutzenmaximierungskalkül der Haushalte. Der perspektivische Wechsel der ökonomischen Theorie von dem konkreten Realkriterium Nutzen zu dem abstrakten Erfolgskriterium Gewinn bedeutet trotz des primären Reproduktionsinteresses an monetären Größen nicht, daß das Konsumziel als dominantes Motiv ökonomischen

²¹ Im Zusammenhang mit dem Staatskredit gilt gleichermaßen, daß die Möglichkeit der Kreditaufnahme eher von einer drohenden Überschuldung beeinträchtigt wird, als von einer Zahlungseinstellung. "Es ist in der Tat merkwürdig, daß in alten wie in neuen Zeiten im Augenblick der Abstoßung seiner Anleihe der Staat neue Anleihen oft genug mit gutem Erfolg unter keineswegs allzu drückenden Bedingungen aufzunehmen in der Lage ist. Man könnte beinahe ein bekanntes Wort dahin umprägen: *Le crédit est mort, vive le crédit!*" (Manes 1919, S. 96)

Handelns hinfällig wäre. Im Gegenteil bedeutet ja die erfolgreiche Reproduktion von investiertem Finanzvermögen nicht nur eine mögliche Fortsetzung des Investitionsprozesses, sondern auch je nach Gewinnhöhe eine unmittelbare Zugriffsmöglichkeit auf Güter und bewahrt so die Orientierung der Haushalte an realen Größen.

2.1.3 Geld als zentraler Begrenzungsfaktor ökonomischen Handelns

Die Konzipierung von Ökonomie als Theorie der Koordinationsweise komplexer Gesellschaften, erfordert die Verbindung von moderner Systemtheorie und (Makro-) Ökonomie, indem die Emergenz neuer Systemstrukturen thematisiert wird, und damit dem Geld, jenseits einer Funktion als Tauschmittel oder Aneignungsinstrument für Ressourcen, eigenständige Aufgaben zugewiesen werden. Soweit eine allgemeine Verhaltenserwartung erzeugt worden ist, deren Inhalt die Verwendung von Geld bei der Abwicklung ökonomischer Transaktionen darstellt, wird der ökonomische Handlungsspielraum des Individuums durch seine Verfügungsmöglichkeiten über Geld definiert, auch wenn eine Gütertheorie nahelegt, daß die bewertete Erstausrüstung bereits als Budgetrestriktion fungieren könne. Der Umstand, daß positives bzw. negatives Nettogeldvermögen nur bei unterschiedlichen Wirtschaftssubjekten existieren kann, bedeutet eine Differenz hinsichtlich der relevanten Zielfunktion, welcher sich das jeweilige Wirtschaftssubjekt gegenüber sieht, auch wenn eine Gesellschaft als Ganzes einen Vermögensposten Nettogeldvermögen aus logischen Gründen nicht ausweisen kann. Dies unterstreicht noch einmal den eingangs erörterten Aspekt, daß die Summierung von Teilelementen im Kontext vollständiger Gesellschaften nicht zu validen Erkenntnissen führen muß. Denn weder kann aus der Nichtexistenz von Nettogeldvermögen auf eine Indifferenz der Individuen hinsichtlich einer Vermögenshaltung geschlossen werden, noch läßt sich aus der Summe aller einzelnen Budgetrestriktionen eine gesellschaftliche Budgetrestriktion ableiten, die z.B. eine Ursache für die Begrenztheit des Investitionspotentials darstellen könnte. Die Beachtung der potentiellen Aggregationsparadoxien wird in der neueren Systemtheorie insofern besonders hervorgehoben, als sie deutlich macht,

„daß der wesentliche Unterschied zwischen traditionellen Naturwissenschaften und in diesem Sinn naturwissenschaftlich denkenden (reduktionistischen) Sozialwissenschaften einerseits und den systemtheoretisch denkenden Wissenschaften komplexer Systeme (anorganische, lebende und symbolische Systeme) andererseits darin liegt, wie das Verhältnis von Teil und Ganzem verstanden wird: Aggregation einerseits, Emergenz andererseits. ... Damit ist gemeint, daß Systeme im Laufe ihrer Entwicklung Eigenschaften hervorbringen, die aus den Eigenschaften ihrer Elemente gerade nicht mehr erklärbar sind, die mithin neu und charakteristisch nur und erst für die Ebene des jeweiligen Systems sind.“ (Willke 1987, S. 99f)

Wird die Vermögenssphäre als zentrale Kommunikationsebene und damit als Steuerungszentrum der Ökonomie gefaßt, gewinnt das Kreditgeld die Eigenschaft, ein Abbild sozialer Relationen zu sein, indem es die ökonomische Verknüpfung und damit die Interdependenz der Individuen zum Ausdruck bringt. Durch die Fassung von Geld als Code für ökonomische Kommunikation²² kann auch die fehlerhafte Idee vermieden werden, Geld als Gut zu interpretieren, was bei einer Konzipierung von Geld als Steuerungsfaktor der Ökonomie schlicht auf eine Verwechslung von - informationstechnisch ausgedrückt - Software und Hardware bedeutet.

„Dies ist das Paradoxe: daß Systeme irgendeines Emergenzniveaus durch etwas Zusätzliches gekennzeichnet sind, was auf die Elemente des Systems nicht reduzierbar ist; daß dieses Zusätzliche aber nur möglich ist durch zusätzliche Restriktionen (Beschränkung von Freiheitsgraden), welche aus der Fülle der elementspezifischen Möglichkeiten nur diejenigen Optionen zulassen, die untereinander kompatibel sind.“ (Willke 1987, S. 107)

Auf die Ökonomie übertragen bedeutet dies, daß Geld als Software des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses die Kontingenzen individueller Aktionen in einer Weise zu steuern fähig ist, daß - letztlich im gesellschaftlichen Maßstab - der Gebrauch des Geldes diejenige Negentropie produziert, die die allgemeine Gleichgewichtstheorie von der Funktionsfähigkeit des Auktionators erwar-

²²Inhalt dieser Kommunikation ist die Allokation von Eigentums- und Verfügungsrechten und damit die Verwendung von Realvermögen zur Erzeugung geldwerter Leistungen. Aussagen, die reale Effizienzsteigerungen als Ausdruck der Erreichung eines Wohlstandsoptimums bewerten, lassen sich mit diesem individualistisch orientierten Kriterium nicht gewinnen.

ten muß. Darüber hinaus zeigt sich, daß das Postulat einer Mikrofundierung der Makroökonomie das Mißverständnis impliziert, die Funktionsweise von Ökonomie mit deren Ergebnis zu verwechseln, da die Integration von Geld in die Werttheorie gerade die ökonomische Metaebene in die Objektebene zu projizieren versucht. Die Verkürzung von Systemzusammenhängen auf individualistische Motivationsstrukturen, für das prototypisch das (fiktive) Geldhaltungsproblem steht, stellt damit einen untauglichen Versuch dar, mit reduktionistischen Instrumentarien dem Geheimnis des Lebens auf die Spur kommen zu wollen, dessen Beschränktheit sich gerade daran zeigt, den Konflikt zwischen individueller Freiheit und der Erfüllung eines kollektiven Sinnzusammenhangs ungelöst zu hinterlassen.

2.2 Der institutionentheoretische Charakter des Kreditgeldes

2.2.1 Private Allokation und staatliches Geld

Die Frage der Steuerung ökonomischer Sachzusammenhänge besitzt noch eine andere Facette, wenn man die Frage erörtert, inwieweit das politische System als der generelle Überbau einer Gesellschaftsordnung anzusehen ist. Die implizit herrschende These, die Frage der Währungsordnung sei eine Angelegenheit der politischen Entscheidungsfindung, resultiert mehr aus der Akzeptanz gegebener Verhältnisse, als aus einer theoretischen Erkenntnis. Doch insbesondere, wenn die Frage der wirtschaftspolitischen Steuerung betrachtet wird, erweist sich, daß, gegenüber einer auf dem Prinzip der plandeterminierten *ex-ante* Koordination ökonomischer Aktivitäten fundierten Produktion, auf Seiten der liberalen Gesellschaft ein Erklärungsvakuum besteht. Die Erklärung, die Koordination ökonomischer Aktivitäten innerhalb einer liberalen Ökonomie würde auf dem Prinzip der marktdeterminierten *ex-post* Koordination beruhen (Luckenbach 1986, S. 104), macht sich wiederum des Vergehens schuldig, die Funktionsmechanismen der Marktökonomie mit Hilfe des Wissenschaftsbegriffs „Marktwirtschaft“ bereits für definiert zu halten, so daß ein vermeintlich bestehendes Theorieelement bereits als natürliche Erklärung ausgegeben wird. Im Gegenteil, der Markt als Ort der ökonomischen Kommunikation begründet diese in keiner Weise, so daß der Markt

von einer politischen Ökonomie zu unrecht als zentrale Institution von Marktwirtschaften deklariert wird.

Der Umstand, daß ein Markt als hoch sensibles Kommunikationsnetzwerk interpretiert werden muß, wird interessanterweise von neoklassischer Seite ebenfalls gesehen:

„I am, as a theorist, more concerned with the intellectual move which axiomatically ensures that the invisible hand is never observed in reconciling inconsistent plans and so provides no account of how it might actually do this. It seems clear that this leaves the theory essentially incomplete. It also seems obvious that it cannot be usefully confronted with other theories, for it is no answer to the Keynesian proposition that there may be states in which willing workers cannot find a job at the going wage to announce it as an axiom that this can never happen.

Less extreme theories have recognised that some story must be told and to the non-economist the chosen one is known as the 'law of supply and demand'. Here the invisible hand is actually set in motion. When demand for anything exceeds its supply the price will go up, and vice versa when supply exceeds demand. In taking this account seriously, one finds oneself studying a rather complex dynamic system. It is a fact that this study has not led to the conclusion that this behaviour of prices must guide the economy to its tranquil equilibrium. Indeed, almost the converse is true: only very special assumptions seem to ensure this happy outcome.“ (Hahn 1984, S. 125)

Wird nun der in diesen Bemerkungen enthaltene Hinweis auf die Frage der Ausgestaltung des gesellschaftlichen Koordinationsmechanismus' aufgegriffen, entsteht automatisch, da eine staatliche Steuerung als dirigistischer Eingriff in die Eigentums- und Verfügungsrechte der Individuen als einer liberalen Gesellschaft nicht angemessen erscheint, die Notwendigkeit einer außerstaatlichen Koordinationsinstanz, welche die ökonomischen Koordinationsbedürfnisse einerseits mit der Forderung nach einer liberalen Wirtschaftsordnung andererseits verknüpft. Hält man die Koordinationserfolge von Marktwirtschaften nicht für einen Zufall, bleibt nur die Schlußfolgerung, daß ein außerstaatliches Koordinationsinstrument die individuellen Entscheidungen auf ein gesellschaftspolitisch akzeptables Ergebnis hinsteuert.

Die Abstraktheit des marktwirtschaftlichen Erfolgskriteriums, sowie seine allgemeine Akzeptanz macht es dabei zu einer interpersonell eindeutig interpretierbaren Größe, deren Aspekt, beliebig allozierbar zu sein, die unternehmerischen Fähigkeiten von der Erstaussstattung über gütermäßige Verfügungsmacht unabhängig macht. Übersetzt in die *principal - agent* Relation stellt sich die kreditgeldorganisierte Ökonomie als gesellschaftliche Delegationsbeziehung dar, bei der der Prinzipal - das Bankensystem - dem Agenten - den Unternehmern - nach Maßgabe ihrer persönlichen Vermögensverwaltungskompetenz²³ die zur Aktivitätsaufnahme notwendige Verfügungsmacht bereitstellt, und gleichzeitig über das Gewinnkriterium die gesellschaftliche Effizienz der Vermögensverwendung kontrolliert.

Damit wird allerdings die Frage akut, inwieweit eine staatliche Einflußnahme dem privatwirtschaftlichen Charakter des Finanzwesens nicht widerspricht, da die Allokation gesellschaftlicher Verfügungsmacht letztlich dann auf einer Rationalentscheidung beruht, wenn eine Internalisierung der Resultate der Vermögensverwendung erfolgt und - als Implikation dieses Regimes - das Geldvolumen den unternehmerischen Bedürfnissen angepaßt wird. Der Grund dafür, daß eine staatliche Kontrolle des Geldvolumens keine notwendige Vorbedingung für die Ausgestaltung der Geldverfassung darstellt, ist damit zu begründen, daß bereits auf mittelfristige Sicht, die Vorteile einer Geldwertstabilität für die reale Ertragslage des Banken- bzw. Finanzsystems größer sind, als die kurzfristigen Gewinne einer Inflationsakzeleration. Hierbei besitzt die Vermutung von Hayek, die Notenbank mit der geringsten Geldentwertungsrate²⁴ würde die dominante Bank der Banken werden, besonderes Gewicht, sofern man jemals davon ausgehen könnte, der Staat würde sein Gewaltmonopol nicht auf die Regulierung des Geldwesens ausdehnen. Die verführerische Option auf die Kasse

²³Die Tatsache, daß die Entäußerung von Vermögen die Gefahr des Vermögensverlustes impliziert, macht denn auch die Bedeutung der Bonitätsbeurteilung im Rahmen der Bankbetriebslehre aus.

²⁴Daß private Träger einer Notenbank jederzeit eine Inflationspolitik betreiben werden, ist, wegen der nicht existierenden Datenlage, eine Angelegenheit der Spekulation.

der Notenbank hat allerdings bisher eine materielle Unabhängigkeit von Notenbanken i.d.R. zu verhindern gewußt.

Darüber hinaus verdeckt die These, Geld sei ein öffentliches Gut²⁵ und deswegen durch eine exogene Institution bereitzustellen, daß die Setzung eines Standards zur Begründung privater Schuldverhältnisse, eigentlich keinen staatlichen Regulierungsbedarf begründet, wie Hayek nicht müde wird zu betonen. Auch die Modalitäten des Liquiditätsausgleichs zwischen Banken bedürften allenfalls einer privatrechtlichen Übereinkunft der beteiligten Bankhäuser, deren Interesse an kooperativen Beziehungen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit bei Liquiditätsspitzensalden, die Setzung eines allgemeinen Standards auf dem Verhandlungswege ermöglicht. Ein Eingriff in die Modalitäten der Schuldbeziehungen privater Wirtschaftssubjekte muß also als ein Eingriff in die Vertragsfreiheit von Individuen angesehen werden, insbesondere dann, wenn der Staat über eine defizitäre Finanzpolitik die Inhalte privater Schuldverhältnisse verändert.

2.2.2 Die gesellschaftliche Anreizkompatibilität des Kreditvertrages

Die Frage der Privatisierung der Notenbank ist jedoch nicht entscheidend. Wie aus der Delegationstheorie bekannt ist, ist für effiziente Wirtschaftsführung die Identität von Eigentums- und Verfügungsrechten dann nicht relevant, wenn zwischen den Parteien ein anreizkompatibles Arrangement besteht, welches das Gemeinschaftsinteresse zum Individualinteresse macht. Insofern ist die Privatisierungsdiskussion mehr ein ideologischer Streitpunkt.

Relevant für die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ist dagegen die Tatsache, daß die - für die individuelle Bank knapp erscheinende - Quantität des Basisgeldvolumens die Banken dazu zwingt, bei Liquiditätsspitzensalden, die bei Teilgruppen von Banken regelmäßig auftreten, zur Refinanzierung anderen Banken vertretba-

²⁵"Die moderne Kreditorganisation beruht somit auf dem Prinzip, daß Geldschöpfung und Kreditgewährung als die beiden Funktionen des Bankensystems institutionell getrennt werden. Dadurch weist Zentralbankgeld die Funktion auf, durch seine Übertragung den Individuen die Erfüllung von Verpflichtungen anzuzeigen. In diesem Sinne stellt Geld ein öffentliches Gut dar." (Riese 1986, S. 183)

re Wertpapiere anbieten zu können. Die Forderungsbestände der Banken müssen aufgrund des *shiftability* - Erfordernisses einen allgemein akzeptierbaren Bonitätsgrad aufweisen, wodurch ein allgemeiner Bonitätsstandard generiert wird, der Ausdruck der Anforderungen an unternehmerische Qualitäten ist.

Die Abtretbarkeit von Forderungen ist denn auch der tiefere Grund für die Errichtung einer Zentralnotenbank, da - kommunikationstheoretisch gesprochen - Kommunikation zwischen Banken nur möglich ist, wenn ein gemeinsamer Zeichenvorrat zur Verfügung steht. Sofern keine funktionsfähige Syntax, d.h. kein gemeinsames Medium für die Interaktion, d.h. den Saldenausgleich, zur Verfügung steht, kann Bankenkooperation nur noch über die Institution des Sortenmarktes erfolgen, so daß die aus dem internationalen Finanzmarkt bekannten Devisenmärkte auch auf nationaler Ebene entstünden.

Wichtiger als die entstehenden Transaktionskosten ist jedoch die Tatsache, daß in dieser Konstellation, der abgeschlossene Schuldvertrag zwischen einer Monobank²⁶ und einem Schuldner in dem Sinne nicht anreizkompatibel ist, weil die Durchsetzung der Vertragserfüllung, d.h. das Insistieren auf Ableistung des Kapitaldiens-tes und ein Geltendmachung der Forderung für den Gläubiger nicht die dominante Strategie darstellt. Im Gegenteil könnte eine vertraglich eigentlich fällige Kreditforderung durch eine Neufundierung ersetzt werden, da der Gläubiger als Monobank *per se* keinem Refinanzierungsdruck²⁷ ausgesetzt und damit die Bonität des Schuldners eine Angelegenheit sekundärer Qualität ist. Sofern die Durchsetzung von Geldforderungen gegenüber einer Neukreditierung die nicht-dominante Strategie darstellt, bleibt als Konsequenz auch unklar, warum die Schuldner die Inanspruchnahme gesellschaftlicher Ressourcen durch ein Güterangebot honorieren soll-

²⁶In einem Konkurrenzbankensystem mit individualisierten Noten ist jede Bank eine Monobank.

²⁷Wenn also die Vergabe "schlechter" Kredite wegen der Möglichkeit der permanenten Revolvierung des Kredites gegeben ist, werden die Bruttozinseinnahmen zu Nettoeinkommen der Bank, weil ein Zwang zur Forderungsabschreibung wegen der unbeschränkten Geldschöpfungsmöglichkeit nicht besteht.

ten. Ein fehlender Schuldendruck macht eine Strategie, Ressourcenbesitzer solange es geht mit inflationierenden Papierscheinen zu bezahlen, unmittelbar dominant²⁸, und führt infolge einer mangelhaften Geldnachfrage seitens der Ressourcennutzer zu einer Aushöhlung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes mit den daraus resultierenden inflationären Effekten.

Die gesellschaftliche Anreizkompatibilität des Kreditvertrages ist erst dann gesichert, wenn die Entäußerung von Geld zu einem potentiellen Liquiditätsproblem führt²⁹, so daß die einzelne Bank ihren Refinanzierungsbedarf bei anderen Finanzintermediären³⁰ suchen muß, und somit die Frage aufkommt, auf welche Weise sie ihre Kreditbedürfnisse absichern kann. Wird also eine kreditgebende Bank periodisch zur Refinanzierung in einem Standard gezwungen den sie selbst nicht schaffen kann, wird die Bonität der von ihr vergebenen Kredite zur unmittelbaren Überlebensnotwendigkeit, so daß *moral hazard* einer Bank bei der Kreditverwaltung an der Kontrolle der anderen Banken scheitert, somit die Vergabe „sicherer“ Kredite sowie die Eliminierung von „schlechten“ Krediten die dominante Strategie wird. Offenbar entscheidet der Grad der Verflechtung des Bankensystems darüber, ob eine staatliche Bereitstellung des Geldes notwendig ist oder nicht. Die Existenz einer Differenz zwischen potentiellen Zahlungsnotwendigkeiten und der aktuellen Liquidität ist also der Gradmesser für eine gesellschaftlich effiziente Organisation des Bankensystems, so daß der Begriff

²⁸Das wird in aller Regel auch den Ressourcenanbietern bewußt, die sich daraufhin entweder über Indexierungsklauseln versuchen abzusichern, oder - soweit möglich - einen in anderer Währung denominierten Vertrag abzuschließen.

²⁹Das gilt in gleicher Weise dann auch für die Unternehmer: die Entäußerung von Geld impliziert dann zur Erwirtschaftung von Gewinn ein Angebot unter Konkurrenzbedingungen, so daß sich die Ressourcenbesitzer einem preislich angemessenen Güterangebot gegenübersehen. Letztlich können nur die Einkommensbezieher den auf den Unternehmern lastenden Liquiditätsdruck entschärfen.

³⁰Das Interesse der Banken an der Wahrung ihres Liquiditätsstatus impliziert in Verbindung mit dem Konkurrenzargument, daß eine Institution, die als Bank der Banken fungieren soll, als gleichzeitiges Kreditvergabeinstitut deswegen nicht akzeptabel ist, weil die Zentralbank zwar die Refinanzierungsbedingungen gestalten soll, jedoch als Kreditinstitut wegen des erwähnten *moral-hazard* Problems nicht agieren darf.

System die gegenseitige Interdependenz und Abhängigkeit der Banken zum Ausdruck bringt.

2.3 Probleme der Institutionenanalyse

2.3.1 Die Notwendigkeit einer ökonomischen Ordnung

Hinsichtlich der Genesis von Institutionen läßt sich nach dem Stand der Institutionenforschung allerdings nichts Eindeutiges sagen. Es lassen sich allenfalls bestimmte Faktoren aufzeigen, die - *ex post* - eine bestimmte Entwicklungsrichtung von Institutionen begünstigt oder behindert haben. Nicht gesagt ist damit, daß die Existenz bestimmter Effizienzaspekte bei der Emergenz von Institutionen bereits impliziert, daß das Ergebnis des sozialen Prozesses in einem gesamtgesellschaftlichen Sinne als „optimal“ zu interpretieren ist. Insoweit, als eine Theorie der Institutionenemergenz derzeit lediglich in der Lage ist zu zeigen, daß bestimmte Bedingungskonstellationen eine spezifische Institutionenbildung fördern, muß davon ausgegangen werden, daß Optimalität im Sinne einer beliebig definierten gesellschaftlichen Nützlichkeit nicht als entscheidendes Entwicklungskriterium von Institutionen aufgefaßt werden kann. Mit einem derartigen Befund läßt sich also nur noch der Schluß ziehen, daß die politische Konstellation einer Gesellschaft darüber entscheidet, ob die Entscheidung über gesellschaftliche Institutionen nach den Interessen partikulärer Gruppen (Klassen) oder aufgrund eines gesellschaftspolitischen Weitblicks gefällt werden. Sofern letzteres der Fall ist, läßt sich den Trägern dieser Institutionenbildung das Epitheton „Staatsmann“ immerhin zu Recht zuerkennen.

Eine solcher Befund legt also unmittelbar die Schlußfolgerung nahe, daß eine Logik der Institutionenemergenz³¹ nicht ableitbar ist und eher die Zufälligkeiten und die Vielfalt politischer Konstellationen die aktuellen Institutionalisierungen bestimmen, als daß gesellschaftliche Strukturen aus einem (Effizienz garantierenden)

³¹„Größte Vorsicht ist „... im Hinblick auf alle Behauptungen über die angebliche »Logik« von Institutionen geboten. Die Logik steckt nicht in den Institutionen und ihrer äußeren Funktionalität, sondern in der Art, in der über sie reflektiert wird. Anders ausgedrückt: das reflektierende Bewusstsein überlagert die institutionale Ordnung mit seiner eigenen Logik.“ (Berger/ Luckmann 1980, S. 68f)

Institutionenwettbewerb³² entspringen würden. Die Zufälligkeit der politischen Konstellation läßt dann aber auch die Bedeutung einer (internationalen) politischen Beratung deutlich werden, deren Einfluß bei der Institutionenbildung mitverantwortlich bei der gesellschaftlichen Entwicklung ist und insofern bei erkannten Fehlschlägen zumindest moralisch zur Rechenschaft zu ziehen ist.

Während im politischen Bereich mit dem Konzept der parlamentarischen Demokratie sich Konsens über die politische Institutionenbildung abzeichnet, ist im ökonomischen Bereich die Idee der (sozialen) Marktwirtschaft der Inhalt von Beraterkommissionen verschiedenster international operierender Organisationen. Zumindest hinsichtlich der liberalistischen Grundauffassung geben sich Politologie und Ökonomie die Hand.

Der liberalistische Höhenflug, dessen ökonomistische Ausprägung Privatisierung und externe Liberalisierung bei restriktiver staatlicher Ausgabenpolitik ist, bleibt der politologischen Konkurrenz gegenüber allerdings hoffnungslos defizitär, da sich die Ökonomie, fixiert auf die Idee der vollkommenen Konkurrenz der politologischen Erkenntnis verschließt, daß Liberalismus allein noch keine Struktur ausmacht, sondern lediglich ein Quasi-System generiert, so daß die Frage der Institutionalisierung damit noch keineswegs geklärt ist.

Auch die moderne Systemtheorie hebt hervor, daß das Spezifikum von Systemen die Beschränkungen (Grenzen)³³ darstellen, die die Systemmitglieder auf eine bestimmte Systemrationalität fixieren, insofern als sie die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Systemzusammenhang mit der (partiellen) Preisgabe ihrer Handlungsoptionen erkaufen. Damit offenbart sich die zur Schwäche gewordene Grundlinie der liberalen Ökonomie, als Kampftheorie des Bürgertums gegen eine (adlige und klerikale) Despotie, die emanzipatorischen Aspekte der ökonomischen Reform überzubetonen, um

³²So läßt sich der Vorschlag Hayeks zur Entnationalisierung des Geldes deuten, indem Bankenkonkurrenz als Entdeckungsverfahren für die effiziente monetäre Integrationsform instrumentalisiert wird.

³³Der Umstand, daß nationale Grenzen noch keineswegs die wahren Grenzen politischer Gebilde darstellen müssen, wird an den partikularistischen Tendenzen Osteuropas unmittelbar einsichtig.

gleichzeitig aus dem Blick zu verlieren, daß die Befreiung von der einen Ordnung keinesfalls ein Ordnungsvakuum zuläßt, somit die Frage nach einer ökonomischen Ordnung erst einmal richtig gestellt ist.

2.3.2 Die Zielfunktion von Institutionen

Der Versuch einer positiven Inhaltsbestimmung läßt sich dagegen unter Einbeziehung systemtheoretischer Erkenntnisse leisten, indem auf die hilfreiche Distinktion von Quasi-System und System rekurriert wird, deren Unterscheidungskriterium eben durch die Emergenz von Systeminstitutionen³⁴ charakterisiert ist. Mit der Emergenz von Institutionen, die als gesellschaftlich akzeptierte Handlungsnormen aufzufassen sind, wird der individuelle Entscheidungsprozeß durch eine soziale Komponente verändert, insofern als die Ausrichtung individueller Entscheidungen an gesellschaftliche Normen und Verfahrensweisen die individuellen Aktionen in gesellschaftliche Rationalität transformiert. Das Problem der Ausgestaltung von Institutionen, deren Ziel die Etablierung gesellschaftlicher Rationalität ist, liegt darin, daß die individuelle Entscheidungssituation über gesellschaftliches oder nicht-gesellschaftliches Verhalten als eine Meta-Entscheidung aufzufassen ist, und zwar darüber, die vorhandenen gesellschaftlichen Institutionen zu akzeptieren oder abzulehnen und alternative Handlungsoptionen zu suchen. Die Definition von Institutionen als gegenseitige Verhaltenserwartungen impliziert nämlich, daß das Problem der Akzeptanz von Institutionen durch ihre Installierung keineswegs gelöst ist. Und insbesondere die Wahrung der Normen einer liberalen Ökonomie machen eine gewaltsame Durchsetzung von Institutionen zu einer nicht akzeptablen Option. Mit der hilfreichen Distinktion von Stützel (Stützel 1958, S. 98f.) zwischen Gewalt und Zwang besteht das Problem der Ausgestaltung von Institutionen darin, die individuelle Entscheidungseinheiten dazu zu

³⁴„Quasi-Systeme sind Grenzfälle, weil sie als eigenständige Beziehungsstrukturen noch nicht voll in das Bewußtsein der Beteiligten kommen. Im Vordergrund stehen die je einzelnen Identitäten der Beteiligten, nicht aber eine zusätzliche (emergente) Systemidentität. ... Eine über die Mitglieder hinausgehende zusätzliche Systemidentität und eine bewußte, innere wie äußere Identifikation der Mitglieder mit dem System bildet sich erst aus mit der Verdichtung des Quasi-Systems zum System.“ (Willke 1987, S. 53)

zwingen - und nicht zu vergewaltigen - die gesellschaftlichen Institutionen zu akzeptieren. Zwang bedeutet hinsichtlich der Verhältnisse in liberalen Ökonomien, daß die Verfolgung des Individualinteresses der Individuen eine Akzeptanz der Institution generiert, wobei die alternativen Entscheidungsoptionen als prinzipiell legale Handlungsalternativen nur eine suboptimale individuelle Bedürfnisbefriedigung bieten. Es zeugt denn auch von einer mangelhaften Institutionalisierung, wenn nicht institutionenkonforme Handlungsoptionen mit repressiven Methoden unterdrückt werden und von mangelnder Einsicht in gesellschaftliche Beziehungszusammenhänge, wenn unerwünschte Erscheinungen mit viel technischem Aufwand bekämpft, als durch die (politisch aufwendige) Reform von Institutionen bewältigt werden. Politische Kultur zeichnet sich demnach gerade dadurch aus, die Kosten der repressiven Durchsetzung fehlgestalteter Institutionen durch die Kosten der innenpolitischen Abstimmung und Konsensfindung zu substituieren.

Offenbar ist diese Meta-Entscheidung dann auch die Trennungslinie zwischen einer Individualtheorie - unabhängig davon, ob sie als aggregierte oder als nicht - aggregierte Version vertreten wird - und einer sozialen Theorie, die über die Ausgestaltung des Spektrums individueller Handlungsoptionen das Individualinteresse für die Erreichung gesellschaftlicher Ziele zu kanalisieren vermag. Somit wird an dieser Stelle darüber entschieden, ob jenseits der optimalen individuellen Nutzensteigerung bei sozialen Handlungen, wie z.B. dem Tausch, als Prototyp interindividueller Interaktionsbeziehungen, die zugrunde liegende individualistische Handlungslogik zugunsten der geltenden gesellschaftlichen Institutionalisierung aufgegeben wird.

Damit bleibt allerdings noch die Frage nach der gesellschaftlichen Zielfunktion offen, die in der Individualtheorie in der Aggregation persönlicher Nutzenschätzungen geortet wird. Nun muß eine derartige Analogie, wie sie die gesellschaftlichen Präferenzfunktionen darstellen, demselben Verdikt wie eine individualistisch fundierte Makroökonomie unterliegen, da eine simple Aggregationsprozedur lediglich ein Abbild der nutzengesteuerten Präferenzen darstellt. Wenn also die Ratio des gesellschaftlichen Zusammenhanges nicht auf der Basisebene gesucht werden kann, - was gleichzeitig eine

Akzeptanz des neoklassischen Begründungszusammenhanges darstellen würde -, so bleibt nur die Schlußfolgerung, daß auch hier die Existenz einer Meta-Ratio über die gesellschaftliche Kohärenz entscheidet. Damit wird die Suche nach dem entropiesenkenden Element der Gesellschaft aufgeworfen und gleichzeitig die Frage nach den Funktionsbedingungen sozial organisierter Ökonomien gestellt, die letztlich nur im gesellschaftlichen Zusammenhang beantwortet werden können.

In Anlehnung an die von der modernen Systemtheorie herausgearbeitete Erkenntnis, daß soziale Systeme nicht durch die Verknüpfung von Basiselementen sondern aus Kommunikationen bestehen, wird hier die These vertreten, daß - was auch von einer Neoklassik nicht bestritten werden muß - gesellschaftliche Kohärenz (i.e. ein Allokationsgleichgewicht) sich durch die Kommunikation über Güter etabliert. Im Unterschied zur Neoklassik, bei der die allgemeine Kommunikationsbasis die individuellen relativen Nutzenschätzungen sind, wird in Anbetracht des unlösbaren Problems der allgemeinen Nutzenabgleichung unterstellt, daß ein spezifischer Kommunikationscode in Form von Geld existiert, welches als Basiselement des Kommunikationsprozesses eine eigene Systemidentität ausbildet³⁵. Diese läßt sich jedoch nur dann über die Zeit hinweg garantieren, wenn der Kommunikationsstandard verlässliche Informationen liefert, d.h. sein (arbiträres) Austauschverhältnis gegenüber Gütern über die Zeit (annähernd) konstant bleibt.

Dabei sei gleich an dieser Stelle dem Mißverständnis begegnet, daß die Objekte des Wirtschaftens und Kommunikationsmittel auf der gleichen Ebene angesiedelt seien. Dies klingt immer dann an, wenn (wieder einmal) der Versuch unternommen wird Wert- und Geldtheorie zu integrieren, d.h. methodisch auf die gleiche Ebene

³⁵"Weder die Ressourcen, um die es geht, noch die psychischen Zustände der beteiligten Personen sind danach Elemente oder Bestandteile des Systems. Sie sind natürlich unerläßliche Momente der Umwelt des Systems. Über sie wird kommuniziert, und die Kommunikation nimmt ihrerseits Materielles und Psychisches in Anspruch. Sie wäre ohne die Umwelt nicht möglich. Die Systembildung, um die es uns geht, liegt aber ausschließlich auf der Ebene des kommunikativen Geschehens selbst. Nur dies kann in einem genauen Sinne als soziale Wirklichkeit beziehungsweise als soziales System bezeichnet werden." (Luhmann 1988, S. 14)

zu stellen. Wenn Geld als der gesellschaftliche Kommunikationscode in seiner Institutionalisierung akzeptiert ist, verliert die Werttheorie zwar nicht ihre individualistische Bedeutung, jedoch durchaus ihren Stellenwert als potentiell kohärenzstiftende Institution, da die gegenseitigen Verhaltenserwartungen darauf gerichtet sind über Geldpreise zu verhandeln und so von einer höheren Ebene der Abstraktion aus über die Dinge - d.h. Güter - dieser Welt entschieden wird.

Die Frage nach dem Träger und der Zielfunktion eines Kommunikationssystems, die denn auch die Antwort auf die Frage nach der Gleichgewichtsdefinition beinhaltet, ist denn auch systemtheoretisch zu beantworten, als die beiden Kriterien Systemperpetuierung und Systemabgrenzung die Grundlage für die daran angeschlossene Gleichgewichtsdefinition bieten.

Nimmt man in Anschluß an Elsner³⁶ den Institutionenbegriff als das Set von reziproken Verhaltenserwartungen, so stellt sich die Frage, durch welche Faktoren diese Verhaltenserwartungen beeinträchtigt werden, d.h. ab wann es zur Auflösung bzw. partieller Zersetzung von Institutionen kommt. Diese Faktoren bestimmen dann die institutionelle Ausgestaltung, die zur Wahrung und Stabilisierung der Verhaltensweisen beizutragen hat. Mit Hinblick auf den monetären Sektor wird zu zeigen sein, daß die Effizienz der Institution Geld (als Kreditgeld) an die Wahrung seiner Attrahierungsfähigkeit für Güter gebunden ist und dann seine Funktion (zugunsten eines anderen Wertstandards) verliert, wenn die Wertkonstanz durch die monetären Autoritäten nicht gesichert wird.

³⁶"Wir bezeichnen Institutionen in Anlehnung an die empirische sozialwissenschaftliche Institutionenforschung ... und die moderne ökonomisch-theoretische Begriffsbildung als Regeln (Normen) für rekurrente und multipersonelle Entscheidungssituationen, welche insoweit allgemeine (soziale) Gültigkeit erlangt haben, daß relativ stabile reziproke Verhaltenserwartungen entstehen, durch die bestimmte Konsequenzen individueller Entscheidungen spezifiziert und damit - in der kognitiven Dimension des Entscheidens und Handelns - Unsicherheit in bzw. Komplexität von Entscheidungssituationen reduziert werden sowie - in der emotiven Dimension - egoistisches Motiv und soziale Bindungen miteinander vermittelt werden können." (Elsner, W. 1986, S. 70)

Die Begründung der Institutionalisierung des Geldes durch eine Notenbank ist dabei der Tatsache geschuldet, daß Geld als modernes Kreditgeld keinen Eigenwert mehr aufweist und damit bestimmte Verfahrensweisen notwendig werden, um eine Wertstabilität des Geldes zu sichern. Dieses Problem des fehlenden Eigenwertes erweist denn auch die Irrelevanz der Quantitätstheorie als Supplement zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie, weil das Problem der Akzeptanz eines stoffwertlosen Geldes in einer Tauschökonomie nicht durch geldimmanente Institutionalisierungen gelöst werden kann. Denn selbst die Plausibilitätsargumentation, daß durch den Gebrauch des Geldes als Transaktionsmedium eine maximale Erleichterung des Tauschprozesses möglich sei, schließt nicht aus, daß individuelle Präferenzordnungen existieren, die rationalerweise den Gebrauch des Tauschmittels ablehnen. Bei unterstelltermaßen rationalen Erwartungen bzw. vollständigen Informationen muß eine derartige Möglichkeit für Teilbereiche der Tauschökonomie die Nichtakzeptanz des Notengeldes implizieren. Offenbar läßt sich ein derartiges Problem nur mit institutioneller Gewalt lösen, indem die Akzeptanz des Geldes durch Strafandrohung erzwungen wird, oder - im theoretischen Bereich - durch seine Ignorierung, indem wie z.B. bei Clower der Gebrauch von Geld als Tauschmittel einfach unterstellt wird³⁷. Ein Warengeld (Gold) dagegen bedarf keiner Institutionalisierung, weil die positive Nutzenstiftung eines Gutes es ohnehin als Tauschwert ausweist.

Letzteres bedeutet insbesondere, daß quantitätstheoretisch konzipiertes Geld keine soziale Komponente aufweisen muß, weil bereits das individuelle Nutzenmaximierungskalkül dessen Akzeptanz impliziert. Eine derartige soziale Funktionslosigkeit läßt sich aber auch nicht dadurch beheben, daß mit der Definition des reziproken

³⁷"The natural point of departure for the theory of monetary phenomena is a precise distinction between money and nonmoney commodities. In this connection it is important to observe that such a distinction is possible only if we assign a special role to certain commodities as means of payment. ... If money is to be distinguished by the function it performs, therefore, it is to the medium of exchange function that we must address our attention. The only difficulty is to express analytically what is meant when we assert that a certain commodity serves as a medium of exchange." (Clower 1969, S. 205)

Preisniveaus ein fiktiver Knappheitspreis für Geld etabliert wird, weil dieser nicht im Sinne der Knappheitstheorie ein Explanans, sondern aufgrund des Akzeptanzproblems ein Explanandum darstellt. Wenn also die Funktionslogik des stoffwertlosen Kreditgeldes nicht aus einem individuellen Rationalkalkül ableitbar ist, welches wie gesagt auch durch Aggregation kein soziales Element aufweist, bleibt als Folgerung die hier zu vertretende These, daß Geld nicht aus einem privaten Dispositionsproblem, sondern einem sozialen Organisationsproblem erwächst. Der Rekurs auf ein soziales Fundament hinsichtlich der Genesis des Kreditgeldes impliziert *a priori* die Frage nach der Stabilität der sozialen Beziehungen bzw. deren Stabilisierung im Zeitablauf. Die Interpretation von Geld als einem sozialen Organisationsmedium impliziert, daß der Prozeß sozialer Arbeitsteilung gegenüber dem Individualkalkül an Gewicht gewinnt, ohne daß damit die Verfolgung von Individualinteressen ausgeschlossen wäre oder deren Existenz für das Sozialsystem Geld einen Defekt bedeuten würde. Anders gesagt, durch die Institution Geld ist keineswegs eine Notwendigkeit gegeben, die individuelle Entscheidung für oder gegen die gesellschaftliche Institution Geld in irgendeiner Weise zu präjudizieren. Insofern bleibt die Attraktivität der Akzeptanz dieser Institution eine Angelegenheit der individuellen Entscheidungsfindung, die durch die Qualität des Institutionenmanagements bestimmt wird. Wenn man will läßt sich aus diesen Erwägungen die Zielfunktion von Institutionen durch eine für die Lebensfähigkeit des Systems ausreichende Zahl der attrahierten Individuen bestimmen, so daß die Perpetuierung der eigenen Existenz in Abgrenzung zu anderen Institutionen als die Maxime - nicht als das Maximierungsproblem - von Institutionen aufgefaßt werden kann. Dies reflektiert eine Erkenntnis der modernen Systembiologie, daß die Maximierung von Zielen gegenüber der Erhaltung eines gleichgewichtigen Systemzustandes ein zweitrangiges Moment der Systemexistenz darstellt.

II. TEIL

DIE MIKROÖKONOMIE DER ARBEITSTEILUNG

3 Adam Smith und die Reduktion der politischen Ökonomie

Die klassische politische Ökonomie Adam Smith's beruhte in ihren Grundüberzeugungen auf zumindest einer Zweiteilung der ökonomischen Realität: einerseits wurde betont, daß durch den Tauschakt eine zweiseitige Verbesserung der individuellen Situation erreichbar sei, andererseits war klar, daß der Produktionsprozeß in seiner sozialen Komplexität zu einer Steigerung der Produktivkräfte führen würde. Exemplarisch läßt sich für den ersten Strang der Argumentation das berühmte Tauschverhältnis zwischen Hirsch und Biber zitieren¹, während der zweite Strang in dem Stecknadelbeispiel eine eingehende Illustration findet².

Die an die klassische Ökonomie anknüpfende neoklassische Ökonomie betrieb jedoch eine Fokussierung des Erkenntnisobjekts in Richtung auf das Tauschtheorem³, so daß in den mathematisch

¹"Auf der untersten Entwicklungsstufe eines Landes, noch bevor es zur Kapitalbildung kommt und der Boden in Besitz genommen ist, ist das Verhältnis zwischen den Mengen Arbeit, die man einsetzen muß, um einzelne Gegenstände zu erlangen, offenbar der einzige Anhaltspunkt, um eine Regel für deren gegenseitigen Austausch ableiten zu können. Bedarf es beispielsweise in einem Jägervolk gewöhnlich doppelt so vieler Arbeit, einen Biber zu töten, als einen Hirsch zu erlegen, sollte natürlich im Tausch ein Biber zwei Hirsche wert sein." (Smith 1974, S. 42) Dieses Denken in relativen Preisen ist derzeit unumstrittenes, fundamentales Denkmuster der neoklassischen (Makro-) Ökonomie.

²vgl. Smith 1974, S. 9f

³"Die Schule der Neoklassiker, die die offizielle Szene der ökonomischen Theorie seit 1870 beherrscht hat, brachte - gegenüber den Klassikern - eine radikale Veränderung des Forschungsinteresses mit sich. Aus von der ökonomischen Dogmengeschichte noch nicht ausreichend geklärten Gründen ließen die Neoklassiker die Phänomene der Produktion beiseite und machten sich daran, das rationale Verhalten des Konsumenten zu untersuchen. Es ist in der Tat nicht notwendig, einen Produktionsprozeß in die Betrachtung einzubeziehen, um die wesentlichen Elemente des neoklassischen theoretischen Modells zu erfassen." (Pasinetti 1988, S. 46)

am weitesten entwickelten Formulierungen der neoklassischen Ökonomie von Debreu (Debreu 1976) bzw. Arrow/Hahn (Arrow/Hahn 1971) lediglich Agenten existieren, deren Handlungsoptionen ausschließlich darin bestehen, für vorgegebene reale Tauschrelationen, die Tauschgebote für Güterquanten ihres individuellen Erstausstattungsvektors abzugeben. Soweit eine Lösung für die allgemeinen Markträumungsbedingungen angegeben werden kann, befindet sich eine derartige Ökonomie *per definitionem*⁴ im Gleichgewicht.

Als Konsequenz dieser Konzeptualisierung von Ökonomie, werden die elementaren Interaktionen zwischen einem Konglomerat von Individuen, den Haushalten, und den nur über die Technologie- menge definierten Unternehmen zur fundamentalen Aktivitätsebene stilisiert. Damit wird jedoch das ökonomische Blickfeld auf Handlungen reduziert, die essentiell individualistisch, d.h. kognitiv-rational fundiert sind, da den Akteuren außer dem (Auktions-) Markt keinerlei gesellschaftsbildenden Institutionen zur Verfügung stehen, womit der Markt, als allgemeines Koordinationsinstrument individueller Präferenzen seine exklusive Aufgabe findet.

3.1 Tausch als individualistische Basisinstitution

Inwieweit die Fokussierung der neoklassischen theoretischen Ökonomie auf elementare Interaktionen, den Tauschoperationen, dazu führt, daß von einem institutionellen Defizit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie ausgegangen werden kann, ist zumindest umstritten. So argumentieren Haslinger/Schneider in einer Replik auf Elsner (Elsner 1986) und Kötter (Kötter 1986), daß die Differenzen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zur erfahrbaren Realität zwar erheblich seien, diese jedoch durch den Wissenschaftsfortschritt überwunden werden könnten.

„Es besteht jedoch kein Anlaß zu der Vermutung, daß diese Rätsel nicht gelöst werden könnten, und schon gar nicht deshalb, weil die Theorie über eine inadäquate und unfruchtbare -, weil individualistische Methode verfüge (Kötter) bzw. von einer auf das kognitive ver-

⁴Daß dies einer durch die Neoklassik reduzierten Definition des ökonomischen Problems geschuldet ist, ist bereits an dieser Stelle instinktiv klar und wird weiter unten zu diskutieren sein.

kürzten Rationalitätskonzeption (Elsner) ausgehe." (Haslinger/Schneider 1986, S. 94)

Nach Meinung von Elsner wird aber gerade dadurch, daß die Rationalitätskonzeption auf kognitive Dimensionen beschränkt wird, die erfaßbare Welt der Ökonomie in unangemessener Weise eingengt. Insbesondere die 'Theorie der ethischen Gefühle' Adam Smith's weise eine zweidimensionale Motivationsstruktur auf, die neben dem Eigennutzmotiv auch ein Motiv sozialer Anerkennung aufweise, dessen Entfaltung erst im Rahmen spezifischer institutioneller Arrangements möglich sei.

„Diese Idee Smith's läßt sich als die Idee institutionell bedingten Verhaltens bezeichnen." (Elsner 1986, S. 67)

Sofern man als Vertreter einer individualistischen Entscheidungstheorie derartige Motivationsstrukturen für analytisch nicht fruchtbar hält, ließen sich diese gegebenenfalls in konventionellen entscheidungstheoretischen Kategorien formulieren (Haslinger/Schneider 1986, S. 97f.). Soweit man zu akzeptieren gewillt sei, daß Informationsverarbeitung ein ressourcenverzehrender Prozeß ist, ergebe sich die Notwendigkeit, die erwarteten Erträge zusätzlicher Informationsaufbereitung gegen deren Kosten abzuwägen, so daß die Wahl eines institutionellen Verhaltensschemas als Resultat rationaler Wahl erscheinen könne.

Wenn man entgegen einer rational-kognitiven Institutionenkonzeption nun umgekehrt Institutionen als stabile reziproke Verhaltenserwartungen⁵ interpretiert, wird ein Großteil der relevanten ökonomischen Entscheidungen zu Routineentscheidungen, deren Rationalität durch die Verfolgung eines Institutionenziels vorgegeben wird, die somit von der kognitiven Ebene, auf der Entschei-

⁵"Wir bezeichnen Institutionen in Anlehnung an die empirische sozialwissenschaftliche Institutionenforschung ... und die moderne ökonomisch-theoretische Begriffsbildung als Regeln (Normen) für rekurrente und multipersonelle Entscheidungssituationen, welche insoweit allgemeine (soziale) Gültigkeit erlangt haben, daß relativ stabile reziproke Verhaltenserwartungen entstehen, durch die bestimmte Konsequenzen individueller Entscheidungen spezifiziert und damit - in der kognitiven Dimension des Entscheidens und Handelns - Unsicherheit in bzw. Komplexität von Entscheidungssituationen reduziert werden sowie - in der emotiven Dimension - egoistisches Motiv und soziale Bindungen miteinander vermittelt werden können." (Elsner 1986, S. 70)

dungen nach rationalen d.h. individualistischen Kriterien gefällt werden, qualitativ entfernt sind.

Offenbar entspricht die unterschiedliche Qualität der Entscheidungsprozedur den Informationsverarbeitungsprozessen komplexer, formalisierter Institutionen, deren Entscheidungsprozesse nach unterschiedlichen Mustern, auf einer über- oder untergeordneten Entscheidungs- (Führungs-) ebene ablaufen, je nachdem, ob es sich um 'quantitative' oder 'qualitative' Entscheidungen handelt.

„Thus W. Ross Ashby, in his pathbreaking work *Design for a Brain*, established that all adaptive systems that had the capacity to respond to disturbances in kind as well as degree would be characterized by double feedback. Disturbances in degree are handled in the primary feedback loop (or the operating part) within the context of extant decision rules. Disturbances in kind involve longer run adjustments in which new rules are developed in the secondary (or strategic) feedback loop.“ (Williamson 1983, S. 353f)

Übertragen auf die Ebene multipersoneller rekurrenter Tauschhandlungen läßt sich schließen, daß jenseits der Diskussion um die Konsumentensouveränität, die Entscheidungsqualität des „normalen“⁶ Tauschverkehrs auf der operativen Ebene angesiedelt ist und damit die Frage beantwortet werden muß, nach Maßgabe welcher Kriterien und Entscheidungsgrundlagen ökonomische Handlungen erfolgen. Auch unter Kenntnisnahme auch gegenwärtig noch existierender Tauschmärkte, soll an dieser Stelle die These begründet werden, daß die Verwendung eines Transaktionsmediums eine komplexitäts- und damit unsicherheitsreduzierende Institution darstellt, deren Operationsweise sich nicht nur darin erschöpft einen allgemeinen *standard of account* bzw. ein *medium of exchange*

⁶Als "normal" wird hier die Verwendung von Geld angesehen, obwohl diese Normalität, wie im folgenden gezeigt wird, einer Begründung bedarf. "Unnormal" wäre z.B. der Verlust der Wertstandartisierungsfunktion des Geldes, ein Umstand, der im Zusammenhang mit Inflationsprozessen virulent wird. So gesehen läßt sich die Inflationstheorie als Bindeglied zwischen einer (Kredit-) Geldtheorie und einer (Real-) Tauschtheorie verstehen, welche aufzuzeigen hat, wann bzw. unter welchen Bedingungen die Verwendung von Geld, je nach Grad der Funktionsunfähigkeit des Geldsystems, zugunsten eines realen Rechnungssystems eingestellt wird. Diese zweite strategische *feedback*-Schleife wird wohl zu Recht als "unnormal" bezeichnet werden können.

abzugeben, auch wenn aus einer individualistisch orientierten Theorie keine weitergehende Institutionenfunktion erkennbar ist. Das impliziert zunächst, daß die auf reale Güter bezogenen Nutzenfunktionen der Individuen in einer Kreditgeldökonomie einer Transformation unterzogen worden sind, um sie den herrschenden, „normalen“ Institutionen anzupassen. Sie reflektieren zwar mittelbar immer noch die realen Präferenzen der Individuen, welche ohne eine Transformation auf die Welt absoluter Preise jedoch nicht operabel genug wären, um sozial geäußert werden zu können, d.h. um Tauschhandlungen operationalisierbar zu machen.

3.2 Mikro- vs. makroökonomische Aspekte von Arbeitsteilung

3.2.1 Technologische Arbeitsteilung als Marktbeziehung

Der andere Strang der klassischen Ökonomie, die Begründung der Arbeitsteilung als produktivitätsteigerndes Element einer sozial operierenden Gemeinschaft, konnte, obwohl in den klassischen Ursprüngen als selbstverständlich angesehen, erst nach dem Siegeszug der individualistischen Tauschtheorie eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich konzentrieren, als erkennbar wurde, daß die rudimentäre Definition der Unternehmen, die in der mathematischen Formulierung nur durch das Merkmal ihrer Technologie charakterisiert sind, zu unbequemen Erklärungsdefiziten führte. Eine der Ungereimtheiten bei der neoklassischen Unternehmenskonzeption betrifft, im Anschluß an zwei Artikel von Sraffa⁷ zur Produktionstheorie, die Frage nach der optimalen Unternehmensgröße. Das Dilemma besteht in der Annahme vollkommener Konkurrenz einerseits und der Annahme konstanter Skalenerträge, in dessen Gefolge die Forderung nach einer eindeutigen Lösung für die optimale Unternehmensgröße zugunsten der Haushaltsökonomie zunächst beiseitegedrückt wurde⁸.

⁷Sraffa 1925; Sraffa 1926

⁸"Jedesmal, wenn bei der Untersuchung der Produktion etwas entdeckt wurde, das mit dem reinen Tauschmodell nicht vereinbar war, war dies die Produktionstheorie, die geopfert wurde. Das heißt, normalerweise wurde so reagiert, daß in die Produktionstheorie alle notwendigen Annahmen und Vereinfachungen eingebaut wurden, um sie wieder mit dem Rest kompatibel zu machen." (Pasinetti 1988, S. 47)

Als möglicher Ausweg aus diesem Dilemma wurde im Anschluß an die Erkenntnis der Bedeutung von Transaktions- bzw. Kontrollkosten berücksichtigt, daß deren Existenz, - als Ausdruck der Tatsache, daß die Existenz beschränkter Rationalität von Individuen nicht als vernachlässigbare Kategorie angesehen werden konnte, - eine optimale Unternehmensgröße festlegt, die sich danach bestimmt, inwieweit die anfallenden Kontrollkosten durch die damit erreichbare Effizienzsteigerung gedeckt werden können. Der Umstand, daß die von der neoklassischen Ökonomie unterstellten *economies to scale* in realökonomischer Hinsicht relativ schnell ihre Grenze fanden, drückte sich darin aus, daß nach einer Phase extensiven Größenwachstums der Unternehmen, die erheblichen Operationskosten im Gegenzug Anlaß zu einer Unternehmensentflechtung wurden, welche die Größenphilosophie für die Betriebswirtschaftslehre fundamental relativierte.

„Chandler describes the transformation of the twentieth century corporation from its earlier unitary (U-form) structure, in which firms divided into departments by function (finance, marketing, manufacturing, engineering, and the like), to its modern multidivisional (M-form) structure, in which semiautonomous operating divisions (mainly profit centers organized along product, brand, or geographic lines) were created and operating and strategic decisions were sharply distinguished.“ (Williamson 1983, S. 352)

Der historische Übergang von der Linienorganisation (U-Form) zur Spartenorganisation (M-Form) kann durchaus als eine effizienzsteigernde Maßnahmen interpretiert werden⁹, da die linienkoordinierte Produktion mit ihren negativen Verbundeffekten durch eine Organisationsform abgelöst wurde, in der die Unternehmensteile wieder quasi-autonome, unternehmerische Entscheidungen fällen können. Insofern, als die daraus entstandenen Profit-Center wieder eine selbständige Abteilung bilden, läßt sich der Schluß ziehen,

⁹“The inherent weakness in the centralized, functionally departmentalized operating company ... became critical only when the administrative load on the senior executives increased to such an extent that they were unable to handle their entrepreneurial responsibilities efficiently. ... This situation arose when the operations of the enterprise became too complex and the problems of coordination, appraisal, and policy formulation too intricate for a small number of top officers to handle both long-run, entrepreneurial, and short-run, operational administrative activities.“ (Williamson 1983, S. 353)

daß die optimale Unternehmensgröße durch die Kosten der internen Kontrolle bestimmt wird und somit die neoklassische Unternehmung an Konturen gewinnt. Das effizienzorientierte Argument organisatorischer Arbeitsteilung läßt sich also mit Blick auf die Erklärungsnotwendigkeiten der Neoklassik als Konkretisierung dessen auffassen, was von Adam Smith im 1. Kapitel des „Wohlstand der Nationen“ noch als ausschließlich technologieorientierte Option zur Effizienzsteigerung gefeiert wird¹⁰.

3.2.2 Die Beziehung von Informationsmärkten zur gesellschaftlichen Superstruktur

Dies gibt jedoch nur eine Begründung für die Beschränktheit, und damit für die Eindeutigkeit der Unternehmensgröße ab. Der Grund für die Existenz hierarchisch organisierter Unternehmungen kann demgegenüber darauf zurückgeführt werden, daß durch den Abschluß von Leistungsverträgen Erwartungs- und Verhaltensmuster strukturiert und koordiniert werden können, so daß mit Hilfe juristisch definierter Verpflichtungsgeschäfte, die notwendigerweise anfallenden Transaktionskosten, der Fall zu Fall Abstimmung einer Marktökonomie ohne Hierarchie, erheblich gemindert werden.

Auch wenn von Coase selbst die Frage nach der Unternehmensgröße noch in den Mittelpunkt gestellt wird, werden in der Transaktionskostentheorie die entscheidenden Schwerpunkte in Richtung Markttheorie gesetzt. Dieser perspektivische Wandel impliziert, daß die entscheidende, im Rahmen der Organisationstheorie ventilierte Frage nunmehr das Verhältnis von Unternehmens- und Marktstrukturen betrifft. Das Problem, weshalb Unternehmen als unter weitgehend konstanten Bedingungen operierende Institutionen existieren, obwohl unter den Bedingungen der Marktökonomie

¹⁰Daß Adam Smith der Arbeitsteilung zwischen Kapitaleigner und Management und damit einer Arbeitsteilung auf der Ebene der Unternehmensleitung skeptisch gegenübersteht, wird an anderer Stelle deutlich: "Von den Direktoren einer solchen Gesellschaft, die ja bei weitem eher das Geld anderer Leute als ihr eigenes verwalten, kann man daher nicht gut erwarten, daß sie es mit der gleichen Sorgfalt einsetzen und überwachen würden, wie es die Partner in einer privaten Handelsgesellschaft mit dem eigenen zu tun pflegen." (Smith 1974, S. 629)

derartige Hierarchien zum Scheitern verurteilt sein müßten, beantwortete sich dahingehend, daß die Zentralisierung der Informationsverarbeitung hinsichtlich des Produktivbeitrages verschiedenster Inputfaktoren Effizienzvorteile aufweist und somit die Institution Unternehmung als Implikation der Existenz asymmetrischer Informationsverteilung erscheint. Das Spezifische dieser Sichtweise begründet sich dann aus der Interpretation der Unternehmung als Markt:

„The essence of the classical firm is identified here as a contractual structure with: 1) joint input production; 2) several input owners; 3) one party who is common to all the contracts of the joint inputs; 4) who has rights to renegotiate any input's contract independently of contracts with other input owners; 5) who holds the residual claim; and 6) who has the right to sell his central contractual residual status. The central agent is called the firm's owner and the employer. No authoritarian control is involved; the arrangement is simply a contractual structure subject to continuous renegotiation with the central agent. ...

As a consequence of the flow of information to the central party (employer), the firm takes on the characteristic of an efficient market in that information about the productive characteristics of a large set of specific inputs is now more cheaply available. ...

Conceiving competition as the revelation and exchange of knowledge or information about qualities, potential uses of different inputs in different potential applications indicates that the firm is a device for enhancing competition among sets of input resources as well as a device for more efficiently rewarding the inputs. In contrast to markets and cities which can be viewed as publicly or nonowned market places, the firm can be considered a privately owned market; if so, we could consider the firm and the ordinary market as competing types of markets, competition between private proprietary markets and public or communal markets.“ (Alchian/Demsetz 1972, S. 794f)

Diese Sicht der Dinge reduziert also arbeitsteilige Prozesse auf Marktvorgänge, wobei im Unterschied zu gewöhnlichen Marktprozessen lediglich(!) die Form der Tauschverhandlungen verändert worden ist. Systemtheoretisch gesprochen wird die Kontingenz der beteiligten Subjekte in einer Weise reduziert, so daß im Ergebnis die möglichen Verhaltensoptionen der Vertragspartner weitgehend

prognostizierbar sind und damit die Vorteile verringerter Verhaltensunsicherheit sich in höherer Effizienz niederschlagen¹¹.

Eine derartige Interpretation wird auch von Smith angedeutet, indem für ihn die der Arbeitsteilung zugrunde liegenden Prinzipien im wesentlichen aus Kooperationshandlungen bestehen, deren Grundlage eine bilaterale Tauschbeziehung darstellt. So heißt es im 2. Kapitel:

„[D]er Mensch [ist] fast immer auf Hilfe angewiesen, wobei er jedoch kaum erwarten kann, daß er sie allein durch das Wohlwollen der Mitmenschen erhalten wird. Er wird sein Ziel wahrscheinlich viel eher erreichen, wenn er deren Eigenliebe zu seinen Gunsten zu nutzen versteht, indem er ihnen zeigt, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, das für ihn zu tun, was er von ihnen wünscht. ... Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“ (Smith 1974, S. 17)

Soweit man Arbeitsteilung unter dem Aspekt der Koordination individueller Interessen analysiert, geschieht die Übernahme der Unternehmenstheorie in das Marktkonzept durchaus zu Recht¹². Wenn dagegen gesellschaftliche Kategorien zur Untersuchung gelangen, d.h. supraunternehmerische Aktionsfelder zu berücksichtigen sind, müssen gesellschaftliche Informationsprozeduren berücksichtigt werden, deren Loslösung von individueller Rationalität das Marktkonzept als analytisches Hilfsmittel unanwendbar erscheinen läßt. So gesehen können unvollkommene Informationsstrukturen mit Hilfe der Markttheorie zwar über die Begründung von Unternehmen etwas aussagen, lassen jedoch unberücksichtigt, wie die Operationsweise arbeitsteilig organisierter Unternehmen, die ihrerseits wiederum einem System horizontaler und verti-

¹¹Daß die Verringerung von Kontingenz eine Voraussetzung der Systembildung darstellt, wird sich auch auf der gesellschaftlichen Ebene als wesentlich erweisen.

¹²Damit ist jedoch in keiner Weise eine Unternehmung als abstraktes Netzwerk definierbar, dessen Handlungsfähigkeit wieder nur über einen Auktionator definierbar wäre. Die Ökonomisierung von Transaktionskosten kann nicht als ein quasi-automatischer Prozeß interpretiert werden, der aus einem Marktprozeß entstehen würde.

kaler Arbeitsteilung angehören, hinsichtlich der Interaktionen mit dem Supersystem ausgestaltet ist.

3.3 Kohärenz als Funktionsbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung

Soweit also Unternehmen ihre Aufgabe darin finden, eine effizientere Marktform als die von der Theorie üblicherweise unterstellten Auktionsmärkte darzustellen, bleibt die Markttheorie, unter Einbeziehung der Transaktionskostenproblematik, berechtigterweise das gegebene analytische Instrument. Die darin angelegte prinzipiell legalistische Interpretation von Unternehmungen löst allerdings nur das unternehmensinterne Faktorallokationsproblem und läßt dagegen das kollektive Problem der Durchsetzung von Kontrakten bzw. die Erfüllungswahrscheinlichkeit von Verpflichtungsgeschäften außer acht, insofern als der Abschluß eines Arbeitskontraktes bei einem gegebenen Geldlohn lediglich die unternehmensinternen Anspruchsverhältnisse definiert. Die aus unternehmensindividueller Perspektive als externe Kategorie einzustufende Problematik des Inhalts der Gegenleistung für geleistete Arbeit, ist nichtsdestoweniger als gleichermaßen kritisches Element sozialer Kohärenz anzuerkennen, da die Rückwirkungen enttäuschter Erwartungen über die Kaufkraft der kontrahierten Lohnsumme die Akzeptanz des gegebenen Wertstandards unmittelbar in Frage stellen. Soweit man darauf insistiert, daß Unternehmen nicht nur eine spezielle Marktform darstellen, sondern auch gesellschaftstheoretisch gesehen als Elemente einer gesellschaftlichen Institutionalisierung interpretiert werden müssen, geraten die Konsequenzen der Verletzung von Verhaltenserwartungen in den Blickpunkt. Unter Würdigung der Tatsache, daß die Reaktionsmuster auf enttäuschte Erwartungen externe Effekte auf die gesellschaftliche Organisationsform ausüben, wird die Frage nach den Sicherungsmechanismen, welche die bestehenden Verhaltenserwartungen stabilisieren, akut.

In gleicher Weise, wie das Faktorallokationsproblem aufgrund der Existenz von Transaktionskosten nur mit Hilfe einer Mischung aus Kontrollinstanzen und anreizkompatibler Arrangements gelöst werden konnte, ist das Güterdistributionsproblem allein unter Zugrundelegung von Marktmechanismen nicht lösbar, sondern erst dann, wenn die im Gleichgewicht stets erfüllte Budgetgleichung

der Unternehmen durch institutionelle Regeln zu einer handlungsbeeinflussenden Budgetrestriktion wird. Dies gilt gerade für eine Theorie des Kreditgeldes, weil ihr das Argument, das Tauschmittel habe ohnehin einen gütermäßig definierten Wert und sei somit als Element der Präferenzordnung als Wertstandard ungefährdet, nicht zur Verfügung steht. Auch das, auf eine Papiergeldökonomie übertragene Konzept des Warengeldes, muß eine institutionalisierte Knappheit postulieren, indem deren Geldzeichen über staatliche Garantien gütermäßig „gedeckt“ seien müßten. Die einzige valide Erkenntnis aus der Quantitätstheorie des Geldes, daß der Wert des Geldes aus seiner Knappheit gegenüber der von ihr umgeschlagenen Gütermenge resultiert, wird dagegen auch für die Kreditgeldtheorie relevant, so daß sich unmittelbar die Frage nach dem Konsolidierungsschema von Kreditgeldkrediten ergibt.

Die makroökonomisch gesehen relevante Fragestellung wäre daher die Frage nach der Funktionsweise bzw. den Funktionsbedingungen des supraindividuellen institutionellen Arrangements, dessen kohärenzbildende Funktion nicht nur die intraunternehmerische und die interunternehmerische Arbeitsteilung, sondern auch die intragesellschaftliche Arbeitsteilung funktionsfähig erhält¹³. Mit dieser Fragestellung wird der Praxis, auch bei einer Analyse von Institutionen eine Mikrofundierung vorzunehmen entgegengehalten, daß die Ausgestaltung gesellschaftlicher Institutionen zwar aus definierbaren Präferenzen ableitbar sein mag, derartige Präferenzen jedoch aufgrund ihrer mangelhaften „Vernünftigkeit“ oder einfach dem - von der Individualtheorie stets herausgehobenen - Mangel an „Selbstlosigkeit“ kaum als stabile(!) Grundlage gesellschaftlicher Organisation¹⁴ angeführt werden können.

¹³Daß es nicht notwendigerweise zu einer intergesellschaftlichen Arbeitsteilung kommen muß, wird sich als Nebenerkenntnis aus der Betrachtung der Theorie autopoietischer Systeme ergeben. So gesehen könnte der kapitalistische Norden ohne den unterentwickelten Süden existieren; daß der Süden auch ohne den Norden auskommen kann, ist jedoch logischerweise ebenfalls eine denkbare Entwicklungsoption.

¹⁴Man kann z.B. natürlich einer Organisation "Zentralbank" eine Präferenz für Geldwertstabilität unterstellen und diese mit dem Prestigegewinn der Personen begründen, die diese Organisation leiten. Das entbindet aber noch nicht von der Pflicht, die Funktionsweise der Institution Geldzahlung zu analysieren, deren

„Speziell können Institutionen als stabile reziproke Verhaltenserwartungen - in der kognitiven Dimension - ohne weiteres kognitiv-rational erklärt werden als unter den gegebenen Umständen bestmögliche, also als rationale Entscheidung eines nutzenmaximierenden Individuums, die Normen (Verhaltenserwartungen der anderen) zu erfüllen, damit die eigenen Verhaltenserwartungen in Bezug auf das Handeln der anderen erfüllt werden. ... Dabei muß jedoch klar sein, daß das Individuum bei Akzeptierung von Regeln im Einzelfall mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit anders entscheiden und handeln wird als es gehandelt hätte, wenn es in jedem Einzelfall kognitiv-rational kalkulieren würde. Dies gilt in rekurrenten Situationen, in denen von Fall zu Fall koordiniertes oder unkoordiniertes Verhalten individuell am vorteilhaftesten sein kann.“ (Elsner 1986, S. 73f.)

Die Begründung einer Kreditgeldökonomie bedarf jedenfalls einer gründlicheren Fundierung, als eine nachträgliche Integration fiktiver Rationalitäten in ein unausweichbar gewordenes institutionelles Korsett. Wie zu zeigen sein wird, beruht die Institutionalisierung der Kreditgeldversorgung nicht auf einem staatlichen Willkürakt, sondern auf dem individuellen Interesse einer Wertstabilität des *unit of profit and income*, auch wenn die reale Unmöglichkeit einer gesellschaftlichen Verhandlung über den Gegenstand der Geldverfassung nahelegt, diesen Abstimmungsakt durch eine staatlicherseits durchgeführte Institutionalisierung zu simulieren. Wie aus der Theorie der *property rights* bekannt ist, lassen sich aufgrund von Transaktionskosten und *moral hazard* nicht-organisierbare Abstimmungsverhandlungen über die Verteilung von Eigentumsrechten durch ein staatlich installiertes Arrangement substituieren, ohne daß damit Effizienzverluste verbunden wären. Soweit der Staat als unbeteiligter Dritter die Verfassung der Kreditgeldversorgung zu gestalten hätte, wäre eine, rationale Interessen der Individuen berücksichtigende Lösung zu erwarten.

Nimmt man also die Idee Smith's ernst, daß Individuen nach Maßgabe institutioneller Vorgaben, die ihren individuellen Interessen entgegenkommen, handeln, wird jede Verfügung über Geld zu einem Element der sozialen Organisation Kreditgeldsystem. Die

Effizienz erst den Währungshütern die Macht verschafft, ihre Präferenzen durchzusetzen womit auch gleichzeitig deren beschränkte Handlungsoptionen markiert werden.

Dimensionen, Prozesse und Stabilisierungsmechanismen aufzuzeigen, die ein Kreditgeldsystem als überlegene Form gegenüber einer Tauschmittelökonomie ausweisen, ist die Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

4 Zur sozialen Dimension von Arbeitsteilung und Wirtschaftskreislauf

4.1 Die Probleme der Konzeptionalisierung des Geldes als Tauschmittel

Wenn, wie hier, der soziale Charakter einer Gesellschaft durch die Verwendung von Kreditgeld definiert werden soll, wird für die Geldtheorie eine kategoriale Unterscheidung notwendig, um die traditionell hervorgehobenen individualistisch orientierten Aspekte des Geldes von seiner sozialen Funktion zu trennen. Denn es läßt sich nicht verleugnen, daß z.B. die Tauschmittelfunktion auch eine soziale Komponente besitzt. Wenn aber der Geldgebrauch lediglich die Optimierung eines Tauschprozesses bedeuten würde, könnte eine soziale Kreditgeld- und Zinstheorie aus nicht mehr bestehen, als der Multiplizität individueller Entscheidungskonsequenzen. Wenn dagegen umgekehrt die Akzeptanz von Geld mehr beinhaltet, als das individualistische Entscheidungskalkül hergibt, wird dieses „Etwas“ zu einer konstituierenden Komponente der Geldwirtschaft.

Sofern also bereits vorausgesetzt werden könnte, daß Faktorangebote mit einem Güterangebot korrespondieren, ließe sich durchaus auf der phänomenologischen Ebene des Wirtschaftskreislaufes die Funktion des Geldes als Tauschmittel ableiten, welches die sinnfällige Impression eines unvoreingenommenen Betrachters darstellt. Dabei ist der Übertragungsakt Geld gegen Güter, gleichermaßen wie die reziproke Übertragung Geld gegen Arbeitskraft, ein erklärungsbedürftiges Phänomen, wobei die übliche Praxis, das eine Problem durch den Verweis auf das andere Problem zu einem Zirkel(kurz)schluß zu verketteten, lediglich als Ausweg aus einem Erklärungsnotstand zu interpretieren ist. Der Glaube daran, daß sich reziproke Paradoxa gegenseitig neutralisieren, läßt sich aufgrund der darin involvierten induktiven Schlußweise nur schwer widerlegen. Die gängige Begründung für den Geldgebrauch, daß ein Indi-

viduum Geld deswegen akzeptiert, weil ein anderes Individuum Geld akzeptiert, wobei die Verbundvorteile des Geldgebrauchs aus der Vermeidung der Suche nach dem geeigneten Tauschpartner bestehen, versucht mit untauglichen Mitteln, das Plausible zum Essentiellen zu deklarieren. Denn dieses empirische Phänomen macht ja gerade institutionentheoretisch gesehen den nachzuweisenden Erklärungstatbestand aus, da diese reziproke Verhaltenserwartung eben ein Produkt einer spezifischen Institutionalisierung ist, bzw. gerade die erklärungsbedürftige Institution darstellt.

Darüber hinaus besitzt aus einer wissenschaftstheoretischen Perspektive ein derartiges Argument einen eklatanten Defekt. Der Methodik induktiver Schlußweisen¹⁵ folgend, ließe sich durchaus ein Anfangsbeispiel für die postulierte gegenseitige Geldakzeptanz finden, ebenso ließe sich das Geldakzeptanzproblem mit dem Argument steigender Verbundvorteile bei steigender Gruppengröße als allgemein lösbar deklarieren, wenn nicht der, zur vollständigen Induktion notwendige, allgemeine Schluß vom n -ten zum $n+1$ -sten Individuum sich als undurchführbar erweisen würde. Der Umstand, daß die Akzeptanz bzw. die individuelle Erfüllung einer sozialen Verhaltenserwartung die Angelegenheit eines individuellen Entscheidungsproblems darstellt, erfordert hinsichtlich der Ableitung der allgemeinen Geldakzeptanz, daß alle individuellen Präferenzsysteme den Gebrauch und die (unbeschränkte) Akzeptanz von Geld als dominante Präferenz ausweisen. Alternativ dazu ließe sich ein repräsentatives Individuum postulieren, mit dessen Hilfe die vollständige Induktion zur Ableitung des Geldgebrauchs auf triviale Weise möglich ist. Diesem Vorgehen äquivalent ist es, analog zu Clower einfach eine Tauschbedingung als Modellannahme einzuführen, so daß damit das Akzeptanzproblem schlichtweg wegdefiniert wird.

Dieses Vorgehen findet seinen Grund darin, daß die Akzeptanz des Geldes, interpretiert als die Akzeptanz einer Institution zur Abwicklung des gesellschaftlichen intersektoralen Tauschverkehrs, unter

¹⁵Formal besteht ein Beweis mittels vollständiger Induktion aus drei Teilen:

1. Angabe eines Anfangsbeispiels
2. Angabe einer allgemeinen Rekursionsregel
3. Schluß vom n -ten auf das $n+1$ -ste Element.

dem Vorbehalt steht, daß keine anderen institutionellen Optionen neben Geld existieren¹⁶, die sich als überlegen erweisen könnten. Unter den Alternativen muß insbesondere die Akzeptanz eines anderen Geldes oder anderer vertretbarer Werte hervorgehoben werden¹⁷, ein Aspekt, der insbesondere in Entwicklungsländern mit inflationierender Währung eine hohe Signifikanz besitzt, da Nettogeldvermögensbesitzer dem Kauf von Gütern in einer Währung den Verkauf von Gütern in einer anderen (meist konvertiblen) Währung anschließen können, ohne den Erlös in eigene Währung zurück zu transferieren. Alternativ dazu läßt sich die binnenwirtschaftlich stets vorhandene Möglichkeit der Transformierung von Nettogeldvermögen in Betongold als weitere, für Industrieländer möglicherweise sogar wichtigere Form der Nichtakzeptanz von Geld verstehen.

Wird die Akzeptanz von Geld nicht einfach vorausgesetzt, stellt sich die Frage, auf welche Weise institutionell abgesichert werden kann, daß dem Geldeinkommen der Haushalte ein Güterangebot gegenübergestellt wird und damit die internen Tauschbeziehungen auf die Erfüllung dieser fundamentalen Verhaltenserwartungen (der Haushalte) gegründet sind. Offenbar kann Geld seine Funktion als Organisationsmedium arbeitsteiliger Produktion nur erfüllen, wenn Unternehmen eine Präferenz für Geld aufweisen, so daß die Existenz einer Geldnachfrage auf den Gütermärkten sich als notwendig für die Existenz eines gleichgewichtigen Wirtschaftskreislaufs erweist. Indem die Unternehmen auf dem Markt ihre Waren gegen ihre eigenen Lohnzahlungen verkaufen, wird zumindest auf der phänomenologischen Ebene die Theorie des Geldes als

¹⁶"The general answer we seek, has nothing intrinsically to do with money or any axioms that 'only money buys goods' (Clower 1965). ...[If] a computer costlessly coordinated transactions we could replace money by, say, land and work with a fixed land wage." (Hahn, F. 1984, S. 182)

¹⁷"Das Entscheidungsproblem einer Verfügung über Vermögenswerte in einheitlicher und in unterschiedlicher Währung läßt sich dadurch abgrenzen, daß die Erwartung einer steigenden Inflationsrate mit ihrer Konsequenz einer Aufgabe von (einheimischer) Liquidität bei einer einheitlichen Währung zu einem Halten von Realvermögen ("Sachwerte") führt, während sie bei unterschiedlicher Währung darüber hinaus ein Halten fremder Liquidität bewirkt." (Riese 1986, S. 237)

Tauschmittel bestätigt, so daß eine vordergründige Geldtheorie mit diesem Nachweis ihren Abschluß gefunden hätte.

Das ist jedoch nur die eine Seite einer Geldtheorie, die als Kreditgeldtheorie das weitaus weitreichendere Problem zu lösen hat, auf welche Weise die Institutionalisierung des Kreditgeldes zu erfolgen hat, um dem Problem des mangelnden Gebrauchswertes des Kreditgeldes zu begegnen. Zu kurz greifen jedenfalls die Versuche über die Definition einer Nützlichkeit des Geldes, dem Geld einen Gebrauchswert anzudefinieren, um damit die methodischen Konzepte der Gebrauchswerttheorie der Neoklassik anwendbar zu machen¹⁸. Eine entscheidungstheoretische Methodologie bei der Behandlung des Geldproblems verschleiert jedoch die soziale Funktion von Kreditgeld, so daß die theoretische Herausforderung darin besteht, die Funktion des Kreditgeldes zu definieren, deren Effekt darin liegt, eine konkrete Verhaltenserwartung (Güterangebot) temporär durch eine abstrakte Verhaltensankündigung (Lohnzahlung) zu substituieren.

4.2 Affinitäten zwischen konkreten Gebrauchs- und abstrakten Tauschwerten

Die Funktionsbestimmung des Geldes als Vermittler des Tauschprozesses gibt jedoch gleichzeitig einen Hinweis darauf, was als Fundament einer sozialen Kreditgeld- und Zinstheorie angesehen werden kann: wenn eine Problemlage identifizierbar ist, deren Lösung über die Verwendung eines speziell ausgezeichneten Zahlungsmittels möglich wird, kann diese als *raison d'être* einer sozialen Geldtheorie angesehen werden. Die hier vorgeschlagene Interpretation setzt an einem prominenten Grundproblem der Nationalökonomie an, welches als Quelle des Volkswohlstands bereits von Adam Smith eingeführt wurde: die Arbeitsteilung. Arbeitsteilung als die Schlüsselinstitution des kapitalistischen Systems bedürfte eigentlich keiner besonderen Erläuterung, wenn nicht die Frage ungeklärt wäre, in welcher Weise Arbeitsteilung sich als gesellschaftsformende Institution behaupten konnte. Die Tatsache, daß eine Elementarfunktion des Wirtschaftsverkehrs, der Tausch, in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie eine entsprechende Be-

¹⁸vgl. z.B. Richter 1987

handlung - real wie quasi-monetär - gefunden hat, läßt demgegenüber die Unternehmenstheorie insofern unterbelichtet, als die Funktionsmechanismen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in keiner Weise befriedigend geklärt worden wären.

Dabei ist dieser Problemkreis auf der mikroökonomischen Ebene durchaus nicht unbehandelt geblieben: es existiert eine reichhaltige Literatur zur Frage, wie produktive Veranstaltungen - genannt Unternehmungen - zu erklären seien. Der dominierende Strang der Diskussion betont die koordinativen Aspekte der Unternehmung als Vertragssystem¹⁹, in dem die Einzelfallentscheidungen nicht (immer) durch ein Konsensgespräch gefällt werden müssen.

Ebenso wie auf mikroökonomischer Ebene das Kohärenzproblem, welches durch die Existenz von Transaktionskosten, aufgrund der hohen Kontingenz der Individuen, entstanden war, gelöst werden mußte, generiert auf einer makroökonomischen Ebene die Existenz der funktionalen Arbeitsteilung zwischen Produktion und Konsumtion ein weiteres Problem sozialer Zusammenarbeit. Zwar wird einerseits von der Realtheorie stets die präferenzmäßig definierte Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung betont. Auf der anderen Seite belehrt ein Blick in die juristische Sphäre des Arbeitsrechts, daß eine der Hauptpflichten des Arbeitgebers in der Zahlung von Geldlöhnen besteht. Diese Diskrepanz zu einer real orientierten Theorie, die stets eine Gütertheorie sein muß, läßt sich nur damit erklären, daß der kapitalistische Arbeitsvertrag, als Ausdruck einer monetären Gesellschaftsorganisation, Leistung und Gegenleistung in einer Weise auszugleichen pflegt, deren reale Erfüllung auf wechselseitigen Verhaltenserwartungen aufgebaut sind, wie es die soziologische Definition einer Institution nahelegt. Verhaltenserwartungen sind jedoch erst dann begründbar, wenn die Kontingenz der Individuen in irgendeiner Weise eingeschränkt ist, so daß die Institution Lohnzahlung durch einen Verweis auf das Profitkalkül der Unternehmen in keiner Weise begründet ist. Erklärungsbedürftig an dieser Konstruktion ist also, warum die reale Verhaltensdisposition Arbeitsleistung gegen eine Geldzahlung tatsächlich eingetauscht wird und damit die Frage nach der reziproken Verhal-

¹⁹vgl. z.B. Alchian/Demsetz 1972; Jensen/Meckling 1976

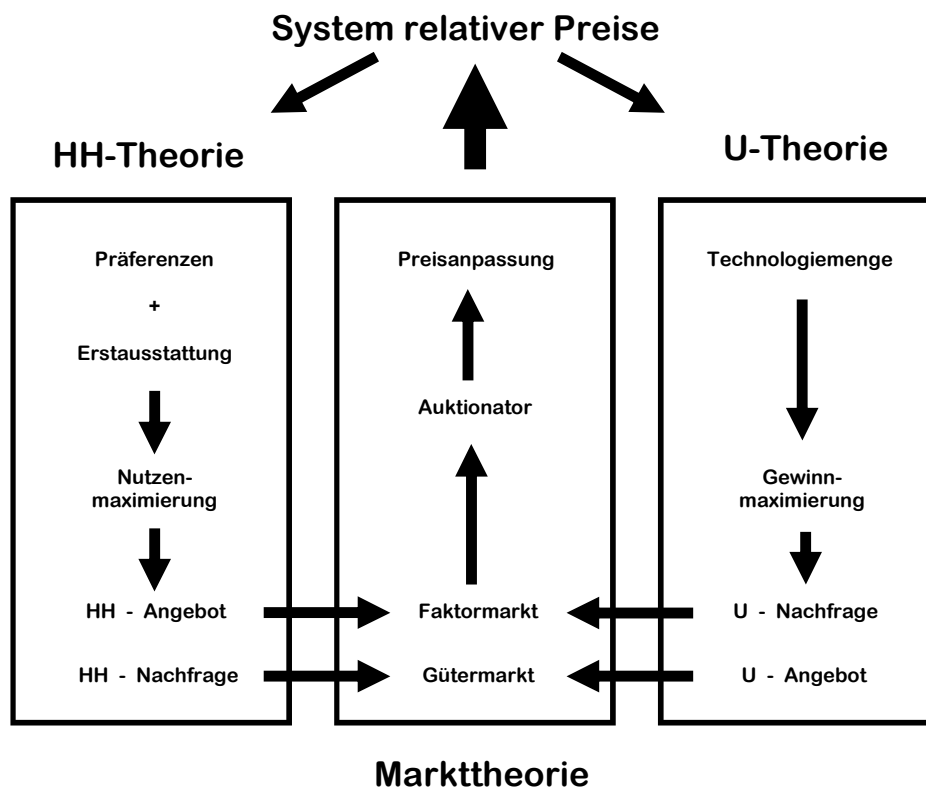
tenserwartung auftaucht. Der Umstand, daß hier eine vermeintlich konkrete Leistung - die Lohnzahlung - seitens der Haushalte mit einer Verhaltenserwartung verknüpft wird, ist durchaus seinerseits erklärungsbedürftig, da Geld als Tauschmittel unstrittig²⁰ zu sein scheint.

Der tiefere Grund für diese Vorbehaltlosigkeit ist der, daß die Vision der allgemeinen Gleichgewichtstheorie von dem zwischen Haushalten und Unternehmen herrschenden Verhältnis, von einer prinzipiell legalistischen²¹ Philosophie geprägt ist. Die Haushalte optimieren die Verwendung ihrer Erstausrüstung nach Maßgabe des Vektors der gegebenen relativen Preise, indem sie je nach Preisstruktur ihr Angebot bzw. ihre Nachfrage nach Maßgabe ihrer Präferenzen anpassen. Die Unternehmen dagegen variieren nach Maßgabe ihrer ihnen zur Verfügung stehenden Technologie ihre Faktornachfrage bzw. ihr Güterangebot²², so daß sich schließlich, nach Abschluß aller Anpassungsvorgänge, Güter- und Faktormärkte im Gleichgewicht befinden. Damit können die Kontrakte erfüllt, Inputleistungen geliefert, Output produziert und verkauft werden.

²⁰Nicht nur neoklassische Ökonomen pflegen diesen Umstand vorbehaltlos zu akzeptieren. Auch Clower hält die Tauschmittelfunktion des Geldes für den relevanten Erklärungstatbestand: "The natural point of departure for the theory of monetary phenomena is a precise distinction between money and nonmoney commodities. In this connection it is important to observe that such a distinction is possible only if we assign a special role to certain commodities as means of payment. ... If money is to be distinguished by the function it performs, therefore, it is to the medium of exchange function that we must address our attention. The only difficulty is to express analytically what is meant when we assert that a certain commodity serves as a medium of exchange." (Clower 1969, S. 205)

²¹Alternativ dazu kann gefordert werden, daß Produzenten gezwungen werden, den Kontrakten mit den Haushalten zu entsprechen: "[Es] werden Ökonomien untersucht, in denen die Konsumenten die Ressourcen besitzen und gleichzeitig die Produzenten kontrollieren." (Debreu 1976, S. 96f.)

²²"Der Produktionsplan eines Produzenten ist auf eine gegebene Menge, die im wesentlichen sein beschränktes technisches Wissen repräsentiert, beschränkt. Für gegebene Preise wählt er in dieser Menge seinen Produktionsplan in der Weise, daß sein Gewinn maximiert wird, wobei der Gewinn sich ergibt als Summe aller Einnahmen abzüglich der Summe aller Ausgaben." (Debreu 1976, S. 46)



Soweit die realen Prozeduren des damit theoretisch definierten Wirtschaftskreislaufs mit Hilfe von Geldzahlungen abgewickelt werden und eine Privateigentumsökonomie existiert, ist eine fatale Auslassung bei der Grundkonzeption der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu beachten, daß nämlich die notwendigerweise sequentiellen Abläufe - auf zunächst den Faktor- und danach auf den Gütermärkten - seitens der Unternehmen strategisches Verhalten generieren können. Denn selbst wenn ein Gleichgewichtspreisvektor gefunden werden könnte, ist dieser nur dann Grundlage aller geschäftlichen Transaktionen, wenn *ex post* Opportunismus seitens der Unternehmen ausgeschlossen werden kann²³. Die Relevanz dieser Handlungsoptionen läßt sich allerdings erst dann

²³"One of the implications of opportunism is that 'ideal' cooperative modes of economic organization, by which I mean those where trust and good intentions are generously imputed to the membership, are very fragile. Such organizations are easily invaded and exploited by agents who do not possess those qualities. 'High minded' organizational forms - those which presume trustworthiness, hence are based on nonopportunistic principles - are thus rendered nonviable by the intrusion of unscreened and unpenalized opportunists." (Williamson 1985, S. 64f.)

nachweisen, wenn Unternehmen nicht nur durch die Eigentumsbeziehung von Privatpersonen konstituiert werden, so daß die damit implizierte *principal agent* Diskussion erst dann geführt werden kann, wenn Unternehmen Verpflichtungen erfüllen müssen, die sich nicht aus Eigentumsrechten von privaten Haushalten ableiten lassen.

Soweit eine Unabhängigkeit in der Entscheidungsfindung der Unternehmen als juristische Personen von den Haushalten unterstellt werden kann, gibt es, insbesondere in einer Ökonomie mit Privateigentum, als deren Kennzeichen auch die Übernahme des Risikos der Verwertbarkeit der Produktion anzusehen ist, für die Unternehmen durchaus die Möglichkeit, nach Abschluß der Produktionsphase überhaupt nicht, oder nur zu höheren Preisen als Anbieter auf dem Gütermarkt aufzutreten²⁴, als es die allgemeinen auktionatorgesteuerten Verhandlungen zur Zeit der Gleichgewichtspreisbestimmung nahe legen würden. Daraus folgt, daß die Verhaltens-erwartung, welche die Lohnempfänger - bewußt oder unbewußt - an die Lohnzahler richten, dahingehend zu präzisieren ist, daß letztere für (Lohn-) Geld²⁵, als Äquivalent für die geleistete Arbeit, einerseits ein Leistungsangebot machen, welches den Präferenzen der Haushalte entspricht, und zwar nicht nur was die physische Ausdifferenzierung betrifft, sondern auch das erwartete Preisniveau andererseits. Das ist schon allein deswegen keine Trivialität, weil die Erwartung, für Geld am Markt kaufen zu können, nicht selbstverständlich aus der Existenz von Produktion resultiert, somit ein Angebot der Unternehmen an deren Einbindung in soziale Institutionen gebunden ist. Der Umstand, daß eine Privateigentums-ökonomie dem Eigentümer prinzipiell eine uneingeschränkte Verfügungsmacht über Sachen garantiert²⁶, wirft die Frage auf, warum die Unternehmungen ein gebrauchswertmäßig wertloses Geld

²⁴In Entwicklungsländern findet diese Form der Marktverweigerung darin ihren Ausdruck, daß produzierte Güter nur zum geringen Teil auf den inländischen Märkten angeboten werden, weil der größte Teil auf den Devisenmärkten verkauft wird, ohne daß der Erlös in das Heimatland zurücktransferiert würde.

²⁵ Keynes' Begriff '*wage-unit*' läßt sich durchaus so interpretieren, den Lohn als (relatives) Maß der Produktion zu konzipieren.

²⁶An dieser Tatsache können auch die Art. 14II bzw. Art. 15 des Grundgesetzes lediglich marginale Einschränkungen bewirken.

als Äquivalent für produzierte Produkte für akzeptabel halten und daraufhin auch geneigt sind, die Verhaltenserwartungen der Haushalte zu erfüllen. Dieses Problem stellt sich bei einer *numéraire*- bzw. Goldwährung nicht, weil ein *numéraire* bzw. Gold als Gut *a priori* explizit als Tauschwert ausgewiesen sind.

Dieser Umstand stellt auch ein Problem mit Blick auf Investitionsentscheidungen dar, da ein Unternehmer, der über ein Gebrauchswertvermögen verfügt, überhaupt nicht mehr investieren muß, da, je nachdem, ob seine intertemporale Zeitpräferenzrate hoch oder niedrig ist, die Erzielung von Einkommen, als Konsummöglichkeit von Gebrauchswerten, für ihn keinen - oder jedenfalls nur einen untergeordneten - Präferenzgrad genießt. Offenbar ist in einer kapitalistischen Ökonomie die Kausalität zwischen Tauschwert und Gebrauchswert nicht auf einer „natürlichen“ Ebene gelagert wie in der Goldökonomie. In letzterer ist der vorhandene Gebrauchswert die essentielle Vorbedingung der Produktion²⁷, da die Aufbringung eines Vermögensbestandes in Gold (-werten) an die Konzentration von (konsumierbarem) Gebrauchswert gebunden ist.

Soweit aber die Präferenzen der Unternehmer noch durch andere Argumente gesteuert werden, als durch diejenigen, die über Güter definiert sind, muß die ökonomische Theorie erklären, warum und in welcher Weise die Präferenzen der Unternehmer für (Kredit-) Geld geeignet sind, die güterwirtschaftlichen Vorgänge zu beeinflussen. Offenbar steht neben den über relative Preise gesteuerten

²⁷Auch Marx begeht den Fehler, im Geld die Konkretisierung von Gebrauchswerten zu vermuten: "Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst. ... Wie bei der Arbeitskraft, wird der Gebrauchswert des Geldes hier der, Wert zu schaffen, größeren Wert, als der in ihm selbst enthalten ist. ... Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen. ... Für die Vulgärökonomie, die das Kapital als selbständige Quelle des Werts, der Wertschöpfung, darstellen will, ist natürlich diese Form ein gefundnes Fressen, eine Form, worin die Quelle des Profits nicht mehr erkenntlich und worin das Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses - getrennt vom Prozeß selbst - ein selbständiges Dasein erhält." (Marx 1972, S. 405f)

güterwirtschaftlichen Erwägungen noch ein weiteres Kalkül, dessen Inhalte von kreditgeldwirtschaftlichen Kriterien gesteuert werden.

Aus der Perspektive einer monetären Theorie der Produktion ist denn auch die Bereitstellung von Tauschwert, die Übertragung von Geld aufgrund eines Kreditvertrages, z.B. durch Notenemission, keineswegs auf der Basis von Äquivalenten erfolgt. Wenn also ein Kredit *per se* nicht die inhaltliche Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung garantiert, bleibt zu fragen, warum für einen Unternehmer der ihm überlassene Tauschwert zu einem Gebrauchswert wird, für dessen Verlust er möglicherweise²⁸ (von seiner Bank) verantwortlich gemacht wird. Der Grund, warum ein Unternehmer über ein ihm überlassenes Quantum an Tauschwert (Geld) genauso verfügt wie über einen zu seinem Eigentum gehörenden Gebrauchswert (Gold), liegt darin, daß die Bank als Einzugsberechtigter des Tauschwerts sich das Recht vorbehält, durch die (zwangsweise) Verfügung über das Gebrauchswerteigentum des Schuldners (Güter) den schuldigen Tauschwert (Geld) zurückzuerhalten. Diese Verkettung, die juristisch kodifizierte und institutionalisierte Verknüpfung von Gebrauchswert und Tauschwert, welche durch die gesellschaftlichen Haftungsregeln - speziell in der Kodifikation des Vergleich- bzw. Konkursrechts - bestimmt wird, macht den Tauschwert zum Gebrauchswert und sichert so indirekt die Identität zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, oder anders ausgedrückt, zwischen Lohnzahlung und Güterangebot.

Die direkte Implikation dieser Überlegungen besteht darin, daß offensichtlich die Motivationsstrukturen bzw. der Rahmen der Handlungsoptionen der Unternehmer durch die allgemeine Gleichgewichtstheorie nur unvollständig spezifiziert worden ist, da ein Argument, welches für ein vollständiges Angebot der Güterproduktion auf den (Investitions-) Gütermärkten sprechen würde, nicht angeführt werden kann, und somit die ökonomische Struktur der allgemeinen Gleichgewichtstheorie als ausgesprochen instabil angesehen werden muß (vgl. Fußnote Nr. 1, Seite: 53). Insofern, als

²⁸ Daß eine Bank nicht selbstverständlicherweise ein Bedürfnis hat, säumige Schuldner zur Rückzahlung des Kredites zu veranlassen, wird im weiteren noch diskutiert.

die Existenz von *post contractual opportunistic behavior* durch die Institutionenökonomie besonders betont wird, muß eine ökonomische Theorie, welche die gesellschaftliche Gruppe der Unternehmer als handlungsunfähig konzipiert, als Kuriosität angesehen werden. Der Umstand, daß Unternehmer tatsächlich in der von der allgemeinen Gleichgewichtstheorie unterstellten Weise reagieren, provoziert die Frage, durch welche institutionellen Arrangements die Unternehmer zu dem vorausgesetzten Verhalten - nämlich die Einhaltung ihrer Budgetgleichung, die als Budgetrestriktion handlungsleitend wird - getrieben werden. Nur dann, wenn der institutionelle Rahmen definiert ist, dessen Durchsetzung ein Angebot auf den Gütermärkten generiert, kann die Vision eines gleichgewichtigen Wirtschaftskreislaufs noch gerettet werden. Auf jeden Fall muß eine vollständige ökonomische Theorie die Beschränkungen von Handlungsoptionen der Vermögensverwender explizit formulieren, um sich nicht dem Verdikt auszusetzen, das phänomenologisch Bestehende für das natürlicherweise Gegebene zu halten.

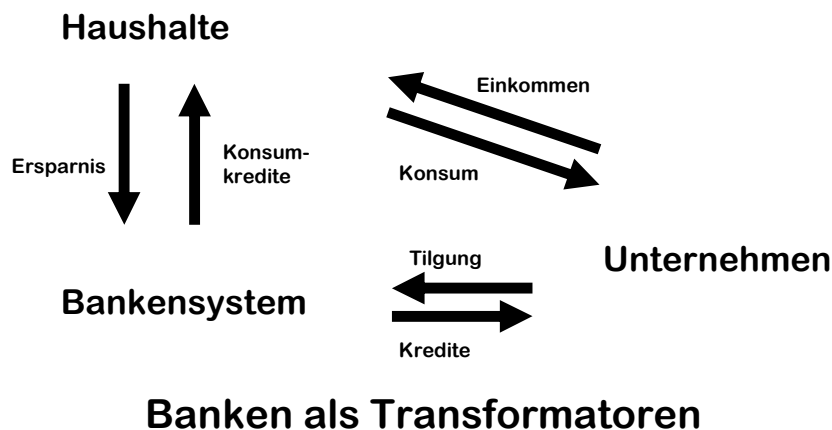
5 Die Unabhängigkeit der Vermögensallokation der Banken von Haushalten als gesellschaftliche Delegationsbeziehung

5.1 Die Effizienzaspekte mikroökonomischer Delegationsverhältnisse

Die Frage nach derjenigen Instanz, die einen Liquiditätsdruck für die Unternehmen produzieren kann, ist denn auch so schnell gestellt wie aus neoklassischer Perspektive beantwortet: jeder private Gläubiger der Banken, welcher als Nichtbank Kredite aus seinem Reinvermögen vergibt, besitzt als elementares Handlungsmotiv bzw. Entscheidungskriterium ein Vermögenssicherungskalkül, dessen Facetten - Vermögensertragssicherheit und Vermögensbestandssicherheit - je nach Maßgabe seiner Risikoaversion die Existenz eines Kapitaldienstes für die Unternehmen garantieren.

Daran wird auch durch die Tatsache nichts geändert, daß, formal gesehen, i.d.R. die Banken die primären Gläubiger der Unternehmen sind, die in ihrer Funktion als Fristen- und Losgrößentransformatoren letztlich wiederum als Sachwalter der Haushalte fun-

gieren. Wenn also davon gesprochen wird, daß die Ersparnisse der Haushalte über den Kreditmarkt zu den Unternehmen transferiert werden, so wird damit die Abhängigkeit der Banken von den letzten Vermögenseigentümern bestätigt.



Die Geläufigkeit einer derartigen Argumentation darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine derartige Antwort wiederum nur Ausdruck einer Individualphilosophie ist, deren theoretisches Fundament die Verfügung über Erstaussstattungen ist. Mit dem Kunstgriff, das Bankensystem von den Haushalten als abhängig zu bestimmen, werden nicht nur Unternehmen, sondern auch Banken als nicht selbständige Elemente des ökonomischen Universums definiert, indem sie ihre Handlungsoptionen durch die Entscheidungen privater Reinvermögensbesitzer übertragen bekommen, deren Weisungen sie befolgen bzw. deren Interesse sie vertreten müssen, um überhaupt tätig werden zu können.

Offenbar ist diese Interpretation der Funktionsbedingungen des Bankensystems Ausdruck eines ökonomischen Liberalismus, dessen Philosophie davon geprägt ist, die Erklärung des ökonomischen Universums stets in der Figur des autonom handelnden Individuums zu suchen. Diese vermeintliche Stärke macht die Haus-

haltetheorie²⁹ jedoch dann für theoretische Kritik anfällig, wenn herausgearbeitet werden kann, daß der Status der Haushalte als Eigentümer von wirtschaftlich operierenden Organisationen nicht ausschließt, daß die relevanten Unternehmungsentscheidungen zwar tendenziell im Interesse, jedoch durchaus ohne die direkte Mitwirkung der Haushalte erfolgen kann. Insbesondere die Quintessenz der Diskussion um die *principal* - *agent* Relation macht deutlich, daß die Frage der Eigentumsrechte von der Frage der tatsächlichen Verfügung strikt zu trennen ist, weil die Effizienzvorteile einer Arbeitsteilung auf Organisationsebene als höher einzustufen sind, als die Verluste aus der nur noch mittelbaren Verantwortlichkeit der Gruppe der unmittelbar Verfügungsberechtigten. Insofern als die Existenz einer funktionierenden Delegationsbeziehung die Haushalte von der tatsächlichen Verfügungsmacht über die Unternehmen entkleidet, muß davon ausgegangen werden, daß die Führung von Unternehmen weniger aus einem direkten Vermögensinteresse heraus erfolgt, sondern sich nach sekundären Managerinteressen richtet, wobei deren Zielrichtung im Prinzip mit den Vermögensinteressen parallel läuft und damit die Idee einer Souveränität der Haushalte im betriebswirtschaftlichen Kontext erheblich relativiert werden kann.

Diese Philosophie der Dominanz der Haushalte über die Unternehmen findet sich analog auf der Ebene des Bankensystems wieder, wobei im Gegensatz zu den Produktionsunternehmungen der Einsatz der Haushalte nicht in der Vorleistung von Ressourcen besteht, sondern in der Überlassung von Ersparnissen, welche die Verfügungsmöglichkeiten der Bank bestimmen. Mit einer derartigen Sichtweise wird parallel zu der Verfügung über Erstausrüstungen auch das Finanzsystem auf die Normen einer Erstausrüstungsökonomie zurechtgestutzt, indem die Tauschverhältnisse zwischen Konsum heute bzw. Konsummöglichkeiten morgen zur zentralen analytischen Ebene erhoben werden. Die Zinstheorie eines Fisher (Fisher 1932) bzw. eines Hirshleifer (Hirshleifer 1970) ist als prototypisch für diese Theorie anzusehen, indem die zeitlich

²⁹Eine Haushaltstheorie könnte sich noch in eine Theorie ökonomischer Interaktionen von Sozialverbänden einordnen, eine Haushaltstheorie dagegen nicht.

verteilten Erstaussstattungen nach Maßgabe der intertemporalen Transformationsraten das Kreditierungsverhalten von Haushalten bestimmen:

„[W]e will be thinking in terms of time-distributed endowments, market opportunities for exchanges of funds of differing dates, and productive opportunities for physically transforming present consumption claims into future ones (or vice versa).“ (Hirshleifer 1970, S. 33)

Damit erhebt sich die Frage, ob die Postulierung einer Dominanz der Haushalte über die Realisierung bzw. Nichtrealisierung von Produktionsprozessen nicht insofern als unangemessen anzusehen ist, als, analog zur Delegationstheorie des Unternehmenssektors, die Einflußnahme der Haushalte auf die Entscheidungen von Banken ebenfalls nur indirekt erfolgt, Banken daher zwar nach Maßgabe der Haushaltsinteressen funktionieren, jedoch das dominierende handlungsleitende Motiv ihrer Tätigkeit aus anderen Quellen schöpfen, als aus der imperativen Präferenz der Haushalte für effiziente Vermögensverwaltung.

5.2 Zentralbank als Agent zur Delegation von Verantwortung

Die neoklassische Vorstellung von der Integration von Geld in den Wirtschaftskreislauf ist davon geprägt, daß die Allokation der Erstaussstattungen die Verfügungsmöglichkeiten der Banken bestimmen muß. Daß die Modellierung des Geldsystems sich nach diesem Imperativ zu richten hat läßt sich beispielsweise daran erkennen, daß die Geldversorgung in neoklassisch inspirierten Aufsätzen implizit durch Geldschöpfung mittels staatlich emittierter bonds erfolgt³⁰, die, als staatlich verausgabte *seigniorage*, die Ausstat-

³⁰Wenn man das Beispiel von Friedman (Friedman 1970, S. 14) sinnvoll übersetzte, muß der Geld abwerfenden Hubschrauber als öffentliche Hand interpretiert werden, die den Haushalten ein höheres Nettogeldvermögen verschafft: "Warengeld und staatliches Geld stellen Aktiva für ihre Besitzer dar, aber in keinem bedeutungsvollen Sinne Schulden für irgend jemanden. Folglich sollten sie im konsolidierten Nettovermögen der Gesellschaft ohne irgendwelche Ausgleichsposten enthalten sein. Die sind >>Geld<<, ohne gleichzeitig Schulden zu sein." (Friedman/Schwartz 1974, S. 74)

tung der Haushalte mit Geld, präziser: mit Nettogeldvermögen³¹, garantiert.

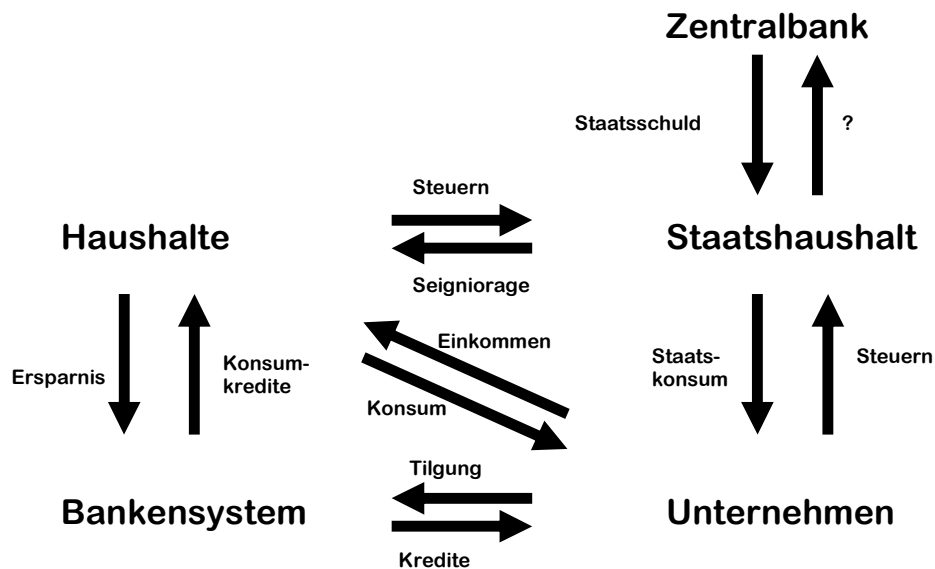
5.2.1 Das soziale Selbstverständnis der Theorie exogener Geldmengen

An dieser Stelle kann auch bereits ein weiteres Merkmal des neoklassischen Ökonomieverständnisses diskutiert werden: die stillschweigende Annahme eines exogenen Geldbestandes, der sowohl zu Tauschoperationen als auch zur Kreditvergabebezwecken verwendet werden kann, reflektiert das tief sitzende liberale Gesellschaftsbild der Orthodoxie, weil die Exogenität der Geldmenge in Verbindung mit dem Anpassungsparameter des Preisniveaus den geldwirtschaftlichen Rahmen den privaten Präferenzordnungen unterordnet, indem wie skizziert das Finanzwesen letzten Endes nur eine abwicklungstechnische Rolle zu spielen hat. Als Konsequenz dieses gepflegten Privatliberalismus braucht die Bestimmung der Geldmenge nur noch ein hoheitlicher Akt zu sein, der im extremen Fall durch den Abwurf von Geldscheinen aus einem Hub-schrauber (vgl. Friedman 1970, S. 14) symbolisiert werden kann. In einer modernen Formulierung liest sich die institutionelle Bereitstellung des Geldvolumens als *seigniorage* und indiziert wenn man so will eine Transaktion, bei der im besten Falle der Staatskonsum durch eine Reduktion der Transaktionskosten im privaten Sektor überkompensiert wird³².

³¹Die damit angerissene Kontroverse zwischen Kreditgeld und Erstausrüstungsgeld - bekannt als Außengeld/ Innengeld Diskussion - wird im Zusammenhang mit Schuldenkonsolidierungsprozessen genauer angesprochen.

³²Das ist denn auch tatsächlich nicht der Fall! In den Modellen des IWF wird die Geldnachfrage zwar traditionellerweise von Realeinkommen und Preisniveau abhängig gesehen, wobei die Erhöhung der Geldmenge durch die Reduktion der Transaktionskosten das Realeinkommen erhöht und damit mehr Geld nachgefragt werden müßte. Gleichzeitig wird aber unterstellt, daß die Kreditschöpfung bei unterstellter Stabilität der Geldnachfragefunktion als exogene Komponente die Zahlungsbilanz unmittelbar verschlechtert, weil die Portfolioreallokation eine Kapitalflucht verursacht.

"Given that this relationship is stable, an increase in domestic credit would cause a divergence between the demand for money and the supply of money, resulting in a decline in net foreign assets, because the public would not be willing to hold the additional money that was created." (IMF 1987, S. 14)



Geldinjektion per Seigniorage

Wenn man so will existiert bei den Vertretern der Neoklassik das unterschwellige Bestreben den liberalen Charakter des Basismodells der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts auf theoretischer Ebene mit allen Mitteln zu wahren, indem sämtliche vermuteten Interferenzen des monetären Überbaus³³ mit Hilfe des Konzepts rationaler Erwartungen neutralisiert werden. Die viel diskutierte Neutralität des Geldes hat seine Wurzel in einem zutiefst individualistischen und positiv humanistischen Menschenbild, was zum einen die Menschenrechtsvorstellungen der französischen Revolution tradiert, auf der anderen Seite ein Gesellschaftsbild produziert, welches essentiell auf der Aggregation von Individualentscheidungen aufgebaut ist. So gesehen besitzt das Schlagwort von der Mikrofundierung der Makroökonomie nicht nur einen (vermeintlich exakten) methodologischen Aspekt sondern bringt auch eine ideologische Komponente zur Vorschein, die am besten mit dem indi-

Daher ist die einzige Möglichkeit, Individuen zur Akzeptanz des zusätzlichen Geldvolumens zu bewegen, die Injektion des Geldes als Bezahlung für staatlichen Konsum, da der einzelwirtschaftliche Charakter der Einkommenszahlungen den gesamtwirtschaftlichen Effekt kurzfristig zu überdecken vermag, kurz: der Abwurf von Geld.

³³Die fehlende Verbindung der Banken zur Zentralbank reflektiert die Philosophie, daß Geschäftsbanken als Transformationseinheiten privater Spareinlagen nur im Notfall zur Zentralbank Zuflucht nehmen sollten. Die "*tradition against borrowing*" hat also auch ihren theoretischen Kern in der Theorie vom Geld als Tauschmittel.

viduellen Recht auf Selbstverwirklichung, Art. 2, Abs. 1 Grundgesetz, bzw. dem *pursuit of happiness* der USA-Verfassung, charakterisiert werden kann.

5.2.2 Zur Stellung der Zentralbank in einem sozialen Kontext

Diesem gepflegten Privatliberalismus kann jedoch die These entgegengesetzt werden, daß die Funktionsfähigkeit einer kapitalistischen Ökonomie weniger auf der unmittelbaren Verantwortung der Vermögensträger aufgebaut sein muß, wenn institutionelle Arrangements identifizierbar werden, die eine Trennung von Vermögensbesitz und Verfügung über Vermögen möglich machen. Das würde bedeuten, daß das Fundament der Tätigkeit der Banken auch nicht mehr als Input der Haushalte, als Ersparnis, erscheinen muß, sondern als Kreditgeld von einer dazu prädestinierten Institution zur Verfügung gestellt wird, deren Zielfunktion zwar nicht aus dem Vermögenskalkül der Haushalte abgeleitet ist, jedoch mit deren Interesse an einer effizienten Vermögensverwendung harmonisiert.

Ungeklärt ist dabei die Frage, aus welchen Motivationen heraus ein Bankensystem bzw. eine Gesellschaft eine Institution ins Leben rufen sollte, die anstelle der vermeintlich zentralen ökonomischen Agenten das Geschäft der Geldversorgung übernimmt. Dies liegt daran, daß die Schöpfung der Institution Zentralbank niemals als ein Akt rationaler Entscheidung des Privatsektors interpretiert wurde, da wirtschaftshistorisch gesehen die Interessen des öffentlichen Sektors bei der institutionellen Ausgestaltung des Zentralbankwesens federführend wirkten. Selbst wenn man die Urhebererschaft für die Institution Zentralbank in dem unmittelbaren Zugriff des Staates auf Finanzierungsmittel verorten kann, bleibt dennoch die Frage erlaubt, ob nicht die Vorenthaltung des monetären Vermögenseigentums zu besseren gesellschaftlichen Allokationen führt, als die direkte Vermögensverwaltung durch private Akteure. Denn nun, im Gegensatz zur traditionellen Sichtweise der autonomen Allokation der Ersparnisse durch Nettovermögenseigentümer, läßt sich die Allokation neu geschöpften Geldes als Verfügung eines Nichteigentümers ansehen, der seine reale Verfügungsmacht aus dem Umstand bezieht, daß Geldschöpfung, die gerade ohne die Mitwirkung der Ressourceneigentümer erfolgt, im gesellschaft-

lichen Kontext reale Verfügungsmacht über Güter und Faktoren bedeutet.

Insofern geht es in diesem Fall nicht mehr um die bloße Trennung von Eigentum und Kontrolle der Delegationstheorie in Anwendung auf das Bankensystem, sondern weitergehend um die Entäußerung des originären Rechts der Ressourcenbesitzer über die Allokation von Ressourcen mitzubestimmen, und zwar in dem Sinne, daß die Entscheidung über die Ausstattung mit Verfügungsmacht, dem Kreditgeld, eine Angelegenheit der Interaktion der Zentralbank mit dem Bankensystem bzw. des Bankensystems mit dem Unternehmenssektor bleibt.

Die erste Stufe der Differenzierung einer Tauschökonomie zu einer Geldökonomie besteht also darin, daß die Haushalte auf die Verfügungsmacht über Ressourcen verzichten, da sie darauf vertrauen, daß die Allokation des von ihnen selbst bereitgestellten Tauschmittels durch die Banken in effizienter Weise erfolgt. Somit können die Haushalte Tauschmittelpreise gegen relative Preise substituieren und können gleichzeitig die Effizienz der Kreditvergabe aufgrund ihres Gläubigerstatus kontrollieren, bleiben mithin die entscheidende gesellschaftliche Gruppe, ungeachtet der Tatsache, daß die Definition des Tauschmittels und dessen Emission über *seigniorage* mittels eines hoheitlichen Staatsaktes erfolgt.

Die zweite Stufe der Differenzierung hin zu einer Kreditgeldökonomie entzieht den Haushalten die Allokationsmacht über Kreditgeld mittels eines Agenten, dessen Aufgabe bisher in der (passiven) Kreditvergabe an den Staatshaushalt bestanden hatte, welcher nunmehr als Zentralbank die aktiv auszufüllende Aufgabe übertragen bekommt, anstelle der Haushalte die Effizienz der Kreditgeldallokation zu kontrollieren. Die Ausschaltung der *seigniorage* des Staatshaushalts, welche ja die Nettogeldvermögensposition der Haushalte - das Außengeld - begründet, bewirkt, daß die Emission von Kreditgeld durch die Zentralbank eine reine Innengeldökonomie schöpft, deren Operationsqualität von der Qualität (bzw. Bonität) des Zentralbankportfolios abhängt. Mit dem Übergang der Verantwortung für die Qualität der Kreditallokation von den Haushalten zu der Zentralbank, wird die Theorie der Kreditgeldökonomie zu einer Verfügungsökonomie von Agenten, bei

denen einzig die Einbindung in Institutionen mit spezifischen Zielfunktionen, deren Aktionen auf das gesellschaftliche Interesse fixiert.

Mit dieser Sichtweise wird die Herausbildung von Institutionen bzw. die Konstitution ihrer Zielfunktion zu einem kritischen Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Soweit gewährleistet wäre, daß eine Zentralbank ausschließlich das gesellschaftliche (Privat-) Interesse an effizienter Vermögensverwaltung verfolgen würde, wäre die Geschichte der Zentralbanken sicherlich anders verlaufen, als unter dem Diktat von Staatsführungen, welche die Handlungsmöglichkeiten der Staatsbank für die eigenen politischen Interessen instrumentalisieren konnten³⁴. Jenseits der unmittelbaren Präferenzen von Regierungen und Staatsführungen an einer weitgehend unbeschränkten Finanzierungsmöglichkeit ihrer politischen Programme, muß demgegenüber ventiliert werden, ob die gängige Dualisierung des Bankensystems in Geschäftsbanken bzw. Zentralbank nicht als rationale Strategie zur Wahrung privatwirtschaftlicher Zielsetzungen gedeutet werden kann.

Setzt man voraus, daß in einem Kreditgeldsystem die Zentralbank die Geschäftsbanken mit einem Medium ausstattet, welches gesellschaftliche Verfügungsmacht³⁵ über Ressourcen besitzt, wird zunächst klar, daß dieser Umstand daran gebunden ist, daß innerhalb des privaten Sektors eine Akzeptanz dieses Geldes gegeben sein muß. Offenbar kann eine Zentralbank nur nach Maßgabe der Akzeptanz ihres Geldes auf die Allokation der Ressourcen einwirken, so daß sich als zentrale Überlebensbedingung für sie die Herstellung einer Vermögensqualität des Geldes herausstellt. Dies bedeutet essentiell, daß private Vermögenseigentümer gewillt sind, ihr reales Vermögen gegen Finanzvermögen zu tauschen, weil sie überzeugt sind, daß ihr Vermögensstatus sich dadurch

³⁴Es braucht bloß daran erinnert zu werden, daß die Gründung der englischen Staatsbank, die Finanzierung des Krieges gegen Frankreich zum Hintergrund hatte.

³⁵Bei Riese wird reale Verfügungsmacht als Attrahierungsfähigkeit von Ressourcen umschrieben: "Die Eigenschaft des Vermögens, keine Ressource zu sein, definiert seine Funktion als ein Instrument der Aneignung von Ressourcen." (Riese 1983, S. 106)

nicht verändert hat, allenfalls eine Transformation von weniger liquidem Vermögen in Liquidität vorgenommen worden ist.

Die Präferenz für Liquidität läßt sich jedoch auf zweierlei Weise deuten, nämlich als Präferenz für ein Medium, welches einen Tausch gegen Güter zur Gestaltung des individuellen Konsumplans erlaubt, andererseits als Präferenz für ein Medium, welches zur Leistung des Kapitalsdienstes notwendig ist. Während jedoch die Tauschmittelfunktion auf eine präferenzgesteuerte und damit eigentumsheftliche Verwendung von Nettogeldvermögen hindeutet, wird die Zahlungsmittelfunktion des Geldes von den abstrakten Zahlungserfordernissen des Kreditkontraktes bestimmt, so daß eine Zahlungsmittelfunktion an die Existenz von Verbindlichkeiten geknüpft ist, deren Begründung gerade über die Allokation von Verfügungsmacht durch die Geschäftsbanken erfolgt war.

Die Frage der Effizienz des Kreditkontraktes ist jedoch ein Problem der Motivationsstruktur der jeweiligen Geschäftsbank, die in Verfolgung ihres Einkommensinteresses die ihr übertragene Verfügungsmacht, d.h. die ihr übertragene Liquidität, in diesem Sinne einzusetzen bestrebt ist. Offenbar hängt die Frage, ob die einzelne Bank die ihr zur Verfügung gestellte Liquidität im Sinne des gesellschaftlichen Effizienzkriteriums einsetzen wird, ihrerseits an dem Grad der Verantwortlichkeit gegenüber der unmittelbaren Instanz, die Primärliquidität alloziert - im Fall der Kreditgeldökonomie gegenüber der Zentralbank. Denn nur insoweit die Zentralbank aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Sanktionsrechte ineffiziente Liquiditätsverwaltung durch Banken zur Rechenschaft ziehen kann, wird das Zielsystem der Geschäftsbank auf effiziente Kreditallokation und damit auf die Effizienz der Vermögensverwaltung durch die Vermögensnutzer, die Unternehmen, ausgerichtet.

Dabei bleibt zunächst ungeklärt, warum für eine Zentralbank das Ziel effizienter Vermögensnutzung einen dominanten Stellenwert besitzen sollte, weil für eine Zentralbank - im Gegensatz zu den Haushalten - der Zentralbankgeldumlauf, als buchungstechnischer Posten für den Ausweis von Reinvermögen aufgrund der Schöpfung von Kreditgeld, kein Reinvermögen im Sinne von Nettoverfügungsmacht über reale Ressourcen indiziert, sondern lediglich Reinvermögen im Sinne eines Anspruchs auf (ihr eigenes) Kredit-

geld ausweist. Anspruch auf Kreditgeld bedeutet für eine Zentralbank jedoch damit lediglich Anspruch auf - von ihr bedruckte - bunte Papierscheine, die, kaum in die Kasse der Zentralbank gelangt, auch schon i.d.R. wegen Veralterung(!) in den Vernichtungsöfen geworfen werden. Die buchungstechnische und gegebenenfalls auch physische Vernichtung von Zentralbankgeld bedeutet essentiell, daß aus der Schöpfung von Geld für eine Zentralbank kein realer Vermögenszuwachs entspringt und damit geschäftliche Interessen bei der Kreditgeldschöpfung ausgeschlossen werden können; die nichtgewinnorientierte Operationsweise der Bundesbank erstreckte sich ebenfalls auf die aus dem laufenden Geschäft anfallenden Erträge aus Zinsforderungen, die als Bundesbankgewinne, unter Berücksichtigung von §27 Nr. 4 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank der Gewinnabführungspflicht an den Bundeshaushalt unterlagen.

Daher erscheint der Versuch wenig überzeugend, die Sicherung der Vermögensqualität des Geldes an die Einkommensinteressen des Vorstandes einer Zentralbank zu binden, obwohl die Analogie zur Delegationsproblematik zwischen Haushalten und Unternehmen, einen solchen Schluß durchaus nahelegen würde. Demgegenüber erscheint es plausibler, einer Institution ein Überlebensinteresse zu unterstellen, welches seinen Ausdruck darin findet, daß die Akzeptanz des emittierten Mediums als Vermögensobjekt gewährleistet wird und damit weiterhin die Vermögensallokation durch die monetären Autoritäten erfolgen kann.

Eine derartige Position befindet sich im Gleichklang mit der Theorie der Institutionenemergenz, in der die Abstinenz der Individuen von kognitiv-rationalen Entscheidungsmustern zugunsten von institutionellen Verhaltensweisen darin liegt, daß die Akzeptanz von reziproken Verhaltenserwartungen rekurrente Entscheidungssituationen auf eine überschaubare Dimensionalität reduziert und damit das Spektrum der individuellen Handlungsmöglichkeiten, entlastet von Entscheidungsnotwendigkeiten im Rahmen der kognitiv-rationalen Entscheidungstheorie, erheblich erweitert wird³⁶.

³⁶"Dabei muß jedoch klar sein, daß das Individuum bei Akzeptierung von Regeln im Einzelfall mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit anders entscheiden und

Soweit die Erwartung der Individuen, das Kalkül über relative Preise durch ein Kalkül über absolute Preise substituieren zu können, erfüllt werden kann, wird die Rolle der Zentralbank, als Verteiler gesellschaftlicher Verfügungsmacht, nicht in Frage zu stellen sein. Insofern bleibt eine juristische Klausel, die das national emittierte Geld zum alleinigen Zahlungsmittel erklärt, reine Deklaration ohne ökonomischen Effekt, da bereits eine (implizite) Indexierung von Geldkontrakten Ausdruck mangelnder Vermögensqualität des betreffenden Geldes ist.

Wenn nun aber die reziproken Verhaltenserwartungen die Akzeptanz von Kreditgeld einerseits, bzw. die Sicherung der Vermögensqualität des Kreditgeldes andererseits zum Gegenstand haben, erscheint die Zentralbank nunmehr als Agent des privaten Sektors, deren Existenz durch die Akzeptanz des von ihr emittierten Geldmediums honoriert wird, so daß an dieser Stelle eine indirekte principal-agent Relation zwischen Privatsektor und Zentralbanksystem identifizierbar wird, die nicht mehr auf der unmittelbaren Sanktionsgewalt des *principal* aufbaut. Mit dieser Sicht der Dinge umfaßt die Funktion eines rationalen Bankensystems nicht nur die Kreditallokation, sondern auch die Funktion der Kreditgeldvermögenssicherung, daß somit der private Sektor von der Funktion befreit wird, selbst für die Effizienz der Vermögensverwendung Sorge zu tragen.

So gesehen ist die Funktionsverteilung zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank in etwa analog zu der Funktionsverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, in der die Zuteilung von Verfügungsmacht an die Mitglieder des Vorstandes durch den Aufsichtsrat erfolgt und bei Verfehlung der Effizienzziele wieder entzogen wird. Der beklagenswerte Umstand, daß die Zentralbank nur gelegentlich als Sachwalter privater Vermögensinteressen fungiert liegt wirtschaftshistorisch in der engen Beziehung der Staatsbank zum Staat, was sich insbesondere darin ausdrückt, daß kurioserweise (oder tragischerweise) die Zentralbankverfassung i.d.R. aus einem politisch verabschiedeten Gesetz entsteht, obwohl nunmehr die

handeln wird als es gehandelt hätte, wenn es in jedem Einzelfall kognitiv-rational kalkulieren würde." (Elsner 1986, S. 73f)

Stellung der Zentralbank als essentiell private Institution sichtbar wird³⁷.

5.3 Auf der Suche nach dem Träger von Allokationsentscheidungen

5.3.1 Zur Lokalisation wirtschaftspolitischer Verantwortung

Verschreibt man sich als Ökonom dem theoretischen Weltbild der Neoklassik, so ist die einzige alternative Steuerungseinheit neben den Haushalten der Staat, der in seiner Rolle als Wahrer des Gemeinwohls für die Effizienz der gesellschaftlichen Allokation, sowie für die Steigerung und Sicherung gesellschaftlicher Wohlfahrt Sorge trägt. Wenn allerdings der Staat diese Aufgabe übernehmen soll, wird dem Konzept, die Geldversorgung der Ökonomie mit Hilfe von staatlichem Konsum zu sichern, der mittels Notenbankkredit durch Geldschöpfung finanziert wird - was als *seigniorage*³⁸ gelegentlich zu einer rationalen Finanzierungsmodalität des Staatsbudgets stilisiert wird -, der Boden entzogen, soweit die Verfügung über Geld als der entscheidende Steuerungsfaktor in einer monetären Ökonomie anzusehen ist. Da die Verausgabung der *seigniorage* hauptsächlich die Verwendungsseite, die Produktionsseite dagegen allenfalls indirekt beeinflusst, erschöpft sich der Dispositionsspielraum des Staates zur Steuerung der Ökonomie auf den Zeitpunkt der Emission bzw. Ausgabe. Da eine Steuerung ökonomischer Prozesse erst dann vorliegt, wenn neben dem *feedback* auf Steuerungsaktionen eine unmittelbare Korrektur möglich ist, und die erfahrungsgemäß mangelhafte Steuerungskompetenz

³⁷Es läßt sich sicherlich darüber streiten, ob nicht der Staat als Vertreter des gesellschaftlichen Interesses die geeignete Instanz wäre, den Aufgabenbereich der Zentralbank zu definieren. Die Faktizität der Geschichte zeigt jedoch, daß nur in dem Fall der Bundesrepublik Deutschland die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank ausreichend abgesichert wurde, und zwar deswegen, weil der politische Einfluß auf die Konstitution der Bank deutscher Länder bzw. der Währungsverfassung weitgehend zurückgedrängt werden konnte. (vgl. Möller 1976, S. 433ff)

³⁸Der Aspekt, daß die *seigniorage* aufgrund der Entscheidungshoheit der Haushalte in Verbindung mit einem überbewerteten Wechselkurs in Entwicklungsländern eine Tendenz zum Devisenerwerb, d.h. zur Kapitalflucht, schürt, macht sie in einem entwicklungstheoretischen Kontext zu einem monströsen Instrument der Geldversorgung.

bzw. -willigkeit einer öffentlichen Verwaltung hinsichtlich der Beschränkung öffentlicher Ausgaben darauf hindeutet, daß staatlicherseits eine Steuerung der Geldversorgung kaum gewährleistet werden kann, wird somit die Frage akut, auf welche alternative Art und Weise eine wachstumsorientierte und gleichzeitig inflationsneutrale Geldversorgung gewährleistet werden soll. Der Fortfall der *seigniorage* zugunsten einer rationalen Geldversorgung kappt demnach die hoheitliche Stellung des Staates zu der Zentralbank, so daß nun die Rolle der Zentralbank, die von der Neoklassik stets auf die Funktion eines *lender of last resort* reduziert wurde, einer Revision bedarf.

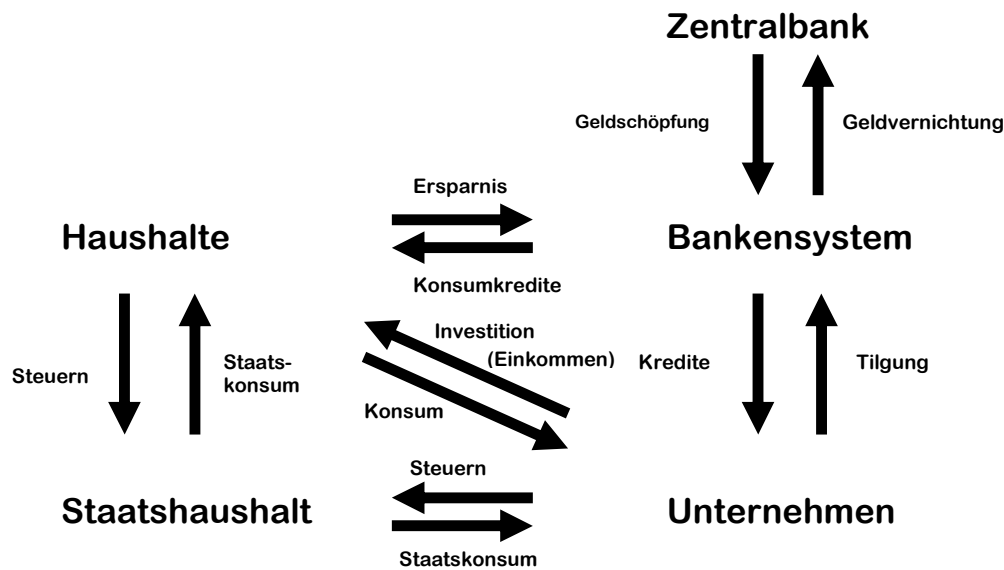
Die Beschränkung der Allokationshoheit der Haushalte einerseits, und die negativen Resultate, die die zahlreichen Versuche - nicht nur sozialistischer Prägung - den Staat als Träger der gesellschaftlichen Allokation zu funktionalisieren, lassen sich in der Frage konkretisieren, an welcher Stelle des ökonomischen Universums die Allokationsentscheidungen getroffen werden sollen. An dieser Stelle beginnt dann auch die Funktion der Haushalte als Träger der realen Allokationsentscheidungen fragwürdig zu werden, weil der bisher neutrale Faktor Geld nun nicht mehr an derjenigen Stelle injiziert werden kann, an der Geld als Reflex der Haushaltsentscheidungen sein lediglich indikatives Leben fristen mußte. Denn letzten Endes bestand die Funktion des Geldes darin, die realen Allokationsentscheidungen reibungslos ablaufen zu lassen und jenseits der Ersparnis an Transaktionskosten ein monetäres Spiegelbild der realen Ereignisse abzugeben.

Wenn also die Haushalte nicht mehr über die existierenden Tauschmittelbestände quasi-hoheitlich verfügen können (bzw. im Interesse einer effizienten Allokation der Ressourcen nicht mehr verfügen dürfen), relativiert sich damit auch ihr Gewicht als Träger der gesellschaftlichen Allokation zugunsten des Unternehmenssektors. Damit einher geht die unmittelbar einleuchtende, in ihren Konsequenzen dagegen fundamentale Frage, welcher Mechanismus das Entscheidungsproblem der Haushalte zwischen Konsum und Sparen simuliert, bzw. welche Reaktionsmuster garantieren, daß eine optimale Allokation, unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen - Wohlfahrtsziels, generiert wird.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß im ökonomischen Kreislauf den Haushalten nur eine von zwei Entscheidungsproblemen aus der Hand genommen wurde. Die erste Entscheidung, die die Haushalte nach Maßgabe ihrer Präferenzen zu treffen hatten bestand in der Festlegung des gesellschaftlichen Investitionsvolumens in monetärer Form, dem - im Zuge der Investition - die Bereitstellung der realen Ressourcen folgte. Mit dem Kauf der Produktionsfaktoren am Faktormarkt entsteht das monetäre Einkommen der Haushalte, welches gleichermaßen den (bereits gefällten) Entscheidungsprozeß zwischen Konsum und Sparen generiert. Im Gegensatz zu der Entscheidung über die Allokation der gesellschaftlichen Geldbestände, ist den Haushalten die Allokationsentscheidung über das Einkommen in jedem Fall verblieben und überläßt den Haushalten somit die Entscheidung über das gesellschaftliche Konsumvolumen.

5.3.2 Die Unternehmer als Verantwortungsträger realer vs. Banken als Verantwortungsträger monetärer Allokation

Damit bleibt - wenn ein staatlicher Investitionsdirigismus als nicht akzeptable Alternative erscheint - nur noch die Folgerung, daß die Unternehmen als zentrale Entscheidungsinstanz in die Verantwortung genommen werden und ihnen damit die Rolle zukommt, Träger der Allokationsentscheidungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Ressourcen zu sein, selbst wenn über deren Bereitstellung für produktive Zwecke immer noch die Haushalte zu entscheiden haben. Für letztere stellt sich, nachdem der Verlust der Allokationshoheit über die gesellschaftlichen Geldbestände auch die direkte (auktionatorgesteuerte) Entscheidung über die Konsumgüterangebotsstruktur verloren gegangen ist, die Situation nunmehr so dar, daß sie noch die direkte Entscheidungshoheit über das Ressourcenangebot einerseits, sowie eine indirekte Entscheidungshoheit über das Konsumangebot andererseits ausüben können. Spiegelbildlich dazu besitzen die Unternehmen im Rahmen ihrer Finanzierungslimits eine direkte Gestaltungsmacht über das Konsumangebot, während ihre Entscheidungskompetenz über den quantitativen Einsatz von Produktionsfaktoren von den Haushalten beschränkt werden kann.



Geldinjektion per Kreditgeldschöpfung

Diese Umgestaltung des Problemsetting wäre nicht weiter bedeutsam, sofern der Auktionator, als die zentrale Kohärenzfigur der Neoklassik, seine Funktion als gleichgewichtstiftendes Organ noch erfüllen könnte. Die Vermittlung der ökonomischen Aktionsmuster durch monetäre Größen läßt dabei vermuten, daß Geld eben doch mehr darstellt, als das Vollzugsorgan gesellschaftlicher Tauschhandlungen. Denn wenn die Standardantwort der Ökonomie auf ökonomische Probleme - Angebot und Nachfrage - auf monetäre Größen bezogen wird, werden Größen wie Einkommen oder Umsatz zu Unsicherheitsfaktoren, deren Realisation essentiell von Akteuren abhängig ist, deren Entscheidungsfreiheit aus Gründen des gesellschaftlichen Liberalismuspostulats nicht einschränkbar ist.

Nimmt man die Idee, Geld als relatives Maß der Produktion zu interpretieren, welches als temporäre Erscheinung zur Finanzierung arbeitsteiliger Produktion geschaffen und durch verdiente Abschreibungen und Kredittilgung vernichtet wird, ernst (vgl. Menéndez 1989), so zeigt sich, daß die Unternehmen die Allokation der Produktionsfaktoren entsprechend ihrer Vermögensverfügungsmöglichkeiten nach Maßgabe der Höhe ihrer erwarteten Umsätze (und Gewinne) durchführen, wobei die Haushalte das reale Allokationsergebnis, d.h. das existierende Konsumgüterangebot durch dessen Konsumierung akzeptieren oder auch nicht. Die Un-

ternehmen sind also gezwungen, die Präferenzen der Konsumenten möglichst exakt zu schätzen, und produzieren, um durch die Nutzung dieses vermuteten Bedürfnisses Nettogeldvermögen zu erwirtschaften, so daß sie quasi die Güternachfrage der Konsumenten für die Erreichung ihrer formal monetären Ziele³⁹ instrumentalisieren.

Die Schöpfung von Geld zu Beginn und die aus der Konstruktion des Kreditvertrages begründete Vernichtung von Geld als Ergebnis des Umsatzprozesses unterwirft die Unternehmen in gleicher Weise dem Vermögenskalkül wie in der neoklassischen Ökonomie, in der die Haushalte die originären Kreditgeber darstellten. Ein derartiger ökonomischer Aktionsrahmen entkleidet die Haushalte von der direkten Entscheidung über das ökonomische Aktivitätsniveau und macht damit die Zentralbank bzw. das Bankensystem als Quelle allen Kredites zu einer, die Haushalte vertretenden, dominanten Hintergrundinstanz. Mit diesem Quellenrekurs zeigt sich dann auch, daß die Vorstellung eines monetären Sparens als Ursache der Produktion seine Begründung in der Neutralitätseigenschaft⁴⁰ von exogenen Geldmengen besitzt, die die paradigmatische Struktur der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts nicht verletzt und die liberalistische Idee für die Ökonomie bewahrt.

Mit der Übertragung der monetären Allokationskompetenz an das Bankensystem wird einer Erkenntnis der modernen Systemtheorie Rechnung getragen, daß nämlich die Steigerung von Unwahrscheinlichkeit, d.h. die höhere Ausdifferenzierung eines ökonomischen Systems, einer Begrenzung der Kontingenz der Elemente des handelnden Systems bedarf; anders formuliert ist eine Senkung eines gegebenen Entropieniveaus innerhalb eines Systems dadurch erreichbar, daß der Kontingenzgrad der Elemente des Systems durch ein Ordnungsmuster beschränkt wird und damit

³⁹Nicht umsonst wird die Wahrung der Liquidität einer Unternehmung in deren Zielhierarchie von der Betriebswirtschaftslehre auf oberster Ebene angesiedelt.

⁴⁰Die Neutralität von Recheneinheiten ist sowieso trivial. Der Clou exogener Geldmengen besteht darin, daß sie nicht mit der präferenzgesteuerten Generierung der Systems relativer Preise interferiert. Somit wird ein Popanz zur Verteidigungslinie einer Orthodoxie. Mittlerweile glaubt sie selbst daran - mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Entwicklungsländer.

das System zu einer höheren Stufe des Entwicklungszustands gelangt. Das bedeutet, daß die moderne Systemtheorie eine entscheidende Erkenntnis für die Ökonomie bereithält, daß nämlich die allgemeine Implementation eines der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts nachempfundenen liberalistischen Wirtschaftssystems tendenziell das Entropieniveau einer Gesellschaft steigert und damit eine effiziente Allokation, welche an sich wünschenswert wäre, in gutem Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes verhindert.

5.3.3 Die Schumpeter'sche Unternehmerökonomie

Mit einem derartigen Ansatz wird für die Ökonomie ein weiteres Mal die Schumpeter'sche Entwicklungstheorie entdeckt. Die Tatsache, daß dieses Werk bereits 1911 entstand, und trotz der inhaltlichen Qualitäten von der Geldtheorie weitgehend ignoriert wurde, muß vor einer Entwicklung in der Makroökonomie gesehen werden, in der die individualistische Mikroorientierung stets ihre Dominanz bewahren und ausbauen konnte. Anders gewendet, es konnte nicht gezeigt werden, welche Funktion die Unternehmer in einer Gesellschaft besitzen, da die neoklassische Markttheorie das gesellschaftliche Gleichgewicht stets aus den Präferenzen der Haushalte ableiten konnte.

Mit einem neoklassischen Ansatz, der im Laufe der Zeit im Zuge der zunehmenden Mathematisierung der Ökonomie immer weiter formalisiert wurde, bleibt die Perspektive versperrt, die Unternehmer als die gestaltende Kraft des ökonomischen Geschehens zu erfassen und ihnen ihren Raum in der ökonomischen Analyse zu gewähren. In einer Kreditgeldtheorie gewinnt dieser Personenkreis demgegenüber eine Stellung zwischen den passiven Erfüllungshelfern der neoklassischen und den überpotenten Monstern einer marxistischen Theorie. Die Schumpeter'sche Unternehmerschaft läßt sich vielmehr als diejenigen Agenten interpretieren, die sich der Aufgabe widmen, die Gleichgewichtslösung des Auktionatortheorie zu generieren indem sie weder die bekannten Bedürfnisse der Konsumenten bereitstellen, noch den Konsumenten ihre Waren mit manipulativer Gewalt aufdrängen.

Banken finden dagegen ihre Aufgabe in der Bestimmung des Niveaus ökonomischer Aktivität, indem sie ihre Verfügungsmacht

über ein abstraktes Medium ausüben, dessen Integration in den Wirtschaftskreislauf darüber entscheidet, ob die Institution Geldgebrauch lebensfähig ist oder nicht. Sie fungieren quasi anstelle der Haushalte als Kontrollinstanz für die Unternehmen, indem sie die Qualität der Vermögensverwendung bzw. der Ressourcenallokation nach Maßgabe monetärer Indikatoren kontrollieren.

Die Banken fungieren in diesem Kontext mithin eher als Agenten zur Wahrung des Gemeinwohls einer Gesellschaft, wenn ihr individuelles Gewinninteresse daran geknüpft ist, daß die Unternehmen ein marktfähiges Angebot bereitstellen, so daß sie aufgrund ihres Individualinteresses gezwungen sind, ihre Schätzung der gesellschaftlichen Präferenzen zur Grundlage einer Kreditvergabe zu machen, die ihrerseits Produktion initiiert, was den Unternehmen über die Profiterzielung ein Profiteinkommen sowie den Banken ein Zinseinkommen zufließen läßt. Indem die Banken also die produktiven Kräfte einer Nation für ihre formal monetären Ziele kontrollieren, wird den Unternehmen - über die vom Bankensystem oktroyierte Verschuldungslogik - die Aufgabe zugespielt, die Bedürfnisse der arbeitnehmenden Personen in bestmöglicher Weise zu erfüllen, so daß die Vermutung von Adam Smith, eine Gesellschaft sei am besten durch die Wahrung des Eigeninteresses ihrer Mitglieder zu gestalten, auf's neue bestätigt werden kann.

III. TEIL

DIE MAKROÖKONOMIE DES KREDITGELDES

6 Präliminarien zur Makroökonomie

6.1 Die *ceteris paribus* Mikrofundierung der Makroökonomie

Der Rahmen der mikroökonomischen Theorie umspannt die Analyse einzelwirtschaftlicher rational gefällter Entscheidungen, so daß die Vorgabe des Spektrums der Entscheidungsoptionen sowie die Berücksichtigung der Präferenzen der Individuen die Lösung einer Maximierungs- oder Minimierungsaufgabe erlaubt, so daß methodisch gesehen die Mikroökonomie in eindeutiger Weise definiert ist.

Eine eindeutige analoge Definition der Makroökonomie ist demgegenüber nicht vorhanden, so daß eine Definition makroökonomischer Theorie zunächst nur *ex negativo* gegeben werden kann, indem als kleinster gemeinsamer Nenner die Nichtgeltung der *ceteris paribus* Klausel zur Abgrenzung der Makroökonomie von der Mikroökonomie dient. Notwendigerweise bleibt bei einer Negativabgrenzung die positive Inhaltsbestimmung der Makroökonomie unausgefüllt, so daß als Konsequenz dieses methodischen Vakuums die Ideengeschichte der Ökonomie eine Vielzahl alternativer Interpretationen aufweisen kann, deren gemeinsamer Anspruch es ist, die Funktionsbedingungen und Funktionsmechanismen von sozialen Gemeinschaften zu analysieren und zu beschreiben. Die Vielzahl theoretischer Ansätze und Konzeptionen von Makroökonomie zeugen denn auch von der potentiellen Vielfalt der Beziehungen, die auf einer gesellschaftlichen Ebene separierbar sind, darüber hinaus auch von der wissenschaftlichen (oder ideologischen) Perspektive, die als Maß der Wahrnehmungen zur Anwendung gelangt.

„In der Sicht des Konstruktivismus sind Wahrnehmungen unvermeidlich abhängig vom Wahrnehmenden. »Wirklichkeit« wird damit als Ergebnis eines Verarbeitungs- oder Konstruktionsprozesses gesehen. ... Die Konstruktivität der Theorie weist ihr einen analytischen Charak-

ter zu. Sie enthält also keine Aussagen über »die« Wirklichkeit. Vielmehr beziehen sich ihre Aussagen auf Interaktionsergebnisse, die durchaus mit der Tradition als durch Logik und Empirie gewonnen verstanden werden können. Für sie wird aber darüber hinaus – und das entgegen der Tradition – kein ontologischer Anspruch erhoben. (Hejl 1992, S. 269f)

Offenbar ist es mit einer derart offenen Formulierung der Ansprüche an die Theoriebildung unmöglich, Qualitäten unterschiedlicher Theorien gegeneinander abzuwägen; es fehlt mithin ein Filter, mit dessen Hilfe die Angemessenheit einer Theorie zur Beschreibung gesellschaftlicher Funktionsmechanismen evaluiert werden könnte. In einer zweiten Annäherung zur Charakterisierung von Sozialsystemen wird denn auch vorgeschlagen,

„Sozialsysteme zu bestimmen als eine Menge von Individuen, die zwei Bedingungen erfüllen. Sie müssen (a) die gleiche Wirklichkeitskonstruktion ausgebildet haben sowie mit Bezug auf sie in einer spezifischen und ihr zugeordneten Weise handeln können (wobei die Handlungen als angemessener Umgang mit dieser Wirklichkeit gesehen werden), und sie müssen (b) mit Bezug auf diese Wirklichkeitskonstruktion tatsächlich handeln und interagieren.“ (Hejl 1992, S. 270)

Dieser Konzeption sozialer Systeme wird von der allgemeinen Gleichgewichtstheorie entsprochen, indem die Wirklichkeitskonstruktion der Individuen allgemein auf der Verfügung über Erstausrüstungen aufbaut, wobei die Kommunikation auf den Faktor- und Gütermärkten ein allgemeines Gleichgewichtspreissystem generiert, zu dem die Tauschoperationen dann auch durchgeführt werden. Dies gilt allerdings nur insofern, als durch diese Realitätskonstruktion lediglich eine Gemeinschafts-, keine Gesellschaftskonzeption formuliert ist, wobei eine Gemeinschaft sich dadurch auszeichnet, daß zwischen den Mitgliedern keine Differenzierung hinsichtlich der Interaktionsmuster erfolgt, d.h. jeder mit jedem über alles kommuniziert. Der Umstand, daß der Übergang von einer Gemeinschaft zu einer Gesellschaft mit einer Schwächung bzw. dem Verlust bestehender Interaktionsnetze einhergeht und die damit einhergehende Schwächung des synreferentiellen Bereichs die Stabilität der Gemeinschaft gefährdet (vgl. Hejl 1992, S. 283f) wird durch die neoklassische Geldtheorie dahingehend aufgegriffen, daß der hohe Grad der Interaktionsnotwendigkeiten, ausge-

drückt durch die *double coincidence of wants*, durch die Verwendung eines Tauschmittels reduziert wird, und damit den Notwendigkeiten der Transaktionsabwicklung ein adäquates Instrument zur Verfügung gestellt wird. Diese Einsicht in die Notwendigkeiten der Ausdifferenzierung von Gesellschaften löst jedoch nur das abwicklungstechnische Problem, da die Frage der Gleichgewichtspreisbestimmung weiterhin eine Angelegenheit sozialer Übereinkunft ist.

Diese Diskrepanz zwischen den Differenzierungsnotwendigkeiten komplexer Gesellschaften und dem Universalitätsanspruch neoklassischer Theorie findet sich wieder in der intertemporalen Variante der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die sich nicht nur durch ein zu jedem Betrachtungszeitpunkt vollständiges gleichgewichtiges System relativer Preise auszeichnet, sondern dem zwischen zwei beliebigen Zeitpunkten existierenden System der gleichgewichtigen Eigenzinsraten aller existierenden Güter.

Der Charakter des intertemporalen Preissystems der allgemeinen Gleichgewichtstheorie als intertemporale Gütertauschraten ergibt sich aus dem Umstand, daß die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte über Güter definiert sind und somit als relative Preise Zuwachsraten oder Schrumpfraten von Güterbeständen sein müssen. Die Folge der Konzeptualisierung von Ökonomie als Realtheorie besteht aus der Dichotomisierung der ökonomischen Theorie in eine Theorie der Realsphäre, den *principles*, und eine Theorie der Geldsphäre, der *theory of money*. Diese Dichotomie bildet denn auch den Grundkonsens des *mainstreams* der ökonomischen Forschung, die sich an der These Weintraubs orientiert, die allgemeine Gleichgewichtstheorie sei als Elementarmodell als Grundlage ökonomischen Raisonierens unabdingbar.

„General equilibrium analysis is not the theory of the microfoundations of macroeconomics. Instead, the ADM [Arrow-Debreu-McKenzie] structure is a metatheory, or an investigative logic which, since it is used to construct all economic theories, must necessarily be used to examine 'microfoundations of macroeconomics' models.“ (Weintraub 1979, S. 73)

Jenseits des Problems, ob die Mikrofundierung der Makroökonomie als einziges korrektes Forschungsprogramm interpretiert werden

kann, wenn berücksichtigt wird, daß gesellschaftliche Gesamtgefüge nicht nur als Aggregation individueller, d.h. unter der Prämisse der *ceteris paribus* Klausel entstandenen, Entscheidungen konzipiert werden können, stellt sich die Frage, ob das durch die Realorientierung notwendigerweise implizierte Neutralitätstheorem bezüglich der Geldmenge nicht gerade die tatsächlichen Entscheidungsebenen von Individuen ausblendet. Soweit sich Individuen in ihren mikroökonomischen Entscheidungen an Geldpreisen orientieren - und die gängige mikroökonomische Lehrbuchliteratur suggeriert dies auch korrekterweise, da sie auf der Mikroebene stets eine monetäre Budgetrestriktion vorgeben kann - bleibt eine Theorie schlecht begründet, die auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene die relevanten Entscheidungsvariablen als relative Preise konzipieren muß.

Dies betrifft gerade die Konzeptualisierung der Güterzinssätze als intertemporale Tauschraten, so daß im Ergebnis wie bei Bliss (Bliss 1975) ein Preissystem nicht nur aus den jeweiligen relativen Kassapreisen, sondern zusätzlich den relativen Terminpreisen besteht, welche die unterschiedlichen Perioden intertemporal miteinander verknüpfen. Indem in der neoklassischen Ökonomie so viele Zinsraten wie Güter existieren, reflektiert sich darin wiederum die Durchsetzung individueller Präferenzen bzw. der individuellen Zeitpräferenzraten, mithin die auf der Ebene einer Gemeinschaft konzipierte allgemeine Interaktionstheorie.

Der Grund, warum an der Frage nach der Bestimmung des Zinssatzes die Qualität einer ökonomischen Theorie gemessen werden soll, läßt sich wesentlich anhand Keynes' Diktum explizieren, „die Bedeutung des Geldes rühr[e] im wesentlichen daher, daß es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt.“ (Keynes 1936, S. 248) Soweit also der Zins über die Allokation von Geld als zeitlichem Verbindungsglied auf einer mikroökonomischen Ebene mitbestimmt, wird die Bestimmung des gleichgewichtigen Zinses, mithin die daraus ableitbare Definition einer optimalen Zinspolitik zu einer konstituierenden Komponente einer Geldökonomie, die in Anerkennung der Notwendigkeiten gesellschaftlicher Ausdifferenzierung die Verfügung über Geld zur fundamentalen Konstitutionslinie einer alternativen Theorie ökonomischer Organisation bestimmt.

6.2 Zum makroökonomischen Problem des Zinses

Dabei hat der Streit um die einer Gesellschaft angemessene Zinstheorie eine lange Tradition, die von einer klassenorientierten Analyse bis hin zu interindividueller Präferenzrealisierung reicht; jenseits der Betrachtung, ob die zugrundeliegenden Vorstellungen dem Betrachtungsobjekt angemessen sind, blieb die Zinstheorie eine Spielwiese für die Formulierung ideologisch inspirierter Gruppenauseinandersetzung.

Eine der am meisten kontrovers diskutierten Fragen zur Zinstheorie betrifft das Problem, ob und inwieweit ein positiver Zinssatz für die Existenz einer lebensfähigen Ökonomie unabdingbar ist, oder ob unter dem Regime gerechter Einkommensverteilung, die Existenz von Zinsen einen Anachronismus darstellt.

„Details aside, the core of Keynes’s argument is that in a society with the optimum capital stock, the social rate of interest is zero. All productive opportunities are realized. The decisions of risk-averse private individuals cannot achieve the social optimum. Hence, there is an ineradicable difference between private and social returns if investment is left to private decisions.“ (Meltzer 1988, S. 304)

Soweit diese Zeilen die Quintessenz der Zinstheorie beschreiben würde, wäre ein Verdikt über jede Art von Zinstheorie ausgesprochen, welche die Kohärenz der Ökonomie auf eine individualistische Art der Zinsbestimmung fundiert. Das gilt in gleicher Weise für die Zinsbestimmung über die Formulierung intertemporaler Preise, die wie in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie einen eindeutig definierten Charakter als intertemporale Gütertauschraten tragen, als auch für eine keynesianische Geldtheorie, die die Liquiditätsprämie als die letztgültige Bestimmungslinie des Zinssatzes interpretiert. Dabei bleibt innerhalb des Theorienstreits naturgemäß offen, an welcher Stelle die endgültige Zinsbestimmung geortet werden muß, da die Unterschiedlichkeit der Denkweisen eine Kommunikation über den prinzipiell identischen Gegenstand der Kontroverse nahezu unmöglich macht.

Daß dennoch die Behandlung des Zinses im Rahmen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gesamtkonzeptionen als entscheidendes Merkmal ökonomischer Theoriebildung ins Zentrum der Analyse gestellt werden soll ist darin begründet, daß die Rolle des Zinses

im ökonomietheoretischen Gesamtkomplex darüber entscheidet, ob sich eine separate Geldtheorie neben der neoklassischen Realtheorie identifizieren läßt. Dabei bildet der Zins als Reflex der Eigenzinssraten aller Güter die Referenzlinie, die den Zins und mithin das Geld unter die Dominanz des Realsystems, d.h. unter die Dominanz des Systems relativer Preise zwingt.

6.3 Die Knappheitstheorie als monetäre Allokationstheorie

In der Frage des Dominanzverhältnisses zwischen monetärer und realer Sphäre ist auch die fundamentale Differenz einer monetären Ökonomie gegenüber einer Theorie der Verfügung über reale Erstaussstattungen zu orten. Während in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie die Akteure über gegebene Güterbestände verfügen, aus deren Angebots-/Nachfragekonstellation sich der Vektor der relativen Preise herleitet, besteht das Problem der Vermögensbesitzer in einer monetären Allokationstheorie darin, eine optimale Aufteilung des monetären Privatvermögens auf alternative Anlagemöglichkeiten zu bestimmen. Die methodische Gleichartigkeit der ökonomischen Handlungen darf jedoch nicht verdecken, daß der entscheidende Unterschied zwischen realer und monetärer Allokationstheorie in der Vorgabe der Erstaussstattungen besteht: dem realen Erstaussstattungsvektor der allgemeinen Gleichgewichtstheorie steht eine monetäre Vermögensbeschränkung gegenüber, die, als von der Zentralbank gegebene Geldmenge, die Vermögensdispositionen der Vermögensbesitzer steuert, indem sie durch die Beschränkung der Geldmenge Knappheit konstituiert.

Der Umstand, daß Unternehmen zwar als eigenständige Rechtspersönlichkeiten existieren können, jedoch weder ihre realen Ressourcen noch ihre finanziellen Mittel *a priori* besitzen, spitzt die Kontroverse zwischen monetärer und realer Allokationstheorie auf die Frage zu, welcher von beiden Inputfaktoren - Geld oder Güter - einen höheren Knappheitsgrad aufweist. Im einen Fall besteht das Hauptproblem aus der Bestimmung der relativen Preise, die als handlungsbestimmende Parameter das gleichgewichtige System der relativen Preise generieren, im anderen Fall werden die Preise für (Finanz-) Vermögen, die Zinssätze, zum Hauptbestimmungsfaktor ökonomischen Handelns.

6.4 Makroökonomie und Nettogeldvermögen

Aus einer gesamtwirtschaftlichen bzw. kreditgeldökonomischen Perspektive ist die Setzung einer Reinvermögensbedingung an den Beginn der Ableitungskette demgegenüber deswegen nicht statthaft, weil die Existenz von Reinvermögen in monetärer Form lediglich sektoral, niemals aber gesamtgesellschaftlich möglich ist. Der Hauptsatz der volkswirtschaftlichen Finanzierungsrechnung verbietet es, *a priori* von der Existenz von Nettogeldvermögen auszugehen, da der notwendige Rekurs auf die vorangegangenen ökonomischen Prozesse und letztlich die Kreditgeldschöpfung ausgeblendet wird. Wenn allerdings die Investitionsfinanzierung über einen Kreditschöpfungsakt einer Geschäftsbank als einzige logische Finanzierungsmöglichkeit gegeben ist, bleibt naturgemäß die Frage offen, weshalb Geschäftsbanken, deren Kennzeichen eine rein aus monetären Größen bestehende Bilanz ist, einen derartigen Liquiditätsdruck auf Unternehmen ausüben sollten, da ihre Einkommensposition sich durch Forderungsabschreibungen bei einem Konkurs unmittelbar reduziert.

Daß der Rahmen der Kreditvergabe durch Institutionen erfolgt, deren Überlebenskriterium die nominale Differenz zwischen Inputkosten und Outputertrag und weniger deren absolute Höhe ist, führt daher zu der Frage, wie ein Bankensystem in seiner Kreditvergabepolitik so gesteuert werden kann, daß dessen Handlungsweise dem systemtheoretischen Effizienzkriterium des Systemerhalts genügt. Eine derartige Fragestellung verschiebt den Fokus des Interesses auf die das Kreditgeld emittierende Institution, die Zentralbank und deren Regulierungspotential.

6.5 Zur Kontroverse zwischen Außengeld und Innengeld Positionen

In der Frage nach der Funktion von Geld liegt denn auch der tiefere Streitpunkt der *banking/ currency* Debatte begraben, deren offizieller Streitpunkt die Exogenität (Angebot der Zentralbank) oder Endogenität (Nachfrage der Geschäftsbanken) der Geldmenge und damit des Kreditvolumens darstellt. Der Umstand, daß beide Positionen einen Defekt besitzen, liegt denn auch eher in der verwendeten individualistischen Methodologie begründet, als in der Qualität der ausgetauschten Argumente, denn beide Theorien

behandeln das Bankensystem als eine Einheit, ob als aggregierte Kreditnachfragefunktion, oder als die das Bankensystem repräsentierende Bank. Der Fehlschluß der individualistischen Methodik liegt einerseits darin, daß die *banking* Position allen einzelnen Banken eine Fähigkeit zuschreibt, die nur den Banken als Gesamtheit zukommt, nämlich auf eine Ausweitung des Finanzierungsvolumens der Zentralbank (erfolgreich) dringen zu können, so daß damit fehlerhafterweise jede Einzelbank zu einer Monobank stilisiert wird, während im allgemeinen jede Einzelbank selbst einem Liquiditätsdruck ausgesetzt ist. Spiegelbildlich dazu besteht der Fehlschluß der *currency* Position darin, von einer allgemeinen Restriktionspolitik diejenigen Disziplinierungseffekte auf das Bankensystem zu erwarten, die allenfalls gegen einzelne Banken mit unsolider Geschäftspolitik angebracht wären, so aber, als Einzelmaßnahme gedacht, ein ganzes Bankensystem unter Druck setzen.

Nicht umsonst ist im politischen Geschäft, jenseits offizieller Erklärungen, so gut wie jeder Versuch, eine Strategie nach Maßgabe der *currency* Position zu verfolgen, auf der deklaratorischen Stufe verblieben, indem die praktische Politik (fast) immer den Liquiditätserfordernissen des Geschäftsverkehrs nachgekommen ist. Nicht ohne Grund ist denn auch die Geschichte der Währungspolitik zwischen einem monetären *laissez-faire* und rigiden Geldmengenregeln hin- und hergependelt, ohne daß sich ein positiver Konsens über eine angemessene Bankenpolitik herausgebildet hätte. Der kleinste gemeinsame Nenner unterschiedlichster Konzepte und Erfahrungen ist - traurig genug - die Forderung nach einer stabilen und vorhersehbaren Währungspolitik, deren Qualitäten und Ausprägungen im einzelnen kaum noch diskussionsfähig sind.

6.6 Zur Methodik sozialer vs. individualistischer Geldtheorien

Die methodologische Position einer Kreditgeldökonomie als soziale Theorie befindet daher in der Auseinandersetzung mit einer Orthodoxie, die ja gerade den Anspruch vertritt, individuelle Präferenz- und Entscheidungskonstellationen zu einem gesellschaftlich kohärenten System verknüpft zu haben. Die methodische Trennlinie wird in diesem Fall durch die Differenz von Werttheorie und (Kredit-) Geldtheorie gezogen. Die gegenüber einer realen Wert-

theorie vorliegende Differenz hinsichtlich der für angemessen gehaltenen Methodologie gilt allerdings auch für eine Geldtheorie, deren Versuch, durch einen Wechsel der Erstausrüstung die Dominanz der Gütersphäre in eine Dominanz der Geldsphäre umzu- leiten, zwar methodisch legitim ist, als er die Normen der individu- alistischen Theoriebildung wahrt, durch die Fixierung auf eine In- dividuallpsychologie jedoch den modernen systemtheoretischen Kriterien nicht genügen kann.

Dieses systemtheoretische Defizit ist um so schwerwiegender, da die Modernität dieses Ansatzes des monetären Keynesianismus gerade darauf abzielt, der realökonomischen Orientierung des in- tertemporalen Preissystems zu entgehen, um der realen Präferenz für Zukunftskonsum eine Präferenz zur monetären Vermögenser- haltung und -vermehrung entgegenzusetzen. Kennzeichen einer derartigen Position ist die von Keynes eingeführte Liquiditätsprä- mie, deren Bedeutung darin zu sehen ist, einen Versuch zu reprä- sentieren, die Dominanz der Geldsphäre über die Gütersphäre zu begründen. Zweifel an einer derartigen Position knüpfen folgerich- tig an der Rolle der Liquiditätsprämie als Steuerungsfaktor der Ökonomie an, indem die alte Frage aufgeworfen wird, warum eine Präferenz für ein Medium existiert, welches zugegebenermaßen nur indirekt Nutzen stiftet. Der neoklassischen Lösung von der Asymmetrie bzw. Nichtvollständigkeit von Zukunftsmärkten und der daraus resultierenden Versicherungsfunktion des Geldes steht eine im Grundsatz unsichere Zukunft gegenüber, gegen deren Imponderabilien die Nachfrage nach dem Versicherungsmedium Geld eine Existenzsicherung garantiert.

„Wie in der neoklassischen Ökonomie ist staatliches Geld jenes In- strument, mit dem sich die Individuen gegen das Existenzrisiko wappnen, und dessen Aufgabe mit einer Liquiditätsprämie belohnt werden muß. Immerhin steht nun einigermaßen fest, daß Riese den Subjekten Präferenzen für Einkommen und Sicherheit und Präferen- zen für Gütermengen, die mit diesem Einkommen erworben werden, unterstellt. Dabei dominieren die ersteren die letzteren.“ (Schmidt- Schönbein 1986, S. 321)

Die Frage der optimalen Versicherung gegen Zukunftsrisiken läßt sich damit als vermögenstheoretische Ausformulierung des Trans- aktionskassenansatzes auffassen, dessen Spezifikum, die Definiti-

on einer optimalen Geldmenge zu ermöglichen, im Zusammenhang mit der Nachfrage nach Zukunftsversicherung, in gleicher Weise zum Vorschein tritt. Während bei Friedman ein Gleichgewicht der Geldhaltung durch die Identität der marginalen Ertragsrate der Geldhaltung mit der negativen Inflationsrate definiert ist (vgl. Friedman 1970, S. 35) und damit für eine gegebene Realkapitalproduktivität eine optimale Geldquantität abgeleitet werden kann, läßt sich diese im Kontext der Vermögenshaltung über die Gleichgewichtsbedingung von Liquiditätsprämie und Marktzinssatz definieren, wobei der Link zur Realkapitalproduktivität durch die erwartete Profitrate r^* hergestellt wird, welche dann ein Interaktionsgleichgewicht generiert.

Mit der Definition spezieller Präferenzen gelingt es einer Quantitätstheorie aus einer handlungs- bzw. entscheidungstheoretischen Perspektive heraus das Phänomen der Geldhaltung zu erklären, sowie eine Theorie des Preisniveaus zu liefern. Mit einer derartigen Erklärung muß jedoch die Geldnachfrage aus einem Individualkalkül heraus erfolgen, deren zentrale Entscheidungsgrundlage - nach allgemeinem Dafürhalten - die Orientierung an der Inflationsrate ist. Mit dieser Theorie gelingt also die Verknüpfung individueller Entscheidungen mit einer Institution Zentralbank, deren Zielfunktion die Stabilisierung des Preisniveaus sein soll, um die vermuteten Ineffizienzen erratischer Preisbewegungen zu vermeiden.

Durch diese Fixierung auf die Bestandshalteentscheidungen von Individuen, deren Nutzenfunktion nur reale Güter als Argumente hat, wird jedoch das Geld seiner sozialen Rolle entkleidet, da der Sozialzusammenhang der neoklassischen Ökonomie über relative Preise definiert ist, und damit der Informationsgehalt von Geldzahlungen gleich Null ist. Dies hängt damit zusammen, daß das neoklassische Quasi-System den Tausch zum zentralen elementaren Interaktionselement stilisiert, und damit die nachweisbare Existenz eines Gleichgewichtssystems eine Angelegenheit der Multiplizität bilateraler Verhandlungen bleibt. Die gängige Bündelung des Abstimmungsprozesses durch die Auktionatorfiktion kann ja nicht verhehlen, daß selbst unter Einbeziehung eines Tauschmediums die Frage, wer mit wem tauschen muß, zu klären ist.

Derartige Schönheitsfehler sind jedoch nicht entscheidend, vielmehr muß gefragt werden, ob das methodische Postulat zugunsten einer individualistischen Entscheidungstheorie nicht entscheidende Aspekte sozialer Beziehungen ausblendet, deren Existenz jenseits der Ratio des *homo oeconomicus* anzusiedeln ist. Sofern sich derartige Beziehungen aus einer Theorie der monetären Gesamtgefüge identifizieren lassen, wird eine Unterscheidung notwendig, die die individuellen Präferenzen mit den gesellschaftlichen Beschränkungen verknüpft.

6.7 Die Fundamente einer sozialen Geld- und Zinstheorie

Offenbar können derartige Erwägungen nur an eine Theorie anknüpfen, die ihrerseits den Charakter des Geldes als soziales Kommunikationsmedium zu akzeptieren bereit sind. Da die Neoklassik mit ihrer Fixierung auf reale Prozesse eine soziale Funktion des Geldes als Kommunikationsmedium ablehnen muß, kann an dieser Stelle der gleichfalls entscheidungstheoretisch fundierte Entwurf des monetären Keynesianismus, als fundamentale Theorie individueller Entscheidungen im Rahmen einer Geldwirtschaft, als Ansatzpunkt der hier darzustellenden sozialen Theorie des Geldes fungieren.

6.7.1 Der Ansatz des monetären Keynesianismus

Die entscheidende Schnittstelle des monetären Keynesianismus zur Gesellschaftstheorie des Geldes ist im Konzept des Geldes als Zahlungsmittel zur Auflösung von Kreditgeldkrediten zu orten, weil an dieser Stelle, im Verschuldungsprozeß, die Wurzel der Kreditgeldschleife liegt, deren phänomenologischer mißverständlicher Ausdruck die Geldströme des traditionellen Wirtschaftskreislaufes sind. Dies impliziert die analytische Auseinandersetzung mit dem methodischen Individualismus des monetären Keynesianismus, um die Begrenzungen herauszuarbeiten, die dem Individualismus gezogen sind, die daraus resultieren, daß Individuen in einem abgeschlossenen Sozialzusammenhang agieren, und daher die Beschränkungen des Sozialzusammenhangs zwar ignorieren, in letzter Konsequenz jedoch nicht durchbrechen können.

Letzteres wird auch durch einen Blick zur neoklassischen Ökonomie deutlich, als durch das Gesetz von Walras expliziert wird, daß

die individuelle Präferenzrealisierung notwendigerweise ihre Grenze in den Präferenzen anderer Wirtschaftssubjekte findet, deren Gesamtheit den Rahmen des gesellschaftlich Möglichen absteckt. So läßt eine, aus der allgemeinen Gleichgewichtstheorie ableitbare, langfristige Profitrate von Null den Schluß zu, daß das individuelle Streben nach Profitmaximierung im sozialen Kontext zu einem Gleichgewicht führt, das die individuellen Handlungsweisen in einen sozialen Zusammenhang zwingt. Die implizierte und institutionalisierte Diskrepanz des individuellen Kalküls mit dem sozialen Interaktionsnetz vereint das individuelle Streben mit dem sozialen Wohl und ist daher nicht zu Unrecht die Grundlage des Erfolges kapitalistischer Ökonomien. Das kreditgeldtheoretische Analogon zu Walras' Gesetz - und hier wird eine Differenz zum monetären Keynesianismus sichtbar -, liegt in der Antwort auf die Frage begründet, was *in concreto* den gesellschaftlichen Rahmen des Wirtschaftsprozesses ausmacht. Die vom monetären Keynesianismus vorgeschlagene Lösung, daß die von den Vermögensbesitzern oder der Zentralbank bereitgestellte Geldmenge die entscheidende Budgetrestriktion des Marktsystems bilde, bewahrt einerseits zwar die Normen der Theoriebildung, indem sie die Kriterien des methodologischen Individualismus zur Definition der Grenze eines Marktsystems anwendet. Andererseits kann dieser Umstand jedoch nicht verhehlen, daß ein differenziertes soziales System sich durch die Emergenz von superindividuellen Systemstrukturen auszeichnet, die unter Mitwirkung, nicht aber durch Gestaltung von Individuen entstehen, mithin ein überindividuelles Systemmerkmal darstellen.

Auch wenn der monetäre Keynesianismus versucht die neoklassische Dominanz der Gütersphäre zu einer Dominanz der Geldsphäre umzuformen, bleibt letztlich unklar, weshalb die ein System definierenden Basisstrukturen durch einen Analogieschluß von der Mikroebene auf die gesellschaftliche, makroökonomische Ebene entstehen sollten. Doch trotz dieser gesellschaftstheoretischen Defizite vermag der monetäre Keynesianismus eine valide Theorie der Verfügung über Geldvermögensbestände zu liefern, die ihn als tragfähige Basis einer Gesellschaftstheorie des Geldes ausweist, solange die Diskrepanz zwischen individuellen und gesellschaftlichen Kategorien ersichtlich bleibt. Die in dieser Arbeit darzustel-

lende Trennlinie wird durch die Frage nach der Bestimmung des Gleichgewichtszinses, welcher im monetären Keynesianismus ein Derivat der individuellen (!) Liquiditätspräferenz ist, markiert, so daß die konkurrierenden Zinserklärungen auf ihre Validität zur Konzeptualisierung einer monetären Makroökonomie zu prüfen sind. Mit dem Terminus einer monetären Makroökonomie sind denn auch die Alternativen umrissen, die sich als reale Mikroökonomie, monetäre Mikroökonomie und reale Makroökonomie begrifflich definieren lassen. Dabei ist das Kriterium real/ monetär im Sinne von F. Hahn abzugrenzen, als die monetäre Variable einen Einfluß auf die Gleichgewichtslösung des Gesamtmodells¹ haben muß, während das Kriterium mikroökonomisch/ makroökonomisch im Sinne der modernen Systemtheorie durch die Emergenz von Systemstrukturen zu kennzeichnen ist.

	Monetäre Ökonomie	Reale Ökonomie
Mikroökonomie Objektebene	Monetärer Keynesianismus	Theorie des allg. Gleichgewichts
Makroökonomie Emergenz	Theorie des Kreditgeldes	Theorie des Realgeldes

Langfristiger Zins links oben, rechts unten: positiv

Langfristiger Zins links unten, rechts oben: null

6.7.2 Die Liquiditätspräferenz als Basis einer Makroökonomie

Die Liquiditätspräferenz als der Schnittpunkt einer monetären Allokationstheorie mit einer monetären Makroökonomie besitzt eine doppelte Facette, indem die Differenzen zwischen den beiden funktionalen Möglichkeiten der Einkommenserzielung, der Liquiditätspräferenz einen unterschiedlichen Charakter verleihen. Zum

¹Tatsächlich wird eine eigenständige Geldtheorie nicht durch die Einbeziehung einer monetären Variable in eine Gleichgewichtslösung konstituiert. Vielmehr ist zu fordern, daß das monetäre System eine eigene Gleichgewichtslösung generieren kann, bei der die Beziehung zur Realsphäre lediglich einen fremdreferentiellen Aspekt aufweist. Die Gleichgewichtsbedingung des monetären Keynesianismus - $i = l$ - weist zwar auf einen autonomen Charakter der Geldtheorie hin, die Beziehung zur Profitrate r bindet sie jedoch wieder an die reale Sphäre.

einen wird die Liquiditätspräferenz in der monetären Allokationstheorie zu einer exogenen Variable, welche die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumens und damit die Produktion sowie das Einkommen steuert. Mit einer derartigen Funktionalisierung bleibt die Liquiditätspräferenz eine Kategorie der Allokation gegebener Bestände und bindet sich damit an die Vorgabe einer Geldmenge, die als Budgetrestriktion die Marktökonomie abgrenzt.

Zum anderen läßt sich Liquiditätspräferenz als endogene Variable der monetären Institutionalisierung fassen. Das bedeutet, daß die Funktionsweise sowie die Effizienz des institutionellen Überbaus darüber bestimmt, inwieweit der Bestand der gesellschaftlichen Institution der Geldlohnzahlung gesichert bzw. stabilisiert werden kann, ohne seitens der ökonomischen Akteure zu Ausweichreaktionen Anlaß zu geben, welche die Geldlohnzahlung als gesellschaftliche Kompensationsform obsolet macht. Insoweit als durch die Substitutionsprozesse im Gefolge eines Inflationsprozesses die Kohärenz einer Kreditgeldökonomie in Mitleidenschaft gezogen wird, läßt sich diese Liquiditätspräferenz, die an dieser Stelle als der Inhalt des Begriffs Akzeptanz definiert werden soll, als makroökonomische Kategorie identifizieren.

Der Grund für die Fassung der Makroökonomie, als die über Kreditgeld vermittelte (vergesellschaftete) Gesamtheit von Akteuren, beruht auf der systemtheoretischen These, Gesellschaftssysteme als sinnorientierte Komplexe zu interpretieren, die als zentrale Funktionsvoraussetzung ein gemeinsames Kommunikationsmedium aufweisen müssen, welches die einzelnen Akteure als zur Gesellschaft zugehörig bzw. nicht-zugehörig definiert. Wenn also die Attraktion von Mitgliedern als Existentialvoraussetzung von Institutionen akzeptiert wird, wird die Schaffung von Vertrauen in Institutionen, d.h. die Stabilisierung von verhaltensrelevanten Erfahrungen zu einer unabweislichen Notwendigkeit der Kreditgeldökonomie. Dies impliziert die Schaffung einer Stabilitätserwartung in den bestehenden *standard of account*, d.h. in die Konstanz des Geldwertes, dessen Verletzung zu Substitutions- oder Indexierungsprozessen führt, die in letzter Konsequenz zu einer Restituierung der Kalkulation in Realwerten führen, mithin ein System relativer Preise generiert wird.

Die in einer monetären Ökonomie möglichen Formen der Einkommenserzielung bilden das einkommenstheoretische Pendant zu einer monetären Allokationstheorie, in der die Liquiditätspräferenz die Verfügung über Geldbestände steuert. Zwar läßt sich die Verfügung über Einkommen auch als eine Verfügung über *stocks* interpretieren, jedoch ist an dieser Stelle zu unterscheiden, ob die Verfügung über Geld innerhalb der bestehenden monetären Budgetrestriktion erfolgt, oder diese selbst beeinflußt, indem eine Veränderung des gesellschaftlichen Kreditvolumens bewirkt wird.

Die unterschiedliche Form der Einkommenserzielung beinhaltet unterschiedliche Reaktionsmuster, die von dem Grad der Akzeptanz des Kreditgeldes von Lohneinkommensbeziehern bzw. von Gewinn-/ Kapitaleinkommensbeziehern gesteuert werden. Die aus der Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz des Geldes als Einkommen resultierenden Reaktionsmuster haben im einen Fall Auswirkungen auf das Lohnniveau, mithin die Inflationsrate, andererseits besitzen die von den Gewinneinkommensbeziehern ausgehenden Rückwirkungen erhebliche Effekte auf den Wechselkurs .

Mit einer derartigen Trennung sind drei Problemkreise angesprochen, die aus einer geldtheoretischen Perspektive jeweils eigenständige Fragenkomplexe aufwerfen. Das aus kreditgeldtheoretischer Perspektive vorrangige Problem ist darin zu sehen, warum die Institution der Geldlohnzahlung als lebensfähige Form der Kompensation für Arbeitsleistung bestehen kann, wenn die Kompensation Geld *per definitionem* keinen Eigenwert aufweist. Soweit eine Wertvermutung besteht, diese aber systematisch enttäuscht wird, wird die Frage nach den Reaktionsmustern akut, in deren Gefolge eine Geldentwertung stattfindet. Hinsichtlich der Gewinn-/ Kapitaleinkommensbezieher läßt sich die Vermutung äußern, daß die Nichtakzeptanz einer Währung als Gewinn dazu führt, daß Substitutionsprozesse in Sachkapital bzw. ein anderes Kreditgeld zu einer relativen Entwertung des Geldes, ausgedrückt durch ein Sinken des Wechselkurses, führt, mithin der Wertverlust seine Ursache in den im Ausland existierenden Ausweichmöglichkeiten findet. Soweit dies eine Gefahr für die Wertstabilität einer Währung darstellt, bleibt zu fragen, aus welchem Grund ein Bankensystem, welches eine gegenüber Geldwertveränderungen immune Bilanzstruktur aufweist, ein Gegengewicht für derartige Gefähr-

dungen bilden sollte, da die Differenz der Soll- und Habenzinsen der jeweiligen Inflationsrate angepaßt werden kann. Denn das Instrument der Zinsanpassung wird von den Banken vorrangig dazu verwendet, um das Ziel der Einkommenserzielung aus dem Kreditgeschäft zu sichern, so daß Lohnindexierung, Zinsindexierung und Kapitalflucht als diejenigen Sicherungsinstrumente erscheinen, welche die Sicherheit von Einkommensansprüchen garantieren.

Mit einer derartigen Begriffsfassung von Liquiditätspräferenz wird also die mikroökonomische Präferenz zur Haltung von Geld bzw. monetären Forderungen zu einer Präferenz zur Erzielung von Einkommen in einer bestimmten Währung², und damit zu einer makroökonomischen Kategorie, so daß die Liquiditätspräferenz besser als Akzeptanz einer Währung charakterisiert werden kann. Offenbar betrifft die Frage der Akzeptanz eines Geldes das Problem der Institutionalisierung innerhalb einer geldverfaßten Ökonomie, da die erfüllte „Verhaltenserwartung“ effizienter Geldpolitik seitens der Zentralbank zu einem Vertrauen in die Stabilität des Geldes führt, welches dann eine Akzeptanz des Geldes als Einkommenswährung und damit dessen Haltung - im Sinne der Haltung in die-

²"Obwohl der Zinsfuß in beiden Richtungen verwendet werden kann - um aus gegenwärtigen Werten künftige zu berechnen oder aus künftigen Werten gegenwärtige -, so ist doch dieser zweite Vorgang (das Vorausberechnen) bei weitem der wichtigere von beiden. Buchhalter rechnen natürlich stets in beiden Richtungen, denn sie haben mit beiden Arten von Aufgaben zu tun. Aber das Grundproblem der Zeitbewertung, das die Natur uns aufgibt, ist immer das, Künftiges in Gegenwärtiges zu übertragen, d.h. das Problem den Kapitalwert künftigen Einkommens zu ermitteln. Der Wert des Kapitals muß aus dem Wert seines geschätzten künftigen Nettoeinkommens errechnet werden, nicht umgekehrt.

Diese Bestimmung mag zuerst verwirrend erscheinen, denn wir stellen uns Ursache und Wirkung gewöhnlich in zeitlichem Voranschreiten, nicht Rückwärtsgehen vor. Es würde dann so erscheinen, als ob das Einkommen vom Kapital abgeleitet werden muß, und in gewissem Sinne ist dies auch richtig. Das Einkommen wird von Kapitalgütern abgeleitet, aber der Wert des Einkommens wird nicht von dem Werte der Kapitalgüter abgeleitet. Im Gegenteil, der Wert des Kapitals wird von dem Wert des Einkommens abgeleitet. Die Wertbestimmung ist eine menschliche Tätigkeit, bei der die Voraussicht mitspielt. Kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und unsere Wertbestimmungen sind immer Annahmen." (Fisher 1932, S. 12f.)

ser Währungseinheit denominierter monetärer Forderungen - generiert.

Offenbar ist die Erfüllung dieser Verhaltenserwartung als eine essentielle Vorbedingung des Bestehens bzw. der Funktionsfähigkeit monetärer Institutionen zu sehen, da die Implikationen der Verletzung dieser Verhaltenserwartungen zu einer Erosion des Geldsystems, d.h. zu einer Verschiebung auf einen anderen *standard of account*, mithin auf ein anderes Geld, führen. Soweit man also die Stabilität des Geldwertes als eine Fundamentalvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Ökonomie akzeptiert, gewinnt die Analyse der Sicherungsmechanismen, welche die zu erzeugende Stabilität hervorzurufen in der Lage sind, einen konstitutiven Stellenwert für die Formulierung einer Theorie der Geldökonomie. Denn damit wird das Überleben von ökonomischen Systemen davon abhängig, ob die Spielregeln der Geldverfassung eine Sicherungspolitik erlauben, oder ob Akteure identifizierbar sind, die zugunsten individueller Ziele die Spielregeln des Sozialzusammenhangs torpedieren können. Insoweit diese Spielregeln die Konsolidierungsmechanismen einer Kreditgeldökonomie betreffen, ist in der Analyse der potentielle Destruktionsbeitrag der identifizierten Akteure zu bestimmen, sowie Institutionalisierungen zu diskutieren, die zu einem gesellschaftlichen Konsens beitragen können.

Mit einer derartigen Fragestellung tritt man ein in die Theorie autoregressiver Systeme, in denen die Erhaltung des Systems durch systemeigene Elemente erfolgt bzw. erfolgen muß. Das bedeutet, daß die Frage der Reproduktion eines Währungssystems davon abhängt, inwieweit es gelingt, die Erwartung zu generieren, daß das Geld wertkonstant ist, d.h. daß die erwartete Kompensation durch das Geld den realen Erwartungen entspricht - und somit dessen Akzeptanz eine weitere Produktion ermöglicht. Somit wird das implizite Versprechen, welches durch die Erzielung von Einkommen generiert wird, eingelöst, so daß die Erkenntnis über die Beständigkeit der Institution der monetären Einkommenserzielung neue Aktivitäten generiert, Einkommen in diesem Geld zu erzielen.

6.7.3 Die Stellung der Zentralbank in einer monetären Ökonomie

Mit der Markierung von Kreditgeld, als systembildendes Element einer monetären Makroökonomie, wird einer Geldtheorie, deren

Gelderklärung auf dem Nutzen des Geldes beruht, das Attribut „monetär“ streitig gemacht, weil die Differenz zwischen einem Gut „Geld“ und anderen Gütern in einer Tauschmitteltheorie nur willkürlich definierbar ist. Damit bleibt für die neoklassische Geldtheorie Kreditgeld lediglich als empirisches Erfahrungsobjekt behandelbar, deren kategoriale Unzulänglichkeit in der Quantitätstheorie des Geldes wurzelt, die, als Theorie einer Tauschmittelmengen, nicht als monetäre Theorie im modernen Sinne angesehen werden kann.

Auf der anderen Seite besitzt der monetäre Keynesianismus wegen seiner spezifischen methodischen Fixierung den unmittelbaren Defekt, aus der Summe individueller Präferenzrealisationen über ein Geldmedium, keine gesellschaftliche Kohärenzbedingung ableiten zu können, was sich daran zeigt, daß die Begrenzung des Kreditvolumens letztlich wie in der Quantitätstheorie zu einer Funktion der Zentralbank wird. Damit subsumiert sich der monetäre Keynesianismus unter die methodischen Kategorien einer Quantitätstheorie, indem die Logik von Preis-Mengen-Beziehungen zu einer quasi-gesellschaftlichen Theorie transformiert wird und so der „konditionale Rahmen der Quantitätstheorie“ gewahrt bleibt (vgl. Riese 1986).

Dabei bleibt in beiden Fällen die Macht der Zentralbank daran gebunden eine restriktive Politik betreiben zu können, wobei im Fall der Quantitätstheorie die monetäre Disziplinierung über eine Mengenrestriktion erfolgt, welche als Konsequenz die Preisniveauentwicklung steuert, während im monetären Keynesianismus das Preisargument, der Zins, im Vordergrund steht, dessen Steigen über die induzierte Kreditvolumenbeschränkung - aufgrund des allokativ bedingten Rückgangs der Kreditnachfrage³ - ebenso zu einer Stabilisierung des Preisniveaus führen soll.

³Fraglich bleibt dabei, ob der monetäre Keynesianismus nicht, analog zur behaupteten Stabilität der Geldnachfragefunktion als Fundament der Neoquantitätstheorie, eine Stabilität der Kreditnachfragefunktion unterstellen muß, um aus Preisveränderungen auf normale Mengenänderungen schließen zu können und damit kontraktive Politik überhaupt erst möglich wird.

6.7.4 Die Qualitätstheorie des Geldes: eine Verknüpfung von individueller und sozialer Theorie des Geldes

Gegen diese Thesen uneingeschränkter Machtfülle der Zentralbank wird hier argumentiert, daß das Potential der Zentralbank zur Stabilisierung des Preisniveaus nur eingeschränkt gegeben ist, und zwar nur hinsichtlich des Inflationspotentials besteht, welches aus einer mangelhaften Konsolidierung von Kreditvolumina resultiert, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu dem kontrahierten Tilgungszeitpunkt verschwinden, sondern - (permanent) prolongiert - als Schuldenstände weiterexistieren. Diese These weist also einerseits darauf hin, daß es nicht in der Macht der Zentralbank liegt, die Effekte von Lohnsteigerungen auf das Preisniveau zu neutralisieren, was für ein Warengeld mit eigenem Nutzen noch durchaus denkbar wäre. Zum anderen ist impliziert, daß Erhöhungen des Kreditvolumens *per se* keine Steigerungen des Preisniveaus bedeuten müssen, und zwar dann nicht, wenn die Erhöhung des Kreditvolumens mit einer Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität einhergeht, d.h. zu einer Erhöhung des Leistungsangebots führt.

Damit wird also die Steuerung der Kreditqualität zu derjenigen Variablen, die überhaupt von der Zentralbank beeinflußt werden kann, so daß die Ausgestaltung von Kreditkonditionen und damit die Setzung von Bonitätsstandards zu dem entscheidenden Handlungsparameter wird. Demgegenüber bleibt die Steuerung des Preisniveaus nur indirekt möglich, wobei die Steuerung des absoluten Lohnniveaus, als die entscheidende Determinante des Preisniveaus, von der Zentralbank allenfalls über Mengeneffekte, d.h. über die Erzeugung von Arbeitslosigkeit erreichbar ist. Wenn nun die Zentralbank von der alleinigen Verantwortung für das Preisniveau entbunden ist und ihre Steuerungsaufgabe in der Gestaltung der Kreditvergabemodalitäten findet, gewinnt die Liquiditätsprämie des monetären Keynesianismus den Stellenwert des Scharniers zwischen einer mikroökonomisch fundierten Theorie der Vermögensallokation und dem makroökonomischen Kreditgeldsystem, da eine Verfügung über Geld stets nur innerhalb des Rahmens der monetären makroökonomischen Identitäten erfolgen kann, aus denen durch Disaggregation die einzelwirtschaftlichen Restriktionen abgeleitet werden können. Mit einer derartigen Ver-

knüpfung greifen eine monetäre Allokationstheorie und eine monetäre Makroökonomie ineinander über und bilden einen gesellschaftstheoretischen Entwurf, der die Defekte der realen Allokations- und Geldtheorie überwindet.

7 Kreditvergabe der Banken vs. Kreditnachfrage der Unternehmen

7.1 Markttheoretische Probleme einer monetären Ökonomie

Das Modell einer modernen Kredittheorie orientiert sich im Gegensatz zu der traditionellen Kreislauftheorie postkeynesianischer Prägung nicht an monetären Kreislaufgrößen, da aus paradigmatischen Gründen die Ökonomie als Wissenschaft sich durch die Definition von Gleichgewichtszuständen ausdrückt, die auf mikroökonomischer Ebene Ergebnis von widerstreitenden Präferenzen sind. Insofern besteht Bedarf an der Formulierung eines geldtheoretischen Gleichgewichtes, welches die Vorstellung von Ökonomie an ihrem Gleichgewichtsbegriff expliziert. Da es analog zu der realen Preistheorie sinnvoll zu sein scheint, Gleichgewicht über die Interaktionen eines geschlossenen Marktsystems zu definieren, bleibt Markträumung als Gleichgewichtskategorie unmittelbar die Orientierungslinie, derer sich eine monetäre Theorie zu verpflichten hat.

Das Kriterium der Markträumung geht jedoch mit der Postulierung eines markträumenden Preises einher, so daß die Markttheorie einer monetären Theorie zu zeigen hat, auf welche Weise die zu einem allgemeinen Gleichgewicht führenden „Preise“⁴ zu bestimmen sind. Das geldtheoretische Problem des Kreditmarktes besteht dabei in dem Umstand, daß Geld als Kreditgeld durch die Gewährung eines Notenbankkredites entsteht, so daß *a priori* nicht begründbar ist, warum Kreditgeld nicht in einer Menge geschaffen

⁴Daß hier die zu einem Marktausgleich führenden Variablen in Anführungszeichen gesetzt wurden, begründet sich aus der zu begründenden Diskrepanz formaler bzw. materieller Preise auf den Kreditmärkten.

wird, daß sein Grenznutzen und damit dessen Preis bis auf Null⁵ fällt.

Dieses Knappheitsproblem findet seinen Ausdruck in dem Umstand, daß allein mit den Kriterien einer Knappheitstheorie ein positiver Preis für ein vermeintliches Tauschmittel, welches aufgrund seiner Existenz auch gehalten werden muß, nicht erzielbar ist, weil dessen Ausgabe keinen natürlichen Beschränkungen unterliegt. Der Schluß, der von einer auf die allgemeine Marktlogik beschränkten Theorie gezogen werden muß lautet daher, daß die umlaufende Geldmenge institutionell, d.h. exogen, beschränkt werden müsse, um sukzessive Preissteigerungen, die in eine Inflation münden können, zu verhindern. Ein derartiger Schluß ist für eine Theorie, die Geld als Tauschmittel, Recheneinheit bzw. Wertstandard diagnostiziert höchst eigenartig, denn wäre das Geld ausschließlich Tauschmittel, könnte eine Geldvermehrung keinen Druck auf das Preisniveau auslösen. Der Grund für den in dieser Kausalität angelegten Defekt liegt in dem Umstand begründet, daß eine reine Tauschmitteltheorie des Geldes aus einer Vermehrung des Tauschmittels im Gleichgewicht keine steigende Ausgabenneigung ableiten kann, da eine Vermehrung des Schmiermittels der Wirtschaft nicht dazu führt, daß eine Änderung der Präferenzen der Wirtschaftssubjekte eintritt - die zusätzliche Geldmenge würde einfach gehalten, sonst nichts.

Nun wird in diesem Zusammenhang stets betont, daß der Überschuß der aktuellen Kassenhaltung über die gewünschte Kasse eine höhere Ausgabenneigung hervorzurufen geeignet sei. Ein solches Argument übersieht jedoch, daß die Formulierung einer optimalen Kassenhaltung eine Kategorie der Vermögenshaltung darstellt und somit die (noch) nicht entscheidungstheoretisch auftretende ältere Quantitätstheorie ein verhaltenswissenschaftliches Fundament aufweist, wenn sie die Ausgabenneigung der Wirtschaftssubjekte als Begründung einer Anpassung des Preisniveaus an die gestiegene Geldmenge anführt.

⁵Dies gilt allerdings nur für eine Theorie, die dem Geld einen Nutzen zurechnen muß, um Geldhaltung überhaupt erklären zu können. vgl. die intellektuelle *tour de force* bei Friedman 1970, S. 9ff.

Folgerichtig ist sie mit der Neuformulierung der Quantitätstheorie durch Friedman zu einer Allokationstheorie des Vermögens erweitert und ausgebaut worden, in der die Wirtschaftssubjekte ihre Ausgabenneigung aufgrund des Vergleichs alternativer Vermögensformen bestimmen, wobei im Gleichgewicht die exogen gegebene Geldmenge von die Individuen freiwillig gehalten wird. Allerdings bleibt auch diese Variation der Quantitätstheorie als Nachfragetheorie an die Geldhaltung gebunden, so daß zwar die Frage des Geldes als Vermögensobjekt hinreichend behandelt werden konnte, dafür aber die Frage nach dem Gleichgewichtspreis des Geldes aus dem Blickfeld verschwindet, da der Zins als ein Argument der Geldnachfragefunktion gegenüber dem Preisniveau nur noch ein Schattendasein führt. Nicht umsonst wird in der quantitätstheoretischen Literatur das reziproke Preisniveau als Knappheitspreis des Geldes interpretiert und damit die klassische Dichotomie von Geld- und Gütersphäre bestätigt, welche die Dominanz der Gütersphäre bzw. die Neutralität des Geldes begründet.

„Im Mittelpunkt steht dabei die von der Neoquantitätstheorie praktizierte Homogenisierung der Geldnachfragefunktion in bezug auf das Preisniveau, die von Friedman mit der generellen Notwendigkeit einer in Realkategorien zu definierenden Nutzenfunktion, von Patinkin mit der speziellen Notwendigkeit der Berücksichtigung einer realen Spekulationskasse begründet wird. ... Aber da allein die Homogenisierung der Geldnachfragefunktion dazu führt, daß die reale Geldmenge als Argument der Geldnachfragefunktion erscheint, ist von vornherein ausgeschlossen, daß die nominale Geldmenge allokativen Wirkungen ausübt. Die monetaristische Gegenrevolution gründet sich damit auf eine Subsumtion der Vermögensdispositionen unter die Realsphäre, die dann ihren formalen Ausdruck in der Homogenisierung der Geldnachfragefunktion findet.“ (Riese 1986, S. 19f)

7.2 Die Eigenschaft des Kreditgeldes zur Konsolidierung von Schuldverhältnissen

An dieser Stelle ist der Theorie des Geldes als Tauschmittel ein Entwurf entgegenzusetzen, dessen Geldbegriff von vornherein nicht aus einer Phänomenologie des Marktes als Institution zur Abwicklung des Tauschverkehrs ableitbar ist. Die Theorie des Kreditgeldes weist einem Medium, dessen Definition ein Akt privater Willkür sein kann, einen Stellenwert als Kreditgeld dann zu, wenn

die Genesis dieses Mediums aus einem Schöpfungsakt besteht, dessen Inhalt ein Kreditvertrag darstellt. Mit dieser Definition wird die Tilgung eines - über ein beliebig definierbares Objekt entstandenen - Kredites an die Rückübertragung dieses Objektes zu den vereinbarten Konditionen gebunden. Gerade diese Unabhängigkeit der Objektdefinition und dessen Ungebundenheit gegenüber einem realen Güterspektrum macht dieses willkürlich definierte Kreditmedium zur Basis einer Kreditgeldtheorie, weil die Reziprozität von Kreditentstehung und Kredittilgung dieses Objekt einzig als Medium zur Begleichung der ursprünglichen Schuld definiert. Dieser Fassung von Geld als autoregressivem Element der Ökonomie entspricht die Fassung des Geldes als Zahlungsmittel seitens des monetären Keynesianismus, dessen Geldbegriff davon geprägt ist, die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, d.h. zur Konsolidierung von Schuldverhältnissen, in den Vordergrund zu rücken, sowie gleichzeitig die Funktion des Geldes zur Abwicklung des Tauschverkehrs als sekundär zu betrachten.

„Geld ist Zahlungsmittel, Kredit das Versprechen, Zahlungsmittel zu übertragen. Kredit ist damit ein Kontrakt, der den Gläubiger verpflichtet, zugunsten des Schuldners auf die Verfügung über Zahlungsmittel zu verzichten, während er den Schuldner verpflichtet, nach vereinbarter Frist dem Gläubiger erneut Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Verbindlichkeiten sind deshalb aufgeschobene Zahlungen, Forderungen ein Anspruch auf Zahlungen eines abgeschlossenen Kontraktes.“ (Riese 1988, S. 1)

Wenn also die primäre Funktion des Kreditgeldes darin besteht, Medium zur Erfüllung von Kreditgeldkontrakten zu sein, wird eine Geldtheorie fragwürdig, die versucht, Geld als *asset* als eine Kategorie der Vermögenshaltung zu interpretieren⁶. Offenbar bietet Geld lediglich den einen Nutzen, bei Bedarf für die Bezahlung von Geldschulden einsetzbar zu sein, so daß die Theorie des Geldes als Versicherungsmedium gegenüber einer nichtstochastischen, d.h.

⁶Ein derartiger Ansatz kann durch eine auf individualistischer Basis gebauten Geldtheorie ohne weiteres gerechtfertigt werden, da eine Präferenzfunktion neben Vermögensobjekten jeglicher Art auch Geld als Argument aufweisen kann. In einer gesellschaftlichen Theorie des Geldes muß jedoch den gesamtwirtschaftlichen Beziehungen Priorität gegeben werden, da diese Beschränkungen den Rahmen geldwirtschaftlicher Allokation darstellen.

unsicheren Zukunft, eine mikroökonomische Berechtigung durchaus vorweisen kann. Andererseits ist aber eine kategoriale Gleichsetzung von Geld mit verzinslichen oder profittragenden Vermögensobjekten in einer makroökonomischen Theorie des Kreditgeldes deswegen nicht statthaft, weil Vermögensobjekte, als Ausweis eines vorangegangenen Geldaufgabeprozesses von einer monetären Allokationstheorie mit Geld gleichgestellt werden, obwohl es gerade den Ausweis eines Geldzuflusses bzw. von Geldhaltung darstellt. Es muß zu denken geben, wenn in monetären (aggregierten) Makromodellen Geld, als Mittel zur Attrahierung von Ressourcen, und monetäre Vermögensobjekte, als Mittel zur Attrahierung von Geld, als unmittelbare Alternativen erscheinen. Denn in einer makroökonomischen, d.h. sektoral gegliederten Analyse kann der private Sektor zwar autonom über die (Brutto-) Höhe der eigenen Forderungen bzw. Verbindlichkeiten entscheiden, nicht jedoch über den gehaltenen Bestand an Zahlungsmitteln. Soweit eine Theorie der Vermögensallokation methodische Sauberkeit beansprucht, wird diese kategoriale Inkompatibilität von Vermögen und Schuldendeckungsmittel zum Prüfstein.

7.3 Kreditgeld als Mittel zur Vermögensallokation

7.3.1 Affinitäten zwischen Theorien absoluter und relativer Preise

Der Problemaufriß der allgemeinen Gleichgewichtstheorie stilisiert die Unternehmen zu Produktionseinheiten, die von ihrer Funktion her die Erstausrüstungen der Haushalte in Güter transformieren, die von den Haushalten nachgefragt werden. Insofern werden sie - rechtssystematisch interpretiert - als juristische Personen konzipiert, welche die Mittel, mit denen sie wirtschaften, durch Übergabe von den Haushalten erhalten. Diese Sichtweise läßt sich in einer Kreditgeldökonomie analog formulieren, da die finanziellen Mittel, mit denen die Unternehmen ihre Investitionen finanzieren, zuerst von den Banken den Unternehmen kreditiert werden müssen. Folgt man dieser Sichtweise, so bilden die Unternehmen das Scharnier zwischen den Haushalten auf der einen Seite, den Banken auf der anderen Seite. Geht man davon aus, daß alle Ressourcen einschließlich der Ressource Arbeitskraft auf den Faktormärkten gegen einen für angemessen gehaltenen Preis gegen Geld verkauft werden, so läßt sich schließen, daß die Ausstattung der

Unternehmen mit Geld den Vorgang simuliert, der im Grundmodell der allgemeinen Gleichgewichtstheorie die Inputnachfrage der Unternehmen bei bekannten Outputpreisen ausmacht. Diese Simultanentscheidung bei alternativ vorgegebenem Preisvektor wird im Modell einer Kreditgeldökonomie durch die simultane Abschätzung von absoluten Input- bzw. Outputpreisen durch den Akt der Kreditvergabe simuliert, so daß zunächst auch in diesem institutionellen Arrangement die Orientierung der Akteure an relativen Preisen aufrechterhalten bleibt. Diese Orientierung an relativen Preisen ist aber letztlich nur für den Haushaltssektor die relevante Entscheidungslinie, denn im Gegensatz zu den Haushalten unterliegen die Unternehmen zwar auch der Notwendigkeit, ihr relevantes Preisverhältnis zu ermitteln, werden jedoch durch das Kreditverhältnis in den übergeordneten autoregressiven Kreislaufzusammenhang eingebettet, dessen Pole Kreditschöpfung einerseits und Kreditvernichtung andererseits ein von der Gütersphäre losgelöstes Konzept darstellen, welches die Unternehmen dazu zwingt, das Kalkül über die Grenzproduktivität des Realkapitals gegen die Grenzleistungsfähigkeit des (Geld-) Kapitals zu vertauschen.

Offenbar bildet die Orientierung an der Grenzproduktivität nur den individualistischen Aspekt des ökonomischen Universums ab, denn die individuelle Nutzenschätzung bleibt trotz der Güterbezogenheit in den Kohärenzrahmen der saldenmechanischen Beziehungen eingebunden. Und das ist entscheidend: wenn die Investitionshöhe durch den Kreditschöpfungsakt einmal definiert ist, wird durch diesen Vorgang der Prozeß der formalen Preisschätzung zur materialen Realität. Es wird also ein *ex post* Zustand definiert, indem die Höhe des Einkommens nicht mehr durch einen Preis-Mengen Vektor zu ermitteln ist, sondern bereits monetär fixiert ist und die absolute Höhe der relativen Preise auf dieser Grundlage definiert wird.

Der Akt der Kreditvergabe drückt aus, daß die Schätzung der relativen Preise nach rationalen Kriterien vorgenommen wurde, ohne daß für die Validität dieser Schätzungen monetäre Sicherheiten existieren würden. Insofern wird durch die Investition der *ex ante* Umweltzustand durch die Vorgabe des Investitionsvolumens in einen *ex post* Zustand versetzt, dessen Irreversibilität darin besteht, daß Kreditverträge unbedingte Zahlungsversprechen darstel-

len, ohne daß die Möglichkeit zu einem *recontracting* gegeben wäre. Mit der impliziten Zeitbezogenheit der Kreditverhältnisse wird die Kreditgeldökonomie zu einer Ökonomie der Zeit, d.h. die Zeit wird als unabdingbares Element des ökonomischen Prozesses angesehen. Der Auktionator der allgemeinen Gleichgewichtstheorie kann auch nur dann effektiv funktionieren, wenn seine Schätzung der relativen Preise, die er *au hazard* ausruft, keinerlei Bindungswirkungen ausstrahlen, solange der *ex post* zu evaluierende Vektor der Überschußnachfragen zu einer Korrektur der Preisrelationen Anlaß gibt. Erst nach einer Kette von *ex post* Evaluierungen können die dann gefundenen Gleichgewichtspreise zu Tauschoperationen genutzt werden, so daß wegen der Abstraktion von dem Zeitbedarf des Preisfindungsprozesses die allgemeine Gleichgewichtstheorie als zeitlose Ökonomie markiert ist.

7.3.2 Kreditmarkt vs. Kreditvergabe

Soweit eine Definition eines Gleichgewichtszustandes gegeben werden soll, die von derjenigen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie abweicht, muß herausgearbeitet werden, weshalb die Schätzungen der relativen Preise von Unternehmen und Banken nicht zur materialen Realisierung dieses Gleichgewichts führen, wenn doch die Grundlage von Kreditvergabe und Investition gerade die Erwartung einer bestimmten Inputpreis-/ Outputpreiskombination ist. Denn wenn Banken und Unternehmen (zufällig) den korrekten gleichgewichtigen Preisvektor prognostizieren würden, müßte - phänomenologisch gesehen - die Realisierung des allgemeinen Gleichgewichtes gegeben sein, welches somit seinen Stellenwert als Referenzpunkt behaupten könnte. Eine derartige These übersieht jedoch die Differenzen zeitloser bzw. Zeit integrierender Ökonomien, da eine zeitlose Ökonomie sowohl Vertrag als auch Vertragserfüllung auf einen Zeitpunkt⁷ definiert, mithin die Präferenzen der beteiligten Wirtschaftssubjekte keinen Änderungen unterliegen und damit die Möglichkeit des *ex post* Opportunismus ausgeschaltet bzw. wegdefiniert wird (vgl. Seite: 53). Soweit man also allein darauf insistieren würde, daß Produktion ein zeitkonsu-

⁷Nicht umsonst spricht Hahn davon, Diskontierungen auf den Gegenwartszeitpunkt hätten den Effekt 'collapsing the future into the present.' " (Hahn 1980, S. 132)

mierender Prozeß sei, ist die Frage der Präferenzänderung alles andere als eine vernachlässigbare Trivialität. Wenn also eine zeitliche Differenz zwischen Faktoreinsatz und Outputverwertung und damit zwischen Kreditvergabe und Kredittilgung vorliegt, gewinnt die Frage an Gewicht, auf welche Weise das Risiko des *ex post* Opportunismus, d.i. die Veränderung von Präferenzen, bewältigt werden, d.h. wie strategisches Verhalten von Wirtschaftssubjekten gesamtwirtschaftlich kompensiert werden kann.

„We imagine a world without money. Each individual attaches certain probabilities to being able to effect a given exchange at the exchange rates 'called'. However, he may, if he wishes, take out insurance. A unit of insurance is the guarantee of being able to carry out a transaction worth one unit of account at a given moment of time. One may suppose that as long as exchange is desired at all and as long as the price per unit of insurance is not equal to unity, some insurance is demanded. Insurance is supplied by some outside agency, say the government. The price charged per unit of insurance per unit time is $(P_n - 1/P_n) - 1$, the rate of interest. At any price the amount of insurance supplied is just equal to what is demanded. The government redistributes the proceeds from its activity to households. It can then be shown with the aid of a number of purely technical assumptions that an equilibrium exists. It can then further be shown that corresponding to this fictional economy there would exist an actual one in which individuals 'brought' the same amount of insurance as in the fictional equilibrium by holding certain stocks of cash." (Hahn 1984, S. 153f.)

Bei Hahn kann prinzipiell Zukunftsunsicherheit durch den Abschluß einer (staatlichen) Versicherung oder durch das Halten von Geldbeständen kompensiert werden. Mit dieser Form der Zukunftsunsicherheit ist jedoch nur der weniger relevante Teil der (Kredit-) Geldökonomie erfaßt, da das Tauschkalkül der Haushalte - und dies ist die Grundlage der allgemeinen Gleichgewichtstheorie - nichts mit dem Kalkül der Unternehmen zu tun hat, welches mit der Erwirtschaftung von Geld befaßt ist. Deren zentrale Zukunftsunsicherheit kann allein deswegen nicht durch Geldhaltung bewältigt werden, weil für Unternehmen - im Gegensatz zu Haushalten - Geld kein Nettovermögen darstellt und damit nicht beliebigen Verwendungen zugeführt werden kann. Die Zukunftsunsicherheit der Kreditgeldökonomie betrifft also nicht wie bei Hahn die physi-

sche Verfügbarkeit eines Gutes zu einem bestimmten Preis, ein Problem, welches durch *hedging* ohne weiteres lösbar wäre, sondern die Verwertbarkeit von Gütern in monetärer Hinsicht, d.h. deren Liquidierung, als Ausdruck monetärer Autoregressivität⁸. Das Problem von Unternehmen und Banken besteht daher nicht aus dem Halten von Vermögen, sondern dem Halten von Verbindlichkeiten, die je nach dem Stand der Zukunftserwartungen gehalten oder getilgt werden können.

Wenn also in einer Kreditgeldökonomie das primäre ökonomische Kalkül über die Haltung von Verbindlichkeiten definiert ist, gewinnt auch die Beziehung von Banken und Unternehmen einen anderen Charakter. In der traditionellen Interpretation stellt sich das Verhältnis von Unternehmen und Banken als ein Verhältnis zwischen Anbieter von und Nachfrager nach Kredit dar, deren Angebots-/Nachfragekonfiguration analog zur Markttheorie einer atemporalen Tauschwirtschaft konzipiert wurde. Die Unangemessenheit derartiger Sichtweisen ergibt sich bereits aus der schon angesprochenen zeitlichen Diskrepanz der jeweiligen Verfügungsgeschäfte, von denen die Zahlung von Geld durch den Gläubiger zwar in der Gegenwart, die Zahlung von Geld durch den Schuldner jedoch erst in der Zukunft erfolgt und damit ein einfaches Marktdiagramm lediglich eine Hälfte des gesamten Kreditprozesses zu erfassen vermag. Auch wenn die Frage nach dem Investitionsvolumen für kurzfristige beschäftigungs- und konjunkturtheoretische Erwägungen als ausreichend anzusehen ist, bleibt demgegenüber das Problem unerfüllter Preiserwartungen, die Existenz von Konkursen und damit das Problem der Konsolidierung von Schuldverhältnissen mit ihrer Rückwirkung auf die Preiserwartungen - was mindestens ebenso wichtig ist - völlig ausgeblendet. Entscheidend ist jedoch,

⁸"Am Schluß dieses Abschnitts kehren wir zu Keynes zurück. Seine These, daß Geld seine intertemporale Funktion durch die Unsicherheit erhält, die die 'wirkliche Welt' beherrscht, muß im Lichte der These, daß die Einschätzung der Sicherheit des Vermögensrückflusses die Liquiditätsproduktion steuert, erneut diskutiert werden. Es läßt sich jetzt angeben, wodurch Keynes Argumentation fragwürdig wird: Da Geld seine Funktion durch die Erfüllung von Schuldner-Gläubiger-Beziehungen erhält, ergibt sich die Unsicherheit, die diesen Beziehungen kraft ihrer Intertemporalität anhaftet, aus den Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft, als eine Konsequenz der Existenz von Geld." (Riese 1983, S. 112)

daß der Akt der Kreditvergabe nicht nach dem üblichen Marktmodell organisiert ist, weil eine Kreditbeziehung nicht nur für das Unternehmen eine Verbindlichkeit bedeutet, sondern auch für die beteiligte Bank, die das kreditierte Geld alternativ dazu verwenden könnte, ihrerseits anhängige Schulden zu tilgen. Aus diesem Grund bedeutet ein Kreditverhältnis stets ein doppeltes Schuldverhältnis, des Unternehmens zur Bank einerseits, der Bank zur Zentralbank oder Nettovermögensbesitzern⁹ andererseits. Die Opportunitätskosten eines Kredites bestehen für eine Bank entweder aus dem entgangenen Ertrag eines alternativen Kredits oder aus den entgangenen Kosteneinsparungen aufgrund einer nicht vorgenommenen Kreditvernichtung. Damit stellt sich für Banken wie für Unternehmen eine Realinvestition gleichermaßen als monetäres Problem dar, dessen monetäre Rentabilität bzw. dessen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu bestimmen, da beide, Unternehmen wie Banken Verluste realisieren, wenn sich eine Preiserwartung als unzutreffend erweist. Wie Stiglitz und Weiss gezeigt haben, ist der Zins als Preis für einen Kredit als alleiniger Entscheidungsparameter ungeeignet, wenn die Frage des Risikos einer Investition - die monetäre Verwertbarkeit der Produktion - akut wird. (Stiglitz/Weiss 1981)

Die monetäre Riskanz von Realinvestitionen macht es notwendig, den Inhalt der Entscheidungsregel für Investitionsvorhaben, der Vergleich von Zinssatz und Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, zu diskutieren, um der Frage der Gleichgewichtsposition des „Kreditmarktes“ näher zu kommen. Der Umstand, daß Realinvestitionen ein unsicheres monetäres Ergebnis besitzen, begründet, warum die monetäre Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als Erwartungskategorie von dem Kreditzins abweichen kann zu dem die Realinvestition durchgeführt wird. Die Berechnung bzw. Gleichsetzung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mit Hilfe der Methode des internen Zinsfußes und die darauf aufbauende Entscheidungsregel, daß eine Investition dann durchgeführt wird, wenn der interne

⁹Eine Alternative zwischen der Zentralbank und Nettogeldvermögensbesitzern besteht nur in einer bankenindividuellen Perspektive. Nettogeldvermögen kann erst als Ergebnis eines Kreditkontraktes der Zentralbank entstehen, so daß die traditionelle These, die Haushaltsersparnisse würden das Kreditpotential der Banken bestimmen, Ursache und Wirkung verwechselt.

Zinsfuß¹⁰ größer oder gleich dem geforderten Kreditzins ist, übersieht, daß es sich hierbei lediglich um die unternehmensindividuelle Perspektive handelt, die durchaus die Varianz der Ertragsschätzungen zu weniger als 100% berücksichtigen muß, da die potentiellen Verluste (teilweise) von der Bank mitgetragen werden. Für den Fall der Grenzinvestition, deren Erwartungswert über die interne Verzinsung genau mit dem geforderten Kreditzins übereinstimmt gilt also, daß die Varianz der Ertragsschätzungen dieses Investitionsprojekt mit positivem Erwartungswert zu einem Verlustgeschäft machen kann und damit aus der Perspektive einer Bank ein Kreditzins, welcher dem internen Zinsfuß entspricht für ihr gesamtes Forderungsportfolio im Durchschnitt notwendigerweise einen Verlust bedeutet, da die Fixierung des Kreditzinses nach oben (!) der Bank das Risiko des Vermögensverlustes aus notwendig werdenden Forderungsabschreibungen aufbürdet. Das hat notwendigerweise zur Konsequenz, daß jede Bank das Einkommensrisiko berücksichtigen muß, indem sie jedem Kreditnehmer eine Risikoprämie berechnet um sich damit vor dem Risiko der Forderungsabschreibung zu schützen. Damit enthält der Kreditzins neben dem Einkommenselement auch eine Risikokomponente, die die Einkommensinteressen der Banken aus dem Kreditgeschäft zu schützen hat.

Ein Marktgleichgewicht kann also erst dann erreicht sein, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sowohl das Einkommenselement als erstes Moment der Wahrscheinlichkeitsverteilung der zukünftigen Erträge, als auch das zweite Moment, - die Streuung - als Maß des Risikos einer Investitionsentscheidung abzudecken in der Lage ist. Ein gleichgewichtiger Marktzins muß damit notwendigerweise beide Elemente enthalten, die gleichermaßen geeignet sind, die Positivität des Zinssatzes zu begründen. Dennoch darf an dieser Stelle nicht der Umstand verwischt werden, daß die unterschiedlichen Komponenten des Kreditzinses darauf hindeuten, daß ein Kreditvertrag ein Vertragspaket darstellt, welches aus der gegenseitigen Geldübergabe bei Forderungsentstehung resp. Tilgung und Zahlung des Einkommenszinses besteht, und gleichzeitig einen Versicherungsvertrag enthält, bei der die Bank als Träger des

¹⁰vgl. zur Kritik am Konzept des internen Zinsfußes Kruschwitz

Forderungsausfallrisikos für ihr Gesamtportfolio als Versicherung fungiert. Offenbar ist der Risikozins unabhängig vom einzelnen Kreditnehmer zu tragen, weil eine Bank die Unterschreitung eines bestimmten Bonitätsgrades nicht über einen höheren Risikozins kompensiert, sondern zur Kreditverweigerung Zuflucht nimmt.¹¹

Mit dieser Unterscheidung der Zinskomponenten geht das monetäre Vermögensbestandsrisiko in die Bestimmung des Zinssatzes gleichermaßen ein, wie das Einkommensmotiv aus Zinserträgen. Gleichzeitig erweist sich damit, daß der kontrahierte Kreditzins lediglich als formaler Preis zu interpretieren ist, da die materielle Realisierung von Zinseinkommen erst nach Abzug notwendiger Forderungsabschreibungen ermittelbar wird. Wenn man will lassen sich Nettozinserträge aus dem Forderungsbestand als Erträge aus der Versicherungsleistung interpretieren, die eine über dem Schadenswert angesetzte Versicherungsprämie reflektieren. Der formale Ertrag des Aktivportfolios (und damit der in jedem Einzelfall kontrahierte Kreditzins) relativiert sich also zu einem materialen Zinsertrag (pro Kredit) aufgrund der Verlustabschreibungen am Tilgungszeitpunkt, so daß eine Unterscheidung des formalen Preises eines Kredites von dem materialen Preis aller Kredite erforderlich wird, um einer autoregressiven Bestimmung des gleichgewichtigen Zinssatzes näherzukommen.

Die Erklärung eines positiven Zinssatzes aus der Liquiditätspräferenz in der Theorie des monetären Keynesianismus bleibt trotz der korrekten präferenztheoretischen Argumentation in diesem Punkt uneindeutig. Einerseits scheint es, als würde die Liquiditätspräferenz als preistheoretischer Ausdruck für den Verzicht auf ein Geldangebot die Risikokomponente¹² reflektieren, andererseits wird betont, daß eine hohe Liquiditätspräferenz auch hohe Zinsein-

¹¹ Insbesondere die bahnbrechende Arbeit von Stiglitz/Weiss weist mit Nachdruck darauf hin, daß ein *screening* der Menge der Kreditnehmer über den Zins zu einer Konzentration schlechter Risiken führt, da die Risikoübernahmegarantie der Bank auf Seiten des Kreditnehmers zu *moral hazard* führt. (Stiglitz/Weiss 1981)

¹² „Gleichwohl ist zu beachten, daß allein aus der Streuung der Ausfallrisiken stets ein allgemeines positives Zinsniveau folgt, da der Leihzins niemals negativ werden kann. Die These lautet nun, daß überhaupt erst das Knapphalten von Geld wegen der Unsicherheit seines Rückflusses jene (relative) Knappheit auf dem Kreditmarkt erzeugt, die sich im Zins niederschlägt.“ (Spahn 1986, S. 158f)

kommen¹³ generiert, die Liquiditätspräferenz also auch zu einer Bestimmungsgröße des erwarteten Zinseinkommens wird. Diese Verwischung der Komponenten jedes Kreditvertrages führt dazu, daß die Liquiditätsprämie dem gebotenen Kreditzins gegenübergestellt werden und damit die Vorstellung eines homogenen Kreditmarktes konserviert werden kann, auf dem die Liquiditätsprämie die Steuergröße der Geldökonomie darstellt. Mit dieser Vermengung wird aus einem Leistungsvertrag (reziproke Geldübergabe zu vereinbarten Zeitpunkten) und einem Versicherungsvertrag (Erhebung einer pauschalen Risikoprämie auf alle Kredite) ein polymorpher Kreditvertrag, dessen Preis je nach theoretischem Standpunkt bei reichlicher (knapper) Geldversorgung entweder steigen (fallen) kann (muß) oder fallen muß (kann). Denn entweder wird das Argument verminderter Geldhaltung bei steigenden Zinsen bemüht oder es wird, dem Knappheitsargument folgend eine reichliche Geldmenge mit einem niedrigen Preis assoziiert. Mit der Trennung von Leistungs- und Versicherungsvereinbarung läßt sich dieses Verwirrspiel eindeutig definieren, da die Frage der Risikoprämie eine Angelegenheit des Zustand des Vertrauens darstellt, während die Einkommenskomponente eine Frage des Konkurrenzgleichgewichts ist, welches, bei einer vorgegebenen Menge, die Erzielung eines positiven Preises dann ermöglicht, wenn das potentielle Investitionsvolumen, der für akzeptabel beurteilten Projekte, die verfügbare Liquidität übersteigt. Die sich aus der Kombination der Einflußfaktoren des Zinses ergebenden Marktsituationen lassen zwei eindeutige und zwei nichteindeutige Konstellationen erkennen, so daß eindeutige Aussagen über die fraglichen Situationen lediglich nach Maßgabe von Reaktionsparametern (oder für Puristen: Präferenzen) möglich sind.

¹³"Die Ratio des Sparens liegt darin, den Status eines Vermögensbesitzers zu erlangen, um aus dem kontinuierlichen Verleih und Rückfluß von Geld (so daß der ersparte Vermögensbestand über die Zeit aufrechterhalten bleibt) ein Einkommen zu beziehen." (Spahn 1986, S. 164)

	Geldmenge niedrig	Geldmenge hoch	M niedrig	M hoch
Risiko hoch	i^Y steigt i^r steigt	i^Y sinkt i^r steigt	i steigt	i ???
Risiko niedrig	i^Y steigt i^r sinkt	i^Y sinkt i^r sinkt	i ???	i sinkt

Sichtbar wird an dieser Stelle jedoch noch etwas anderes, nämlich daß die Fixierung der ökonomischen Theorie auf Preis-Mengen Relationen den von Keynes betonten Aspekt der Zukunftsunsicherheit ignorieren muß, insoweit als der Zustand des Vertrauens lediglich als Parameter des Kreditangebots- bzw. der Kreditnachfragefunktion und nicht als Variable Eingang findet, d.h. ohne damit integriertes Element des Kreditschaffungsprozesses zu sein. Soweit aber die Qualität „allgemeine Kreditsicherheit“ als relevante Zinsbestimmungskomponente identifiziert ist, ist ein Preis-Mengen Zusammenhang nur unter Abstraktion der Vertrauenskomponente formulierbar, d.h. nur ein Teilaspekt des Vertragspaketes Kredit erfaßbar.

Darüber hinaus wird durch die Objektfixierung eine Dimension des Kreditvertrages verdeckt, die die Angebots-/ Nachfragedualität zwischen Bank und Unternehmen auf eine andere Ebene hebt. Der Umstand, daß eine z.B. aus konjunkturellen Gründen allgemein erwartete geringe Effizienz bei der Vermögensverwaltung eine hohe Sicherheitsprämie erfordert, *et vice versa*, bedeutet, daß die Nachfrage der Banken nach Vermögensverwaltung einen um so geringeren Risikozins erfordert, je höher die Vermögensverwaltungskapazität der Unternehmer eingeschätzt wird. Unter Berücksichtigung dieser inhaltlichen Bestimmung des Kreditverhältnisses wird dann auch deutlich, worin die kategorialen Differenzen zwischen Unternehmen und Banken bestehen, da Banken, die sich ihrerseits das benötigte Geld durch Finanzierungsoperationen verschaffen müssen, eigentlich selbst Vermögensverwendung betreiben könnten, ohne - im Kreditvertrag - auf ein Gewinnteilungsverhältnis angewiesen zu sein. Die entscheidende knappe Ressource ist denn auch letztlich nicht in irgendwelchen physischen Ressour-

cen zu orton, sondern in dem, von der modernen Betriebswirtschaftslehre längst anerkannten Faktor Organisations- und Managementfähigkeiten, oder kurz: *human capital*.

Die Nachfrage der Banken nach Vermögensverwaltung von dafür qualifizierten Unternehmern zur Erzielung von Zinseinnahmen korrespondiert mit einer gesellschaftlichen Konsolidierungsregel, welche die Behandlung uneinbringlicher Forderungen institutionalisiert. Die soziale Regel zur Behandlung von Schuldnern sieht vor, den Sanktionsumfang auf den vom Schuldner selbst miteingebrachten Betrag zu begrenzen, ohne nach erfolgter Forderungsabschreibung weitergehende Forderungen zu erheben, im Endeffekt also eine Streichung von Ansprüchen zuzulassen. Deshalb berührt die Frage nach der sozialen Konsolidierungsinstanz die Rolle der Banken, nicht wie es die traditionelle Theorie sieht, als Risikotransformatoren, sondern als Träger des Risikos, d.h. als (implizite) Versicherungsgesellschaft. Die Abschreibungen auf Forderungsbestände schlagen in der Periodenrechnung als Aufwand zu Buche, welcher durch entsprechende Erträge aus den (Risiko-) Zinserträgen anderer Kreditforderungen zur Wahrung des finanziellen Gleichgewichts kompensiert werden muß und somit die Unternehmen das Zukunftsrisiko (teilweise) auf die Banken abwälzen können und müssen¹⁴.

Durch die fundamentale Differenz von Vermögensverwaltungskapazität einerseits sowie Risikokonsolidierungskapazität andererseits wird eine funktionale Unterscheidung von Unternehmen und Banken möglich, die überhaupt die getrennte Existenz der beiden Organisationskomplexe erklärlich macht, die - jenseits der Frage nach dem Teilungsschlüssel für den aus der Verwertung von Produktion zu erwarteten Gewinn - im Prinzip das gleiche Vermögenskalkül, bestehend aus Vermögensertrags- und Vermögenssicherungskalkül, besitzen. Offenbar läßt sich in dieser Perspektive das dualistisch konzipierte Modell von Angebot und Nachfrage nicht

¹⁴Die signifikant niedrigeren Kreditzinsen von Großschuldnern brauchen somit nicht mit Marktmacht oder niedrigeren Verwaltungskosten begründet zu werden, sondern resultieren aus dem Umstand, daß Großschuldner durch die Möglichkeit zu interner Subvention bzw. Verlustausgleich das Risiko des Vermögensverlustes selbst übernehmen und nicht den Banken zuschieben (können).

mehr durchhalten, welches den Zins zum Ausgleichsinstrument eines Kreditmarktes stilisiert. Der Umstand, daß der Marktzins allein nicht als Indikator für die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Erträge eines Investitionsprojektes angesehen werden kann läßt den Schluß zu, daß die Gewinnteilungsverträge zwischen Banken und Unternehmen allein von der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals beeinflußt werden, welche bei beiden Parteien die gleichen Reaktionen produziert: Erweiterung der Kreditvergabe resp. des Investitionsvolumens wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals steigt, Kreditverweigerung und Investitionsunlust, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinkt. Offenbar ist die (monetäre) Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als Erwartungskategorie der entscheidende Faktor, welcher die Entscheidungen von Unternehmen und Bankern steuert, indem sie deren gemeinsame Entscheidung über die Durchführung einer Investition bestimmt. Eine derartige Position wird durch Keynes' Passage über die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bestätigt, die sowohl die Risikoaversion des Unternehmers, als auch die der Bank kompensieren muß.

Das Gläubigerrisiko, daß die Erwartungen des Borgers fehlschlagen können,

„ist jedoch eine reine Hinzufügung zu den Investitionskosten, die nicht bestehen würde, wenn der Borger und Verleiher die gleiche Person wären. ... Wenn nämlich eine Unternehmung gewagt ist, wird der Borger eine größere Spanne zwischen seiner Erwartung des Ertrages und dem Zinsfuß benötigen, zu dem er sich zu borgen entschließen wird, während der gleiche Grund dazu führen wird, daß der Verleiher eine größere Spanne zwischen seiner Forderung und dem reinen Zinsfuß benötigen wird, um ihn zum Leihen zu veranlassen (ausgenommen, wenn der Borger so sicher und vermögend ist, daß er eine ausnahmsweise Sicherheitsleistung bieten kann). Die Hoffnung eines sehr günstigen Ergebnisses, welches das Risiko in der Vorstellung des Borgers ausgleichen mag, ist kein für den Verleiher verfügbarer Trost.“ (Keynes 1936, S. 122)

Die Frage nach dem Gleichgewicht des Kreditmarktes stellt sich also diffiziler dar, als es die traditionelle Gegenüberstellung von Kreditangebot und -nachfrage suggeriert, in der der Zins als ausgleichendes Moment fungiert. Darüber hinaus läßt sich in einer Kreditgeldökonomie, die durch die prinzipiell unendliche Geld-

schöpfungsmöglichkeit¹⁵ der Zentralbank charakterisiert ist, ein theoretischer Ansatz, der die Vorgabe einer Geldmenge postuliert, nur unzureichend begründen, da die Fixierung der Geldmenge rationalerweise derart zu erfolgen hat, daß alle Investitionsprojekte, deren Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals den erforderlichen Standard aufweisen, auch durchgeführt werden, ohne daß durch die absolute Knappheit des Schuldentilgungsmittels potentielle Projekte unfinanzierbar werden. Soweit die Elastizität der Geldversorgung gegeben ist, ist, aus der Perspektive der Banken, die entscheidende Knappheit die Vermögensverwaltungskapazität der Unternehmer, deren Seriosität und Managementfähigkeiten darüber entscheidet, wie hoch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals seitens der Banken eingeschätzt wird. Wenn also dieses subjektive Bewertungselement „unternehmerische Begabung“ als knappe Ressource erkannt ist, wird Keynes Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu einer persönlichkeitsorientierten Vertrauensskala, die als Maß der erwarteten Vermögensverwaltungskapazität unternehmerische Opportunitäten und Fähigkeiten auf einer prozentualen Skala abbildet. Das sich daraus einstellende Gleichgewicht ist dann dadurch definiert, daß alle Unternehmer, deren Grenzleistungsfähigkeit zur Erwirtschaftung von Geldüberschüssen von den Banken höher eingeschätzt wird als der Zins, zu gängigen Marktkonditionen Kredit erhalten, wobei der Zins ein Konglomerat aus Refinanzierungskosten, einem vom Monopolgrad der Bank abhängigen Einkommenselement und einer Risikomarge darstellt.

Die Komponenten des Zinssatzes sind jedoch in keiner Weise unterschiedslos behandelbar soweit ein sozialökonomisches Optimum erreicht werden soll, welches sich in einem Kreditmarktgleichgewicht manifestiert. So sind die Refinanzierungskosten bei der Zentralbank ein institutioneller Parameter, dessen Positivität nicht dadurch begründet werden kann, daß die Zentralbank analoge Versicherungsleistungen zu erfüllen hat wie die Geschäftsbanken, soweit diese ihrer Aufgabe der Risikokompensation effizient erfüllen.

¹⁵Wie sagte noch der Sohn des Aga Khan zu Keynes: Das mit der Gleichgewichtspreisbildung und der Budgetrestriktion habe ich verstanden. Aber Meister, sagen Sie mir: Wie geht das Ganze ohne Budgetrestriktion?

Insofern als der Diskontsatz eine Regulierungsfunktion bei der Gestaltung des institutionellen Rahmens der Kreditversorgung spielt, kann er bei der Behandlung des Kreditmarktgleichgewichts als exogener Parameter behandelt werden, dessen Funktion im nächsten Kapitel behandelt wird.

Die Einkommens- bzw. die Risikokomponente lassen sich als genuine Kreditmarktvariablen auf die entsprechenden Bestimmungsfaktoren zurückführen, indem die Existenz des Einkommenselementes auf eine Knappheit an Refinanzierungsmöglichkeiten zurückgeführt werden muß. Nur dann, wenn das vorhandene Finanzierungspotential eine komplette Kreditierung aller akzeptablen Investitionsmöglichkeiten nicht erlaubt, kann bei unterstellter *workable competition* ein positiver Einkommenszins erzielt werden. Insoweit als dieses Knappheitsargument zu einer gesellschaftlich nicht zu rechtfertigenden Knappheitsrente führt, muß die Existenz von Zinseinkommen mit einer Unterausnutzung von profitablen Produktionsmöglichkeiten einhergehen, so daß ein Zinseinkommen von Null, genauer eine Einkommenskomponente des Zinses von Null, durch die Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten ein sozialökonomisches Optimum markiert. Der sanfte Tod des Rentners, den auch die Keynes'sche Theorie als langfristigen Zielpunkt der ökonomischen Entwicklung¹⁶ vorsieht, wäre damit programmiert.

Während die Frage der (relativen) Entknappung des Geldes als eine Frage der Elastizität des Refinanzierungspotentials bei der Zentralbank behandelt werden muß und somit das Problem der effizienten Institutionalisierung der Geldversorgung betrifft, ist die Frage nach der Risikokomponente an die Einschätzung der Sicherheit des Vermögensrückflusses gebunden. Der Zins als Versicherungsprämie weist also darauf hin, daß der Zustand des Vertrauens der Banken in die Qualität ihrer monetären Forderungen dar-

¹⁶"Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals. ... Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat." (Keynes 1936, S. 317)

über entscheidet, welches Ausmaß diese Zinskomponente erreicht. An dieser Stelle sollen nur zwei Konstellationen kurz angesprochen werden: einerseits kann festgestellt werden, daß in einer Phase konjunktureller Depression, die sich durch ein Minimum an Vertrauen in die Vermögensbestandsqualität aller Forderungen auszeichnet, der Zins als Risikoprämie ein Maximum aufweisen muß, da der Abschreibungsbedarf uneinbringlicher Forderungen zu diesem Zeitpunkt (unter Abstraktion von buchhaltungstechnischen Verzögerungen) maximal wird. Zusammen mit dem mikroökonomischen Argument einer hohen Liquiditätsprämie aufgrund eines höher eingeschätzten Risikos von Nettozahlungsdefiziten wird eine Begründung dafür sichtbar, warum in Depressionsperioden der Zinssatz ein Maximum erreicht und auch nicht für eine Belebung der ökonomischen Aktivität, wie es eine postkeynesianische Position formuliert, instrumentalisierbar ist.

Auf der anderen Seite läßt sich noch eine besondere Konstellation hervorheben, die als einzige auch eine Risikokomponente des Zinses von Null begründet. Es handelt sich um den von Schumpeter seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung zugrunde gelegten Fall des entwicklungslosen Zustands einer Ökonomie, die einen Überschuß der Preise über die Produktionskosten nicht zulasse. Soweit ausschließlich die Frage nach der Risikokomponente angesprochen ist, läßt sich ein entwicklungsloser Zustand durch eine Konstanz von Präferenzen, Ressourcen und Produktionstechniken des langfristigen Gleichgewichts markieren, welches trivialerweise keine Zukunftsunsicherheit aufweist und damit keine Vorkehrungen für die Konsolidierung des Risikos von Vermögensverlusten notwendig macht. In diesem Fall würde jedoch die Risikokomponente des Zinses Null¹⁷, so daß ein langfristiges Gleichgewicht durchaus durch einen Bruttozinssatz von Null ausgezeichnet sein könnte.

¹⁷"Wenn in hochentwickelten Volkswirtschaften der Zins meist viel niedriger steht als in weniger entwickelten, so kommt das von dem viel geringern Risiko und der ausgebildeten Technik in den erstern. Wir werden in einem relativ zu den Verhältnissen einer konkreten Volkswirtschaft niedrigen Kapitalzins zwar im allgemeinen ein Symptom des Reichtums, zugleich aber auch ein Symptom wenn nicht des Stillstands, so doch schwacher Weiterentwicklung sehen." (Schumpeter 1911, S. 316)

Offenbar liegt damit eine autoregressive, d.h. monetäre Zinstheorie vor, da diese Zinskomponenten allein durch die Erwartungen über die Qualität der Forderungen der Banken determiniert werden und so die Qualitätstheorie des Geldes die Qualität der Investitionskredite zum zentralen Topos der Geldtheorie erhebt. Denn durch die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Vermögenserhaltung, d.h. der Wahrscheinlichkeit, daß der Schuldner den kontrahierten Kapaldienst leistet, wird die Frage der Produktivität von Realkapital in keiner Weise berührt, so daß das Grundpostulat einer monetären Ökonomie¹⁸ als erfüllt angesehen werden kann. Soweit also in einer derartigen Situation sämtliche akzeptablen Investitionsoportunitäten ausgenutzt wären, kann von dieser Situation vom Gleichgewicht des „Kreditmarktes“ gesprochen werden, auch wenn die Komplexität dieses Marktes eine Reduktion auf ein einfaches Marktmodell unmöglich macht.

8 Das Delegationsproblem im Bankengeschäft

Die Existenz eines Kreditmarktgleichgewichts kann jedoch nur dann angenommen werden, wenn die beteiligten Akteure die notwendigen Reaktionsmuster aufweisen. Für die Seite der Unternehmer läßt sich durchaus annehmen, daß sie eine effiziente Vermögensverwaltung betreiben werden, da der Einsatz von eigenem (Real-) Vermögen sowie die Rechenschaftspflichten gegenüber Kontrollorganen wie Eigenkapitalgebern und Banken einen effizienten Einsatz des (Kredit-) Vermögens weitgehend garantieren. Während jedoch Eigenkapitalgeber als Nettovermögensbesitzer die Bestands- und Ertragssicherheit ihrer Forderungen auf jeden Fall zu bewahren versuchen werden, gilt die gleiche Annahme hinsichtlich der Banken nur in eingeschränktem Maße, da Banken als Durchleitstellen für Geld sich nicht einem Vermögensakkumulationsproblem bei einer Kreditgewährung, sondern einem Refinanzie-

¹⁸„Die Theorie einer monetären Ökonomie verlangt eine monetäre Zinsbestimmung. Dieses Postulat drückt die Norm aus, die einen Gegenentwurf zur Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts begründet. Solange der Zins als eine Kategorie des Gütermarktes fungiert, determiniert er im Gleichgewicht den Geldzins und zeigt damit eine Subsumtion der Geldsphäre unter die Gütersphäre an.“ (Riese 1983, S. 106)

rungsproblem¹⁹ gegenübersehen, welches sie dazu nötigt, Zahlungserfordernisse durch den Einsatz von Refinanzierungsinstrumenten zu decken. Soweit also im Rahmen einer rationalen Geldversorgung die Banken ihre Funktion als Gläubiger effizient ausfüllen sollen, sind die markttheoretischen Beschränkungen des Bankenverhaltens, sowie die Interaktion mit der Zentralbank von entscheidender Bedeutung, wobei sich zeigt, daß die passive Rolle der Zentralbank als *lender of last resort* nicht ausreicht, um eine Kreditgeldökonomie effektiv zu steuern.

8.1 Das Problem schöpfbaren Geldes

Gemäß der Quantitätstheorie und deren Fundament - der allgemeinen Gleichgewichtstheorie - besteht die Aufgabe der Währungspolitik in der Sicherung der Währung hinsichtlich ihrer realen Kaufkraft, wobei die Steuerung der Geldmenge als die entscheidende Variable angesehen wird. Offenbar ist die Fokussierung auf das Geldmengenproblem für die Verwirrung über eine angemessene Währungspolitik mitverantwortlich, denn die Definition einer gesamtwirtschaftlichen Menge suggeriert auch unmittelbar die Frage nach dessen Preis, wobei die vermeintliche Nähe von Kredit und Kapital den Zins primär zu einem Einkommenselement stilisiert.

Die Antwort auf das Regulierungsproblem einer Zentralbank besteht dagegen in der Setzung von Bonitätsstandards, deren effiziente Durchsetzung einen Konsolidierungszwang produziert, der über die entsprechenden Einkommenswirkungen das moral hazard Problem des Bankensystems lösen kann. Dagegen bleiben die von der Quantitätstheorie herausgestellten Aktionsparameter Geldmengen, oder die von einer monetären Allokationstheorie beton-

¹⁹"Das Spezifikum der Tätigkeit einer Geschäftsbank ist nun, daß diese nicht wie der oben behandelte Vermögensbesitzer Kredite aus einem vorhandenen Vermögensbestand vergibt; sie verleiht vielmehr Geld, das sie nicht besitzt. Die Banken schaffen Schuldverhältnisse in der abstrakten Recheneinheit Geld. ... Jedoch gehen zunächst einmal die Banken die Verpflichtung ein, Zahlungen in einem Geld zu leisten, das sie selbst nicht schaffen können. Sie 'schöpfen' Kredite, niemals aber Geld, da das mit der Kreditgewährung *uno actu* entstehende Giralgeldguthaben der Kreditnehmer eine Forderung auf Zentralbankgeld darstellt. Daraus folgt das für die Geschäftsbanken konstitutive Liquiditätsproblem." (Spahn 1986, S. 167)

ten Zinssätze Parameter zweiter Wahl, da Allokationserfordernisse prinzipiell mikroökonomischer Natur sind, gesellschaftliche Informations- d.h. Abrechnungssysteme dagegen makroökonomischen Charakter tragen.

Darüber hinaus bleibt der Zins als Knappheitsindikator für eine gesellschaftliche Geldmenge schon deswegen kaum als Preis interpretierbar, weil einerseits nicht Geld, sondern die temporäre Überlassung von Geld diesen Preis erzielt, und andererseits Geld als realer Ausdruck eines Kredites der Zentralbank *per se* unter keiner materialen Quantitätsrestriktion steht und damit fraglich bleibt, warum eine Sache, die einen positiven Preis erzielt, nicht in einem Umfang geschaffen wird, bis deren Preis auf Null fällt.

Die Antwort auf diese Frage ist darin zu suchen, daß die Überlassung von Geld dem Schuldner eine Nettoaneignung von Gütern erlaubt, die auf der Prämisse beruht, daß dessen Inanspruchnahme von Ressourcen in Zukunft zu einem Leistungsangebot führt, welches - gemessen in Geld - dem Investitionsaufwand mindestens entspricht. Ob ein derartiges Leistungsangebot erfolgt ist, läßt sich jedoch nicht an der Tatsache erkennen, daß ein Kredit zurückgezahlt worden ist. So ließe sich ein auslaufender Kreditvertrag durch einen um die Zinsen aufgestockten Kredit zurückzahlen, bis ad infinitum gedacht, durch die permanente Kreditrevolvierung die anfängliche Ressourcennutzung sich als Ressourcentransfer ohne Gegenleistung herausstellt. Nun widerspricht diese Variante der Ponzi - Finanzierung²⁰ dem impliziten Vertrag auf dem Faktormarkt und würde infolgedessen zu einer Verweigerung von Geld zur Bezahlung von Faktorleistungen führen, und damit das Geldsystem kollabieren lassen. Offenbar ist die Aufrechterhaltung des Geldsystems an ein Interesse der Gläubiger gebunden, daß ein Kredit zu einem Leistungsangebot und entsprechenden Umsätzen führt. Könnte die Motivation der Banken, diese Kontrollaufgabe zu leisten, ohne weiteres vorausgesetzt werden, wäre die Interessenparallelität von Banken und Nettogeldvermögensbesitzern gewährleistet.

²⁰(vgl. Minsky 1975, S. 143)

Allerdings besitzt eine derartige Vermutung, die durch die Bankenpraxis gedeckt wäre, eine empfindliche Schwachstelle, weil eine Bankenbilanz auch auf der Passivseite monetäre Größen, d.h. Verbindlichkeiten ausweist, die letzten Endes Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank sein müssen²¹, deren Geldschöpfungspotential prinzipiell unbegrenzt ist. Aus dieser Problemlage hat eine ganze Wissenschaft den Schluß gezogen, daß - um derartige Ponzi - Anschlußfinanzierungen zu vermeiden - das Geldvolumen von der Zentralbank exogen vorzugeben sei, um so zu erreichen, daß derartige exzessive Kreditrevolvierungsketten an Finanzierungsengpässen zum Scheitern gebracht werden, und so die Geldwertstabilität - zumindest auf lange Sicht - garantiert werden kann. Die Essenz der Quantitätstheorie läuft auch gerade auf eine Geldmengenkontrolle hinaus.

Nun widerspricht eine derartige Theorie unmittelbar einer Interpretation des Geldbegriffs, die auch die Sichteinlagen bei den Banken zur Geldmenge rechnet; denn wenn Sichteinlagen tatsächlich schuldbefreiende Wirkung hätten, würde jede Geschäftsbank damit automatisch zu einer Monobank, die definitionsgemäß keiner Liquiditätsrestriktion unterliegt. Der einzige Umstand, der eine derartige Entwicklung verhindern könnte, wäre der mit steigendem Kreditvolumen (aufgrund der Inflation) steigende Umlaufbedarf an Banknoten bei den privaten Haushalten, welcher aus dem Liquiditätsbestand der Geschäftsbanken gedeckt werden müßte und so die Banken tendenziell in die Zahlungsunfähigkeit²² triebe.

²¹Das gilt grundsätzlich auch für eine Geldangebotstheorie, die Geld über die *seigniorage* des Staates in die Ökonomie integriert. Die Tatsache, daß der Staat normalerweise die Staatsschuld nicht zurückzahlt, macht dieses Geld zu Außengeld, d.h. zu Reinvermögen des privaten Sektors. In einer derartigen Situation wird zwar die Exogenität der Geldmenge wieder sinnvoll - aber nur um den Preis des Verlustes der Steuerungskapazität der Zentralbank, die nicht umsonst in neoklassischer Perspektive lediglich der *lender of last resort* ist.

²²Auch Tobin thematisiert vor dem Hintergrund der Liquiditätsbedürfnisse des Bankensystems die Grenzen der Geldschöpfung, da die Basis der Geldschöpfung, das Zentralbankgeld, eben nicht unbegrenzt zur Verfügung steht: "Geschäftsbanken besitzen weder einzeln noch im Kollektiv den Krug der Witwe, der garantieren würde, daß jede beliebige Expansion der Aktiva eine entsprechende Expansion der Depositenverbindlichkeiten generiert. Dieser

Sicherlich bietet ein derartiger institutioneller Rahmen einen gangbaren Weg aus dieser Gefahr, insofern als der Mißbrauch des Kreditsystems durch eine derartige Abbruchbedingung in gewisser Weise eingeschränkt wird. Auch bei wachsenden Ökonomien läßt sich dieses Verfahren anwenden und findet im Konzept einer produktionspotentialorientierten Geldmengenpolitik seine politische Ausprägung. Offenbar geht mit einer derartigen permissiven Politik die Akzeptanz von Spielräumen für Ineffizienzen einher, da das Kontrollpotential einer Zentralbank über die Geschäftspolitik der Banken naturgemäß Begrenzungen unterliegt, und keinesfalls in die Bonitätsbeurteilung einzelner Schuldner - außer in Einzelfällen - hineinreicht. Dieser Umstand wird durch die Motivationslage der Banken noch zusätzlich verschärft, weil Banken ihre Einkommensposition temporär oder dauerhaft dadurch zu wahren versuchen, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen fällige Forderungsabschreibungen vertagt oder ganz unterlassen werden, indem gutes Geld schlechtem Geld hinterhergeworfen wird, um so die Bedienbarkeit der Forderungen bilanziell nachweisen zu können.

8.2 Delegation und Allokationseffizienz

Damit wird die Frage akut, ob nicht dennoch für eine Zentralbank Optionen bestehen, um im Bankensektor bei der Kreditvergabe das Prinzip Allokationseffizienz durchzusetzen, auch wenn sie die einzelne Geschäftsbank nur unvollkommen kontrollieren kann. Dieses Problem läßt sich denn auch nur dadurch lösen, daß die Kontrollfunktion, die die Zentralbank nicht wahrnehmen kann, auf das Bankensystem übertragen wird, indem sich unter einer spezifisch ausgestalteten institutionellen Struktur des Kreditmarktes die Geschäftsbanken einer gegenseitigen Kontrolle unterwerfen. Die zentrale Vorbedingung für eine derartige reziproke Kontrolle ist darin zu sehen, daß Geschäftsbanken untereinander Geschäftsbeziehungen unterhalten, deren Inhalt aus dem gegenseitigen Liquiditätsbeistand besteht. Soweit also eine einzelne Geschäftsbank damit rechnet, daß, zumindest gelegentlich, ihr täglicher Liquiditätssaldo, verursacht durch die Summe aller aktuellen Geldbewe-

glückliche Zustand würde in einer unregulierten kompetitiven Finanzwelt sicherlich nicht vorhanden sein." (Tobin 1974, S. 112f)

gungen, nicht durch die eigenen Liquiditätsreserven gedeckt werden kann, besteht für sie ein unmittelbarer Zwang, zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität, eine ausreichende Bonität gegenüber den anderen Banken zu besitzen, um sich bei auftretenden Liquiditätsspitzen am Geldmarkt kurzfristig mit Bargeld versorgen zu können. Soweit man davon ausgehen kann, daß zwischen dem Bonitätsgrad einer Bank und deren Refinanzierungskosten ein inverser Zusammenhang besteht, läßt sich die These vertreten, daß zur Vermeidung exzessiver Refinanzierungskosten der Bonitätsgrad des Aktivportfolios den gängigen Bonitätsnormen entspricht, so daß die Erträge einer Durchfinanzierung konkursgefährdeter Forderungen gegen die damit entstehenden Kosten der erschwerten Refinanzierung dagegen gerechnet werden müssen.

Offenbar ist die Sensitivität der Refinanzierungskosten auf die Bonität des Aktivportfolios einerseits um so höher, je höher der Informationsstand der Banken über die Bonität der dem Bankensystem angeschlossenen Nachbarbanken einzuschätzen ist, andererseits um so höher, je höher der Koeffizient Verbindlichkeitsvolumen zu Basisgeld ist, da dieser Koeffizient als Ausdruck für die Refinanzierungswahrscheinlichkeit aufgefaßt werden kann. Mit Bezug auf den theoretischen Hintergrund der neoklassischen Geldangebotstheorie²³:

$$K = B/[1-(1-c)(1-r)]$$

läßt sich dieser Sachverhalt so formulieren: je höher der Krediterschöpfungsmultiplikator innerhalb eines Bankensystems ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für eine einzelne Bank, auf den Interbankenmarkt zur Refinanzierung ihrer Liquiditätsabflüsse zurückgreifen zu müssen. Damit ergibt sich als positive Handlungsanweisung für die Zentralbankpolitik, die Geldmenge soweit zu verknappen, bis jede Geschäftsbank des Bankensystems sich einem Liquiditätsproblem ausgesetzt sieht und sie bei anderen Banken um Kredite nachsuchen muß. Die Setzung von Refinanzierungslimits hat also derart zu erfolgen, daß eine einzelne Bank ihre Refinanzierungsbedürfnisse niemals zu 100% durch eine Refinan-

²³B stellt das Basisgeldvolumen, K das Kreditvolumen und c bzw. r die Parameter für die Bargeldquote resp. die Mindestreservequote dar.

zierung bei der Zentralbank decken kann, sondern nur dergestalt, daß das gesamte Bankensystem über ein ausreichendes Refinanzierungsnetz - als Summe aller Refinanzierungslimits - verfügen kann, wobei die Allokation des gesamten Refinanzierungspotentials eine Angelegenheit des Interbankengeldmarktes wird. Dabei können die Refinanzierungslinien jeweils den ökonomischen Erfordernissen angepaßt werden, sei es, daß es sich um temporäre Veränderungen des Kassenhaltungskoeffizienten - wie etwa bei Reisewellen - oder um säkulare Entwicklungen, wie einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß, handelt. Während die zentralbankpolitische Praxis zeigt, daß temporäre Abweichungen durch Abwandlungen der Konditionen des Offenmarktgeschäfts abgefangen werden können, drückt sich beispielsweise in dem Konzept der produktionspotentialorientierten Geldmengenregel des Sachverständigenrates die Erkenntnis aus, daß zur Wahrung der üblichen Liquiditätsstandards im Wachstumsprozeß eine akkomodierende Geldpolitik notwendig wird, um die gestiegenen Liquiditätsbedürfnisse zu befriedigen.²⁴

²⁴"Erheblich stärker können Veränderungen durch Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs oder durch Abkehr vom bargeldlosen Verkehr in Erscheinung treten. Der Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs liegt im Zuge der natürlichen Entwicklung, die Abkehr von ihm wird in der Regel durch pathologische wirtschaftliche Zustände verursacht. Es genügt, an den Schwarzhandel zu erinnern. Selbstverständlich muß man solche pathologischen Zustände bekämpfen. Eine Bremsung oder Restriktion der Notenausgabe wäre aber ein untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln und hätte fatale Folgen.

Neben diesen technisch bedingten Veränderungen des Bargeldbedarfs gibt es auch solche, die wirtschaftlich bedingt sind. Hier handelt es sich um Zu- oder Abnahme der Lohnsummen, die gezahlt werden. Diese können wiederum verursacht sein entweder dadurch, daß die Zahl der Beschäftigten sich ändert, zu- oder abnimmt, oder dadurch, daß die Lohnsätze sich ändern. Natürlich können auch beide Vorgänge gemeinschaftlich wirken.

Daß die nur technisch bedingten Liquiditätsveränderungen nicht an sich selbst eine Veränderung des Zinses rechtfertigen, liegt auf der Hand. Die Notenbank kann wohl durch ihre Offenmarkt-Politik sich ihrer selbst bedienen, um den Marktzins in bestimmter Weise zu beeinflussen, sie darf aber niemals ihr Urteil über den Zins und ihre Zinspolitik selbst auf die Veränderungen des Bargeldbedarfs stützen, die ohne ihren Willen eintreten. Sie kann immer, wenn mehr bare Zahlungsmittel verlangt werden, den Bedarf durch vermehrte Ausgabe von Noten decken und sie muß ihn auch stets decken, weil sie sonst eine Kredit- und Bankkrise heraufbeschwören würde. Sie darf dabei auch die Bremse nicht

In dieser Interpretation erweist sich die Theorie des Kreditschöpfungsmultiplikators als Basis einer Zentralbankpolitik, die ihre Kontrollaufgaben (zum Teil) an die beteiligten Banken delegiert, um sich der Kontrolle und Analyse derjenigen Indikatoren zu widmen, die ihre Leitlinie zur Gestaltung der Geldmengenpolitik ausmachen. Die Multiplikatortheorie der Kreditschöpfung erweist sich mit umgekehrter Kausalität²⁵ als eine Theorie des Zentralbankgeldbedarfs der Banken²⁶,

$$B = K - K(1-c)(1-r)$$

den die Zentralbank dazu nutzen kann, die Disziplinierung der Bankenkreditvergabe durchzusetzen, ohne zu sehr - jenseits bankenindividueller Refinanzierungslimits - auf die Allokation des Zentralbankgeldes Einfluß nehmen zu müssen, geschweige denn die Bonitätsprüfungen der Banken zu duplizieren. Wenn also Zentralbankgeld, bzw. die Verfügung über Zentralbankgeld, zum Existenzialproblem einer Bank wird, gewinnt es auch eine von der Geld-

anziehen, also den Diskont nicht erhöhen, wenn außer der Tatsache, daß mehr Noten verlangt werden, andere Symptome, die eine Zinserhöhung angeraten sein lassen, nicht vorliegen." (Lautenbach 1952, S. 66)

²⁵"Die moderne Wirtschaft ist nicht, wie bisher unterstellt, eine bargeldlose Wirtschaft. Sie ist eine bargeldsparende Wirtschaft. Zwar finden auf weiten Gebieten des Verkehrs überhaupt keine Geldzahlungen, auf anderen nur zu gewissen Zeiten oder zu gewissem Prozentsatz Geldzahlungen statt. Immerhin besteht unleugbar auch in der bestorganisierten modernen Wirtschaft das, was man am richtigsten als <<Geldbedarf>> bezeichnen wird. ...

Der Geldbedarf, wenigstens im Sinne eines selbständigen Begriffs und einer absoluten Größe, ist begrifflich nur in einer bargeldsparenden Wirtschaft denkbar. Denn nur hier bestehen neben dem Gelde und viel zahlreicher als dieses, andere Kreditbefriedigungsmittel, zu denen das Geld in einem bestimmten Bedarfsverhältnis steht, nicht anders als die Scheidemünze zum Währungsgeld in einer reinen Bargeldwirtschaft. Genau wie es hier einen bestimmten Bedarf an Zahlungsmitteln einer bestimmten Geldsorte, niemals aber einen Bedarf an Geld überhaupt gibt, so gibt es in der bargeldsparenden Wirtschaft einen bestimmten Bedarf an Geld schlechthin, während die Beträge der von den Banken eingeräumten Kredite gleichsam den variablen Rahmen für den Bedarf an Geld bilden." (Hahn 1920, S. 69f)

²⁶Hierbei stellt K das Kreditvolumen dar, während $K(1-c)(1-r)$ den Anteil des Kreditvolumens ausdrückt, der nicht aus dem Verfügungsbereich der Banken fällt. Anders gesagt: Banken brauchen nur im Ausmaß von $B = K*c + K*r - K*c*r$ tatsächlich Primärliquidität.

theorie unbeachtet gebliebene Funktion, nämlich als Mittel zur Durchsetzung gesellschaftlicher Bonitätsstandards, wobei letztere als Ausdruck dafür dienen, daß die Zuteilung gesellschaftlicher Verfügungsmacht über Ressourcen nur gegen die erfolgreiche Zurverfügungstellung von Leistungen am Gütermarkt erfolgt, und so das Delegationsproblem, welches zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken hinsichtlich der Effizienz der Kreditvergabe besteht, durch die Verwendung bzw. Auszeichnung eines als letzte Liquidität geltenden Mediums gelöst werden kann.

Der Knappheitsbegriff der orthodoxen Theorie läßt sich mit dieser Erkenntnis dahingehend uminterpretieren, daß Liquidität lediglich bankenindividuell - gemessen an den individuellen potentiellen Auszahlungsverpflichtungen - als knappes Gut erscheint, obwohl aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ausreichend Liquidität existiert, die daher nicht mehr als knapp im Sinne der Knappheitstheorie interpretiert werden kann. Darüber hinaus wird im Fall eines Bankensystems mit einheitlichem Bonitätsniveau der Liquiditätsbestand am Interbankenmarkt für den Bankensektor zu einem Nullsummenspiel, da sich im Gleichgewicht Zinseinnahmen und -ausgaben aus Refinanzierungskrediten am Interbankengeldmarkt gegeneinander konsolidieren. Der Zinsaufwand im Interbankengeschäft wird mithin zu einem durchlaufenden Posten, so daß eine Neutralität des Zinses bei der Lösung des Refinanzierungsproblems sichtbar wird, dessen Höhe auch nur für diejenige Bank zu einem Problem wird, deren Refinanzierungskosten über dem Durchschnitt liegen.

8.3 Die Liquiditätsausgleichsfunktion des Geldes

Soweit eine derartige Analyse darauf aufgebaut ist, daß private Wirtschaftssubjekte (zufälligerweise) ihre Transaktionen in Zentralbankgeld abwickeln, könnte eine Aufweichung der Notwendigkeit zur Refinanzierung am Interbankenmarkt durch die Verwendung von Schecks und Kreditkarten, d.h. durch eine Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eintreten und damit die Durchsetzung eines allgemeinen Bonitätsstandards in Frage gestellt werden. Unter derartigen Auspizien wäre - z.B. bei einem vollkommenen Giroverkehr - der Zentralbankgeldbedarf jeder Bank gleich Null, so daß vor diesem Hintergrund die Rolle der Mindest-

reserven, die von der traditionellen Geldtheorie stets als Sicherheitsreserven interpretiert worden sind, dahingehend explizierbar wird, daß sie als institutioneller Zwang zur Beschaffung von Zentralbankgeld deutbar werden, und somit die Erzeugung eines Refinanzierungszwangs auch in einem Regime bargeldlosen Zahlungsverkehrs von der Zentralbank durchsetzbar bleibt. Damit erweisen sich Mindestreserveverpflichtungen als ein Mittel, um das Delegationsproblem lösbar zu halten und nicht als Ausdruck eines einzelwirtschaftlich begründeten Zwangs zur Haltung einer Vorsichtskasse zur Deckung von Liquiditätsabflüssen.

Der Umstand, daß in einem derartigen System Zentralbankgeld nur noch innerhalb des Bankensystems existiert, verschiebt den Fokus der Geldtheorie unmittelbar auf die Beziehung zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank, weil Geld nunmehr - entkleidet von seiner unmittelbaren Transaktions- und Wertaufbewahrungsfunktion - eine Bedeutung für die Sicherung der Effizienz der Kreditallokation erhält und sich damit die Knappheit des Geldes in dem Grad der Kreditverflechtung des Bankensystems reflektiert. Variationen der Geldmenge sind daher, da sie die bankenindividuelle Refinanzierungswahrscheinlichkeit erhöhen oder senken, stets mit einer Veränderung der Kreditvergabepolitik der Banken verknüpft und besitzen wegen der einzelwirtschaftlichen Liquiditätskalküle durchaus einen erheblichen Zinseffekt, insofern als die Refinanzierungsbedingungen, d.h. der Interbankenzins, von dem Umfang der verfügbaren Liquiditätsreserven bestimmt werden, über die das Bankensystem als Ganzes verfügt. Auf diese Weise läßt sich die Nichtexistenz einer makroökonomischen Erstausrüstungsrestriktion durch eine Institutionalisierung begründen, die dem Bankensektor eine Motivationsstruktur anerzieht, die das Effizienzproblem der Kreditallokation zu lösen vermag, ohne durch administrative Kontrollen die Effizienzgewinne der Delegation der Kreditvergabe an Geschäftsbanken wieder in Frage zu stellen.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend bargeldlos abgewickelten Zahlungsverkehrs gewinnt damit die Liquiditätsausgleichsfunktion des Geldes innerhalb des Bankensektors an Gewicht, da Zentralbankgeld nunmehr als Regulierungsinstrument begreifbar wird, dessen Eigenschaft, eine fiktive Wertgröße zu sein, nicht die Definition von Sanktionsprozeduren verhindert, welche bei mangelnder

Liquidität eintreten können. Die Vergleichs- und Konkursordnung sieht für den Fall der Illiquidität drakonische Konsequenzen vor, deren Inhalt der Ausschluß aus existierenden Geschäftsbeziehungen ist und somit der Verlust von Einkommensquellen angedroht wird. Die Logik der Liquiditätsausgleichsfunktion des Geldes liegt also in der bankenindividuellen Knappheit eines Mediums, welches die Banken nicht selber schaffen können, auch wenn die Phänomenologie des Überweisungsverkehrs zu suggerieren scheint, daß bargeldlose Zahlung möglich ist. Denn letztlich bedeutet eine Überweisung die Anweisung an die jeweiligen Hausbanken, das Konto des Zahlenden zu belasten und den Betrag dem Konto des Empfängers gutzuschreiben. Damit reduziert sich bei der Bank des Zahlenden die Mindestreserveverpflichtung bzw. die damit korrespondierenden Sichtverbindlichkeiten, während Sichtverbindlichkeiten und Mindestreserveverpflichtung bei der Bank des Empfängers zunehmen, wobei letztere nur in Zentralbankgeld gehalten²⁷ werden dürfen.

Damit ist aber das *clearing* zwischen den Banken noch nicht erfolgt, da die Empfängerbank nun eine Forderung gegen die Schuldnerbank besitzt, die ihrerseits nur mit Zentralbankgeld beglichen werden kann. Anders gesagt bedeutet bargeldloser Zahlungsverkehr, daß die Geldübertragung nicht zwischen Zahler und Empfänger erfolgt, sondern durch eine Zahlung zwischen den jeweiligen Hausbanken lediglich ersetzt wird, ohne daß der Inhalt von Geldforderungen dadurch verändert würde. Zwar können sich Banken bei derartigen Liquiditätssalden gegenseitig Kredite erteilen, der Grundsatz, daß Liquiditätsabflüsse oder Mindestreserveverpflichtungen einen Abfluß von Zentralbankgeld darstellen, wird dadurch jedoch nicht berührt, so daß im Zweifelsfall die Empfängerbank auf der Übertragung von Liquidität bestehen wird und bestehen muß.

8.4 Kreislauftheoretische Implikationen von Zinspolitik

Für die Geldtheorie bedeutet dies, daß das Konzept der Spekulationskasse als Komponente des gesamtwirtschaftlichen Geldbedarfs

²⁷ Dabei geht es tatsächlich um eine Geld(an)haltung, da diese Primärliquidität für die Banken nicht mehr als Dispositionsmasse zur Verfügung steht.

einer Reformulierung bedarf, da jenseits des Transaktionskassenbedarfs der Nichtbanken, wozu in letzter Konsequenz auch die Geldhaltung aus Spekulationsgründen gehört, im Bankensektor stets ein bestimmter Liquiditätsbedarf existiert, der zur Abwicklung der Interbanktransaktionen benötigt wird. Die Unabweisbarkeit und Unmittelbarkeit der Auszahlungsverpflichtungen der Banken in Bezug auf Kassendepositen führt dazu, daß eine Verminderung des aktuellen Bargeldbestandes zu einer Zinssteigerung, dessen Erhöhung zu einer Zinssenkung führen wird, da die Sicherung der Liquidität und damit die Nachfrage nach kurzfristigen Refinanzierungskrediten bei einem Sinken des Bargeldbestandes des gesamten Bankensystems unmittelbar zinstreibende Tendenzen auslöst. Dieses Reaktionsmuster entspricht insofern dem Mechanismus der Spekulationskasse traditioneller postkeynesianischer Prägung, als die Erhöhung der Transaktionskasse der Nichtbanken zu einer Senkung der Bankenliquidität führt, welche auf eine Verknappung ihrer Liquiditätsreserven („Spekulationskasse“) mit einer Erhöhung des Interbankenzinses reagieren (müssen).

Im Gegensatz zur postkeynesianischen Investitionstheorie läßt sich aus einer derartigen Konstellation jedoch nicht ableiten, daß damit bereits ein Effekt auf die Investitionen existieren würde, weil eine höhere Transaktionskasse als Güternachfrage die Erlöse der Unternehmen vermehrt, die alternativ daraufhin entweder eine geringere Kreditnachfrage entfalten müssen oder sogar bestehende Schuldverhältnisse ablösen und so die Liquiditätsabflüsse auf der einen Seite als Liquiditätszuflüsse auf der anderen Seite wieder erscheinen, mithin der Interbankenzins unverändert bleiben kann.

Anders liegt der Fall, wenn die Zentralbank eine restriktive Politik verfolgt und den Refinanzierungsspielraum von sich aus einengt, da die zum Ausgleich benötigte Liquidität nur durch eine Reduzierung der Transaktionskassenhaltung der Nichtbanken kompensiert werden könnte. Geht man davon aus, daß die Zentralbank diesen Effekt jederzeit neutralisieren kann, wird das Bankensystem gezwungen, auf die Liquiditätsverknappung mit einer Zinserhöhung zu reagieren, die allerdings - bei einheitlichem Bonitätsstandard der Aktivportfolios - neutral hinsichtlich ihrer Einkommensposition bleibt. Dagegen besitzt die Erhöhung des Interbankenzinses aus Opportunitätskostenerwägungen einen Effekt auf die Kreditzinsen

für Nichtbankenkredite, die damit tendenziell teurer werden, auch wenn sich *per se* aus dieser Konstellation kein direkter Effekt auf die Investitionsneigung ableiten läßt. Der Umstand, daß kein eindeutiger Effekt auf die Kreditnachfrage ableitbar ist, resultiert letztlich aus dem Charakter der Q-Zinsen als Nettoeinkommen der Geschäftsbanken²⁸, die diese als ausgeschüttete Gewinne wieder (teilweise) konsumtiv verwenden. Das hat zur Folge, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mit steigendem Zins deswegen steigt, weil die Nettoszahlungsreihe des Unternehmenssektors - ggf. unter Berücksichtigung eines *time - lag* - um den Betrag der Q-Zinseinkommen steigt, und damit die implizit unterstellt Konstanz der erwarteten Nettoszahlungsreihen im makroökonomischen Kontext eine nicht akzeptierbare Voraussetzung darstellt. Der Umstand, daß einzelwirtschaftlich nicht klar ist, ob die höheren Zinsen auch zu demselben Unternehmen zurückfließen, ist identisch mit dem allgemeinen Problem der Erwirtschaftung kostendeckender Preise, deren Komponenten - Löhne, Steuern, Zinsen (und Gewinne) - nicht voneinander separierbar sind. Auch wenn eine betriebliche Erfassung und Zurechnung von Kosten zu Kostenstellen oder Kostenträgern erfolgt, verliert diese betriebliche Differenz auf dem Markt, auf dem Umsätze erzielt werden müssen seine Bedeutung.

Gesamtwirtschaftlich gesehen bedeutet individuelle Erlösunsicherheit allerdings nicht, daß der Unternehmenssektor insgesamt die zur Zahlung der höheren Zinsen notwendigen höheren Einnahmen nicht erzielen kann. Die Tatsache, daß höhere Zinsen auch höhere Nettoszahlungsreihen implizieren, berührt allenfalls die Frage der Einkommensverteilung, läßt aber die Gültigkeit des Kreislaufaxioms, daß die Summe aller Eingänge der Summe aller Ausgänge entspricht, völlig unberührt. Im Gegenteil macht sich eine Makroökonomie, die aus einer Zinserhöhung gesamtgesellschaftlich eine Senkung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals deduziert, des Vergehens schuldig, elementare kreislaufanalytische Zusammenhänge zu übersehen.

Diese Unabhängigkeit der betrieblichen Ertragslage von der Ausgestaltung des Zinsfächers beleuchtet den Umstand, daß die Auf-

²⁸ Geschäftsbank steht hierbei prototypisch für die Gesamtheit der Nettogeldvermögensbesitzer.

gabe des Bankensystems sich in der Allokation von Kredit erschöpft und nicht im teleologischen Sinne für die Förderung eines konjunkturellen Aufschwungs einsetzbar ist. Soweit die Logik der Geldversorgung die Sicherung des Zusammenhangs von Forderungen und Verbindlichkeiten zum Gegenstand hat, können die Modalitäten der Kreditversorgung nicht für die Verfolgung politischer Ziele funktionalisiert werden. Insofern als die Delegation der Verantwortung für die Kreditversorgung auf die Geschäftsbanken zu einer effizienten Vermögensallokation führt, lassen sich Interventionen nur dann durchsetzen, wenn das Prinzip der Internalisierung der Resultate der Vermögensverwendung in irgendeiner Weise aufgebrochen wird, indem ein infallibler Schuldner für notwendigerweise entstehenden Ineffizienzen aufkommt.

IV. TEIL

KREDITGELD ALS SOZIALES ELEMENT ÖKONOMISCHER ORGANISATION

9 Zum Entwurf einer sozialen Ökonomie des Geldes

Mit diesen Vorarbeiten läßt sich nun der Entwurf einer Währungspolitik skizzieren, deren Elemente auf der Basis systemtheoretischer Erkenntnisse aufbauen. Grundlage jeder wirtschaftlichen Aktivität ist die fortschreitende Integration von Ressourcen in einen arbeitsteiligen, sozialen und daher kreditgeldökonomisch fundierten Handlungszusammenhang. Insoweit als man geneigt ist für die Ressourcen Vollbeschäftigung zu unterstellen, bestehen ökonomische Handlungen in der effizienzsteigernden Reallokation von Ressourcen im Schumpeter'schen Sinne. Der kreditgeldökonomische Handlungsrahmen der durch den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungszusammenhang gegeben ist, impliziert für die Unternehmer als effektive Handlungsträger die Aufgabe, das soziale Allokations- bzw. Portfolioproblem zu lösen. Dabei besitzt die Entscheidung für oder gegen eine Investition sowohl Implikationen auf den Finanzierungszusammenhang der Gesamtwirtschaft, als auch auf die Allokation der Ressourcen der Gesellschaft, insofern als damit eine Steigerung bzw. Schrumpfung des Arbeitsteilungsniveaus einhergeht.

Die währungspolitische Grundsatzentscheidung besteht essentiell aus der adäquaten Setzung der Umweltbedingungen¹ für die Investoren, betrifft mithin die (angebotstheoretisch orientierte) Ausgestaltung des Investitionsklimas, für das im wesentlichen drei Strukturkomplexe² prägend sind: die Inflationsrate, der Wechselkurs sowie die gesellschaftlichen Bonitätsstandards. Die Kombination bzw. das Zusammenspiel dieser drei Faktoren läßt sich auf-

¹Die Beschränkung staatlicher Aktivitäten auf die Setzung investitionsfreundlicher Rahmenbedingung entspricht essentiell der Philosophie der Freiburger Schule.

²Dabei sei unterstellt, daß die verfassungsrechtliche Situation die individuellen Vertragsfreiheiten in ausreichendem Maße garantieren möge.

bauend auf die Ausgestaltung der Integration von Kreditgeld in den Wirtschaftskreislauf entwickeln: als kontrapunktische Integrationsmechanismen stehen sich die von Monetaristen tendenziell favorisierte Integration des Geldes über staatliche Wertpapiere einerseits, sowie die Integration von Geld über Kreditbeziehungen andererseits gegenüber.

Bereits an dieser Stelle läßt sich ein politpraktischer Unterschied hinsichtlich der Elastizität des Geldvolumens konstatieren: staatliche Kreditschulden besitzen auch bei einer formal begrenzten Laufzeit einen permanenten Charakter und implizieren wegen der nicht personenspezifisch ausgestalteten Verbindlichkeitszurechnung eine Elastizität der Geldversorgung im Zeitablauf von (strikt) größer Null. Während Staatsschulden wegen des nicht existenten Zwanges zur Ableistung eines (Netto-) Kapitaldienstes tendenziell zu einer inflationierenden Währung führen und damit das Geldvolumen als zu hoch angesehen werden muß, kann hingegen bei einer Integration von Geld über Kredite das Geldvolumen stets als optimal interpretiert werden, da seine Existenz einer, permanent Revisionen unterliegenden, privatwirtschaftlichen Vermögensgestaltungsentscheidung³ entspringt und damit sowohl expansive wie kontraktive Entwicklungen eintreten können. Insofern ist auch das Problem der Geldhaltung ein Produkt der Tauschtheorie, weil Geld als Ausdruck gesellschaftlicher Schuldverhältnisse immer dann existiert, wenn Schuldbeziehungen entstanden sind. In einer Tauschtheorie, in der Geld als Nettogeldvermögen des nichtstaatlichen Sektors über staatliche *bonds* entsteht, kann es ein Geldhaltungsproblem nur deswegen geben, weil es dort keine Geldnachfrage *sui generis* gibt. Die Geldnachfrage der Haushalte begründet sich aus der Nachfrage nach einem Medium zur Abwicklung der Tauschtransaktionen, nicht weil Geld *per se* nachgefragt wird. Die Geldnachfrage der Kreditgeldtheorie verknüpft die Geldnachfrage mit einer Geldvernichtung, so daß ein Bestandsproblem für Geld mithin nicht existiert, weil die Erwirtschaftung von Geld wegen der Verpflichtung zur Leistung des Kapitaldienstes nicht auf eine Geld-

³Der Begriff Portfolioentscheidung wäre hier zu eng, da es nicht nur um die Reallokation von vorhandenen Beständen geht, sondern um eine Neuschaffung von Vermögen, was sich in einer gesellschaftlichen Bilanzverlängerung ausdrückt.

haltung, sondern eine Kredittilgung zielt. Da die Zentralbank als letzter Gläubiger jedoch qua Konstruktion keine Geldhaltung betreiben kann, ist für eine Kreditgeldtheorie, welche die Existenz von Geld an eine private Geldschöpfung bindet, das Problem des Haltens von Geld schlichtweg sinnlos.

Da die Visionen und Erfahrungen der Theorie und Politik exogener Geldmengen an anderen Stellen hinreichend diskutiert und untersucht wurden⁴, soll hier ein gesellschaftsorientierter Entwurf, basierend auf einer Theorie endogener Geldmengenpolitik, entwickelt werden. Unter den bisher diskutierten Auspizien ist die wirtschaftspolitische Programmatik hinsichtlich einer rationalen, normativen Währungspolitik eindeutig genug und läßt sich anhand der diskutierten Aspekte in kreditgeldökonomischen Währungsimperativen formulieren, welche die Integration von Geld in die Ökonomie einerseits, die Frage der Steuerung und Begrenzung des Kreditvolumens andererseits betreffen.

9.1 Die Kreditgeldintegration

9.1.1 Die Inhalte von Geldnachfrage und Güternachfrage

In einer Theorie endogener Geldmengen steht die Geldschöpfung über einen privatwirtschaftlichen Kreditvorgang im Mittelpunkt der Betrachtungen, womit bereits impliziert ist, daß die Frage nach der Motivation zur Kreditvergabe oder anders gewendet, die Frage nach der Bonität des Schuldners eine zentrale Rolle einnimmt. Dabei seien hier nur zur Erinnerung die Aspekte der Forderungsbestandssicherheit und der Forderungsertragssicherheit am Rande als die wesentlichen Kriterien der Kreditvergabe erwähnt. Der entscheidende Punkt bei der Integration des Geldes über private Kreditvergabe liegt darin, daß der Vorgang der Krediterteilung und dessen Verwendung zu Investitionszwecken durch einen Unternehmer impliziert, daß die zukünftige aggregierte Geldnachfrage des Unternehmers (zur Deckung seiner Schulden) stets dem ag-

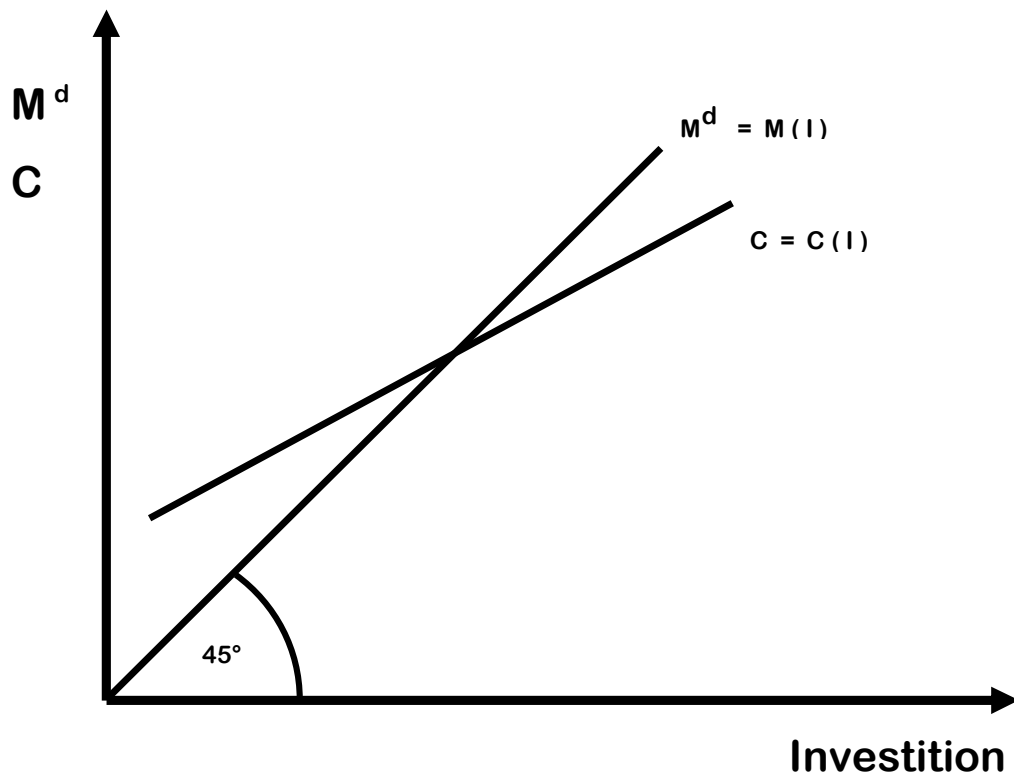
⁴Die zeitgenössische Variante einer Theorie exogener Geldmengen im Kontext entwicklungspolitischer Vorstellungen basiert auf der Bindung des Geldvolumens an den Leistungsbilanzüberschuß, indem eine inländische Kreditvergabe nach diesem Konzept bei einem gegebenen Einkommen stets nur auf Kosten des Bestands an Nettoauslandsforderungen geht (vgl. IMF 1987, S. 13f).

gregierten Geldvermögen des Haushaltssektors entspricht. Aus der Konstruktion des Kreditsystems ergibt sich somit, daß das Nettogeldvermögen der Haushalte stets den Nettoverbindlichkeiten des Unternehmenssektors entsprechen muß⁵, so daß die unternehmerische Geldnachfrage systemtheoretisch betrachtet die Autoregressivität des Kreditgeldsystems herstellt.

Die Konzeption einer am Gütermarkt geäußerten Geldnachfrage impliziert die Frage nach der Qualität von Angebot und Nachfrage des Gütermarktes, wo sich erweist, daß wegen des selbstreferentiellen Charakters eines Geldsystems am Gütermarkt Geld gegen kalkulierten Geldwert getauscht wird und somit die Phänomenologie des Marktes, eines Tausches von Gut gegen Geld, lediglich ein Aspekt der Fremdreferenz des Geldsystems ist.

Damit läßt sich das traditionelle Konsumdiagramm postkeynesianischer Prägung dahingehend modifizieren, als nicht Güterangebot und Güternachfrage die entscheidenden Kategorien darstellen, sondern eine investitionsbedingte Geldnachfrage der Unternehmen einem investitionsbedingten Geldangebot der Haushalte gegenübersteht. Zwar bleibt aus einer Haushaltsperspektive die Konsumwahl an die Präferenzen gebunden, jedoch ist die Budgetrestriktion, unter der die Haushalte ihren Nutzen maximieren essentiell das Derivat einer Vermögensentscheidung von Unternehmen und Banken. Die Autoregressivität des Geldsystems zwingt jedoch dazu, den Gütermarkt als Komplement zum Kreditmarkt zu interpretieren, da dem Markt für Schulden auf der einen Seite ein Markt gegenüberstehen muß, auf dem das Schuldendeckungsmedium erwirtschaftet werden kann, so daß sich der vermeintliche Gütermarkt ebenfalls als ein Geldmarkt, genauer als Markt für die Nachfrage von Geld entpuppt.

⁵Die Einbeziehung weiterer Sektoren ändert an diesem saldenmechanischen Zusammenhang nur die Verteilung der Salden, da das effektive gesellschaftliche Geldvermögen eines Währungssystems stets und immer Null ergibt.



Investition als unabhängiges Steuerelement

Damit wird denn auch der Stellenwert von Verbindlichkeiten für die Geldnachfrage nochmals unterstrichen, da fällig werdende Verbindlichkeiten *per definitionem* für deren Halter einen Zwang zur Geldnachfrage implizieren, die an demjenigen Gütermarkt geäußert werden, welcher das jeweilige spezifische Vertragserfüllungsmedium anbietet⁶. Eine Implikation daraus ist offenbar, daß die Existenz eines Binnenmarktes voraussetzt, daß durch die Verschuldung eines Unternehmers bei der Bank ansonsten unbeschäftigte Produktionsfaktoren in den arbeitsteiligen Sozialzusammenhang integriert werden und somit die monetäre Expansion, die sich in einer Bilanzverlängerung ausdrückt, mit einer realen Produktion korrespondiert. Als Folge davon entsteht ein Haushaltseinkommen, welches seinerseits diejenige potentielle Güternachfrage darstellt, die geeignet ist die unternehmerische Geldnachfrage zu befriedigen. Demgegenüber stellt die Expansion der Geldmenge

⁶Die naheliegende Variante, daß die Nachfrage nach Geld eine Nachfrage am Devisenmarkt sein kann, wenn Exporterlöse wegen des Schuldendienstes in Inlandswährung transformiert werden müssen, ist für die außenwirtschaftlichen Aspekte des internen Geldsystems relevant.

über Staatsschulden nach allen Erfahrungen keine zukünftige Geldnachfrage dar, sondern besitzt als Außengeld⁷ für den privaten Sektor den Charakter von Reinvermögen, ist also als privates Nettogeldvermögen definitionsgemäß frei disponibel und somit geeignet, bei aufkommenden inflationären Tendenzen, der insbesondere in der Entwicklungsländerökonomie beklagten Kapitalflucht, ansonsten der als *hot money movements* diskreditierten internationalen Geldvermögensallokation, Nahrung zu geben.

9.1.2 Genesis und Katharsis des Kreditgeldes

Der kritische Angelpunkt einer auf Autonomie des Finanzsystems gerichteten Politik ist die institutionelle Ausgestaltung der Integration von Kreditgeld in die Ökonomie. Vermeidet man die Falle, die einem eine 200jährige ökonomietheoretische Tradition stellt, in der das Denkmodell exogener Geldmengen in der Form der Staatsverschuldung als **Außengeld** seine realökonomische Ausprägung findet, so bleibt schließlich die konstruktive Erkenntnis, daß der Charakter des Kreditgeldes als **Innengeld** eine staatliche Geldschöpfung über Staatsverschuldung bei der Zentralbank ausschließt⁸.

Das kreditgeldökonomische Problem einer Gesellschaft besteht in der Institutionalisierung der Elastizität des Währungsvolumens als Reaktion auf Veränderungen in der Quantität des Produktionspotentials, da die Erhöhung des Grades der Arbeitsteilung⁹ mit einer Steigerung des Kreditbedarfs korrespondiert. Es ergibt sich daher als Leitlinie der Politik die Frage der Integration des Geldes in den Wirtschaftskreislauf insofern, als es wesentlich auf die Beantwortung der Frage ankommt, an welcher Stelle des Kreislaufs und über welche Kalküle die Injektion des Geldes in die Wirtschaft er-

⁷vgl. Gurley/ Shaw 1960, S. 363f.

⁸Damit sind sogar derartige Inkonsistenzen, wie z.B. die Finanzierung des Zentralbankhaushaltes über Geldschöpfung - wie es sogar in der BRD üblich ist - Ausdruck des Mißverständnisses, Geld sei nur als Tauschmittel zu interpretieren.

⁹Die Erhöhung des Grades der Arbeitsteilung drückt sich dann in einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts aus. Diese Fassung des Bruttosozialprodukts, als Ausdruck für den Grad der gesellschaftlichen über den Markt erfolgten Arbeitsteilung vermeidet die Inkonsistenzen, die sich aus der Fehlinterpretation des Bruttosozialprodukts als Wohlfahrtsmaß ergeben.

folgt. Die durch den Monetarismus nahe gelegte Form der Integration sieht vor, daß der Staat als Träger bzw. Wahrer der Währung¹⁰ von der Zentralbank einen Kredit zur Verfügung gestellt bekommt, mit dessen Hilfe er Güter und Dienstleistungen erwirbt, um so die Ökonomie mit neuem Geld zu versorgen.

Der entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden Integrationsvarianten des Geldes liegt in der Elastizität der Geldquantität in Bezug auf die Erfordernisse, die die Ökonomie an das sie tragende und steuernde Organisationssystem stellt. Diese Elastizität ist durch eine Staatsintegration in der Regel nur in einer Hinsicht gewährleistet, nämlich insofern, daß der Geldemissionsprozeß, welcher aus den chronischen Finanzierungsnöten des Staates resultiert, über die Erfordernisse der Ökonomie dominiert, d.h. die Quantität des Geldvolumens eine dem politischen Tagesgeschäft untergeordnete Größe ist. Nicht nur die Erfahrungen, die mit der faktischen Irreversibilität von staatlichen Schuldpositionen gemacht werden können, läßt die staatlich organisierte Integration von Geld in die Ökonomie in einem zweifelhaften Licht erscheinen.

Demgegenüber ist die Bereitstellung von Geld über ein Schuldverhältnis privater Akteure, also von Banken der Zentralbank gegenüber, ein Mechanismus, der garantiert, daß die Entstehung von Geld ein Akt rationaler Wahl ist, weil die mit einer Verbindlichkeit einhergehenden Konsequenzen zwar in der prospektiven Dimension einen Gewinn bzw. Profit möglich machen, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit der Illiquidität bzw. der Insolvenz beinhalten, die aufgrund der kapitalistischen Rechtsordnung mit persönlichen Wohlfahrtsnachteilen verbunden sind und gegebenenfalls mit einer erheblichen Reduktion der persönlichen Vermögensposition einhergehen.

¹⁰Diese Vision vom Staat als Träger des Geldwerts läßt sich aus dem historisch gewachsenen Geschäftsbetrieb des Bankensystems ableiten. Die Geschäftsgrundlage des Bankgeschäftes bestand ja zunächst aus der Hereinnahme von Einlagen und deren Ausleihung, so daß sich Banken zunächst in der Rolle von Losgrößen- und Fristentransformatoren wiederfanden, und so die bis heute vorherrschende Meinung, Banken wären nur die Anwälte der Haushalte ihre historische Begründung findet.

Diese Überlegungen gelten in ihrer Allgemeinheit für Banken wie für private Wirtschaftssubjekte gleichermaßen: die Banken gehen das Risiko der Insolvenz quasi als Vertreter des gesellschaftlichen Geldvermögens ein, wobei die gesellschaftliche Dimension der Risikoübernahme, durch die Fixierung auf das Ziel individuelle Gewinnmaximierung, diesen Umstand schnell in Vergessenheit geraten läßt. Die Banken übernehmen also eine Gutachter- und Zuteilungsfunktion, die quasi, entgegen einer fiktiven Gleichgewichtsposition auf der Basis der Gesamtheit **aller** individuellen Entscheidungen, ihre vom Vermögenserhaltungskalkül getragene **autonome** Kreditvergabeentscheidung gegenübersetzt, womit die gesellschaftliche, mit Sicherheit gegebene Erwünschtheit einer Investition gegen eine Schätzung der gesellschaftlichen Erwünschtheit gestellt wird. Das damit einhergehende Risiko des Vermögensverlustes wird dabei von der Bank in der Regel nur in Ausnahmefällen auch individualisiert getragen: es ist normalerweise die Gesamtheit der Zinszahler, die für die Verluste aus abgeschriebenen Krediten aufzukommen hat, indem ein Teil der Zinseinnahmen kreditgeldtheoretisch interpretiert als Versicherungsprämien (Risikomargen) aufzufassen sind, die eventuell eintretende Insolvenzen abfangen müssen.

Die Haftung der Unternehmer besteht, abgesehen von der persönlichen Vermögensposition, die regelmäßig die potentiell entstehenden Verluste bei weitem unterschreitet, in dem als indirektem Anreizmittel wirkenden Prestige- und Einkommensverlust, der mit wirtschaftlichen Mißerfolgen einhergeht¹¹.

Durch dieses Arrangement wird der Geldumlauf in einer direkten Weise den Erfordernissen des Wirtschaftskreislaufs angepaßt, da die Bereitschaft zur Haltung von Verbindlichkeiten schon aufgrund der Schuldnerirrationalität, nicht mehr Schulden zu machen, als es die individuelle Kompetenz zur Vermögensverwaltung zuläßt, an

¹¹ Dies ist denn auch die Quintessenz der *principal-agent* Diskussion: die Unkontrollierbarkeit der Aktionen des *agent* führt zu der Installierung indirekt wirkender anreizkompatibler Sanktionsmechanismen, die die Effizienz der Delegationsbeziehung garantieren.

die Grenzen verständiger Selbsteinschätzung¹² stößt. Die Verfolgung des Rationalziels, den Mitteleinsatz bei gegebenem Zielerreichungsgrad zu minimieren, resultiert dann aus dem Zwang zur Erwirtschaftung bzw. zur Sicherung des kreditierten Vermögens, so daß das gesellschaftlich geschaffene Geldvolumen an die Aufrechterhaltung der damit in Gang gesetzten wirtschaftlichen Aktivität gebunden ist. Insofern ist also zu erwarten, daß die Expansion der Geldmenge in genau dem Umfang erfolgt, welcher gerade die Finanzierungserfordernisse derjenigen Unternehmer reflektiert, deren Produktionspläne hinsichtlich ihrer monetären Rentabilität als ausreichend sicher erscheinen.

Umgekehrt gesehen geht mit der Reduktion der wirtschaftlichen Aktivität auch eine Reduktion des Geldvermögens einher, da die freiwillige oder erzwungene Auflösung einer Schulddposition eines Unternehmers in gleichem Umfang Aktiva wie Passiva reduziert. Diese Vernichtung erfolgt insbesondere dann, wenn in einem Konkursverfahren ein Teil der Unternehmensaktiva zwangsweise vernichtet wird und damit die Frage auftaucht, wer in diesem Fall zu einer Vernichtung der korrespondierenden Forderungen verpflichtet ist. Die Banken als Risikoübernahmestellen haben aufgrund ihrer Stellung bei der Allokation gesellschaftlicher Verfügungsmacht ihre genuine Aufgabe darin, durch die Zinseinnahmen aus „guten“ Geschäften die, aus den Forderungsausfällen „schlechter“ Geschäfte resultierenden, Verluste abzudecken, die nach Abzug der liquidierbaren Konkursmasse als Forderungsabschreibung aus diesem Kreditvertrag entstehen, wodurch - durchaus systemkonform¹³ - der systemische Zusammenhang von Aktiva und Passiva wiederhergestellt wird¹⁴.

¹²Jenseits einer jederzeit möglichen Selbstüberschätzung, die ihre Grenze i.d.R. an der Kreditrestriktion der Banken findet, ist die Möglichkeit zu einem betrügerischen Konkurs in den Lücken der gesetzlichen Überwachungsmöglichkeiten zu suchen.

¹³Das Konkursrecht, d.h. die Modalitäten der zwangsweisen Beendigung eines Kreditverhältnisses, sind damit nicht weniger eine systemtragende Institution, als es die Modalitäten der Kreditvergabe darstellen.

¹⁴Die kreditgeldökonomische Zinstheorie, welche darin involviert ist, interpretiert den Zins nicht in seiner mikroökonomischen Dimension als liquiditätspräferenzgesteuerte Größe, sondern als makroökonomische Kategorie.

9.1.3 Die Transformation des liberalen Staats zum Steuerstaat

Mit der Vorenthaltung der Möglichkeit zur Budgetfinanzierung über den Notenbankkredit erhält die institutionelle Ausgestaltung und inhaltliche Verfeinerung des nationalen Steuersystems zur Finanzierung des Staatsausgabenvolumens eine prekäre Bedeutung, da die Effizienz des Steuersystems darüber mitentscheidet, ob das Experiment eines autonomen Kreditgeldsystems zum Scheitern verurteilt ist oder nicht. Auf der Basis einer Kreditgeldtheorie gewinnt die Forderung nach einem Budgetausgleich jenseits politischer Grabenkämpfe die Bedeutung eines *sine qua non* der Wirtschaftspolitik und wird dadurch frei von dem Geruch, eine Zwangsneurose von Stabilitätsaposteln zu sein. Im Gegenteil trägt die Gestaltung ausgeglichener Budgets zur Säuberung des politischen Klimas und zur Steigerung des politischen Vertrauens bei, indem eine öffentliche Selbstbeschränkung auch zur Steigerung der gesellschaftlichen Sozialhygiene führt.

Jenseits dieser sozialpsychologischen Effekte gewinnt das betroffene Finanzsystem durch diese Politik einen autopoietischen Systemcharakter, weil unter diesem Regime jede Kreditgewährung eine potentielle Geldnachfrage bedeutet und deswegen eine autopoietische Prozessierungsform des Kreditgeldes gewährleistet ist. Die Implementierung der Funktionsbedingungen des Kreditgeldsystems, die sich in einer intensiven Geldnachfrage auf den Gütermärkten widerspiegeln, führt dann in Konsequenz zu einem stetigen Prozeß in Richtung auf die Entwicklung von Käufermärkten, die ggf. für potentielle Investoren den geeigneten Anreiz darstellen, eine Erweiterung der Integration von Ressourcen, d.h. letztlich die Integration der Ressource Arbeitskraft in den gesellschaftlichen Arbeitsteilungszusammenhang vorzunehmen.

Die damit postulierte Funktion des Zinses besteht darin, die gesellschaftliche Parallelität von Aktiva und Passiva auch bei Existenz von Vermögensverlusten zu garantieren. Mit einer derartigen Zinstheorie wird nunmehr deutlich, warum der Zins in konjunkturellen Schwächeperioden die Tendenz hat zu steigen (vgl. Zinstabelle, S. 109): der zur Deckung der Forderungsabschreibungen notwendige Finanzbedarf macht einen höheren Zins erforderlich, so daß eine Politik, die den Zins zu einer konjunkturellen Stabilisierung instrumentalisieren will, wegen systemimmanenter Zwänge zum Scheitern verurteilt ist.

Mit Blick auf die Erkenntnisse der Neuen Politischen Ökonomie kann die Beschneidung des Handlungsrahmens staatlicher Akteure als eine wirtschaftsfördernde Institutionalisierung gesellschaftlicher Machtbeziehungen interpretiert werden. Geht man davon aus, daß entsprechend der Ökonomischen Theorie der Politik das wirtschaftspolitische Instrumentarium (auch) zur Erreichung persönlicher Ziele eingesetzt wird (vgl. Luckenbach 1986, S. 7f.), so stellt die Staatsfinanzierung über den Notenbankkredit die unmittelbar attraktiv wirkende Entscheidungsoption dar, weil die Alternative, Staatsfinanzierung über Steuereinnahmen zu betreiben, sowohl auf gesellschaftliche Widerstände trifft, als auch selbst bei einem effizient arbeitendem Steuererhebungssystem erst mit einer Zeitverzögerung eintritt. Sobald das Steuerinstrument als die dominante Finanzierungsquelle des Staates¹⁵ bestimmt ist, gewinnt die Operationsqualität bzw. der konjunkturelle Zustand der Wirtschaft unmittelbar an Bedeutung, so daß das politische Kalkül nunmehr zu einer wirtschaftsfreundlichen Handlungsweise gezwungen wird, die nebenbei auch geeignet ist, eventuelle, innerhalb der Bürokratie wirkende, Hemmfaktoren zu beseitigen. Die Konkurrenz um die Erträge (Steuern) des Staates aus privater ökonomischer Betätigung zwischen der verwaltenden Bürokratie und der politischen Exekutive wird schließlich wegen des dispositiven Übergewichts der Exekutive zu einer effizienten Interaktion zwischen politischem und ökonomischem Sektor führen, so daß in letzter Konsequenz das gesellschaftspolitische (privatwirtschaftliche) Ziel zum identitätsbildenden politischen Ziel erhoben wird.

9.2 Die Steuerung der Kreditgeldökonomie

Der zweite programmatische Aspekt zur Ausgestaltung der Wirtschaftsverfassung ist die Lösung des Problems, auf welche Weise bzw. mit welchen Steuerungsmedien die ökonomische Aktivität am besten zu beeinflussen ist. Der offenkundige Mißerfolg planwirtschaftlicher Steuerungssysteme ist, jenseits der Attraktivität für die Profilierung von Bürokrat(i)en, der schlechteste Weg, um die Potentialitäten der potentiellen Produktivkräfte zu stimulieren. Wenn also der Erfolg einer Wirtschaftsverfassung in dem Grad der Inter-

¹⁵Darin liegt der immense strategische Wert des Artikel 115 I Grundgesetz!

nalisierung der Handlungskonsequenzen ökonomischer Aktivitäten besteht, kommt für die Implementierung von Steuerungsmedien letztlich nur noch eine indirekte Steuerungsoption in Frage.

Jenseits der legislativen Normensetzung zielt die ökonomische Normensetzung auf die Ordnung der gesellschaftlichen Kooperationszusammenhänge, wobei Kooperation als freiwillige Handlungsoption an die Existenz von allgemeinverbindlichen Kommunikationszusammenhängen gebunden ist. Im einzelnen ist dabei die Bereitschaft, Leistungen in dem gesellschaftlich akzeptierten Wertstandard auszudrücken, der Ansatzpunkt für die geldwirtschaftliche d.h. makroökonomische Wirtschaftspolitik und besteht im wesentlichen in der Setzung der gesellschaftlichen Bonitätsstandards durch den Träger des ökonomischen Finanzierungszusammenhangs: die Zentralbank.

Dabei wird die Zentralbank bewußt nicht als Träger des gesellschaftlichen **Re**finanzierungszusammenhangs bezeichnet, da sie kreditgeldökonomisch gesehen als Quelle des ökonomischen Kommunikationsmittels keine subsidiäre Funktion, sondern eine supersidiäre Position im internen Finanzsystem besitzt. In gängigen *terms* ausgedrückt spielt die Zentralbank nicht die Rolle des ***lender of last resort***¹⁶, sondern die Rolle des ***lender of first liquidity***.

Mit der Erkenntnis, daß zur Funktionsbestimmung einer Zentralbank die Setzung der Bedingungen über Liquidität verfügen zu können gehört, wird ihr dasjenige Instrument in die Hand gegeben, welches es erlaubt, die Informationen und das vorhandene technologische Wissen der Unternehmerwirtschaft zu aktivieren, weil die abstrakte Setzung der Finanzierungsbedingungen die Verfügung über die gesellschaftlichen Ressourcen an das individuelle Entscheidungskalkül bindet, dessen Rationalität von der Vermö-

¹⁶Sicherlich wird die Zentralbank auch gegebenenfalls als *lender of last resort* fungieren, wenn aus irgendwelchen Gründen der private Liquiditätsbedarf sprunghaft ansteigt. Eine Stellung als *lender of last resort* genießt die Zentralbank aber nur dann, wenn die Haushalte der *lender of first resort* sind, mit Geld, welches aus Staatsschulden entstanden war. Die Zentralbank als *lender of last resort* ist daher ein Topos der Außengeld-, d.h. der Tauschtheorie, die ja auch keiner geldtheoretischen Fundierung bedarf.

genslogik beherrscht wird. Die Setzung von Bonitätsstandards auf dem Kreditmarkt bewirkt, daß die Verfügung über Liquidität erst dann erfolgt, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz für das Resultat dieser Vermögensverwendung mit einem vorgegebenen Sicherheitsniveau erwartet werden kann. Sofern die Zentralbank ihre Funktion, die in der Setzung der Kreditkonditionen besteht, effektiv ausüben kann, ist sie der Garant dafür, daß die Verluste/ Gewinne die aus der Verfügung über Liquidität entstehen, von demjenigen getragen werden müssen, der die Verfügungsgewalt über die Liquidität ausgeübt hatte.

Die Internalisierung der Resultate der Vermögensverwendung ist für die Funktionsfähigkeit der Ökonomie als die entscheidende Vorbedingung anzusehen, weil damit sichergestellt ist, daß die Kommunikationsbasis des ökonomischen Geschehens eine akzeptierte Maßeinheit für die gesellschaftliche Produktion darstellt, deren Implikationen zur Herausbildung sozialpolitisch erwünschter Käufermärkte führen. In diesem Sinne gewinnt die Forderung nach einem Staatsbudgetausgleich den Charakter einer wirtschaftsfördernden Maßnahme, weil die Überantwortung der Trägerschaft des ökonomischen Prozesses in private Hände das technologische Wissen und die persönlichen Energien für das Wohlfahrtsziel einspannen, die sich bei einer dirigistischen Politik ausschließlich der Aufgabe widmen würden, die staatlich implementierten Programme eigennützlich auszubeuten bzw. staatliche Planung wenn schon nicht zu torpedieren, so doch zumindest zu ignorieren.

9.2.1 Die Begrenzung des Kreditvolumens als Setzung von Bonitätsstandards

Insoweit als die Bestimmung der Konditionen, zu denen die Vermögensüberlassung erfolgt, eine Angelegenheit der individuellen Risikoeinschätzung ist, ist davon auszugehen, daß der Grad der Risikopräferenz der Kreditgeber die strategisch entscheidende Variable des Kreditgeldsystems wird. Dabei deuten jedoch die synchronisierten Handlungsmuster von Vermögensbesitzern und Zentralbank, die sich in einer Parallelität der Kreditvergabepräferenz zeigen, auf einen sozialökonomischen Aspekt des kreditgeldwirtschaftlichen Systems hin. Der Umstand, daß aus Portfolioallokationsgründen die Haltung einer Währung mit steigender Geldwert-

Stabilität zunimmt, könnte das Mißverständnis produzieren, die Zentralbank hätte quasi als Agent der Vermögensbesitzer die Stabilität der Währung garantieren.

Sofern man einmal zur Kenntnis nimmt, daß eine Zentralbank *per se* kein unmittelbares Interesse an der Sicherheit von Vermögenseigentümern hat, sondern ihre Aufgabe in der Ausdifferenzierung des nationalen Finanzsystems findet, wird insbesondere die Setzung von Bonitätsstandards zu einer strategischen Qualität der Gesellschaftsorganisation. Denn sobald es zu einem allgemein akzeptierten Bonitätsstandard gekommen ist, über dessen Qualität Konsens erzielt werden konnte, bleibt der Zentralbank nur noch die Aufgabe, diesen Standard zu verteidigen.

Im Gegensatz zu einer individualistischen Ökonomie, die zur Integration des Geldes in die Ökonomie den individuellen Geldnutzen als Begründung für die Existenz von Geld als gegeben voraussetzen mußte, wird nun die Liquiditätspräferenz nicht als eine autonome Entscheidungsvariable der Vermögensbesitzer gefaßt, sondern erhält als Produkt der Zentralbankpolitik einen derivativen Charakter¹⁷, der überhaupt erst dem Geld den Vermögenscharakter verschafft. Offenbar wird mit dieser Argumentationslinie die Validität des *currency* Theorems hinfällig, weil das Regulierungsprinzip des *currency* Konzepts mit dem des *banking* Konzepts kollidiert¹⁸, mithin die härtere - weil ökonomische - Beschränkung des Geldvolumens dominiert.

Das moderne Mißverständnis, das *currency* Prinzip als die härtere Beschränkung des Geldvolumens aufzufassen, resultiert aus der unkritischen Vorstellung, die Methodologie des Marktes unbedingt zur Erklärung steuerungstheoretischer Zusammenhänge begreifen

¹⁷Durch die Fixierung auf das individualistische Dogma wird die Liquiditätspräferenztheorie mit einer Aufgabe überfrachtet, die ihrer auf die Mikroökonomie beschränkten Tragweite in keiner Weise gerecht wird. Darüberhinaus zeigt sich, daß für die Frage der Steuerung des ökonomischen Aktivitätsniveaus eine naive Zuteilungslogik kein valides theoretisches Konzept für eine Gesellschaft rational handelnder Akteure sein kann.

¹⁸Institutionentheoretisch gesehen steht hierbei dem "*court ordering*" des *currency*-Prinzips das "*private ordering*" des *banking*-Prinzips gegenüber (vgl. Williamson 1985).

zu wollen. Makroökonomie als Steuerungstheorie besitzt jedoch ihre methodologische Verwandtschaft zu einer Theorie sozialer Strukturierung (vgl. z.B. Deutsch 1969), welche die Ausdifferenzierung sozialer Systeme zu komplexen Strukturen zum Gegenstand hat. So gesehen ist das *banking* Prinzip die modernere Variante, weil erst die Akzeptanz der Endogenität der Geldmenge den Blick dafür frei macht, welche institutionellen Mechanismen zu entwickeln sind, um die Internalisierung der Resultate der Vermögensverwendung - und damit die Begrenzung der Quantität des Geldes - institutionell absichern zu können.

Nach den bitteren Erfahrungen, welche die Wirtschaftsgeschichte im Zusammenhang mit strikten Geldvolumenkontrollen aufzeichnen mußte, ist zu vermuten, daß eine strikt quantitative Begrenzung nicht die entscheidende Aufgabe der Zentralbank¹⁹ sein kann, obgleich sie über den Einfluß auf die Kreditkonditionen des Interbankenmarktes die Geldvolumenkontrolle auf ökonomischen Wegen steuert. Ein stabiles System der Geldversorgung setzt offenbar einen Mechanismus voraus, der den Vermögensbesitzer bei der Verfügung über Vermögen an die gesellschaftlichen Bonitätsstandards bindet. Nach den Erfahrungen, die aus den Funktionsdefekten von Planwirtschaften ersichtlich wurden, wird es unmittelbar deutlich, daß die Kontrolle der Einhaltung von Bonitätsstandards

¹⁹So ist nach Bagehot das Verschwinden der Liquiditätskrisen auf den englischen Finanzmärkten darauf zurückzuführen, daß die *bank of england* zu einer Politik des offenen Diskontfensters übergegangen ist. „What is almost a revolution in the policy of the Bank of England necessarily follows: no certain or fixed proportion of its liabilities can in the present times be laid down as that which the Bank ought to keep in reserve. The old notion that one-third, or any other such fraction, is in all cases enough, must be abandoned. The probable demands upon the Bank are so various in amount, and so little disclosed by the figures of the account, that no simple and easy calculation is a sufficient guide. A definite proportion of the liabilities might often be too small for the reserve, and sometimes too great. The forces of the enemy being variable, those of the defence cannot always be the same.” (Bagehot 1873, S. 318) “But of cash in ultimate reserve - cash in reserve against a panic - the savings’ banks have not a sixpence. These banks depend on being able in a panic to realize their securities. But it has been shown over and over again, that in a panic such securities can only be realised by the help of the Bank of England - that it is only the Bank with the ultimate cash reserve which has at such moments any new money, or any power to lend and act.” (Bagehot 1873, S. 331)

keine Aufgabe einer Bürokratie sein kann, sondern eine des Finanzsektors selbst sein muß. Das bedeutet, daß es ökonomischer und nicht bürokratischer Sanktionsmechanismen bedarf, um die Kreditvergabe der Banken zu steuern.

Als adäquates Instrument geldwirtschaftlicher Steuerung und Kontrolle ist der Markt für die kurzfristige Überlassung von Liquidität, der nationale Interbankenmarkt, oder kurz: der Geldmarkt anzusehen. Ein Blick in die bankwirtschaftliche Literatur erhellt, daß die Überlebensfähigkeit jeder einzelnen Bank von ihrer Bonität bzw. von der Bonität ihrer Forderungstitel abhängt, die sie im Fall eines Refinanzierungsbedarfs an andere Banken abtreten können muß (vgl. Stützel 1958). Finanzielle Stabilität bedeutet essentiell, daß der Reputationsstatus der Bank hinreichend sein muß, um im Notfall auf das Refinanzierungspotential des Geldmarktes zugreifen zu können. Die ökonomische (marktlogische) Strafe für den Verlust an Reputation führt unweigerlich, wegen des gestiegenen Gläubigerrisikos zu einer Verteuerung der Refinanzierungskredite und damit *per saldo* zu einer Minderung des bankwirtschaftlichen Unternehmensgewinnes in der Jahresschlußbilanz.

Sobald eine Zentralbank ihre Aufgabe erfüllt und die Konditionen des Kreditmarktes auf einem für sie akzeptablen Level fixiert, indem sie eine Refinanzierungspolitik betreibt, die jede Geschäftsbank dazu zwingt, zur Refinanzierung auf das Finanzierungspotential des Geldmarktes zurückgreifen zu müssen, kann sie unter Wahrung dieses Standards beliebig viel Zentralbankgeld ausgeben, da in diesem Fall anstelle der Zentralbank das Bankensystem als der strategische gesellschaftliche Vermögensverwalter das Geschäft der Begrenzung des Kreditvolumens übernimmt. Die Differenz zwischen Eigentum an dem und Verfügung über das Geldvolumen nach Maßgabe einer anreizkompatiblen Ausgestaltung der Verfügungsrechte, macht denn auch eine direkte Kontrolle des Bankensystems durch die Zentralbank überflüssig. Denn die auf das Bankensystem angewandte Durchsetzung des Prinzips der Internalisierung der Resultate der Vermögensverwendung, erfordert seitens der Zentralbank die Installierung eines bankeninternen Kontrollmechanismus, der auf dem Zwang beruht, den Liquiditätsausgleich über den Geldmarkt vollziehen zu müssen. Diese Reduktion auf die Steuerungsfunktion i.e.S., bei der sich die Zent-

ralbank auf ihre eigentliche Steuerungsaufgabe konzentrieren kann, macht sie denn auch zu der dominanten Steuerungsinstanz der Ökonomie, wenn sie autonom über die Ausgestaltung der Bedingungen zur Kreditvergabe entscheiden kann und somit die sozialen Beziehungen der Gesellschaft in entscheidender Weise mitgestaltet.

Offenbar bietet das individuelle Gewinnmaximierungsprinzip in Verbindung mit dem Refinanzierungsproblem gerade diejenige Motivation zur effizienten Vermögensverwendung, die eine Individualtheorie von der Vorgabe einer Erstausrüstung an Geld seitens der Zentralbank erwarten muß. Denn die allgemeine Akzeptanz von Bonitätsstandards, also eine bankenuniverselle Liquiditätspräferenz, führt über den Liquiditätsbeistand am Interbankenmarkt sofort zu einer Kreditverteuerung für jeden, der die bankenübliche Qualität seines Portfolios nicht aufweisen kann. Die Anreizstruktur ist somit deutlich: Qualitätsverbesserungen des Bankenportfolios führen zu tendenziell steigenden Bilanzgewinnen, Verschlechterungen dagegen zu Verlusten und in letzter Konsequenz möglicherweise zum Ausschluß vom Bankgeschäft, zum Konkurs. Damit liegt der entscheidende Aspekt der geldwirtschaftlichen Organisation in dem Umstand begründet, daß durch die anreizkompatibel ausgestaltete Institutionalisierung des Geldmarktes die Kosten/Gewinne der Abweichung von einem vorgegebenen Bonitätsstandard über eine gegenseitige Kontrolle vollständig internalisiert werden.

Dabei bleibt unbenommen, daß eine Zentralbank eine gleichschrittige Expansion des Kreditvolumens der ihr angeschlossenen Banken immer monetär alimentieren wird²⁰, weil sowohl bei Inflations- als auch bei Expansionsprozessen eine quantitative Restriktionspolitik zu einer unerwünschten Reduktion der wirtschaftlichen Aktivität führen muß. So gesehen besteht das Drohpotential einer Zentralbank in der Verweigerung der Refinanzierung einzelner Banken, deren qualitative Kreditpolitik von den anderen Geschäftsbanken

²⁰Für den Fall einer Liquiditätskrise wird die Zentralbank dann doch zu einem *lender of last resort*; diese singuläre Erscheinung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre eigentliche Aufgabe in einer systemkompatiblen Integration des Kreditgeldes in die Ökonomie besteht.

nicht mitgetragen wird, so daß im Gesamtbild der Anschein entsteht, die Zentralbank würde für eine generelle quantitative Begrenzung des Kreditvolumens Sorge tragen, obwohl sie eine qualitative Kreditpolitik betreibt.

9.2.2 Die Gefährdungen der Autonomie des Kreditgeldsystems

Die Hauptaspekte der Finanzierungsbedingungen bestehen dabei nur zum Teil aus der Herausbildung eines Zins- und Konditionenfächers, darüber hinaus ist die Gestaltung der Fristenstruktur der Kredite deswegen von eminenter Bedeutung, weil insbesondere mit Bezug auf die alternativen Verwendungsmöglichkeiten von Geldvermögen die Portfoliodiversifizierung in Realkapital - sowie in ausländische Kapitalwertpapiere bzw. Devisen²¹ - als attraktive Alternative erscheinen kann.

Mit Blick auf die Funktionsbedingungen des Kreditgeldkapitalismus gilt jedoch, daß es für eine Zentralbank kaum eine Veranlassung gibt einen Fonds für eine (fiktive) Realwertsicherung, z.B. zur Aufrechterhaltung eines Wechselkursankers, anzulegen. Die Tatsache, daß eine Zentralbank ausschließlich die Verantwortung für die Organisation des nationalen Kreditgeldsystems hat bedeutet, daß sie für die Aufrechterhaltung der Autopoiese des internen Finanzsystems Sorge zu tragen hat, eine Aufgabe, deren Aktionsradius auf die Gestaltung der internen Finanzierungsbedingungen beschränkt ist. Die Erhaltung der Autonomie der Kreditgeldökonomie setzt die Erhaltung der monetären Selbstreferenz voraus, deren Kriterium die nationale Währung - und nicht etwa ein zum Wertstandard erhobener Wechselkurs bzw. Warenkorb - ist. Da das nationale

²¹Die Vorstellung, Portfolioallokation mit der Folge einer Privatisierung von Devisenbeständen sei eine unangemessene Handlungsweise von Geldvermögensbesitzern, wird auch von Williamson/ Lessard in Frage gestellt (vgl. Williamson/Lessard 1987, S. 2f). Dabei besitzt das als Kapitalflucht diskreditierte Phänomen der Privatisierung von Devisenbeständen eine besondere Bedeutung für die betroffene Gesellschaft, weil sie den Aspekt der externen Autonomie eines Wirtschaftsraumes betrifft. Daher besitzt Kapitalflucht als Negatividee insofern Bedeutung, als sie bei den monetären Autoritäten die Vorstellung produzieren kann, daß eine Abwanderung von Devisen das ökonomische Wohlergehen der Nation zur Disposition stellte und daher unter allen Umständen zu verhindern sei, eine Politik, deren Implikationen die Autopoiese eines Kreditgeldsystems zwangsläufig torpediert.

Geldvermögen exakt dem nationalen Verbindlichkeitsvolumen entspricht, und damit die Gleichheit von Geldvermögen und Geldnachfrage zum Zweck der Reduktion der Verbindlichkeiten lediglich temporär verletzt sein kann, besteht die akzeptable Antwort auf eine inflationsbedingte - und die Inflation zusätzlich stimulierende - Flucht in die Sachwerte bzw. ein ausländisches Geld aus der Verkürzung der internen Zahlungsziele mittels einer Erhöhung des Diskontsatzes, um bei einer inflationären Entwicklung, die Ausdruck einer Präferenz zur Haltung von Realwertvermögen ist, eine Nachfrage nach Nettogeldvermögen zu induzieren.

Das Wahrung eines nichtinflationären Gleichgewichts bewahrt somit die Autonomie des Kreditgeldsystems gegenüber jedem realen Wertstandard, so daß der entscheidende Aspekt der basalen Steuerungsstruktur des Kreditgeldsystems in dessen Autoregressivität steckt: entscheidend ist das Verhältnis des positiven Geldvermögensbestandes zur aktuellen Geldnachfrage, die sich auf den nationalen Binnenmärkten äußert. Negativ formuliert: das (immer noch beliebte) Postulat, die Sicherung einer Währung müsse auf einer staatlich garantierten Wertfixierung zu einer Ware - i.d.R. Gold - beruhen, erkennt, daß eine Realwertsicherungspolitik nach der Theorie autopoietischer Systeme zur Aufgabe der internen Steuerungskompetenz des Kreditgeldsystems führt und der damit implizierte Verlust der Systemgrenze zur Folge hat, daß das System seine Autonomie zugunsten eines anderen Wertstandards verliert.

9.2.3 Die Konsequenzen des Autonomieverlusts

Der theoretische Bezugsrahmen einer Kreditgeldtheorie die das - als System ernstgenommene - Kreditgeldsystem als autopoietisches System auffaßt, weist dem Finanzsystem die beiden bedeutsamen Funktionen Koordination nach innen einerseits, sowie Abschirmung nach außen andererseits zu. Allgemein formuliert beinhaltet das Konzept der Autopoiese, daß ein autonomes System zwei essentielle Aufgaben zu erfüllen hat. Einerseits muß es die Reproduktion der eigenen Elemente gewährleisten, andererseits muß es seine Abgrenzungsmechanismen funktionsfähig erhalten, was im übertragenen Sinne bedeutet, daß das Geldsystem keiner

externen Beeinflussung durch das Realsystem zugänglich sein darf.

Diese Einschätzung beruht auf der gleichberechtigten Fokussierung des Vermögensschuldners - alias des Unternehmers - als zentraler Akteur des ökonomischen Geschehens (gegenüber der Betonung des Vermögensgläubigers im Rahmen von Vermögensmarkttheorien), dessen genuines Interesse die Sicherheit gegenüber potentiellen Zahlungszwängen, die Resultat seiner (historisch) eingegangenen Schuldposition sind, als oberste Präferenz ausweist. Kontrapunktisch zur der postulierten Autonomie der Vermögensbesitzer in der Vermögensmarkttheorie ist der Vermögensbesitzer - alias der Sparer - im kreditgeldtheoretischen Begründungszusammenhang quasi ein Gefangener des jeweiligen Geldes, insoweit als er für eine Umstrukturierung seines Portfolios einen anderen Vermögensbesitzer braucht, der gerade sein Angebot nachfragt.

Letzterer Aspekt muß unter zwei Gesichtspunkten diskutiert werden, nämlich der Frage nach der Durchsetzbarkeit von Geldforderungen einerseits sowie dem Wechselkursproblem andererseits. Durchsetzbarkeit von Geldforderungen bedeutet im Rahmen einer Theorie selbstreferentieller Systeme, daß ein strikt angewendetes Rechtssystem in Hinblick auf einen Gläubigerschutz den selbstreferentiellen Zusammenhang des Geldsystems wahrt und damit eine Vorbedingung für die Autopoiese des Geldsystems schafft. Wenn also die Durchsetzung von Geldforderungen den autoregressiven Charakter des Kreditgeldsystems (in Zusammenarbeit mit dem Konkursrecht) unterstreicht, so gilt etwa die Vorstellung, diese Rechtssicherheit müßte in Bezug auf Güter eine analoge Ausprägung finden, nicht. Denn in diesem Fall gilt demgegenüber, daß die Fixierung von Preisen als fremdreferentieller Vorgang einen anderen Aspekt der Theorie autopoietischer Systeme berührt, und zwar den Komplex der Systemgrenze. Denn alles was geeignet ist den autoregressiven Charakter des Kreditgeldsystems zu zerstören, bedeutet das Ende der Autonomie des Systems, mithin das Ende der Autonomie eines Wirtschaftsraumes.

Die Sicherung einer Realwertkonstanz eines Geldes bedeutet demnach gerade den Verlust der Autonomie des betreffenden Geldes,

da die Selbstverpflichtung einer Zentralbank, einen bestimmten Wechselkurs - z.B. zum Gold - zu verteidigen, gerade die Deklaration ihrer eigenen Abhängigkeit beinhaltet. Der aktuelle Ausdruck ist dabei die Existenz eines Liquiditätsproblems, welches die selbsterwählte Abhängigkeit der Zentralbank in makroökonomischer Hinsicht ausdrückt. Umgekehrt gesagt ist die Existenz der für unerwünscht gehaltenen „Flucht in die Sachwerte“ an die Finanzierung der Portfolioallokation durch die jeweils intervenierende Zentralbank gebunden und macht dadurch die Spekulation gegen das Geld der Zentralbank erst zu einem lohnenden Geschäft.

Der Grund für die Verletzung des autopoietischen Charakters des Geldsystems liegt darin, daß die Emission von Geld gegen ein Gut den Zusammenhang von Forderungen und Verbindlichkeiten, welcher den Systemzusammenhang konstituiert, zerreißt. Die autonome Reduktion des aktivischen Geldvermögens bewirkt nämlich, daß innerhalb der Bilanz der Zentralbank ein negatives Nettogeldvermögen entsteht, dessen Gegenposten aus einer Schuldposition bezüglich Gold oder Devisen besteht. Der Umstand, daß divergierende Dimensionen auf Aktiv- und Passivseite zu finden sind, liegt an der Verletzung der Geldschöpfungs- bzw. Geldvernichtungsregeln, da die Vernichtung von Geld im Zuge einer Goldnachfrage nicht mit einer Reduktion der internen Verbindlichkeiten einhergeht, sondern zu einer Reduktion der Zahlungsfähigkeit der Zentralbank führt.

Ein nicht realwertfixierter Wertstandard im Sinne einer fehlenden Selbstverpflichtung der Zentralbank bzw. der jeweiligen Regierung einen bestimmten Goldpreis zu garantieren, muß als notwendige Vorbedingung für die Konstituierung der Autonomie einer Währung angesehen werden und stellt damit für kreditgeldorganisierte Ökonomien einen unmittelbar notwendigen Politikimperativ dar, um die Konsistenz bzw. Funktionsfähigkeit des Kreditgeldsystems zu bewahren. Umgekehrt bedeutet die institutionelle Sicherung eines fixen Goldpreises gerade die Schaffung eines Zahlungsfähigkeitsproblems, dessen Implikationen die betreffende Zentralbank in die Abhängigkeit von Realvermögensbesitzern treibt²², und so

²²In Bezug auf diesen Problembereich sind vor allem die Vorstellungen der traditionellen Entwicklungspolitik zu kritisieren, insofern als ihr der Vorwurf

die Autonomie des Finanzsystems zur rationalen Allokation von Kredit, und damit von Verfügungsrechten auf Realkapital, zerstört.

Unter diesem Aspekt ist das Mißverständnis, Geld sei nur als *numéraire* und Tauschmittel und damit als Gut zu interpretieren ein folgenschwerer und unheilvoller Denkfehler, weil die Bindung einer Währung an einen sogenannten Wertanker der internen Wirtschaftspolitik die Allokationsbedingungen der Realvermögensbesitzer aufzwingt. Insbesondere die Modalitäten der Kreditvergabe sind deswegen bedeutsam, weil sie die Vorgabe für die Effizienz eines Investitionsprojektes festlegen, und damit für die involvierten Arbeitnehmenden den zu erbringenden Produktivitätsstandard - gemessen in Geld, d.h. eine monetäre Grenzleistungsfähigkeit des Investitionskredits - vorgeben, dessen Nichterfüllung den Ausschluß - d.h. Arbeitslosigkeit - vom gesellschaftlichen arbeitsteilig organisierten Produktionsprozeß zur Folge hat.

10 Die soziale Funktion des Zinses

10.1 Q-Zinsen und Risikoprämien

Wenn also eine Erhöhung bzw. Senkung des Kreditzinses kreislauftheoretisch gesehen keine Effekte auf die Investitionsbereitschaft haben muß, wird der Zins als unabhängige Variable bzw. Steuergröße der Investition obsolet, so daß zu fragen ist, nach Maßgabe welcher Kriterien eine Variation des Zinses erfolgen sollte bzw. welche volkswirtschaftlichen Funktionen der Zins tatsächlich aufweist. Dabei liefert der Begriff der Q-Zinsen die entscheidenden Erkenntnisse, da Q-Zinsen als Nettozinseinnahmen darauf hinweisen, daß primär zum Zins als Einkommenselement Zinsen zunächst einen Risikocharakter aufweisen, d.h. das Risiko reflektieren, daß ein Schuldner seinen Kapitaldienst nicht imstande ist zu leisten. So gesehen kann der Zins primär als Risikoprämie²³ angesehen wer-

gemacht werden muß, die grundlegenden finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Entwicklungsprozesses wegen einer defizitären Geldtheorie in sträflicher Weise ignoriert und damit den Ländern der dritten Welt eine jahrzehntelange Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung beschert zu haben.

²³Noch schärfer sieht Hahn die Situation: "Richtet sich das Maß der von den Banken gewährten Kredite nach dem Stand ihrer einzelwirtschaftlichen Liquidität,

den, die jeder Schuldner zahlt, obwohl nur einzelne Schuldner tatsächlich in Konkurs gehen.

„The reason that banks do not only supply information is simple: it is related to the difficulties of ensuring that the information is credible. The fact that banks not only say that the individual is credit worthy, but show it through their willingness, in effect, to provide insurance, is important. By making long-term loans, the bank says to society (to others with whom the borrower deals): give this individual resources and we insure that he will be able to pay for them. The supplier is paid immediately, the customer pays for the goods, in effect, when the loan is repaid later. Banks not only certify that the customer has the resources (endowment) to make the repayment when indicated; they also stand behind that commitment.“ (Stiglitz/Weiss 1988, S. 15)

Der Zins als Risikoprämie erschöpft seinen Effekt allerdings nicht nur darin, die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken ausgeglichen zu halten, in der die Zinseinnahmen als Erträge gegen die Forderungsabschreibungen aus notleidenden Krediten aufgerechnet werden. Der Umstand, daß den Forderungsabschreibungen früher erteilte Kredite zugrunde liegen, bedeutet hinsichtlich des Faktormarktes, daß dort Ressourcen in Anspruch genommen wurden, deren Entlohnung zwar Einkommen geschaffen hatten, denen aber nun am Gütermarkt keine Leistungen gegenübergestellt worden sind, mithin diese Ressourcen konsumiert wurden. Ein kreditfinanzierter Konsum von Ressourcen bedeutet, daß dem Einkommen nur ein kleinerer Produktionswert alias Güterangebot gegenüberstehen würde, wenn nicht in den Preisen der tatsächlich angebotenen Güter ein Zinselement eingerechnet wäre, welches das wertmäßige Angebotsvolumen wieder an das Einkommensvolumen

so stellt sich der Zins, d.h. der für den Kredit zu zahlende Preis, als Entgelt für den durch die Einräumung des Kredits verursachten Liquiditätsverlust dar. Der Zins ist vom Standpunkte der Bank gleichsam Risikoprämie. Er enthält nicht nur, wie die herrschende Meinung annimmt, Bestandteile, die Risikoprämien darstellen, sondern ist seiner ganzen Größe nach nur Risikoprämie. Die durch die historische Entwicklung gezeitigte Abstraktion des Kreditverkehrs vom real und körperlich vorhandenen Gelde im Sinne des Zahlungsmittels hat den Zins aus dem Entgelt für Ueberlassung von Geld zu einem Entgelt für die Ueberlassung von Vertrauen, von Kredit und damit ausschließlich zum Preis für die Uebernahme von Risiko gemacht.“ (Hahn 1920, S. 102)

angleicht.²⁴ Anders gesagt bedeutet die Einrechnung einer Risiko-prämie in die Angebotspreise der Güter, daß jeder Käufer im Kaufpreis einen **sozialen Risikobeitrag** entrichtet, der seine Begründung in der positiven Forderungsausfallwahrscheinlichkeit jedes Einzelkredites findet. Das Risiko von Forderungsabschreibungen wird also in der Weise sozialisiert, daß nicht die Faktoreinkommen aus dem fehlgeschlagenen Investitionsprojekt vernichtet werden, was eine kausale Internalisierung der Konsequenzen fehlgeleiteter Vermögensverwendung und damit Individualisierung des Investitionsrisikos bedeuten würde, sondern durchweg alle entstandenen Faktoreinkommen einen Beitrag zur Konsolidierung etwaiger Forderungsausfälle in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken beitragen.

„If the individual cannot make the repayment, they, the bank - not those who have supplied him with goods - bear the loss. They know, of course, that there are certain contingencies in which the individual will not be able to repay the indicated amount; and they accordingly charge him an insurance premium: When he can repay, he repays more than he would if there were no risk associated with his repaying. It is not an easy matter to provide appropriate incentives for information providers to evaluate accurately what the appropriate insurance premium should be and to communicate that evaluation. Functions of providing insurance and obtaining information about the borrowers' riskiness are linked so that the supplier of information (the bank) bears the cost - the loss in returns resulting from default - for any failure to obtain accurate information.“ (Stiglitz/Weiss 1988, S. 15f)

Dieser Risikoanteil an den Zinsen ist im Gegensatz zu den Q-Zinsen auch nicht neutral in Bezug auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, da die Risikoprämien für die Konsolidierung der Forderungsausfälle verwendet werden und damit eine Bilanzverkürzung auftritt, die bei reduzierten Forderungsvolumen eine Verkürzung des Verbindlichkeitsvolumens bewirkt, indem z.B. Refinanzierungskredite bei der Zentralbank getilgt werden, d.h. Kreditgeld mithin aus dem ökonomischen Kreislauf wieder verschwindet. Ein

²⁴Genauer: die Bestandsveränderung Forderungsabschreibung der Bank wird durch eine kollektive Reduktion von Nettogeldvermögen seitens der Privaten begleitet.

derartiger Mechanismus erhält seinen Sinn durch die Erhaltung des Gleichgewichts von Einkommen und Güterangebot²⁵, d.h. in der Sicherung der Institution der monetären Lohnzahlung. Der Umstand, daß letztlich die Einkommensbezieher *in toto* die Fehleinschätzungen der Banken zu finanzieren haben, mag zwar ungerechtfertigt erscheinen, besitzt seine Wurzel jedoch in der fundamentalen Unsicherheit der Banken darüber, welche der von ihr finanzierten Investitionsprojekte zukünftig Forderungsabschreibungen notwendig machen. Unter der Bedingung vollkommener Voraussicht würden letztlich nur noch die erfolgreichen Projekte finanziert werden, so daß die Bruttozinseinnahmen (*ex ante*) zu Nettozinseinnahmen (*ex post*) werden, die Risikoprämie mithin gleich Null wird. Q-Zinseinnahmen als Einkommenselement lassen sich jedoch wegen der Konkurrenz der Banken bei einem offenen Diskontfenster nur temporär aufrechterhalten, so daß im Gleichgewicht eine zinslose Ökonomie²⁶ entstehen würde, in der die Banken nur noch aus dem Dienstleistungsgeschäft ein Einkommen beziehen könnten.

In einer Situation der Unsicherheit über die Zurechnung der Forderungsabschreibungen zu einzelnen Investitionsprojekten bleibt als letzte Konsequenz nur die Erhebung einer allgemeinen Risikoprämie alias Versicherungsprämie als Option offen, so daß entgegen der Vermutung, Geld wäre als Implikation fundamentaler Unsicherheit über zukünftige Umweltzustände zu interpretieren, sich die nahegelagerte Vorstellung des Zinses als soziale Risikoprämie

²⁵In letzter Konsequenz ergibt sich das Gleichgewicht aus dem Hauptsatz der Saldenmechanik: werden Forderungen vernichtet, müssen auch Verbindlichkeiten vernichtet werden.

²⁶Damit löst sich auch das Rätsel um die Schumpeter'sche Zinstheorie: natürlich ist in einer dynamischen Entwicklungsökonomie der Zins positiv, weil die Konkurswahrscheinlichkeit positiv ist. In einer Welt ohne Entwicklung, d.h. auch ohne Konkurse, verliert der Zins als Risikoprämie seine Spielwiese. "Ich weise lediglich nach, daß der Produktivzins seine Quelle im Unternehmerngewinn hat, daß er seinem Wesen nach eine Abspaltung von diesem ist ... und auch in die Welt der alten Betriebe eindringt, in deren Leben, wenn es keine Entwicklung gäbe, er kein notwendiges Element wäre. Nur das - was allerdings fundamental ist für unsere Einsicht in den Lebensprozeß und die ökonomische Struktur des Kapitalismus - will ich mit der Behauptung sagen: 'Die 'statische' Wirtschaft kennt keinen Produktivzins.' " (Schumpeter 1911, S. 241)

für die Überlassung von Geld als stichhaltig erweist. In dieser Selbstbezüglichkeit drückt sich also das Funktionsprinzip eines abstrakten Mediums aus, dessen Interpretation nach Kriterien einer Realtheorie einen elementaren Kategorialfehler darstellt.

Da die Sicherung der autoregressiven Operationsweise des Kreditgeldsystems der buchhalterischen Doppik folgt, muß die soziale Risikoprämie umso höher angesetzt werden, je höher das allgemeine Risiko des Forderungsverlustes einzuschätzen ist. Mit Hinblick auf unterschiedliche Konjunkturphasen läßt sich damit die These vertreten, daß das Zinsniveau um so höher sein wird, je schleppender die Konjunktur verläuft, da ein Konjunkturtief regelmäßig eine steigende Zahl von Firmenzusammenbrüchen produziert. Übersetzt in eine Theorie der Währungspolitik, die sich der Erhaltung eines kohärenten Finanzsystems verpflichtet, bedeutet die allgemeine Einsicht in die mangelhafte Bestandsqualität von Forderungen die Schaffung eines Zwangs zur Konsolidierung der von Konjunkturerinbrüchen verursachten Forderungsabschreibungen unter Vermeidung einer in dieser Situation stets möglichen Liquiditätskrise. Der daraus ableitbare Imperativ für die Zentralbankpolitik lautet dahingehend, daß bei abflauender Konjunktur einerseits über ein offenes Diskontfenster die Offenhaltung der Refinanzierungslinien gewährleistet werden muß. Auf der anderen Seite muß jedoch das *moral hazard* Problem im Bankensystem, die Folgen der Vermögensfehlallokation durch Unterlassung der Forderungsabschreibungen zu umgehen, dadurch unter Kontrolle gebracht werden, indem die Kosten der Refinanzierung, d.h. der Diskontsatz, heraufzusetzen sind, um die Banken zu veranlassen, die Kreditzinsen anzuheben, um sie dazu zu zwingen, die notwendigen Konsolidierungen durchzuführen.

Wesentliche Vorbedingung für die Wirksamkeit einer Diskontpolitik auf die Bedingungen des Kreditmarktes ist, daß eine Erhöhung des Diskontsatzes bei jeder einzelnen Bank eine allokativen Wirkung besitzt, d.h. die Banken auf eine Verteuerung der Refinanzierungskosten mit einer restriktiven Kreditvergabepolitik beantworten. Das setzt voraus, daß jede einzelne Bank eine Diskontsatzserhöhung als individuelles Problem ansieht. Auch wenn dies vordergründig als eine Selbstverständlichkeit erscheint muß berücksichtigt werden, daß ein Bankensystem - und in letzter Konsequenz auch ein kre-

ditgeldfinanziertes Produktionssystem - von einer Kreditverteuerung nicht gesteuert werden kann, weil Zinsen, soweit sie nur ein Einkommenselement darstellen, einen durchlaufenden rechnerischen Posten bilden.

10.2 Das assignment Problem

Mit einer derartigen Bestimmung der Zentralbankfunktionen, die auf die Generierung eines einheitlichen Bonitätsniveaus abzielen und nicht mehr die Zentralbank auf die Rolle eines *lender of last resort* begrenzen, läßt sich das *assignment* Problem dahingehend lösen, daß Währungspolitik die Funktion gewinnt, die Kreditvergabekriterien des Bankensystems zu generalisieren, ohne daß damit eine Lohnentwicklung am Arbeitsmarkt präjudiziert wäre, die als Grundlage des Preisbildungsprozesses anzusehen ist, mit der sich auch die Preisniveauentwicklung parallel bewegt. Anders gesagt, die Preisniveauentwicklung wird nicht mehr wie in der Quantitätstheorie von der Geldmenge gesteuert, auch wenn der definitorische quantitätstheoretische Zusammenhang *ex post* natürlich seine ökonometrische Validität behält. Zwar läßt sich markttheoretisch über die Produktion von Arbeitslosigkeit eine Dämpfung des Lohnauftriebs erreichen, da eine Zentralbank ihr Monopol zur Geldemission zu einer Reduktion der ökonomischen Aktivität einsetzen kann. Eine derartige Therapie löst jedoch das Preisniveauproblem dadurch, daß mit der Inflation der Patient Ökonomie gleich mit untergeht. Aktive Geldmengenpolitik umfaßt damit nicht die Schaffung einer absoluten, sondern einer relativen Knappheit des Refinanzierungsmediums, wobei relative Knappheit zwar einzelwirtschaftlich gegeben, jedoch nicht gesamtwirtschaftlich relevant wird. Damit wird die Notwendigkeit eines offenen Diskontfensters für die Gesamtökonomie in eine einzelwirtschaftliche Beschränkung transformiert und bewahrt somit die Ökonomie vor Liquiditätskrisen, deren Effekte ohnehin nicht als inflationsmindernd einzuschätzen sind.

Die Zinspolitik hingegen zielt auf die Wahrung eines Gütermarktgleichgewichts dann ab, wenn sie als Mittel zur Kompensation notwendiger Forderungsabschreibungen instrumentalisiert wird und damit ebenso von der Funktion entbunden wird, für die Knappheit eines Geldvolumens zu sorgen, welches aufgrund kreis-

lauftheoretischer Zusammenhänge ohnehin nicht durch die Erhöhung durchlaufender Rechnungsposten tangiert wird. Das gilt in gleicher Weise für eine Steuerpolitik, deren Effekte sich in einer Einkommensumverteilungspolitik erschöpfen²⁷, jedoch gleichermaßen keine Auswirkungen auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals haben (müssen)²⁸.

Mit einer derartigen Zinstheorie verliert der Zins gleichzeitig seinen Charakter als Ausbeutungsinstrument einer Kapitalistenklasse, da die Zinsabführungen der Unternehmen primär nicht dazu angelegt sind, den Konsum einer Geldvermögensbesitzerkaste zu finanzieren, sondern seine soziale Ausgleichsfunktion darin findet, die Verluste gesellschaftlich ineffizienter Produktion zu neutralisieren, die als Verlustproduktion gesamtwirtschaftlich gesehen Konsum (von Ressourcen) darstellen.

Mit einer derartigen Position verliert auch eine Klassenideologie eine ihrer Lieblingsideen, da auch die Geldkapitalakkumulation eine andere Begründung finden muß, als die Aufschätzung von Zinseszinsen. Die Gleichgewichtsdefinition einer Geldwirtschaft ist dahingehend zu präzisieren, daß der Zins die Wahrscheinlichkeit fehldirigierter arbeitsteiliger Produktion reflektiert, und damit eine

²⁷Mit einer derartigen Perspektive gewinnt auch die Existenz eines Steuerstaates eine abgrenzbare Dimension, da die (prozentuale) Erhebung von Steuern Ausdruck einer Einkommensumverteilung zugunsten des Staatssektors ist, deren Effekte durch Lohnerhöhungen aufgrund des Erhebungsmodus nicht mehr reversibel sind. Eine Lohnpolitik, die steuerinduzierte Inflationsausgleichszuschläge fordert, ist mithin zum Scheitern verurteilt, so daß vor diesem Hintergrund immerhin diskutierbar wird, inwieweit die Steuerhoheit des Staates den traditionalisierten und ritualisierten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nicht zu einer Marginalie werden läßt, da die Umverteilungsdimensionen zwischen Staat und Wirtschaft längst eine klassentheoretische Revision dieses Subordinationsverhältnisses unmittelbar nahelegen.

²⁸"Der von den Sozialpolitikern erstrebte Zweck einer Vergleichmäßigung der Nettoeinkommen wird durch die progressive Einkommensteuer überhaupt nicht erreicht. Da die hohen Einkommen vorwiegend aus Unternehmergewinnen bestehen, werden die Bruttoeinkommen um so größer, je steiler die Steuerprogression ist.

Eine effektive Verminderung der Unternehmer-Nettoeinkommen durch die Besteuerung tritt nur dann ein, wenn Steuermittel vom Staat nicht zu Ausgaben verwendet, sondern an den privaten Sektor ausgeliehen werden, wie dies bei den Investitionshilfen der Fall ist." (Föhl 1953/54, S. 107)

kohärenzstiftende Funktion übernimmt, die eine allgemeine Gleichgewichtstheorie fälschlicherweise in der Auktionatorfiktion orten muß.

Als kohärenzbildende Institution sichert der Zins bzw. die Funktionsweise des Kreditgeldkapitalismus die Funktionsfähigkeit der Institution der Geldlohnzahlung und bietet somit einen konkreten Integrationsmechanismus, der es erlaubt, auch unter Unsicherheit über zukünftige Umweltzustände die Effizienzvorteile arbeitsteiliger Produktion für einen anonymen Markt wahrnehmen zu können. Insofern läßt sich eine soziale Zinstheorie und eine darauf aufgebaute Geldtheorie als makroökonomisches Komplement interpretieren, über *trial and error* die von der allgemeinen Gleichgewichtstheorie als existent nachgewiesenen Gleichgewichtspreise zu bestimmen und bietet anstelle der Auktionatorfunktion einen klaren institutionellen Rahmen, dessen Management über das Wohl und Wehe gesellschaftlicher Arbeitsteilung in erheblicher Weise mitentscheidet.

10.3 Zur Unvereinbarkeit sozialer und individualistischer Zinstheorie

Die Formulierung einer sozialen Zinstheorie muß notwendigerweise dem Geld eine soziale Rolle zumessen, der auch insofern kein entscheidungstheoretisches Fundament zugrundezuliegen braucht, als die soziale Funktion des Geldes als Koordinierungs- und Konsolidierungselement des systemischen Vergesellschaftungszusammenhangs nicht aus einem individuellen Entscheidungsproblem abgeleitet werden kann. Diese Funktionsweise ist, als Grundlinie des Systemzusammenhangs der Sinn der Kreditgeldökonomie, wobei monetärer Sinn sich als Überlebens- und Reproduktionsmodus eines sich über Kreditgeld vergesellschaftenden Sozialsystems etabliert. Im Gegensatz dazu muß die neoklassische Geldtheorie sowie die Liquiditätspräferenztheorie einen Nutzen des Geldes a priori unterstellen, um Geld mit den Bedingungen des eigenen maximierungsgeprägten Theoriemodells zu verbinden.

Mit dieser Trennungslinie wird die entscheidende Kontroverse der Geldtheorie nicht mehr in der Auseinandersetzung zwischen Neoklassik und Keynesianismus geortet, sondern als Kontroverse zwischen Variationen individualistischer Zinstheorien und einer sozia-

len Zinstheorie aufgefaßt. Eine derartige Positionsbestimmung macht denn auch den Unterschied der Makroökonomie gegenüber der Mikroökonomie an einer anderen Stelle fest, als an dem methodologischen Postulat der „Mikrofundierung der Makroökonomie. Indem die Differenz mikroökonomischer und makroökonomischer Verhältnisse nicht aus einer Aggregationsprozedur besteht, wird gleichzeitig die Theorie des Kapitalismus als Sozialwissenschaft nicht an die Analyse des Individuums gebunden, wird also die ökonomische Gesellschaft als mehr als nur die Summe ihrer Teile aufgefaßt.

Dem entspricht auch die Fassung des Zinses als Risikoprämie, die den sozialen Aspekt des Zinses gegenüber dem individuellen Einkommenselement Zins betont. Der Zins stellt sich als „der für den Kredit zu zahlende Preis, als Entgelt für den durch die Einräumung des Kredits verursachten Liquiditätsverlust dar. Der Zins ist vom Standpunkte der Bank gleichsam Risikoprämie. Er enthält nicht nur, wie die herrschende Meinung annimmt, Bestandteile, die Risikoprämien darstellen, sondern ist seiner ganzen Größe nach nur Risikoprämie.“ (Hahn 1920, S. 102)

Letzteres ist jedoch mit einer individualistischen Entscheidungstheorie nicht vereinbar, erst recht nicht, weil es keine Mengenbegrenzung für Kreditgeld gibt. Damit ergibt sich, daß Kreditgeld, als Medium zur Ökonomisierung von Ressourcen aufgefaßt, durch eine überindividuelle Funktionsweise charakterisiert ist, die aus einer mikroökonomischen Perspektive nicht analysiert werden kann.

Das folgende Kapitel stellt gewissermaßen einen Schnelldurchlauf durch die vorangegangenen Kapitel dar. Im Unterschied zum Vorangegangenen wird dabei nur noch kurz auf die Unterschiede zur etablierten ökonomischen Theorie eingegangen. Jedoch, auch wenn hier die modelltheoretische Darstellung einer Kreditgeldökonomie im Vordergrund steht, ist es dennoch unabdingbar, die Differenz zu – und die Fehler der – Orthodoxie im Gedächtnis zu haben. Die Fallstricke der Orthodoxie, für die stellvertretend der konditionale Rahmen der Quantitätstheorie steht, sind eben nicht so leicht abzustreifen.

Die Basisdatei des folgenden Modells,
ebenso wie der Link auf die erforderliche (freie) Software von

Ventana Systems

kann per E-Mail unter

dr.menendez@web.de

angefragt werden.

V. TEIL

KREISLAUF UND GLEICHGEWICHT

11 Das kreditgeldkapitalistische Gleichgewichtsmodell

11.1 Zusammenfassung

Diese Darstellung verfolgt den Zweck, zwischen zwei scheinbar unverbundenen Sachverhalten eine Verknüpfung herzustellen, die sich zum einen mit der Keynes'schen Darstellung eines „mehr oder weniger großen“ Investitionspools berührt, sowie auf der anderen Seite die berühmte (aber unrichtig gestellte) Marx'sche Frage betrifft: wie wird aus Geld Mehr - Geld? Eine der wesentlichen Einsichten betrifft den Umstand, daß die theoretischen Rahmenbedingungen der Geldtheorie sich wesentlich – d.h. nicht nur graduell – von der Herangehensweise der Neoklassik über relative Preise unterscheiden. Es wird sich zeigen, daß die lange gehegte Vermutung, daß Geld neutral in Bezug auf die „Realsphäre“ sei zwar insofern richtig ist, als die Rückwirkungsmechanismen der Geldtheorie nicht unmittelbar auf der Formulierung relativer Preise beruhen. In dem Sinne, daß das „Geldsystem“ eigene originäre Funktionsbedingungen aufweist ist es jedoch von relativen Preisen unabhängig, und wirkt aus seiner eignen Rolle auf die relative Preisbestimmung indirekt wieder zurück. Es wird sich zeigen, daß der Grenznutzenausgleich oder der Ertragsratenausgleich einerseits nicht mit den Funktionsbedingungen eines monetären Systems kollidieren muß!

- Die Einführung rekapituliert kurz die abstrakte Frage, welche Kriterien ein ökonomisches System erfüllen muß, um als autopoietisches System definierbar zu sein. Der Hauptverdacht ist der, daß eine Theorie individuellen Verhaltens – die Mikrofundierung der Makroökonomie – nicht ausreichend ist, um effizient soziale Institutionen erklären zu können.
- Geld wird von vornherein als Medium der Verteilung eines sozialen Produktionsprozesses interpretiert, d.h. als abstraktes Medium zur organisatorischen Abwicklung multipersona-

ler Kooperationsbeziehungen. Diese Präposition definiert Geld als soziales Kommunikationsmedium und erlaubt es, das Autopoiese – Konzept zur strukturellen Differenzierung zwischen Geldtheorie und Gütertheorie zu etablieren. Insofern wird nachgewiesen, daß zwischen realen und absoluten Preisen ein Kategorialunterschied existiert, der es verhindert zu einer „Integration von Wert- und Geldtheorie“ zu kommen.

- Es wird gezeigt werden, daß die Funktion „Kreditvergabe“ einen individualistischen Hintergrund besitzt, weil die Erzeugung eines permanenten Einkommensstroms als „conditio sine qua non“ anzusehen ist. Dazu muß nachgewiesen werden, wie Profite und Zinsen im Rahmen eines Gleichgewichtsmodells existieren können.
- Um die Begründungskette zu schließen wird gezeigt werden, daß eine monetäre Ökonomie dynamisch konsistent ist, d.h. ein dynamisches Gleichgewicht existiert. Dabei wird beiläufig ersichtlich, warum die Frage, „Wie wird aus Geld Mehr – Geld“ unrichtig gestellt ist. Die richtige Frage wird sein: „Warum sieht es so aus, als würde aus Geld Mehr – Geld?“.
- Die zentrale Schlußfolgerung wird sein, daß das Geldsystem einen inneren Verweisungszusammenhang besitzt, der durch einen relativen Preisanpassungsprozeß nicht tangiert wird. Anders gesagt läßt sich die Herangehensweise über relative Preise für eine Mikroökonomie rechtfertigen, die Einkommensrestriktionen aufgrund ihres Erkenntnisinteresses ignorieren kann. Das heißt auf der anderen Seite jedoch, daß der Analyse der Funktionsbedingungen von Gesellschaften, in denen Billionen von Transaktionen kohärent abgewickelt werden müssen, diese Vereinfachung nicht zur Verfügung steht. Geld und eine nominale monetäre Theorie setzen die „unsichtbare Hand“ in Bewegung!

11.2 Einige Aspekte der Systemtheorie

Die Theorie des Gleichgewichts als methodologische Grundlinie von Wissenschaft bezieht ihren Stellenwert aus dem Umstand, daß

in ihr die Funktionsprinzipien definiert werden, nach denen ein System agiert. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie reflektiert das allgemeine Verständnis über die Funktionsprinzipien von Ökonomie, indem sie den unterstelltermaßen zum Gleichgewicht tendierenden Vektor der relativen Preise zum Scharnier zwischen Erstausstattungen, Präferenzen und Produktion stilisiert. Dies umso mehr, als Abweichungen von einem Gleichgewichtszustand zu Stabilitätsreaktionen führen, die nach strukturierten Regeln erfolgen und damit auch die Leitlinie für wirtschaftspolitisches Handeln bilden. Die Adäquanz des Modells zur Interpretation dieser „Wirklichkeit“ wird ausschließlich davon getrübt, daß das Koordinationssystem „relative Preise“ schon aus kombinatorischen Gründen als handlungsbasiertes Element zur Stabilisierung des Gesamtsystems Ökonomie ausscheidet.

Aus dieser Problemlage erwächst die Frage, wie dieses Vakuum geschlossen werden kann. Die Herausforderung ist, zu zeigen, wie diese Auslassung – die Koordination individueller Aktionen - durch eine Entscheidungssituation erreicht werden kann, die individuelle Nutzenoptimierung nicht an die Lösung gesamtgesellschaftlicher Optimierungsprobleme bindet. Dabei sind einige Voraussetzungen zu beachten, welche die Bedingungen definieren, wann eine soziale Struktur als System im modernen systemtheoretischen Sinne anzusehen ist:

Zunächst ist zu beachten, daß soziale Systeme sich aus der Interaktion von Individuen konstituieren. Das heißt, daß soziale Systeme eine Systemgrenze definieren, die angibt, ob individuelle Handlungen als systemzugehörig anzusehen sind oder nicht. Um sich als Mitglied eines sozialen Zusammenhanges zu präsentieren ist die Teilnahme an den aktuell gültigen Sozialkriterien unmittelbare Voraussetzung, welche ihrerseits das Sinnkriterium definieren, nach denen der jeweilige Sozialzusammenhang operiert.

Die Systemgrenze ist quasi als Unterscheidungskriterium anzusehen, welche die Interaktionen des Systems mit der Umwelt steuert. Diese muß – um den Systemzusammenhang zu bewahren – auch strikt eingehalten werden. Insofern können soziale Interaktionen eines spezifischen Sozialzusammenhanges als Kohärenzkrite-

rium interpretiert werden, deren Repetition das System von Umwelteinflüssen abschirmt.

Hinsichtlich der Stellung des Geldes als Kriterium für intersubjektiv geteilten Sinn kann vermutet werden, daß die Verfügung über Geld einen Interaktionsmechanismus bereitstellt, der es ermöglicht, jenseits der Auktionatorfiktion einen individuellen Handlungsparameter zu definieren, dessen Wirkungsweise den Vorstellungen eines Adam Smith näher kommt, als es eine individualistische Nutzentheorie jemals vermag.

11.3 Das Basisproblem sozialer Organisation: Arbeitsteilung

11.3.1 Grundbedingungen monetärer Organisation

Für den vorliegenden Zweck orientiert sich der Geldbegriff an dem Volumen von Banknoten sowie Münzen außerhalb einer Zentralbank, sowie Forderungen auf Zentralbankgeld gegen die Zentralbank. Eine Erweiterung des Geldkonzeptes von M0 auf M1, etc. verwischt auch zu schnell, daß schon Sichteinlagen letztlich nur Forderungen auf Zentralbankgeld, aber eben kein Zentralbankgeld sind.

Die Integration von Geld in die Ökonomie erfolge mit Hilfe einfacher Kreditvergabe der Zentralbank an die Geschäftsbanken. Diese Art der Integration von Geld in die Ökonomie erzeugt einen Kassenbestand, der für Kreditvergabe an Unternehmen verwendet werden kann, wobei Unternehmen als soziale Kooperationen definiert sind, die sich durch eine Einkommensschaffung sowie reale Produktion auszeichnen. Ersparnis im Sinne von nicht verausgabten Einkommensteilen ist daher nicht Voraussetzung von Investition; umgekehrt ist die Investition als Vorbedingung zur Bildung von Nettogeldvermögen alias Einkommen, aus dem heraus monetäre Ersparnis entstehen kann, anzusehen.

Geld entsteht damit aus der Kreditvergabe der Zentralbank, wobei die Rationalität des Eingehens einer Schuldposition seitens der Banken darin liegt, mit Hilfe dieser Liquidität höherverzinsliche Schuldtitel erwerben zu können bzw. Kredite vergeben zu können, um über die Zinsdifferenz monetäres Reinvermögen bzw. Einkommen zu erzielen. Das ist auch nicht trivial. Der Unterschied

von Liquidität und Forderungen auf Liquidität ist, daß Forderungen einen (unsicheren) Ertrag versprechen, während Liquidität keine Zinsansprüche generiert. Man mag Liquidität als Reserve gegen unsichere zukünftige Zahlungen ansehen, aber nicht als Mittel zur Einkommenserzielung.

Wenn nun die Bank einen Kredit an einen Schuldner vergibt, entsteht das analoge Rationalitätsproblem, daß diese Liquidität für einen gewinnbringenden Prozeß eingesetzt werden muß. Die Differenz zwischen dem Profit und der jeweiligen Zinszahlung erzeugt wiederum das korrespondierende Nettogeldvermögen, welches das Einkommen des Unternehmens darstellt. Die Funktion des Geldes besteht aber nun aus der Attrahierung von Ressourcen. "Kredit ist wesentlich Kaufkraftschaffung zum Zwecke ihrer Überlassung an den Unternehmer, nicht aber einfach Überlassung von vorhandener Kaufkraft ... an ihn. Die Kaufkraftschaffung charakterisiert prinzipiell die Methode, nach der sich die wirtschaftliche Entwicklung ... durchsetzt." (Schumpeter, 1952, S.153) Sinn und Zweck der Geldschöpfung besteht mithin daraus, daß die Verfügung über Geld zum Zweck eines Überschusses der Erlöse über die Kosten geschieht und insofern die individuellen Handlungsweisen einer "praktikablen" Rationalität folgen, deren Ergebnis ein marktfähiges Angebot sein muß.

Geldleihe besitzt damit einen unmittelbaren Bezug zu einer Erwartungsbildung über die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Zins- und Tilgungszahlungen. Hinsichtlich der Geldschöpfung ist diese Erwartungshaltung als *conditio sine qua non* anzusehen, da bei Unsicherheit über die Ertrags- bzw. Bestandsqualität von Geldforderungen eine Kreditvergabe aus Risikogründen schlichtweg unterbleibt.

Wesentlich dabei ist, daß das Erfolgskriterium einer Geldleihe die Erzielung einer vollständigen Zahlungsreihe ist, unabhängig davon, inwieweit der finanzierte Prozeß zu einem realen Surplus führt oder nicht.¹ Hinsichtlich der oben angeführten Unabhängigkeit eines sozialen Systems ist damit das Finanzsystem von der zu gestaltenden Umwelt „reale Produktion“ unabhängig. Als System tritt

¹ Insofern ist auch die erweiterte Marx'sche Formel $M - C - C' - M'$ obsolet.

das Finanzsystem jedoch in Interaktion mit der „realen Welt“, insofern als Geld als Gestaltungsmittel für soziale Arbeitsteilung fungiert und damit als Gestaltungsmittel im Schumpeter'schen Sinne fungiert.

In diesem Sinne etabliert das Finanzsystem einen abgeschlossenen Sinnzusammenhang, der Impulse der Realwelt verarbeitet und an sie wieder zurücksendet. Die Subsumierung von Geld unter das Konzept relativer Preise läßt diesen wesentlichen Aspekt sozialer Organisation qua eigener Definition außer Acht.

11.3.2 Die Relativität absoluter Preise

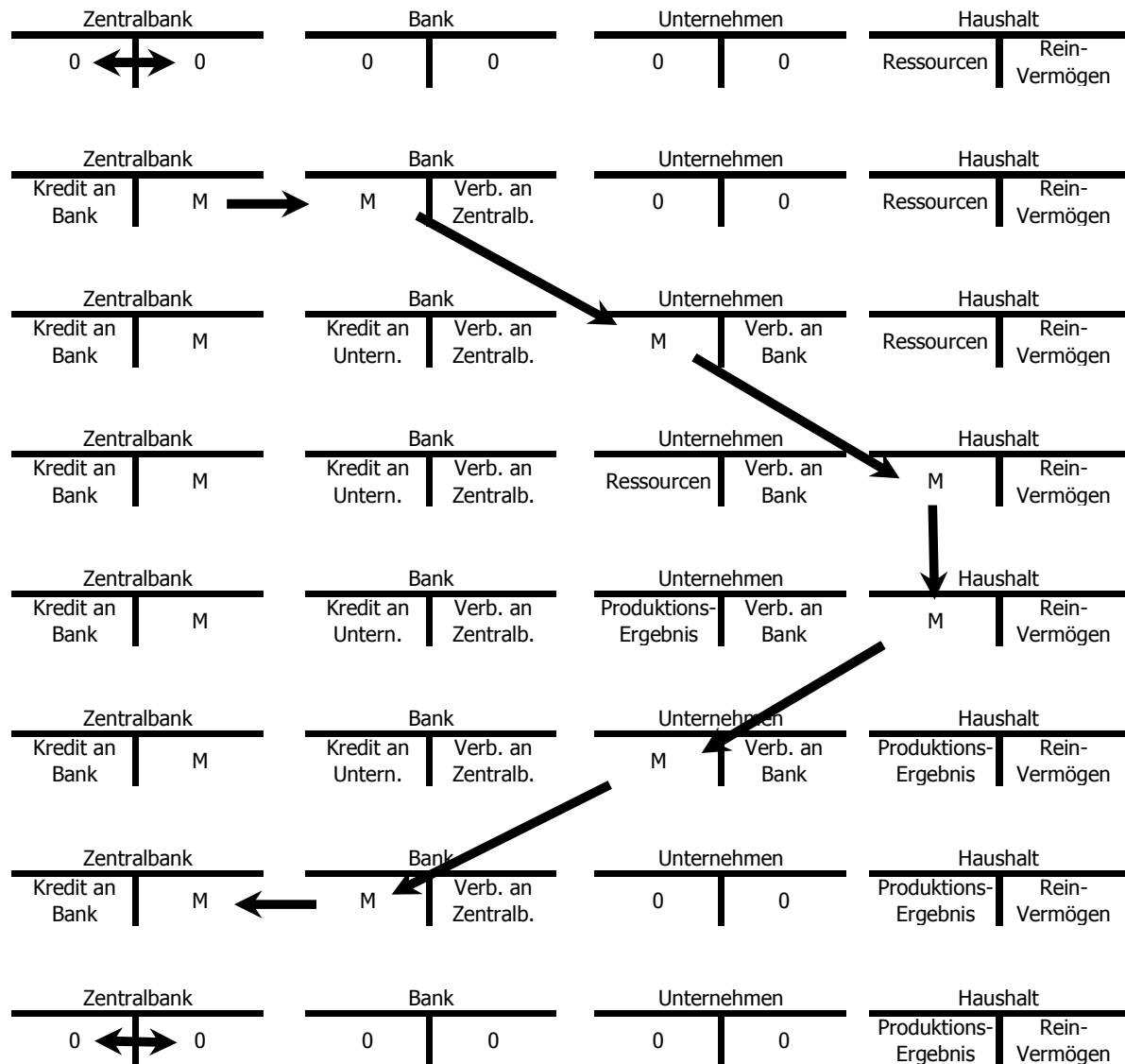
Sobald man die Existenz von Geld nicht für einen Zufall der Geschichte hält, lassen sich die Grundprinzipien des Geldsystems quasi zwangsläufig entwickeln, ohne daß damit eine Aussage über die tatsächlichen historischen Entwicklungslinien präjudiziert wäre. Das Grundproblem geldwirtschaftlicher Organisation liegt nach den hier entwickelten Kriterien über das Erkenntnisobjekt Ökonomie weniger in der Abwicklung von Tauschvorgängen, sondern in der Unsicherheit über die zukünftigen Ergebnisse sozialer Unternehmen. Denn die Teilnahme an einer sozialen Unternehmung erzeugt das Problem, welchen Anteil das einzelne Individuum an dem Ergebnis der gemeinschaftlichen Anstrengung erhält. In Anbetracht der Unsicherheit über das gemeinschaftliche Produktionsergebnis wird es praktikabel über die Zuteilung eines Anteils den individuellen Beitrag am Produktionsergebnis zu messen.²

In Analogie zu der direkten Verhandlung über prozentuale Anteile findet in der produktiven Unternehmung das Instrument der Geldlohnzahlung Anwendung. Die Angleichung der monetären Einkommen in Relation zum Produktionsergebnis wird mit Hilfe der Buchhaltung erzeugt, indem die Summe der Kosten in Relation zur Menge des Produktionsertrages gesetzt wird. Der Verkauf des Produktionsergebnisses erzeugt reale Verteilungsquoten nach Maßgabe der individuellen Lohnzahlung, während der Verkaufser-

² Grob gesagt funktioniert Geldwirtschaft nach den Kriterien von Bankräubern: Jesse James konnte seinen Anhängern keine absoluten Zahlen für das Projekt „Bankraub“ nennen, so daß man sich darauf einigte, jedem (der überlebte) einen **prozentualen** Anteil an der Beute als Lohn dieser „Unternehmung“ zuzumessen!

lös die erfolgreiche reale Kompensation der Teilnehmer der Unternehmung anzeigt.

Ohne an dieser Stelle die Erzeugung von Profit und Zins darstellen zu können, läßt sich das Grundscheema des monetär organisierten Produktionsvorganges folgendermaßen illustrieren:



Diese Grundkonstruktion belegt bereits, daß Geld jenseits der phänomenologischen Betrachtungsweise als Tauschmittel eine originäre Funktion besitzt, die vom Grundansatz darin besteht, daß es vor allem ein Hilfsmittel zur Verteilung eines sozialen Produktionsprozesses darstellt. Denn die Verfügung über Einkommen enthebt den allgemeinen Verteilungsprozeß von der Unmittelbarkeit, Verteilungsansprüche *in natura* umsetzen zu müssen. Der individuelle Verteilungsanteil wird durch die Einkommenshöhe bemes-

sen und überläßt die Wahlfreiheit der Inanspruchnahme dem einzelnen Individuum. Einkommenszahlungen haben für die Verteilung des Sozialprodukts eine genuine Informationsfunktion, die es den Individuen ermöglicht, nach Maßgabe seiner eigenen Verteilungsposition das Güterangebot durch seine Nachfrage zu honorieren.

Die Ratio des Gebrauchs eines abstrakten Geldes ist daher in seiner Funktion als Verteilungsmechanismus zu orten und nicht in einer seit 200 Jahren insinuierten Funktion als Schmiermittel des Tausches vorgegebener Bestände!

Dieses Prinzip wird eher ersichtlich, wenn die allgemeine Operationsweise von Ökonomie von diesem Blickwinkel betrachtet wird. Einkommen wird dadurch zur Budgetrestriktion des Individuums, welches sich aus der Vielzahl von Unternehmensergebnissen diejenigen Güter auswählt, die seinem gesellschaftlichen Verteilungsspielraum entspricht. Insofern widerspricht die mikroökonomische Behandlungsweise, die Konsumwahl als Ergebnis einer Nutzenmaximierung zu konzipieren, nicht der hier als grundlegend angesehenen Konzeption, den Geldgebrauch als Ausdruck eines sozialen Organisationsproblems zu fassen.

Geldschöpfung besteht somit in einer Krediteinräumung zwischen Zentralbank und Geschäftsbank und ist dadurch bedingt, daß damit eine Erwartung zum Erwerb von höherverzinslichen Forderungen verbunden ist. Diese Funktion läßt sich jedoch in einer statischen Modellstruktur nicht nachweisen, sondern ist dem dynamischen Modellaufriß vorbehalten. Was jedoch an dieser Stelle bereits ersichtlich wird, ist, daß nach erfolgter Produktion bzw. Verteilung des Produktionsergebnisses der Grund für die Geldschöpfung wegfällt und somit Geld nach Erfüllung seines Zwecks wieder durch eine entgegengesetzte Kredittilgung wieder vernichtet werden kann. Insofern ist die Kontroverse zwischen der Endogenität bzw. Exogenität des Geldes vergleichsweise müßig, denn Geldschöpfung setzt die Existenz einer Erwartung von Gewinnen voraus, ist mithin eine Erwartungskategorie und nicht Ausdruck des Beliebens von (Zentral-)bankern.

Darüber hinaus wird auch ersichtlich, daß absolute Preise lediglich eine Indikatorfunktion besitzen, die erst in Relation zu Einkom-

mensgrößen einen Informationscharakter besitzen. Denn die Preiskalkulation transformiert das absolute Kreditvolumen in eine Verteilungsrelation, die es erlaubt von einer Markträumung auszugehen, weil (hier noch ohne Profit und Zins) das monetäre Angebot sich an der monetären Nachfrage orientiert, die wiederum Spiegelbild der Kosten sind. Geld stellt damit ein Maß für „Wert“ zur Verfügung, ohne gleichermaßen „Wert“ sein zu müssen³.

11.4 Das dynamische Gleichgewicht des Kapitalismus oder: Warum sieht es so aus, als würde M zu M' ?

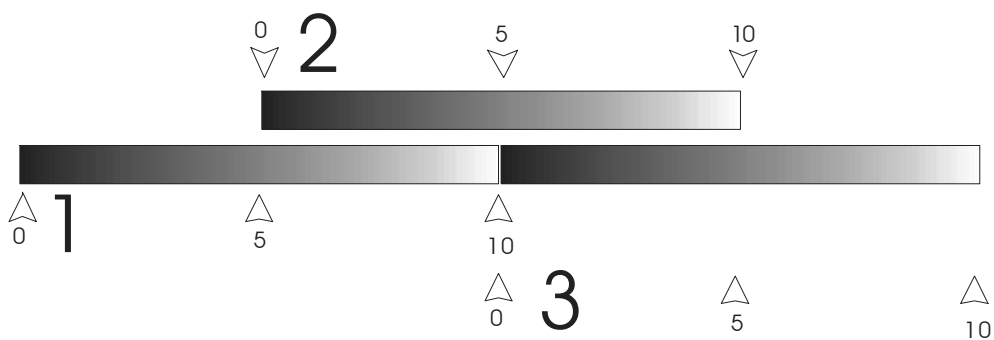
11.4.1 Modellentwurf für ein kapitalistisches Gleichgewichtsmodell

Das folgende Modell ist eine Simulation auf der Vensim – Plattform von Ventana Systems. Es modelliert im Sinne der vorausgegangenen Diskussion ein monetäres Kreislaufgleichgewicht, in dem gezeigt werden kann, daß eine Profitrealisation ohne eine permanente Steigerung des Verschuldungsgrades als nachhaltige Gleichgewichtskonstellation existiert. Der wesentliche Punkt, der den Kapitalismus als nachhaltiges Gesellschaftsmodell präsentiert ist, daß innerhalb der Zeitdifferenz zwischen Kreditbeginn und Kreditbeendigung die Möglichkeit für eine Profiterzielung qua Umverteilungsmechanismus möglich ist. Die Umgehung der falsch gestellten Fragestellung, wie eine Gesellschaft ihre gesamten Schulden zurückzahlt, erweist sich als der Schlüssel, um zu einer Gleichgewichtskonzeption des kapitalistischen Systems zu kommen. Kapitalismus, verstanden als „*ongoing concern*“, erweist sich als (über-) lebensfähige Vergesellschaftungsform, auch und insbesondere im systemtheoretischen Sinne. Diese Selbstverweisung macht den Kapitalismus zu einem System mit „*bootstrap*“- Charakter!

Der für die nachfolgende Modelldarstellung grundlegende „*time lag*“ der Ökonomie ist die Abschreibung. Abschreibung bedeutet, daß ein physischer Kapitalstock über eine Periodenfolge in seinem

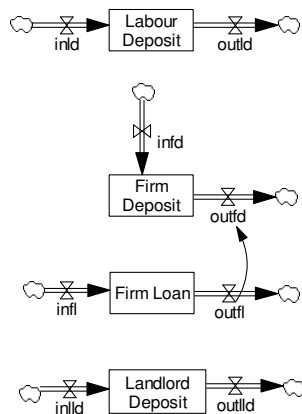
³ „Indem also zwischen den Quanten des einen und denen des anderen Faktors ein konstantes Verhältnis besteht, bestimmen die Größen des einen die relativen Größen des anderen, ohne daß irgendeine qualitative Beziehung oder Gleichheit zwischen ihnen zu existieren braucht. Damit ist das logische Prinzip durchbrochen, das die Fähigkeit des Geldes, Werte zu messen, von der Tatsache seines eigenen Wertes abhängig zu machen schien.“ Simmel (1907)

Buchwert sinkt. Dies läßt sich geldwirtschaftlich als Argument auffassen, daß ein Investitionskredit nicht sofort nach der ersten Produktionsperiode zurückgezahlt werden muß, sondern in Annäherung an den „Wertverlust“ des Realkapitalgutes in einem dazu korrespondierenden Ausmaß zurückgeführt wird. Um diesen Effekt einzufangen, sei hier von einer zehnperiodigen Nutzungsdauer des Realkapitals ausgegangen, die eine über 10 Perioden verteilte Kredittilgung motiviert, wobei nach 5 Perioden ein überlappender Kreditprozeß beginnt⁴, der wiederum über den ersten Prozeß hinausreicht. Wenn man so will, handelt es sich hier um ein Modell mit überlappenden Kreditstrukturen!



Die Grundanlage ist konventionell, insofern es sich um ein stock/flow Modell mit vier Elementen handelt. Die Konten von Arbeitern und Unternehmen, sowie das Schuldenkonto des Unternehmens bilden zusammen mit dem Konto des „Landlords“ das Grundgerüst des Kreislaufmodells. Wenn man so will, findet sich hier die Dreiteilung der Produktionsfaktoren der klassischen Schule als Arbeit, Kapital und Boden.

⁴Das stellt somit im einfachsten Sinne einen extensiven Wachstumsschub dar.



Die Auslassung des Bankensystems in diesem Modellaufriß ist der Tatsache geschuldet, daß die Darstellung nicht mit (für das Verständnis) redundanten Elementen verkompliziert werden soll. An späterer Stelle wird noch eine Modellerweiterung angesprochen werden, die das Banksystem in die Modellstruktur integriert, ohne daß dadurch die zentralen Modellergebnisse wesentlich abgeändert würden.

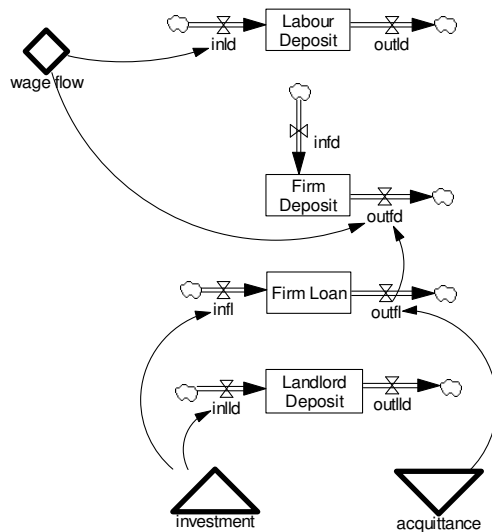
Die nachstehende Graphik verknüpft die Stromgrößen Löhne, Investition und Abschreibung mit den Eingängen bzw. Ausgängen der jeweiligen Konten. Dabei ist unterstellt, daß die Erhöhung der Unternehmensverbindlichkeiten, die eigentlich zunächst das Firmenkonto erhöhen müßten, unmittelbar für die Zurverfügungstellung der Leistungen (Pacht) des Kapitals im Voraus verwendet werden (es ist letztlich nur ein Durchlaufposten). In dem Sinne, daß die Zahlung für die Zurverfügungstellung von Produktionsmitteln eine Voraussetzung für Produktionsprozesse bildet, ist Investition hier als Zahlung⁵ für die Nutzung von Produktionsfaktoren aufzufassen.

Die Löhne für jede Periode sind auf einen fiktiven Wert von 20 gesetzt, wohingegen die Investitionen in Höhe von 80 in jedem 5. Zeitabschnitt erfolgen. Wie im Bild (Seite 111) versinnbildlicht, ist

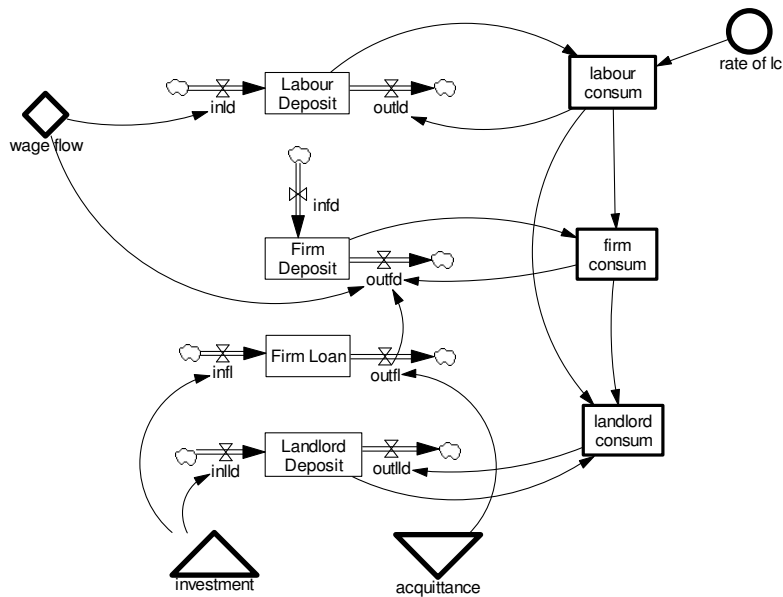
⁵Investition ist eine Zahlungsreihe, die mit einer Auszahlung beginnt. Ein BWL – Klassiker!

für zunächst 5 Zeitabschnitte nur ein Produktionsprozeß aktiv, während ab Zeitpunkt 5 jeweils zwei überlappende Produktionsprozesse existieren, deren Endpunkte jeweils 5 Zeitabschnitte auseinanderliegen.

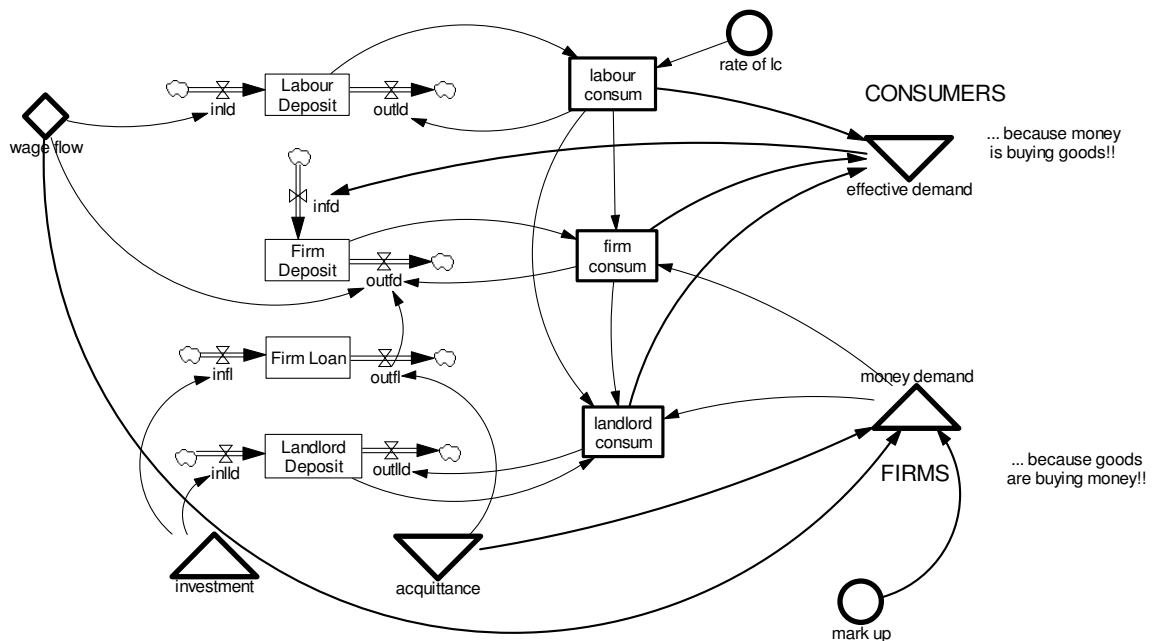
Die Abschreibungen erfolgen linear und werden kontinuierlich sowohl als Abgänge vom Kreditkonto, sowie gleichermaßen als Abgänge vom Sichtkonto erfaßt.



Wie unmittelbar zu erkennen ist, werden nun die Konsumströme von den jeweiligen Konten eingeführt, wobei allen gemeinsam ist, daß es sich hierbei um Nachfrageströme aus positiven Reinvermögen (Nettogeldvermögen) handelt, die eine effektive Nachfrage ausüben können. Die Nachfrage aus Arbeitseinkommen wird einfachheitshalber als Prozentsatz des Einkommens gefaßt, während die Nachfrage von Unternehmen und „Landlords“ jeweils so angepaßt wird, daß die effektive Nachfrage auf dem „Gütermarkt“ genau die Höhe hat, die den „Gütermarkt“ räumt. Mithin wird hier das Modell so austariert, daß Markträumung vorliegt, so daß die Produktionspläne, sowie die Gewinnerwartungen der Unternehmen keinerlei Enttäuschung unterliegen. Ob diese Konstruktion vernünftig ist, ist an dieser Stelle nicht entscheidend, denn sie ist dazu gedacht nachzuweisen, daß es Nachfragekonstellationen gibt, die es erlauben, daß ein kapitalistisches kreislauftheoretisches Gleichgewicht **existiert!**



Die Marktparteien sind in der nachstehenden Graphik integriert:



Die Vision des "normalen" Gütermarktes ist in den rechts angeordneten Dreiecken symbolisiert. Im Unterschied zur landläufigen Vorstellung eines Tausches von Gut gegen Geld wird hier eindeutig klargestellt, daß es sich am „Gütermarkt“ um einen Austausch von Geld gegen (kalkulierten) Geldwert handelt und insoweit die aufeinander treffenden Kategorien des „Gütermarktes“ kommensurabel sind. In dieser Perspektive wird auch klar, daß das Angebot von Gütern letzten Endes eine Nachfrage nach Geld darstellt und

von daher die Bezeichnung als „*money demand*“ seine Berechtigung bezieht.

Dem steht auf der anderen Seite die Kategorie „*effective demand*“ gegenüber, die ausdrückt, daß Haushalte – wie oben ausgeführt – eine Güternachfrage nach Maßgabe ihrer individuellen Verteilungsquote ausüben. Auch eine präferenztheoretisch fundierte Güternachfrage kollidiert nicht mit der Hauptaufgabe des „Gütermarktes“ (eigentlich: Warenmarktes), den monetären Rückfluß zu den Unternehmen sicher zu stellen.

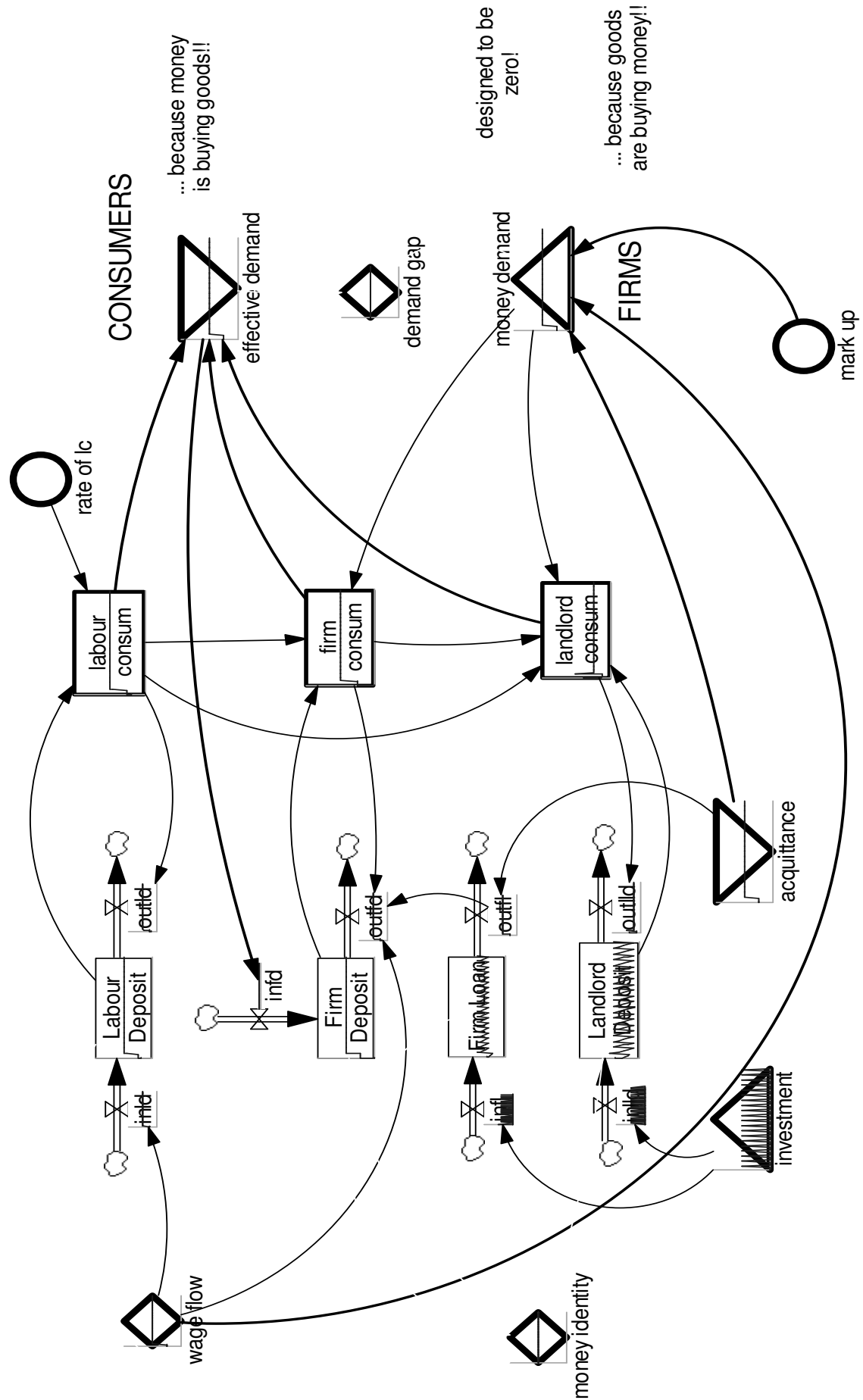
Die Geldnachfrage der Unternehmen resultiert aus der Summe der Löhne sowie der zu erwirtschaftenden Kreditrückführungssumme einerseits, sowie einen Aufschlag auf die Produktionskosten in Höhe eines „*mark up*“ andererseits. Das Angebot von Unternehmen reflektiert damit einen kalkulierten Geldwert, den sie durch die Veräußerung des Produktionsergebnisses der sozialen Veranstaltung „Produktion“ erzielen müssen. Dieser Überschuß der Erlöse über die Kosten ist wiederum die Quelle, aus denen sich das Bruttozinseinkommen⁶ von Banken als originäre Finanziers von Produktionsprozessen speist.

Das Konzept Markträumung findet insofern seine Rechtfertigung, als die Realisation von Gewinnerwartungen eine Weiterführung der sozialen Veranstaltung Produktion nahe legt.

Als Konsistenzbedingungen sind hier die Räumung des Marktes einerseits, sowie die Geschlossenheit des Geldsystems im Sinne des Hauptsatzes der Saldenmechanik gesetzt und finden sich hier als „*demand gap*“ einerseits, sowie „*money identity*“ andererseits. Diese sind in nachfolgender Graphik integriert (wobei die Verweispfeile „weiß“ gefärbt wurden, um die Übersichtlichkeit zu erhalten). Nach der Vervollständigung des Modells⁷ ist der Blick auf die einzelnen Trajektorien möglich:

⁶Inwieweit damit ein Nettozinseinkommen erzielt wird, ist davon abhängig, ob die Kreditabschreibungen das Bruttozinseinkommen überkompensieren.

⁷Man kann durchaus davon ausgehen, daß es sich hierbei um die einfachste (!) Darstellung eines kreditgeldökonomischen Wirtschaftskreislaufs handelt.



Wie unmittelbar erkennbar ist, verhalten sich die einzelnen Variablen in einem zulässigen Bereich, ohne daß stärkere Fluktuationen oder explosive Entwicklungen zu erkennen sind. Die Konsistenzbedingungen sind erfüllt, so daß sich hiermit ein Existenztheorem ergibt, welches lautet: Der Kapitalismus ist als geldwirtschaftlich organisiertes Sozialsystem zu einem stationärem Zustand fähig.

Oder anders:

Kapitalismus KANN eine nachhaltige geldwirtschaftlich organisierte Form sozialer Arbeitsteilung sein.

Bereits dieses einfache Modell enthält mehrere interessante wirtschaftstheoretische Aspekte:

11.4.2 Investition

Der Ursprung ökonomischer Aktivität ist die Investition, verstanden als Ausgabe zur Erzielung einer Zahlungsreihe, bei der die Erlöse die Kosten übersteigen. Ohne diese Vorbedingung kann im Sinne geldwirtschaftlich organisierter Kooperationsökonomie kein Kreislauf entstehen. In den Worten von Keynes:

“If investment is proceeding at a steady rate, the finance (or the commitments to finance) required can be supplied by a revolving fund of a more or less constant amount, one entrepreneur have its finance replenished for the purpose of a projected investment as another exhausts his on paying for his completed investment.” (Keynes 1937)

An dieser Stelle wurde so gesehen gezeigt, daß eine konstante Investitionsfrequenz die Möglichkeit eröffnet, das Gesamtsystem Ökonomie zu einem quasi stationären Zustand zu führen. Wenn man so will, könnte man den Kapitalismus auch als soziale Veranstaltung von Unternehmen interpretieren, bei der die Neuauflage produktiver Aktivitäten an der gleichzeitigen Aufrechterhaltung anderer Aktivitäten hängt, da somit das (logische) Problem der vollständigen Tilgung von Kreditlinien zu einem Wechselspiel zeitversetzter Unternehmensdauern wird. An dieser Stelle trifft sich die Kreislauftheorie mit der Systemtheorie, indem ein Gleichgewicht einer Ökonomie an der permanenten Entstehung (und dem Ablauf) von Kreditgeldkontrakten hängt und damit das Reproduktionspostulat der Systemtheorie als konstitutiv für das monetäre kreislauftheoretische Gleichgewicht etabliert ist.

11.4.3 Löhne

Löhne sind in dieser Sichtweise ein Durchlaufposten der betrieblichen Kalkulation. Sie haben jedoch ebenso wie die Kapitalkosten (hier „Abschreibungen“ bzw. Kredittilgungen) einen Einfluß auf die Preiskalkulation einerseits, wie auch andererseits eine Bedeutung als Nachfragefaktor.

Entscheidender bei dieser Betrachtung ist der Umstand, daß die Lohnhöhe gewissermaßen der „Anker“ der Preisbildung ist, so daß die Relativität der Preise und Löhne zu verdecken geeignet ist, daß Preise stets primär ein Appendix der Einkommensbildung in Relation zur (realen) Produktion sind.

11.4.4 Die ökonomische Geldnachfrage

Der wesentliche Unterschied zu der lehrbuchmäßigen Interpretation des „Gütermarktes“ besteht hier darin, daß die Ebene für die Verteilung des Unternehmungsergebnisses davon geprägt ist, die (kalkulierten) Kosten des Produktionsprozesses – einschließlich eines „*mark up*“ am Markt zu erzielen. Es geht hier also um nichts anderes, als daß Unternehmen eine Geldnachfrage entfalten, die darauf zielt, das eigene Bilanzergebnis nachhaltig zu gestalten. Insofern rechtfertigt sich auch die Bezeichnung „*money demand*“ im Unterschied zu der üblichen Bezeichnung „Güterangebot“. Letzteres wird hier lediglich als phänomenologische Beschreibung angesehen, die zu verdecken geeignet ist, was die grundlegende Motivation für ein Güterangebot eigentlich ist. Denn Unternehmen tun am Gütermarkt nichts anderes, als zu versuchen, ihre Schulden, die mit der Aufnahme von Produktion verbunden sind, zu decken.⁸ Der Schuldendienst ist eine der wesentlichsten, wenn nicht die Motivation für Unternehmen gegen Geld ein Güterangebot zu machen. (Das Profitmotiv, interpretiert als Umverteilungskategorie ist demgegenüber im Sinne der Nachhaltigkeit strukturell nachrangig, auch wenn das Entscheidungsproblem für oder gegen eine Investition eine Angelegenheit der Erwartung über eine Profiterzielung ist.) So gesehen ist der Gütermarkt der Ort für Unternehmen, wo sie eine Nachfrage nach dem Schuldendeckungsmittel

⁸ Das ist auch unabhängig davon, ob Unternehmer im Einzelfall Investitionen aus erspartem Eigenkapital, d.h. mit Nettogeldvermögen, tätigen.

Geld äußern, indem Geld als Kompensation für eine reale Gegenleistung akzeptiert wird. Pointiert gesagt, kaufen sich Unternehmen Geld mit Hilfe von Gütern.

11.4.5 Effektive Nachfrage

Das Prinzip der effektiven Nachfrage findet in diesem Modell insoweit Berücksichtigung, als dort alle potentiellen Nachfrageparteien eine – aus deren Perspektive – Güternachfrage am Markt äußern, die ausreichend ist, die Geldnachfrage der Unternehmen zu befriedigen. Da es an dieser Stelle um die Validität des Arguments geht, Kapitalismus als gleichgewichtsfähiges soziales Koordinationsinstrument nachzuweisen, ist die Sinnhaftigkeit der verwendeten Nachfragefunktionen nicht entscheidend. Es genügt anzumerken, daß es Präferenzkonstellationen geben mag, die das hier abgeleitete Ergebnis stützen können. Insofern kann durch die Postulierung geeigneter Präferenzstrukturen das zentrale Ergebnis, daß der Kapitalismus nicht notwendigerweise zu permanentem Wachstum gezwungen ist, sondern eine Möglichkeit zu einem Gleichgewichtspfad enthält, erzielt werden.

In gleicher Weise wird hier auch klar, daß ein gewisses Maß an Ersparnis nicht das zentrale Modellergebnis tangiert, wenn und insoweit die monetäre Gesamtnachfrage aller Nachfragepole für die Befriedigung der Geldnachfrage seitens der Unternehmen ausreicht. Auf der anderen Seite wird natürlich unmittelbar klar, daß eine kollektive Sparanstrengung sofort ein Unternehmensdefizit erzeugt, dessen Rückwirkungen auf unternehmerische Investitionsentscheidungen durchschlagen und somit in der Tendenz eine Kontraktion des gesamtwirtschaftlichen Einkommens eingeleitet werden dürfte. Die Limitierung der Fragestellung auf die Existenz einer nachhaltigen Entwicklungslinie des Kapitalismus macht an dieser Stelle eine weitere Diskussion dieses wichtigen Fragenkomplexes entbehrlich.

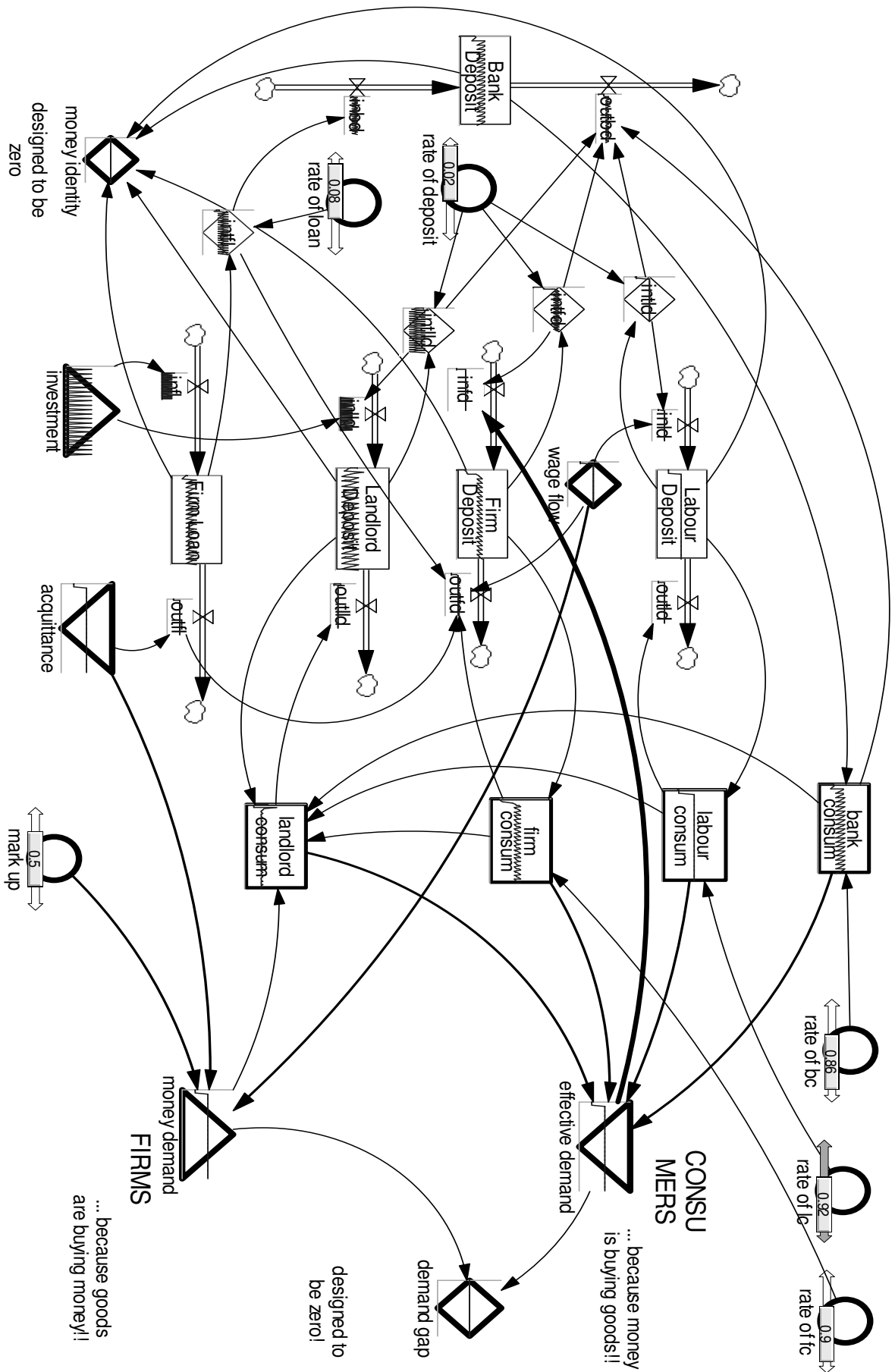
Die Frage nach dem Nutzenpostulat sowie der Frage nach rationaler Entscheidung läßt sich dahingehend beantworten, daß für Individuen die Teilnahme an einem gesellschaftlichen Produktionsprozeß durchaus zu einer pareto – effizienten Verbesserung der individuellen Verteilungsposition führen kann. Dabei muß noch nicht einmal die Wahl zwischen Arbeit und Freizeit in Abrede gestellt

werden. Der Umstand, daß hier Wohlfahrtsgewinne durch die Erwirtschaftung von Nettogeldvermögen charakterisiert sind, steht der üblichen güterbezogenen Entscheidungssituation nicht entgegen. Worauf es hier ankam, ist der Nachweis, daß sowohl für Unternehmen wie für Haushalte eine kreislauftheoretische Gleichgewichtsposition markierbar ist, die es erlaubt, das geldwirtschaftliche Koordinationsmuster als nachhaltig nachzuweisen.

Damit verbunden ist die alte Frage nach der Nachhaltigkeit von zinsbasierten Geldsystemen einer Antwort zugeführt. Das „conundrum of profit“ hängt an einer falschen Fragestellung, die sich seit spätestens Marx in der wissenschaftlichen Literatur wiederfindet.⁹ Kurz gesagt, die Existenz von Profit und Zins hängt an einer gleichgewichtigen Umverteilung von Nettogeldvermögen im Kreditgeldkreislauf und nicht an einer „wundersamen Geldvermehrung“. Die explizite Integration des Banksektors in obiges Modell ändert an den grundlegenden Verhältnissen im Sinne der Gleichgewichtsfähigkeit des Kapitalismus (bis auf Verteilungsquoten) auch nichts.

Wenn man so will, ist der Zins eine „Steuer auf den Unternehmergewinn“ (Schumpeter), während der Unternehmergewinn als Umverteilungskategorie von Nettogeldvermögen entsteht und als solcher ein Reflex der Entscheidung über die Verwendung von Einkommen darstellt. Auch in diesem Fall zeigt sich, daß der gordische Knoten, wie M zu M' werden kann, als invalide Fragestellung anzusehen ist.

⁹ vgl. Tómasson, Bezemer 2010



11.4.6 "Kapitalwert"

An dieser Stelle zeigt sich, daß der Begriff des Kapitalwertes vielleicht eine Bedeutung für die bilanzielle Selbstdarstellung der Unternehmen von Bedeutung sein mag, jedoch für die Ableitung eines kreditgeldtheoretischen Gleichgewichts keine Erklärungskraft besitzt. Kapitalwert ist mithin eine Kategorie der Erwartung, welche Zahlungsreihen sich mit der physischen Existenz von Realkapital verbinden. Hier sind jedoch die Zahlungsverpflichtungen, die sich durchaus mit der Finanzierung von Realkapital verbinden mögen, jedoch ursprünglich aus einer Kreditaufnahme entstanden sind, dafür maßgeblich, ob ein Unternehmen ein nachhaltiges Geschäftskonzept verfolgt oder nicht. Insofern ist der Begriff „acquitance“ nicht mit Abschreibung identisch, sondern bezeichnet die der Periode zugerechneten Beträge, die aus dem Kredittilgungsplan erwachsen. Daß beide Größen im Idealfall identisch sein können bedeutet nicht, daß sie identische kreditgeldökonomische Funktionen aufweisen, denn Abschreibungen führen nicht automatisch zu Zahlungsverpflichtungen, die Tilgung von Kreditraten dagegen sehr wohl.

Allerdings erfordern die Regeln des Kapitalismus, daß der Bestand des Realkapitals einen monetären „Wert“ aufweist. Dieser ist jedoch davon abhängig, inwieweit die Vermarktbarkeit des Produkts, welches damit hergestellt werden kann, gegeben ist oder nicht. So kann es sein, daß die reale Produktivität einer Maschine noch jahrelang gegeben ist, selbst wenn sie bereits auf einen Erinnerungswert abgeschrieben ist. Und insoweit die damit entstehenden Produkte konkurrenzfähig sind, wird eine Neuinvestition bzw. Neuverschuldung kaum in Frage kommen. Im umgekehrten Fall kann sich herausstellen, daß zwar der abschreibungsbedingte Restwert von Realkapital laut Investitionsplan noch bei z.B. 75% liegt, die damit erzeugbaren Produkte jedoch nicht marktgängig sind; die Folge ist eine außerordentliche Abschreibung und die entsprechende Verschrottung. Was jedoch übrig bleibt, sind die korrespondierenden Verbindlichkeiten.

Zahlungsverpflichtungen begründen sich eben nicht aus dem physischen Zustand von Realkapital, sondern aus der Zahlungsreihe der kontrahierten Verbindlichkeiten. Das bedeutet, daß bilanzielles

Anlagevermögen eine (erwartungsgesteuerte) Wertkategorie, aber keine geldtheoretische (Zahlungs-) Kategorie darstellt!

Um es noch einmal zu pointieren: „Kapital“ ist Bilanzvermögen, ein Wert oder auch ein Produktionsmittel. Es hat dagegen auf Kategorienebene weder etwas mit Geld, noch etwas mit Forderungen oder Verbindlichkeiten zu tun, was sich allein schon aus Dimensionsgründen ergibt. Das ist der entscheidende Unterschied von (Geld-) Forderungen und Kapital: Forderungen sind i.d.R. zinstragend in dem Sinne, daß der Ertrag in dem Kreditkontrakt bereits enthalten ist; dagegen ist (Real-) Kapital zwar ein (Hilfs-) Mittel, um Einzahlungsströme zu generieren, deren Realisierung allerdings an die Marktfähigkeit bzw. die Knappheit der zu vermarktenden – zu diesem Zweck - produzierten Güter gebunden ist. In diesem Sinne ist Knappheit ein Appendix des monetären Gewinnerzielungsmotives.

Aus vorstehenden Gründen wird ersichtlich, warum der klassische Profitbegriff als mengenmäßiger Überschuß des Produktionsergebnisses über die Produktionsmittel als untauglicher Versuch angesehen werden muß, einen realen Überschuß zur Lenkungsinstanz eines arbeitsteiligen Kapitalismus' zu stilisieren. Die gräßlichen Verwirrungen der (neo-) klassischen Kapitaltheorie sind gewissermaßen die Krone der Kategorialverwechslung (vulgo: Integration) von Wert- und Geldtheorie, oder – informationstheoretisch interpretiert – von Hardware und Software. Denn Profit ist ein *bootstrap* – Phänomen, welches daraus resultiert, daß eine kontinuierliche Umverteilung von Nettogeldvermögen alias Einkommen eine Verstetigung des Investitionsvolumens induziert, so daß daraus der Eindruck eines kontinuierlichen Stromes von Profiten erzeugt wird. Im Gegensatz zu einer Produktivitätsmythologie des Profits resultiert hier die Erkenntnis, daß dieser auf kreislauftheoretischen Zusammenhängen beruht und insofern als Konsequenz einer permanenten und zeitversetzten Investitionsneigung zur Genese gelangt.

11.4.7 Fazit

Isolierte Produktionsprozesse sind nur insofern nachhaltig, als es bei einem „überschaubaren“ Rahmen innerhalb kleiner Gemeinschaften nicht auf einen Überschuß der Preise über die Produkti-

onskosten ankommt. Letzterer kann dann und nur dann entstehen, wenn es zu einer sozialen Gruppenbildung der Unternehmen kommt, deren zeitversetztes Zusammenwirken ein kapitalistisches System zu einer nachhaltigen Operationsweise führen kann. Befürchtungen, daß Kapitalismus auf einer endlos steigenden Verschuldungsspirale als notwendige Existenzbedingung aufbauen würde, sind damit als nicht zwingend zu bewerten.¹⁰

Unterstrichen wird damit eher, was Keynes mit der Konzeption der effektiven Nachfrage, bzw. der Konsumneigung dem Say'schen Gesetz entgegengestellt hatte. Vor dem Hintergrund, daß die Investitionsfinanzierung unabhängig von der Sparleistung ist, wird als dynamische Komponente die Konsumneigung zur Bestimmungsgröße der Investitionsneigung, insoweit als die Erfüllung der Gewinnerwartungen eine Kontinuität der Investitionsentscheidungen nahe legen.

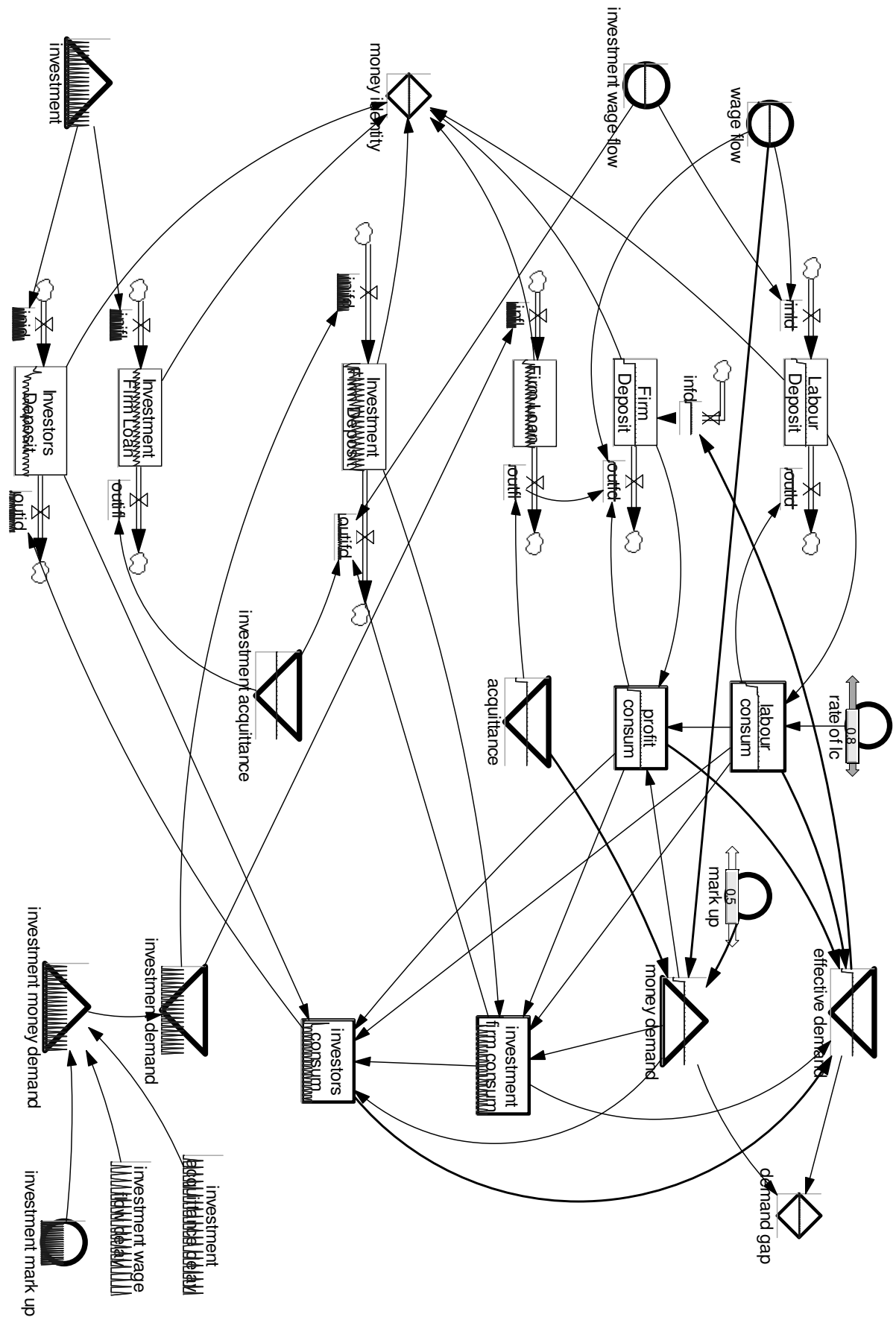
Damit wird Geld nicht als Hilfsmittel zur Erleichterung von bilateralen Tauschtransaktionen verstanden, sondern zum Konstitutivum einer Verpflichtungsgesellschaft. „Geld als Medium einer gerechten Güterverteilung erzwingt eine geldliche Form der Güterproduktion. Ökonomische Projekte müssen sich unabhängig von ihrem realwirtschaftlichen Gehalt und Sinn in Geldeinheiten rechnen, weil der Produktionsprozeß stets monetären Gläubiger-Schuldner-Beziehungen untergeordnet ist.“¹¹

11.5 Das Lautenbach (Kalecki) Schema

Ein weiterer Aspekt der Modellentwicklung führt dahin, daß der Eindruck vermieden wird, es handele sich hier nur um ein einsektoriales Modell des Kapitalismus. Daß dem nicht so ist, läßt sich aus der nachfolgenden Darstellung entnehmen:

¹⁰Natürlich kann es zu Situationen innerhalb der dargestellten Modellstruktur kommen, die exponentiell wachsende Entwicklungslinien erzeugen. Diese Ergebnisse sind jedoch ein Resultat bestimmter Parameterkonstellationen und nicht ein systemimmanenter Zwang.

¹¹Spahn (2003)



Wenn man so will, handelt es sich hier insofern um eine Darstellung eines Kalecki Modells, als man hier die Teilung zwischen einem Konsumgütersektor und einem Produktionsmittelsektor erkennen kann. Im Unterschied zur permanenten Geldnachfrage des Konsumgütersektors ist hier die Geldnachfrage des Produktionsmittelsektors auf die Zeitpunkte der Produktionsmittelnachfrage des Konsumgütersektors beschränkt. Auch hier ist die Geschlossenheit des Modells ersichtlich, die sich einstellt, wenn und insofern die Geldnachfrage des Konsumgütersektors durch die korrespondierende Güternachfrage des Unternehmens- und Investorensektors gewährleistet ist. Eine geldtheoretische Unmöglichkeit eines Gleichgewichtes ist nicht zu erkennen.

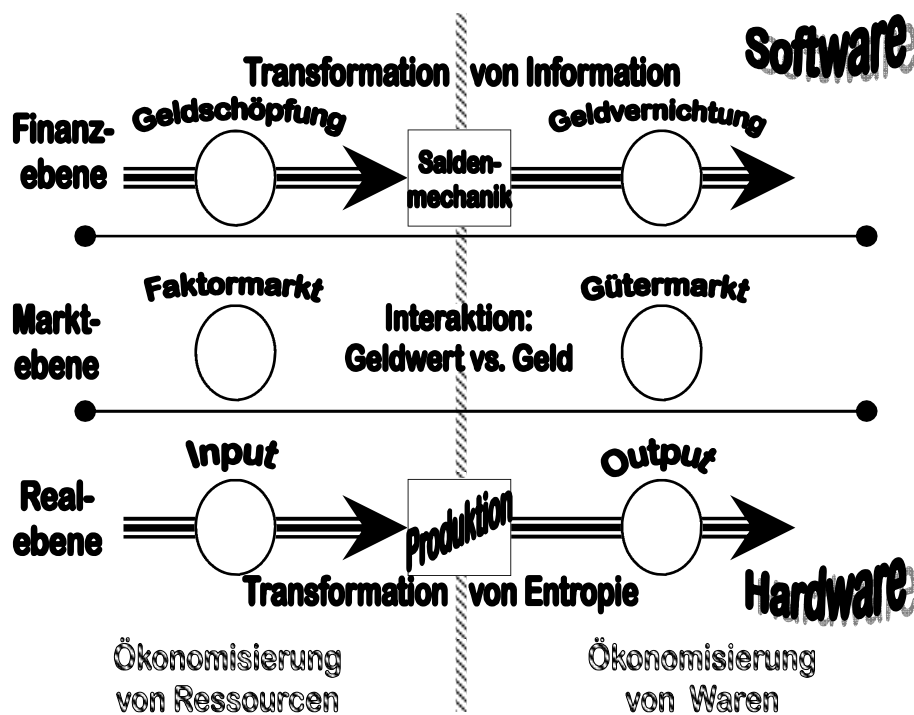
11.6 Finanzsystem und die reale Welt

Kreditgeldtheorie ist eine Theorie, die allgemeine Ansichten über soziale Systeme in eine Theorie autopoietischer Systeme übersetzt, die alle Elemente für ihre eigene Operationsweise enthalten. Die Funktionsweise des Systems wird daran gemessen, inwieweit eine Fähigkeit des Systems zur Erreichung einer nachhaltigen Gleichgewichtslage gegeben ist, oder nicht. Die Kohärenz eines autopoietischen Systems, welches seine Elemente zu einer Überlebenslage führt, kann Interaktionen mit seiner Umwelt systemintern verarbeiten, ohne in seiner basalen Zirkularität gefährdet zu sein. Insofern ist der Nachweis der Existenz eines dynamisch stabilen Pfades, der aus der rationalen Aktion von Individuen resultiert ein Hinweis zur Lösung der Frage, wie es für eine Gesellschaft möglich ist, zu einer kohärenten Lösung des Koordinationsproblems sozialer Aktivitäten zu kommen.

Was jedoch unterscheidet Geld von Gütern? Eine einfache Differenz: Geld kann nicht (mit Geld) gekauft werden! Es kann genutzt werden, um Güter und Realkapital zu attrahieren, es kann genutzt werden, um Schulden entstehen zu lassen oder abzulösen, es kann jedoch nicht gekauft werden. Man kann persönliches Reinvermögen dazu einsetzen, um dafür Geld zu erlösen, unabhängig davon ob Arbeitskraft oder Waren für die Attrahierung von Geld zur Verwendung kommen, nur die Verwendung von Geld selbst ist dazu ausgeschlossen. Ähnlich wie Clower bemerkte: „...but goods

do not buy goods..." kann der Kreis nun geschlossen werden: "Geld kauft kein Geld!"

Die Rekursivität der Selbstverweisung begründet auch, warum Ungleichgewichte in realen Märkten keine Rückwirkungen auf das Finanzsystem haben müssen. So ist ein Finanzgleichgewicht durchaus mit Arbeitslosigkeit, allgemeiner, mit einer Unterauslastung des Ressourcenpools kompatibel. Wenn man so will, ist Geld tatsächlich gegenüber den Ressourcenmärkten neutral, auch wenn durch Geld und Investition eine Ökonomisierung von Ressourcen erfolgen kann, aber nicht muß. Insofern ist aus systemtheoretischen Gründen die Rationalität der monetären Gewinnerzielung unabhängig gegenüber der Nutzenökonomie der (Neo-) Klassik und der Konzeption relativer Preise.



Denn wie obiger Übersicht zu entnehmen ist, ist eine Nützlichkeitsorientierung der ökonomischen Theorie eine Angelegenheit von Moral, jedoch nicht Ausdruck der Erkenntnis von Funktionsprinzipien. Das mag man bedauern!

12 Literaturverzeichnis

- Alchian, A.A.; Demsetz, H. 1972, Production, Information Costs and Economic Organization, in: American Economic Review, Vol. 62
- Arrow, K.J.; Hahn, F.H. 1971, General Competitive Analysis, Edinburgh
- Bagehot, W. 1873, Lombard Street, New York
- Berger, P.L.; Luckmann T. 1980, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt/M.
- Bliss, C.J. 1975, Capital Theory and the Distribution of Income, Amsterdam
- Clower, R. 1969, Monetary Theory, Suffolk
- Clower, R.; Leijonhufvud, A. 1975, The Coordination of Economic Activities: A Keynesian Perspective, in: American Economic Review, Papers and Proceedings Vol. 65
- Debreu, G. 1976, Werttheorie, Berlin/Heidelberg/New York
- Deutsch, K.W. 1969, Politische Kybernetik, Freiburg i.B.
- Elsner, W. 1986, Institutionelles Defizit in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie?, in: Hödl, E.; Müller, G. (Hg.): Die Neoklassik und ihre Kritik, Frankfurt/New York
- Fisher, I. 1932, Die Zinstheorie, Jena
- Föhl, C. 1953/54, Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, Finanzarchiv N.F. 14 Heft 1
- Friedman, M. 1970, Die optimale Geldmenge, München
- Friedman, M.; Schwartz, A. 1974, Die Definition des Geldes: Nettovermögen und Neutralität als Kriterien, in: Brunner/Monissen/Neumann (Hg.): Geldtheorie, Köln
- Gurley, J.G.; Shaw, E.S. 1960, Money in a Theory of Finance, Washington D.C.
- Hahn, F.H. 1980, General Equilibrium Theory, in: Public Interest, Special Edition
- Hahn, F.H. 1984, Equilibrium and Macroeconomics, Oxford

- Hahn, L.A. 1920, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen
- Haslinger, F.; Schneider, J. 1986, Gibt es ein institutionelles Defizit in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie?, in: Hödl, E.; Müller, G. (Hg.): Die Neoklassik und ihre Kritik, Frankfurt/New York
- Hirshleifer, J. 1970, Investment, interest, and capital, Englewood Cliffs, N.J.
- Jensen, M.C.; Meckling, W.H. 1976, Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: Journal of Financial Economics, Vol. 3
- Kötter, R. 1986, Modell und ökonomische Realität. Die Relevanz der Gleichgewichtstheorie als Grundlage der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskussion, in: Hödl, E.; Müller, G. (Hg.): Die Neoklassik und ihre Kritik, Frankfurt/New York
- Hejl, P.M. 1992, Selbstorganisation und Emergenz in sozialen Systemen, in: Krohn, W.; Küppers, G. (Hg.): Emergenz: Die Entstehung von Ordnung, Organisation und Bedeutung, Frankfurt/M.
- Lautenbach, W. 1952, Zins, Kredit und Produktion, Tübingen
- Luhmann N. 1988, Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Manes A. 1919, Staatsbankrotte, Berlin
- Marx, K. 1972, Das Kapital III, Berlin
- Meltzer, A.H. 1988, Keynes's monetary theory, Cambridge
- Menéndez, R. 1989, Die Organisationsstrukturen des Kreditgeldkapitalismus, Münster
- Minsky, H.P. 1975, John Maynard Keynes, New York
- Möller, H. 1976, Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank 1976, Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/M.
- Pasinetti, L.L. 1988, Vorlesungen zur Theorie der Produktion, Marburg
- Richter, R. 1987, Geldtheorie,
- Riese, H. 1983, Geldökonomie, Keynes und die Anderen, in: Ökonomie und Gesellschaft, Jb. 1

- Riese, H. 1986, Theorie der Inflation, Tübingen
- Riese, H. 1988, Geld, Kredit, Vermögen, FU Berlin (unveröffentl. Manuskript)
- Schmidt-Schönbein, T. 1986, Geld, Wirtschaft und Riese. Kritik der monetären Grundlagen einer Heterodoxie., in: Hödl, E.; Müller, G. (Hg.): Die Neoklassik und ihre Kritik, Frankfurt / New York
- Schumpeter, J.A. 1911, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin
- Simmel, G. 1907, Philosophie des Geldes, Leipzig
- Smith, A. 1974, Der Wohlstand der Nationen, München
- Spahn, P. 2003, Geld als Institution einer Marktökonomie - Genese und Funktionsbedingungen, in: M. Schmid / A. Maurer (Hg.): Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus, Marburg
- Stiglitz, J.E.; Weiss, A. 1981, Credit Rationing in Markets with Imperfect Information, American Economic Review Vol. 71 No. 3
- Stiglitz, J.E.; Weiss, A. 1988, Banks as social accountants and screening devices for the allocation of credit, NBER No. 2710, Cambridge MA
- Stützel, W. 1958, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, Tübingen
- Tobin, J. 1974, Geschäftsbanken als »Geld«Schöpfer, in: Brunner, K., u.a. 1974, Geldtheorie, Köln
- Tómasson, G.; Bezemer D.J. 2010, What is the Source of Profit and Interest? A Classical Conundrum Reconsidered. Munich Personal RePEc Archive
- Weintraub, E.R. 1979, Microfoundations, Cambridge
- Williamson, O.E. 1983, Organization form, residual claimants, and corporate control, in: Journal of law & economics, vol. XXVI
- Williamson, O.E. 1985, The economic institutions of capitalism, New York/London
- Willke, H. 1987, Systemtheorie, Stuttgart